

Metall. 109^t

Schneider, A.

ERLÄUTERUNGEN

über das

allgemeine österreichische

BERG-GESETZ

vom 23. Mai 1854,

mit Beigabe des vollständigen Textes dieses Gesetzes.

Von

Anton Schneider,

Handelskammer-Sekretär, vormaligem Justizamtman und Berggerichts-Substitut.

PRAG, 1855.

Commission der J. G. Calve'schen Verlagshandlung.

137 = B.

ERLÄUTERUNGEN

über das

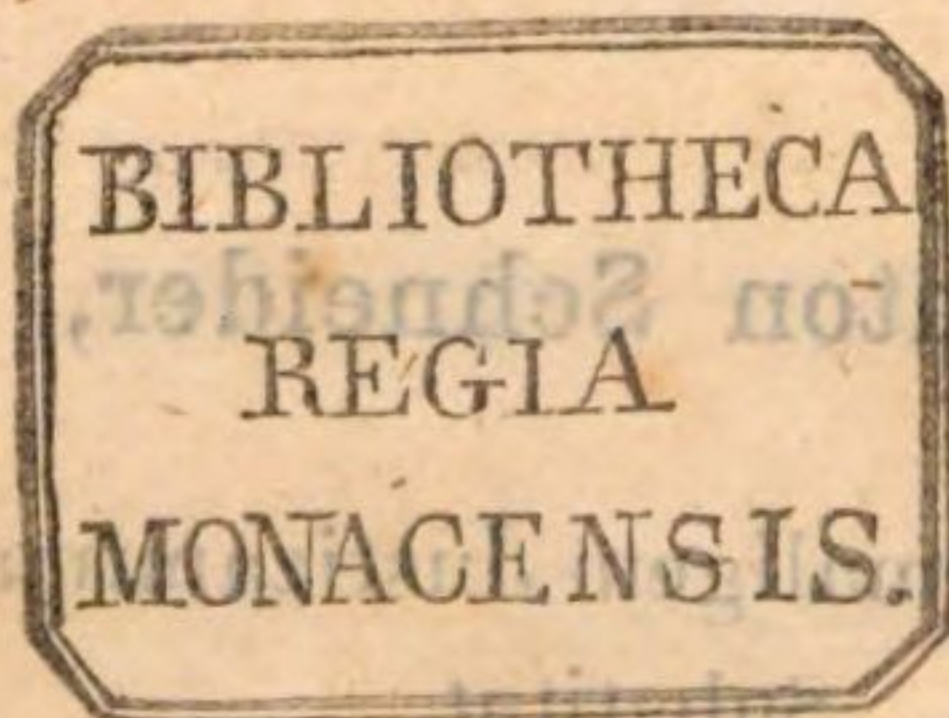
allgemeine österreichische

BERG-G-GESETZ

vom 23. Mai 1854

mit Beilage des vollständigen Textes dieses Gesetzes

Von



PRAG 1855

Commission der J. G. Galt'schen Verlagsbuchhandlung

Prag 1855. Druck von Kath. Gerzabek.

Der Mineral-Reichthum, die unterirdischen Schätze des österreichischen Kaiserreiches bilden einen namhaften Theil seiner grossen innern Hilfsquellen, wie sie nach Umfang und Mannigfaltigkeit kein anderer europäischer Staat aufzuweisen hat.

Wie die Konsequenz aus dieser mächtigen Resource, bei den grossartigen Anstrengungen aller Staaten und Völker zur Gewinnung des materiellen Uebergewichtes, in der jüngsten Zeit gewürdigt worden ist, zeigt schon das kaiserliche Patent vom 7. März 1850 und die allerhöchste Entschliessung vom 11. Juli 1850, wodurch die Kronländer: Böhmen, Mähren und Schlesien aus ihrer Ausnahmstellung heraustraten, welche die Bergwerksvergleiche von den Jahren 1534 und 1575 — ihr Rechtsprinzip nach mancherlei Richtungen längst überschritten — über sie verhängt hatten. Schon dadurch war der Bergbau in ein besseres erfreuliches Stadium getreten.

Durch das kaiserliche Patent vom 23. Mai 1854 ist die Montan-Industrie der gesammten österreichischen Monarchie von der, eine Zeit von 600 Jahren umfassenden, dem so wichtig gewordenen Flötzbergbau nicht anpassenden, in den einzelnen Kronländern verschiedenen, und mit den übrigen Theilen der Gesetzgebung nicht mehr im Einklange stehenden Legislatur entfesselt; mit dem 1. November d. J.

als dem Tage der Wirksamkeit des sehnlich erwarteten neuen allgemeinen Berggesetzes beginnt für diese grossartige, mannigfaltige Industrie gewiss eine segenreiche Epoche; zu der einheitlichen Gestaltung der grossen österreichischen Monarchie ist durch die Weisheit und Energie Sr. apostolischen Majestät, unseres erhabenen Kaisers, auch noch dieses Glied hinzugefügt, darum:

Glück auf!

Wenn sich ein Gesetz auch durch vorzügliche präzise Stilisirung, und durch grösst mögliche Verständlichkeit auszeichnet, so bringt es dasselbe, als solches, dennoch mit sich, dass seine einzelnen Normen wie Dogmen kurz und bündig, in streng logischen Ausdrucksbegriffen hingestellt sein müssen, sie daher zur sicheren, richtigen Erfassung einer Kombination mit den bezüglichen Stellen und insbesondere für nicht Rechts- und nicht Bergrechtskündige mitunter einer beispielsweisen Darstellung bedürfen.

Diese Ansicht hat mich denn bewogen, gegenwärtige Erläuterungen zu verfassen und der Oeffentlichkeit zu übergeben; obgleich es manchem Kommentaristen wie dem Columbus mit seinem gelungenen Experimente der Ei-Aufstellung widerfährt.

Pilsen im Monate Juli 1854.

Der Verfasser.

**WIR FRANZ JOSEF DER ERSTE,
von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich;**

König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illirien, König von Jerusalem etc.; Erzherzog von Oesterreich; Grossherzog von Toscana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyer, Kärnthen, Krain und der Bukowina; Grossfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Niederschlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg etc.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Grosswojwod der Wojwodschaft Serbien etc. etc

haben in der Ueberzeugung der Unzulänglichkeit der gegenwärtig geltenden, in den einzelnen Kronländern wesentlich verschiedenen und mit den übrigen Theilen der Gesetzgebung nicht mehr im Einklange stehenden Berggesetze, für nothwendig befunden, dieselben einer reiflichen Prüfung zu unterziehen und ein den Eigenthümlichkeiten des Bergbau-Betriebes entsprechendes, zugleich aber auch mit den übrigen Zweigen der Gesetzgebung übereinstimmendes allgemeines österreichisches Berggesetz verfassen zu lassen.

Indem Wir dem hierüber zu Stande gekommenen Entwurfe, nach Vernehmung Unserer Minister und Anhörung Unseres Reichsrathes, Unsere kaiserliche Genehmigung ertheilen, verordnen Wir darüber, wie folgt:

Artikel I.

Das beiliegende Berggesetz ist für alle Kronländer Unseres Reiches verbindlich, und hat mit 1. November 1854 in Wirksamkeit zu treten.

In Unseren Königreichen Lombardei, Venedig und Dalmatien, dann in der Militärgränze wird jedoch der Zeitpunkt der Wirksamkeit dieses Gesetzes erst durch besondere Verordnungen bestimmt und kundgemacht werden.

Die Staatseinheit ist nun auch in diesem Zweige der Gesetzgebung hergestellt.

Die Wirksamkeit des neuen Berggesetzes beginnt mit dem 1. November 1854, von welchem Tage an die in diesem Gesetze bezeichneten Fristen zu beachten und zu berechnen sind.

Für welche Fälle, und in welchem Zeitmasse eine solche Fristenbeobachtung vorgeschrieben ist, enthalten die §§. 239, 270, 272, 274, 276, 278, 281, 284, 285 und 286.

Auch in den, bezüglich des Beginnes der Wirksamkeit dieses Gesetzes ausgenommenen Kronländern: Lombardie, Venedig, Dalmatien und der Militairgränze wird jene eintreten, sobald die erforderlichen Vorbereitungen getroffen sind.

Artikel II.

Mit diesem Tage werden zugleich alle früheren, auf die Gegenstände desselben sich beziehenden Gesetze, sie mögen in den älteren Berg-Ordnungen für die verschiedenen Kronländer oder in anderen, von wem immer und unter was immer für Formen erlassen worden sein, sowie alle älteren Gewohnheiten, ausser Kraft gesetzt.

Wenn auch die Berggesetzgebung Oesterreichs vor 300 Jahren noch als Muster galt, so blieb sie doch seit jener Zeit wegen den, aus verschiedenartigen historischen und natürlichen Verhältnissen sich ergebenden Schwierigkeiten zurück, und von den anderweitigen Zweigen der österreichischen, eminenten Legislatur überholt. Sie konnte nicht mehr genügen, weil sie dem Flötzbergbaue, welcher in der jüngern Zeit eine vorwiegende Bedeutung und Wichtigkeit erlangte, keine Rechnung trug, ihm nicht anpasste.

Darum wollen wir denn gerne alle die, in der österreichischen Monarchie Geltung gehabt, circa 40 verschiedenen Provinzial- und Lokalbergordnungen und Gewohnheiten, welche mit dem 1. November 1854 ausser Kraft gesetzt sind, der Vergessenheit übergeben.

Nur bei Beurtheilung der nach den alten Gesetzen erworbenen Bergbauberechtigungen, beziehungsweise bei Anwendung der Uibergangs-Bestimmungen dieses Gesetzes — 16. Hauptstück — wird ihre Einsicht nothwendig sein.

Die in den Artikeln II. und IV. von dem neuen Gesetze nicht aufgehobenen, in den ältern Bergordnungen, Gesetzen, Re-

formationen etc. enthaltenen Gegenstände und Verhältnisse sind jedoch von jenen Bergwerksangelegenheiten, deren der §. 2 erwähnt, wohl zu unterscheiden; denn sonst würden diese Gesetzesstellen keinen Sinn haben, sondern sich gegenseitig widersprechen.

Durch diese zwei Artikel sind gewisse Gegenstände und Verhältnisse, als den vormaligen berggesetzlichen Bestimmungen angehörend, und wenn sie sich auf das neue Berggesetz nicht beziehen, aufrecht erhalten; während der §. 2 alle Bergwerksangelegenheiten, worüber dieses Berggesetz keine besondern Bestimmungen enthält, in das Bereich der allgemeinen bürgerlichen, Straf-, politischen, Gewerbs- und Handelsgesetze verweist.

Unter die, in den Artikeln II. und IV. gedachten Gegenstände und Verhältnisse sind also bloß diejenigen zu subsumiren, welche bei der Kommentirung des Artikels IV. erklärungsweise aufgezählt sind, und ferner diejenigen, welche laut Art. IV. das landesfürstliche Hoheitsrecht, und die daselbst bezeichneten Verträge, Verleihungen und rechtsgiltigen Titel für Private betreffen.

Aus dem Resumé der Art. II. IV. und des §. 2 läßt sich der Sinn dieser Gesetzesstellen in folgende Formulirung bringen:

Vom 1. November 1854 begonnen sind alle Bergordnungen, Rechtsgewohnheiten, und alle jene Gesetze und Verordnungen aufgehoben, in soferne sie sich auf Gegenstände beziehen, welche in dem neuen Berggesetze enthalten sind. Das in dem Art. IV. bezeichnete landesfürstliche Hoheitsrecht, und die besonderen in Verträgen, Verleihungen und in andern rechtsgiltigen Titeln beruhenden Rechte und andere Verhältnisse der Privaten bleiben von diesem Gesetze unberührt; auf alle andere Bergwerksangelegenheiten (welche nicht zu den vorstehend angedeuteten gehören) finden die allgemeinen bürgerlichen, Straf-, politischen, Gewerbs- und Handelsgesetze Anwendung.

Von gleicher Kategorie, d. i. von dem neuen Berggesetze unberührt gelassen, sind z. B.:

- a) Die Mauthbefreiung der Fuhren mit rohem Erz-, Kohlen- und Holzfuhren im Orte, wo sich der Mauthschranken befindet. Hofkammerdekret vom 22. December 1821 und 16. October 1822.

- b) Der Bezug des Limitotabaks für die Grubenarbeiter in einem billigen Preise.
- c) Die Freiheiten der Bergstädte, als: Die Beibelassung der Ordinar-Steuer zur Betriebsfortsetzung des dort bestehenden Bergbaues und andere Privilegien. Die ehemalige gänzliche Befreiung von der Steuerzahlung bis zu dem Jahre 1583 dauernd, erlitt später mannichfaltige Abänderungen, und zwar bis zur Erfließung des Hofdekretes vom 20. December 1825.

Artikel III.

Alle nach den früheren Berggesetzen in Beziehung auf den Bergbau-Betrieb bereits erworbenen Rechte, werden aufrecht erhalten.

Wie jedoch die nach den älteren Gesetzen erworbenen Bergbau-Berechtigungen mit den Anordnungen des neuen Berggesetzes in Uebereinstimmung zu bringen seien, und wie sich bei der Anwendung des letzteren auf solche schon bestehende Rechte für die Zukunft zu benehmen sei, wird durch die, dem gegenwärtigen Gesetze beigefügten Uebergangs-Vorschriften näher bestimmt.

Mit dieser Stelle des kaiserlichen Patentes ist das allgemeine Princip der österreichischen Gesetzgebung auch in diesem Zweige aufrecht erhalten, dass nämlich Gesetze nicht zurückwirken, auf vorhergegangene Handlungen und erworbene Rechte keinen Einfluss haben — §. 5 des allg. bürgerlichen G. B. —

Die formelle Gleichstellung und Harmonie der Bergbau-Berechtigungen aus den ältern Bergordnungen und diesem neuen Gesetze wird durch die Uebergangsbestimmungen — 16. Hauptstück — bewerkstelligt.

Artikel IV.

An den in den älteren Berggesetzen enthaltenen Bestimmungen über das landesfürstliche Hoheitsrecht hinsichtlich der Waldungen und über andere Gegenstände, über welche das gegenwärtige Gesetz keine Vorschriften enthält, wird durch dasselbe nichts geändert.

Auf gleiche Weise bleiben Rechte, welche den Besitzern von Berg- und Hüttenwerken oder anderen Personen aus Verträgen, aus Verleihungen nach den älteren Bergwerks-Gesetzen, oder aus anderen rechtsgiltigen Titeln in Beziehung auf den Besitz oder die Benützung von Waldungen oder Waldtheilen, auf Forst-Servituten, auf die Bergweiden und in Beziehung auf andere Verhältnisse, welche keinen Gegenstand des Berggesetzes aus-

machen, zukommen, in soferne sie nicht durch sonst erflossene Verfügungen inzwischen Aenderungen erlitten haben, von diesem Gesetze unberührt.

Das in diesem Artikel bezeichnete landesfürstliche Hoheitsrecht führt auf die historische Vergangenheit, auf die Zeiten Kaspar Pflugs, der Grafen Schlick, des Friedländer Herzogs Albrecht von Wallenstein und des Grafen Trzka im Königreiche Böhmen zurück, wo die Waldungen der, von den Königen Böhmens, vermittelt der bekannten Alienirungsverträge, wieder veräusserten oder geschenkten Herrschaften dem Staatsbergbau reservirt wurden, und noch heutzutage Reservat-Waldungen genannt werden.

Dieses Hoheitsrecht, so wie auch die, den Besitzern von Berg- und Hüttenwerken oder andern Personen aus verschiedenartigen Rechtstiteln oder ältern Bergwerksgesetzen zustehenden Rechte auf den Besitz oder die Benützung von Waldungen oder Waldtheilen, auf Forst-Dienstbarkeiten, auf Bergweiden, dann auch andere Verhältnisse, welche keinen Gegenstand des Berggesetzes ausmachen, bleiben von diesem Gesetze unberührt, somit aufrecht erhalten.

Die grundsätzliche Konsequenz dieser Gesetzesstelle besteht darin, dass die hier bezeichneten privilegierten Verhältnisse nur Gegenstände betreffen, welche *nicht unmittelbar den Bergbau und seine Gebarung*, sondern anderweitige, denselben zwar begünstigende Rechte berühren und schützen; daher auch zu ihrer Beurtheilung nur das specielle Gesetz oder die Erwerbungsurkunde massgebend ist.

Insbesondere sind es verschiedene ältere sogenannte Begnadigungen, in welchen jener Rechtstitel beruht, insofern sie nicht durch spätere spezielle Anordnungen aufgehoben wurden.

Artikel V.

Alle diejenigen Hüttenwerke und andere Unternehmungen, zu deren Errichtung die Concessionen bisher zwar von den Bergwerksbehörden ertheilt wurden, welche aber nach dem neuen Gesetze der Verleihung durch die Bergbehörden für die Zukunft nicht mehr unterliegen, unterstehen von dem Beginne der Wirksamkeit dieses Gesetzes, sowohl hinsichtlich der Ertheilung des Befugnisses zu deren Errichtung, als der Aufsicht über ihren Betrieb,

den zur Leitung der Gewerbe-Angelegenheiten und Fabriken überhaupt bestellten Behörden.

Die über solche Unternehmungen in den Hammer-Ordnungen, Innungs-Vorschriften und anderen Gesetzen enthaltenen Bestimmungen bleiben jedoch bis zur Erlassung anderer Verfügungen durch Gewerbs- und Fabriksgesetze einstweilen in Kraft.

Wie die Uebertragung dieser Besitzungen in die Grund- oder andere öffentliche Bücher vorzunehmen sei, wird durch besondere Verordnungen bestimmt.

Die Erörterung des in diesem Artikel angedeuteten, mit der Wirksamkeit dieses Berggesetzes eintretenden Verhältnisses, worauf auch der §. 40 hinweist, wird bei dem geeigneten §. 131 mit Bezug auf die §§. 336 und 363 des Entwurfes des neuen Handels- und Gewerbegesetzes gegeben.

Als allgemeiner Umriss will hier lediglich angedeutet werden, dass mit dem 1. November 1854 die bis dahin von den Bergbehörden geschehene Ertheilung von sogenannten montanistischen Concessionen (mit Ausnahme derjenigen, welche der §. 41 nennt) geschlossen ist; weil jene entweder als Ausfluss der Bergbauberechtigung — §. 131 — keine specielle Concession bedürfen, oder weil sie, wenn sie nicht unter diese Gesetzesstelle — §. 131 — zu subsumiren sind, in den Wirkungskreis der zur Leitung der Gewerbe-Angelegenheiten und Fabriken bestellten Behörden sowohl rücksichtlich der Befugnisserteilung zu deren Errichtung, als auch deren Betriebs-Aufsicht gehören.

Artikel VI.

Wann die Entrichtung der durch das gegenwärtige Gesetz eingeführten Massengebühr zu beginnen, dagegen die Verpflichtung zur Entrichtung der Quatember-Gelder oder anderer Massengelder dieser Art aufzuhören hat, wird durch eine besondere Vorschrift bestimmt.

Die Fristengelder und die unter dem Namen der Berg-Cameraltaxen bestehenden Abgaben sind auch künftig zu entrichten, bis durch ein neues Gesetz andere Bestimmungen an deren Stelle treten.

Durch diese Gesetzesstelle wird mittelst Einführung einer gleichförmigen Massengebühr und Auflassung der bisherigen Quatembergelder ein bisher bestehendes auffallendes, empfindliches Missverhältniss beseitiget.

Wenn man den quadratischen Inhalt der Grubenfeldmassen der alten, neuern und neuesten Gattung, welche auf die Kuttenger Bergordnung vom Jahre 1300, Kuttenger Reformation vom Jahre 1604, Joachimsthaler, Schlaggenwalder und Hengster Bergordnung vom Jahre 1548, auf die Patente vom 23. März 1805 und vom 21. Juli 1819 basirt sind, mit einander vergleicht, so stellt sich heraus, dass 64 Massen alter Gattung — 28 Klafter lang, 14 Klafter breit — eine Grubenfeldmass neuerer Gattung, somit 32 alte kleine Massen eine Mass neuester Gattung ausmachen, und dass eine Mass neuerer Belehnung doppelt so gross ist, als eine der neuesten.

Vergleicht man entgegen die Gebühr, welche die Bergkameral-Lehnstaxordnung vom 7. August 1819 an Quatembergeld von jenen Grubenfeldmassen vorschreibt, so resultirt daraus, eben in Erwägung dieser quadratischen Inhalte, eine unbillige Differenz.

Das Quatembergeld von einer alten Grubenfeldmass beträgt
 quartaliter 8 kr. oder jährlich — fl. 32 kr.
 von einer neuern und neuesten quartaliter 2 fl.
 oder jährlich 8 „ — „

Auf diese Art wird von 32 kleinen alten Massen, welche einer neuesten Mass gleich sind . 17 „ 4 „
 (anstatt verhältnissmässig 8 fl.)
 und von 64 kleinen alten Massen, welche einer neuern Mass gleichen 34 „ 8 „
 (anstatt 8 fl.) somit ein jährlicher Betrag von 9 fl. 4 kr., beziehungsweise 26 fl. 8 kr. verhältnisswidrig entrichtet; welches Missverhältniss nun durch das in dem Artikel VI. ausgesprochene, und in den §§. 215, 217 und 218 näher erörterte Princip behoben wird.

Auch die nach dem Schlusssatze dieses Artikels eventuelle Behebung der bisherigen Fristengelder, und der unter dem Namen der Berg-Kameraltaxe bestehenden Abgaben, mit Hinweisung auf andere an deren Stelle tretende Bestimmungen, muss dankbar anerkannt werden; indem auch bei den Fristengeldern ein ähnliches Missverhältniss, wie bei den eben besagten Quatembergeldern obwaltet.

Das Fristengeld von einer alten kleinen Mass beträgt quartaliter 5 kr. oder jährlich — fl. 20 kr.
das von einer neuen und neuesten Mass quartaliter 1 fl. 30 kr. oder jährlich 6 „ — „
somit die ungebührliche Differenz 4 fl. 40 kr. beziehungsweise 15 fl. 20 kr.

Was die bisherigen Berg-Kameraltaxen anbelangt, so darf man sich wohl der Hoffnung hingeben, es werde nun nach der Vollendung des einheitlichen Staates und bei dem ausgesprochenen, und bereits in allen übrigen ämtlichen Geschäftszweigen zur Geltung gekommenen Grundsatz der Aufhebung aller vor- maligen Taxen gegen Gebrauchsnahme eines erhöhten Stämpels auch diese Ungleichheit der Abnahme von Bergkameral-Taxen beseitiget werden.

Artikel VII.

Die Bestimmungen über die Bestellung der Bergbehörden werden durch besondere Verordnungen bekannt gemacht werden.

Einige Andeutung über die bevorstehende Bestellung der künftigen Bergbehörden findet sich in dem §. 225.

Artikel VIII.

Unser Minister der Finanzen ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Patentes beauftragt.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien am 23. Mai, im Eintausend Achthundert vier und fünfzigsten, Unserer Reiche im sechsten Jahre.

Franz Josef. (L. S.)

Graf Buol-Schauenstein m. p. **Baumgartner** m. p.,

Auf allerhöchste Anordnung
Ransonet m. p.

Allgemeines österreichisches Berggesetz.

Erstes Hauptstück.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Begriff des Berggesetzes.

Das Berggesetz bestimmt die Mineralien, welche, sowie die Bedingungen, unter denen diese aufgesucht und gewonnen werden dürfen, und die mit dem Bergbau-Betriebe besonders verbundenen Berechtigungen und Verpflichtungen.

Dieser §. bezeichnet den Wirkungskreis, den Umfang des Berggesetzes, und enthält dreierlei Hinweisungen:

1. auf die Mineralien, welche aufgesucht und gewonnen werden dürfen,
2. auf die Bedingungen, unter denen sie aufgesucht und gewonnen werden dürfen, und
3. auf die mit dem Bergbaubetriebe besonders verbundenen Berechtigungen und Verpflichtungen.

Die Mineralien, welche von dem Berggesetze bezüglich ihrer Aufsuchungs- und Gewinnungs-Berechtigung bezeichnet werden, finden ihre Grundkategorisirung nach metallurgischen und chemischen Principien in dem §. 3, auf dessen Erläuterung verwiesen wird.

§. 2.

In soferne das Berggesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, sind auch auf Bergwerks-Angelegenheiten die allgemeinen bürgerlichen, Straf-, politischen, Gewerbs- und Handelsgesetze anzuwenden.

Hat Jemand durch eine dem Berggesetze zuwiderlaufende Handlung zugleich ein allgemeines Strafgesetz übertreten, so ist nebst der in letzterer Beziehung verwirkten, auch die in dem Berggesetze bestimmte Strafe wider ihn zu verhängen.

In dem ersten Absatze dieser Gesetzesstelle liegen wichtige und weitgreifende Folgerungen. Alle rechtlichen Beziehungen, betreff deren das Berggesetz nicht besondere Bestimmungen enthält, sind nun nach dem allgemeinen bürgerlichen Rechte zu entscheiden. Ein Gleiches gilt für alle anderweitigen Bergwerksangelegenheiten, für welche das Berggesetz keine besondere Anordnung getroffen hat, dass also hierauf die allgemeinen Straf-, politischen, Gewerbs- und Handelsgesetze Anwendung finden.

Es möge sich vielleicht mancher Bergwerksinteressent in diesem Gesetze um eine Norm umsehen, wie es nun mit den Wasserhaltungen, Wassergewältigungen, Entschädigungen bei dessen Durchdringen, Ueberfliessen in fremde Grubenbaue zu halten sei, indem gemäss Art. II. kaiserlichen Kundmachungs-Patentes alle frühern, auf den Bergbau sich beziehenden Gesetze und Gewohnheiten, somit auch die Kuttengerger Bergordnung II. Buch 3. Kapitel und §. XX der Bergwerksgebräuche zum 31. Artikel der Joachimsthaler Bergordnung ausser Kraft gesetzt sind, welche über diesen Gegenstand haarsträubende, in der Durchführung ungeeignete, physisch unmögliche Anordnungen enthalten.

In dem neuen Berggesetze findet sich über diesen Fragepunkt keine Aufschrift oder Bestimmung; man muss also diese Rechtsfrage in dem §. 2 angedeutet, und daselbst subsumirt finden, indem die Bergwerksangelegenheiten, insoferne das Berggesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, auf die allgemeinen bürgerlichen Gesetze verwiesen sind.

Zur Beurtheilung und Entscheidung dieser hier beispielweise angeführten Rechtsfrage würde das allgemeine bürgerl. Gesetz-Buch mit den §§. 354, 364, 1305 und 1311 Anwendung finden.

Die Grubenbesitzer sind, nach Erlöschung jener alten unpraktikablen Vorschriften aller diessfälligen gegen sie möglich gewesenen Prätensionen und Chikane entledigt.

Wenn Wasser in dieses oder jenes Grubenfeld eindringen, durchsickern, ohne dass sie absichtlich konzentriert, und mittelst Durchschlages dahin geleitet werden, so tritt der Rechtsgrundsatz ein: Der Zufall schadet dem Herrn — *casus nocet domino* — d. h. demjenigen Besitzer, in dessen Bergbau die Wasser aus dem nachbarlichen eindringen. Auch der Besitzer von niedriger gelegenen Grundstücken muss auf den natürlichen d. h. nicht mittelst besonderer Vorrichtung erfolgenden Abfluss der Regenwässer von den höher gelegenen submittiren.

Der Bergwerksbesitzer muss nach Wahrnehmung der örtlichen geognostischen Lage darauf gefasst sein, dass die ewig konstanten Naturgesetze auch hier wirken werden, dass schwere Körper bei einer Neigung der Basis zum Falle geneigt sind, und dass flüssige Körper, bei einem erleidenden Drucke oder Spannung ihr Niveau auszugleichen streben.

Der Grubenbesitzer, aus dessen Baue in einen nachbarlichen Wasser durchsickern, eindringen, ist also, wenn nicht der oben angedeutete Umstand der absichtlichen Dahinleitung obwaltet, nicht verantwortlich, nicht entschädigungspflichtig.

Wenn mein Haus dem nachbarlichen die Sonne entzieht, oder meine Gartenmauer dem Garten meines Nachbars Schatten macht, bin ich nicht verantwortlich. Das ist Analogie des Gesetzes — §. 1305 des allg. b. G. B.

Es ist übrigens selbstverständlich, dass die in den fraglichen Wassereinfall-Angelegenheiten bereits bestehenden *Verträge, rechtskräftigen Entscheidungen und bergbehördlichen Concessionen* aufrecht erhalten bleiben. — Art. III. — Der §. 281 verpflichtet jedoch derlei Rechtsbesitzer dahin, dass sie ihre Berechtigungen dieser Art, wenn diese in das Bergbuch noch nicht eingetragen sind, binnen 6 Monaten von der Wirksamkeit dieses Gesetzes, also längstens mit Ende April 1855 bei der *zuständigen* Behörde neuerlich ansuchen müssen, widrigens sie als erloschen anzusehen sein würden.

Aus der Kombination des §. 2 mit dem §. 281 ergibt sich ferner der Schluss: dass die in letzterer Gesetzesstelle angerufenen, *erworbenen Concessionen und Befugnisse*, nicht aber auch die hierüber bestehenden *Verträge*, bei sonstigem Verluste, innerhalb jener Frist neuerlich angesucht werden müssen, weil der

§. 281 ausdrücklich nur der *Concessionen* und *Befugnisse*, nicht aber der *Verträge* erwähnt, und weil überhaupt ein Gesetz bestehende gültige Verträge nicht annulliren, ihren Bestand und Rechtskraft nicht von Fristen abhängig machen darf. *Pacta dant legem contractibus*. Rechtsgültige Verträge über die in dem §. 281 bezeichneten Angelegenheiten sind demnach von der, mit den Folgen der Erlöschung verbundenen Frist von 6 Monaten zur neuerlichen Ansuchung ihres Fortbestandes unabhängig.

Mit dem zweiten Absatze des §. 2 ist die Autorität der Bergbehörden insbesondere gewahrt und hervorgehoben. Denn nicht nur, dass die illegale Angelegenheit dem Strafgerichte verfällt, wenn sie in sein Bereich gehört, muss die Gesetzesüberschreitung auch noch bei der Bergbehörde, als Organ zur Obergeraufsicht und Handhabung des Berggesetzes — §. 220 und 225 — gesühnt werden.

Wenn z. B. wegen nicht gehöriger Versicherung der Fahrten, (Leitern, Stiegen, Tretten) ein Arbeiter zu Schaden kommt — §. 171 — tritt nebst der strafgerichtlichen Amtshandlung auch die in dem §. 240 ausgesprochene Strafe ein, über welche die Bergbehörde in quantitativer Beziehung zu erkennen hat.

§. 3.

Bergregal.

Unter *Bergregale* wird jenes landesfürstliche Hoheitsrecht verstanden, gemäss welchem gewisse, auf ihren natürlichen Lagerstätten vorkommende Mineralien der ausschliesslichen Verfügung des Allerhöchsten Landesfürsten vorbehalten sind.

Zum Bergregale gehören alle Mineralien, welche wegen ihres Gehaltes an Metallen, Schwefel, Alaun, Vitriol oder Kochsalz benützbar sind, ferner die Zementwässer, Graphit und Erdharze, endlich alle Arten von Schwarz- und Braunkohle.

Solche Mineralien heissen *vorbehaltene* Mineralien.

Die Mineralien, welche zu Folge des landesfürstlichen Hoheitsrechtes der ausschliesslichen Verfügung des Allerhöchsten Landesfürsten vorbehalten sind, und *vorbehaltene* Mineralien heissen, werden als solche nur nach ihrem Gehalte anerkannt. Dazu gehörig sind alle Mineralien bezeichnet, welche als metall-schwefel-alaun-vitriol- oder kochsalzhältig benützbar sind, dann die Zementwässer, Graphit, Erdharze, alle Arten von Schwarz- und

Braunkohle. Fossile Gegenstände, welche einen der hier bezeichneten Gehalte nicht besitzen, und nicht zu den übrigen hier genannten Gegenständen gehören, stehen mit dem Bergregale, daher mit diesem Gesetze in keinem Zusammenhange. §§. 124, 125, 126.

Die alte Bergregalität, beziehungsweise die bekannten Verträge der böhmischen Könige mit den Ständen dieses Königreiches vom Jahre 1534 und 1575 und eigentlich die Grundlage hiezu, nämlich die goldene Bulle Kaiser Karls IV. waren in der Kategorisirung der vorbehaltenen Mineralien schwankend und zwar aus dem Grunde, weil hiezu kein allgemeines Princip aufgestellt, sondern eine namentliche Aufzählung der betreffenden Mineralien gewählt war. Desswegen finden wir auch in dem königlichen Maximilianischen Vertrage vom Jahre 1575 Mineralien, deren der königliche Ferdinandäische Vertrag vom Jahre 1534 nicht gedenkt.

Die Erweiterung des ersteren Vertrages ist ein Ergebniss des industriellen und mineralogischen Fortschrittes.

Die Kategorisirung der vorbehaltenen Mineralien in dem §. 3 dieses Gesetzes ist präzise und sicher, indem sie sich nur auf deren *abbauwürdigen* Gehalt basirt, wohin alle wie immer Namen haben mögende Mineralien — ob itzt bekannt, oder der Zukunft vorbehalten — subsumirt sind.

Es fliesst aus dem Zwecke dieser Gesetzes-Erläuterungen, dass es nicht ihre Aufgabe sei, bei dieser Gesetzesstelle eine mineralogische Dissertation zu geben d. i. alle diejenigen Mineralien *namentlich* aufzuzählen, welche auf Grund ihres Gehaltes gemäss §. 3 als vorbehaltene Mineralien anzusehen sind.

Es genügt hiezu der vorbereitende Theil der Oryktognosie, welcher sich mit der Beschreibung der Mineralien in physischer und chemischer Beziehung beschäftigt.

Aus den Hofdekreten vom 27. September 1799, 25. September 1811, vom 6. August 1790 und 16. März 1793 ist übrigens zu ersehen, welche Mineralien und Inflammabilien zu der ältesten Bergregalität hinzugekommen sind.

Aus dem §. 3 ergibt sich auch noch folgendes Raisonement, dass nämlich unter dem Ausdrucke „*Mineralien*“ nicht nur die festen, starren Mineralien, als unorganische Naturkörper,

wenn ihnen der in dieser Gesetzesstelle bezeichnete Gehalt innewohnt, sondern auch gewisse flüssige Körper zu den vorbehaltenen Mineralien gehören; z. B. Salzsoolen (als kochsalzhaltig), Quecksilber im gediegenen Zustande (als metallisch glänzende Tropfen). Die Zementwässer (Wässer, welche Eisen- vitriol und Kupfer enthalten) hat das Gesetz selbst als vorbehaltenes Mineral genannt.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass auch der Anthracit (Glanzkohle, Kohlenblende) unter die Benennung „Steinkohle“ fällt, somit zu den vorbehaltenen Mineralien gehört, weil sich der §. 3. des Ausdruckes bedient „*alle Arten* von Schwarz- und Braunkohle.“

Eine weitere Konsequenz aus dem §. 3. ist die, dass nun *Edelsteine*, welche vordem gemäss kaiserlichen Befehls vom 6. December 1589 gegen billige Bezahlung an die Münzämter einzuliefern waren, nicht mehr zum Bergregale, zu den vorbehaltenen Mineralien gehören, weil sie nicht wegen des, in dieser Gesetzesstelle bezeichneten Gehaltes, sondern wegen ihrer besondern Eigenschaften, Härte, Glanz, Durchsichtigkeit abbauwürdig sind, d. i. Werth haben.

Das auf das Hofdekret vom 30. November 1789 sich gründende Verhältniss, resp. Recht der vormaligen böhmischen Obrigkeiten bei der Auffindung von Granaten ist bereits durch das kaiserliche Gesetz vom 7. September 1848, beziehungsweise durch das kaiserliche Grundentlastungspatent vom 4. März 1849 §. 4 ad 5, gefallen.

§. 4.

Das hinsichtlich des Salzes bestehende Staatsmonopol wird durch besondere Gesetze geregelt.

Dieses Staatsmonopol ist in politischen, volkswirtschaftlichen und finanziellen Rücksichten gegründet.

Die massgebenden gesetzlichen Bestimmungen hierüber enthält die Zoll- und Staatsmonopols-Ordnung vom 11. Juli 1835. — §§. 402, 408, 409, 410, 411.

§. 5.

Berechtigungen zum Bergbau.

Die Aufsuchung oder Gewinnung von vorbehaltenen Mineralien darf nur nach erlangter Berechtigung in Angriff genommen werden.

Diese Berechtigungen sind entweder Zuweisungen von Schurfgebieten (Schurffeldern, §§. 15—22) oder Verleihungen von Bergwerksmassen (Gruben-Tagmassen) und Bergwerks-Concessionen (§§. 40—97).

Wer die Aufsuchung oder Gewinnung *vorbehaltener* Mineralien — §. 3. — beabsichtigt, muss um die Bewilligung hiezu bei der Bergbehörde einschreiten, und von dieser die Berechtigung hiezu abwarten. Auch der Eigenthümer des Schurfgrundes unterliegt derselben Verpflichtung — §. 14. —

Die Form des Schurfgesuches ist in dem §. 15 vorgeschrieben, und die nähere Erörterung bezüglich derlei Gesuchen findet sich bei dem §. 15.

Das Ansuchen um Schurfbewilligung ist ein zweifaches; entweder um ein Schurfgebiet, oder um einen Freischurf, von welchen beiden das 2. Hauptstück handelt.

Wer andere, als die in dem §. 3 bezeichneten, unter der Erdoberfläche befindlichen Gegenstände aufzusuchen, zu gewinnen beabsichtigt, bedarf, insofern er auf dem betreffenden Grundraume zu verfügen berechtigt ist, z. B. der Grundeigenthümer, oder der, dem es dieser gestattet, einer bergbehördlichen Bewilligung nicht.

Solche Gegenstände — nicht vorbehaltene Mineralien — sind von der Gesetzgebung mit dem Namen: „Industrialgegenstände“ bezeichnet. Die nähern diessfälligen Erörterungen finden sich bei §. 3.

Der Ausdruck dieses Berggesetzes „*Bergbauberechtigungen*“ umfasst:

1. Das Schürfen, und zwar:
 - a) in einem Schurfgebiete — §. 15 — oder
 - b) in einem Schurffelde — §. 22. —
2. Das Verleihen von Bergwerksmassen, Gewinnung der vorbehaltenen Mineralien durch den erforderlichen Werkbetrieb — §§. 40 et 131 — und zwar:
 - I. Grubenmassen — §. 42. —
 - II. Tagmassen — §. 76. —
 - III. Uiberscharen — §. 71. —

3. Die Bergwerks-Concessionen, nämlich:

α. Hilfsbaue — §. 85. —

β. Revierstollen — §. 90. —

§. 6.

Zur Ertheilung solcher Berechtigungen und zur Führung der Aufsicht über den gesetzmässigen Betrieb des Bergbaues, sind die Bergbehörden bestellt. Es werden in diesem Gesetze dort, wo von Bergbehörden schlechtweg die Rede ist, nur die Bergbehörden erster Instanz verstanden.

Welche besondere Beachtung von diesem Gesetze der Montan-Industrie geschenkt ist, bewährt der §. 225, dass nämlich eigene Provinzial-Oberbergbehörden aufgestellt werden.

Der Wirkungskreis der Bergbehörden, nämlich der Berghauptmannschaften oder exponirten Kommissaire in erster; der Provinzial-Oberbergbehörden in zweiter, und des hohen Finanzministeriums in dritter Instanz umfasst zweierlei Bereiche:

1. bei *Ertheilung* der Bergbauberechtigungen, und
2. bei der Führung der *Aufsicht* über den gesetzmässigen Betrieb des Bergbaues.

Hieraus fliesst, dass alle anderweitigen, auf den Bergbau sich beziehenden Angelegenheiten, insoferne sie nicht unter die nebenstehenden zwei Abtheilungen des bergbehördlichen Wirkungskreises sich subsumiren lassen, vor das Forum der *Berggerichtsbehörden* resp. derjenigen berggerichtlichen Senate gehören, welche bei den bestimmten Gerichten der einzelnen Provinzen fungiren.

§. 7.

Fähigkeit zum Erwerbe von Bergbau-Berechtigungen.

Wer gesetzlich unbewegliches Eigenthum erwerben und besitzen kann, ist auch zur Erlangung von Bergbau-Berechtigungen und zum Erwerbe und Besitze von Bergwerken befähiget.

In dieser Gesetzesstelle ist der Umfang der vom 1. November 1854 giltigen subjektiven Bergfreiheit ausgesprochen.

Sie enthält zweierlei Bestimmungen:

1. über die Befähigung zur Erlangung von Bergbauberechtigungen, und
2. über die Befähigung zum Erwerbe und Besitze von Bergwerken.

ad 1. Unter Bergbauberechtigungen sind gemäss §. 5 Zuweisungen von Schurfgebieten, Schurffeldern oder Verleihungen von Bergwerksmassen (Gruben- und Tagmassen) und Bergwerksconcessionen verstanden. Es ist diess eigentlich die ursprüngliche, unmittelbare Aquisition zum Unterschiede des

ad 2. mittelbaren, aus was immer für einem gültigen Rechtstitel bewirkten Erwerbes und Besitzes von Bergwerken z. B. mittelst Kaufes, Erbschaft etc.

Die in dem §. 7 bezeichnete persönliche Befähigung ist also in diesen beiden Fällen nothwendig.

Nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetze ist die persönliche Bergfreiheit eine allgemeine, weil Jedermann unter den von den Gesetzen vorgeschriebenen Bedingungen Rechte zu erwerben, fähig ist. Auch in der nach diesem Gesetze gleich gebliebenen Bergregalität ist die allgemeine Bergfreiheit aufrecht erhalten, nur die politischen und beziehungsweise Amortisationsgesetze enthalten wie vordem diessfällige Beschränkungen. Diese sind entweder:

A. absolute oder

B. relative.

ad A. Absolut ausgeschlossen sind:

1. Die Mönche und Nonnen (für ihre Person), wenn sie das Gelübde der Armuth (votum paupertatis) abgelegt haben; Mendikanten Orden.

Von dieser Beschränkung sind jedoch wieder ausgenommen:

a) Die Ordensglieder des deutschen Ordens.

b) Die Redemptoristen oder Ligorianer.

c) Die in dem §. 573 des allgemeinen bürgerl. G. B. bezeichneten Personen.

2. Die türkischen Unterthanen.

3. Die der unbefugten Auswanderung schuldig Erkannten.

4. Die Israeliten; weil die in der Reichsverfassung vom 4. März 1849 beruhete Gleichstellung derselben mit den andern Staatsangehörigen, somit die hieraus geflossene allgemeine Besitzfähigkeit, dann auch die gemäss allerh. Patentes vom 31. Dez. 1851 ausgesprochene Aufrechthaltung der Gleichberechtigung aller

Glaubensgenossen durch das kaiserliche Patent vom 2. October 1853 aufgehoben, und mit demselben das Rechtsverhältniss der Israeliten auf den Standpunkt vor dem 1. Jän. 1848 zurückgeführt worden, somit auch die vordem bestandene Nichtberechtigung derselben zur Bergfreiheit wieder eingetreten ist.

ad B.

- a) Stifte und Klöster, welche dem Amortisationsgesetze unterliegen, jedoch gemäss Hofdekret vom 20. April 1781 nur in Rücksicht auf *Erbschaft* und *Schenkung*.

Von dieser relativen Beschränkung sind aber diejenigen Klöster ausgenommen, welche sich der Krankenpflege oder dem Unterrichte widmen. Wir erachten es für überflüssig, dieselben und die hierauf Bezug nehmenden gesetzlichen Bestimmungen hier speciell aufzuzählen.

- b) Die Beamten der in dem §. 8 dieses Gesetzes bezeichneten Bergbehörden, sammt ihren Gattinnen, und den unter väterlicher Gewalt stehenden Kindern.

Es scheint hier am Orte zu sein, aus dem Wortlaute des §. 7 mit zugleich Reflexion und Kombinirung der §§. 109, 134, 140 et 141, auf einige rechtliche Konsequenzen hinzuweisen.

1. Der §. 109 erklärt verliehene Grubenmasse, Uiberscharen, Hilfsbaue und Revierstollen als *unbewegliches Eigenthum*, und als Gegenstand der Eintragung in das *Bergbuch*.
2. Gemäss §. 134 können Bergwerke von einzelnen oder mehreren physischen oder juridischen Personen in Gemeinschaft besessen und betrieben, somit nach §. 135 jeder Theilhaber auch in dem *Bergbuche* an den Besitz seines Antheils jedoch nur unter der Bedingung gebracht werden, dass der Antheil nicht weniger als den sechszehnten Theil des Ganzen beträgt.

Alles dieses, was hier sub 1. und 2. bezeichnet erscheint, ist ein solches unbewegliches Eigenthum, zu dessen Erwerbe und Besitze die in dem §. 7 verlangte Befähigung gefordert wird, und es ist hier nur noch zu bemerken, dass hiezu auch alle diejenigen in dem §. 131 als Ausfluss der Bergwerks-Verleihungen angedeuteten Etablissements gehören.

3. Nach dem Ausspruche des §. 140 haben die Antheile an dem gewerkschaftlichen Vermögen d. i. Kuxe, die rechtliche Eigenschaft der *beweglichen* Sachen; ihre Vorschreibung resp. Evidenzhaltung geschieht nicht, wie bei dem unbeweglichen Bergwerks-Eigenthume — 1 und 2 dieser Gesetzeserläuterung — in dem, bei der Gerichtsbehörde führenden *Bergbuche*, sondern lediglich bei der Bergbehörde mittelst Vormerkung (Gewerkenbuches) — §. 141. —

Aus diesen gesetzlichen Bestimmungen resultirt aber keineswegs, als ob zur Aquisition von Antheilen an dem gewerkschaftlichen Vermögen (Kuxen) die in dem §. 7. vorgeschriebene Befähigung nicht nothwendig sei; denn der §. 5 führt namentlich an, was unter Bergbau-Berechtigungen verstanden ist, und der §. 7 schreibt auch zur Erlangung von *Bergbau-Berechtigungen* (nicht blos zum Erwerbe und Besitze von Bergwerken) eine Befähigung vor, in deren Besitze sich auch die gewerkschaftlichen Theilhaber (Kuxen-Besitzer) befinden müssen, weil der §. 138 die Gewerkschaften als Vereine zum *Bergbau-Betriebe* bezeichnet, daher auch den Kuxenbesitzern die in dem §. 7 vorgeschriebene Qualifikation nachzuweisen obliegt.

Die von einem Kuxenbesitzer ausgestellten, jedoch mit der ausdrücklichen Einsetzung der Kuxe zur Hypothek ausgestellten Obligationen, und auch andere, dasselbe Berglehnsobjekt betreffende Instrumente z. B. Urtheile, Vergleiche, Verlassenschafts-Einantwortungsurkunden, konnten hierauf entweder im Wege des Pfandrechtes oder der Exekution bücherlich einverleibt werden, dann auch anderweitige, einen solchen Kuxenbesitzer verbindende Urkunden waren zur bedingten oder unbedingten Sicherheitserwerbung auf Kux-Antheile geeignet, nur musste dargethan werden, dass ein solcher Schuldner ein anderweitiges Vermögen nicht besitzt.

Aus diesen hier gemachten Deduktionen, und insbesondere aus dem §. 139 ist zugleich ersichtlich, dass gewerkschaftliche Antheile (Kuxe) mit Beginn der Wirksamkeit dieses Berggesetzes zwar heimgesagt (aufgelassen) und an Andere übertragen, aber nicht vinkulirt oder belastet werden können, und zwar aus dem schon erörterten Grunde, weil dieselben als solche, keine bergbücherliche Einlage haben, auf den Namen der ein-

zelenen Besitzer nicht in dem *Bergbuche* vorgeschrieben, sondern bloß in dem *Gewerkenbuche* der Bergbehörde vorgemerkt sind, überhaupt nur einen quotientalen Theil des gewerkschaftlichen Vermögens ausmachen. Es würde als eine abnorme Bestimmung gegenüber dem allgemeinen bürgerlichen Rechte erscheinen, weil nach §§. 298 et 299 des allgemeinen bürgerl. Gesetzbuches Rechte und Schuldforderungen ebenfalls als ein bewegliches Vermögen angesehen, jedoch vinkulirt und onerirt werden können; allein dadurch, dass die Kuxe keine einzelne bürgerliche Vorschreibung haben, verschwindet jene scheinbare Abweichung.

Es ist wohl selbstverständlich, dass die auf Kuxe bis einschliessig 31. Oktober 1854 zur Sicherstellung gelangten Rechte und Forderungen durch dieses Berggesetz nicht beirrt werden.

Der §. 169 schreibt für die Fälle der Exekution und Heim-sagung der belasteten Kuxe das Verfahren vor.

Es erübrigt nur noch die Betrachtung, dass der §. 7 nicht nur die Befähigung zum *Erwerbe* des unbeweglichen Eigenthumes, sondern auch zum *Besitze* desselben vorschreibt.

Wenn einem Israeliten eine Bergwerks-Entität im Erbschaftswege zugedacht wird, so ist diess ein zur Eigenthums-erwerbung giltiger Rechtstitel; allein der Erwerbungs-titel berechtigt, gegenüber den beschränkenden gesetzlichen Vorschriften, noch nicht zum Besitze. Diess wäre nun ein, die Formulirung dieser Gesetzesstelle aufklärendes Beispiel.

§. 8.

Beamte, welche bei einer Behörde angestellt sind, der die unmittelbare öffentliche Aufsicht über den Bergbau, oder die erste Entscheidung über Bergbau-Verleihungen zukömmt, dann die Ehegattinnen und unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder solcher Beamten, dürfen in dem Bezirke dieser Behörde weder Bergbau betreiben, noch Bergwerks-Eigenthum an sich bringen oder besitzen.

Diese hier bezeichneten Beamten, ihrer Gattinnen, und die unter ihrer väterlichen Gewalt stehenden Kinder sind jedoch berechtigt, in einem *andern* Bezirke, als in welchem ersteren die unmittelbare Aufsicht oder die erste Entscheidung zukömmt, Bergbau zu betreiben, Bergwerkseigenthum an sich zu bringen

und zu besitzen. Würden dieselben jedoch in jenem andern Bezirke ihren ämtlichen Wirkungskreis erhalten, so erscheint es selbstverständlich, dass sie sich jenes Betriebes, Eigenthumes und Besitzes entschlagen müssen.

Aus der Stylisirung dieser Gesetzesstelle ergibt sich, dass auf Beamte der bergbehördlichen zweiten und dritten Instanz, nämlich der Provinzial-Oberbergbehörden und des hohen Finanzministeriums jene Beschränkung resp. Ausschliessung keine Anwendung findet, weil dieser §. ausdrücklich nur diejenigen Beamten bezeichnet, welchen die *unmittelbare* öffentliche Aufsicht oder die *erste* Entscheidung über Bergbau-Verleihungen zukömmt. Eine weitere Folgerung ist: dass auch die *berggerichtlichen*, nämlich die bei den Bergsenaten fungirenden Beamten von dem Bergbaubetriebe, Bergwerks-Eigenthume oder Besitze nicht ausgeschlossen sind, weil diese Gesetzesstelle nur die Beamten der *Bergbehörden* nennt, unter welchen nur diejenigen zu verstehen sind, welchen der in dem §. 6 bezeichnete Wirkungskreis zur Ertheilung von Bergbau-Berechtigungen und 2. zur Führung der Aufsicht über den gesetzmässigen Betrieb des Bergbaues zusteht. Der Grund hievon liegt in der kollegialischen Verfassung der Oberbergbehörden und der Berggerichtsbehörden, bei welchen die Ausschliessung der befangenen Stimmführer Platz greift — §. 137 des kaiserlichen Patents vom 28. Juni 1850 — (organischen Gesetzes für die Gerichtsbehörden).

§. 9.

Mass und Gewicht.

Es soll bei allen Berg- und Hüttenwerken und in allen Geschäften über Bergbau- und Hütten-Gegenstände, ein gleichförmiges Mass und Gewicht angeordnet werden, und zwar :

- a) als *Längenmass*, die Wiener-Klafter ;
- b) als *Flächenmass*, die Wiener Geviert- (Quadrat-) Klafter ;
- c) als *Körper- oder Hohlmass*, der Wiener Kubik- (Würfel-) Fuss ;
- d) als *Handelsgewicht*, der Wiener Centner, wo nicht besondere Zollgesetze ein anderes vorschreiben ;
- e) als *Münzgewicht*, die Wiener Mark.

Wo das metrische Mass und Gewicht eingeführt ist, hat dieses zu gelten.

§. 10.

Wird sich in Geschäften über Bergbau- und Hütten-Angelegenheiten auf andere Masse oder Gewichte bezogen, so muss deren numerisches Verhältniss zu dem angeführten Grundmasse beigefügt sein.

Das Verhältniss der, in der Vorzeit bei dem Bergbaue in Anwendung gekommenen verschiedenen Längenmaasse wurde schon vordem gesetzlich normirt, nämlich:

1 böhmische Klafter	= 5.622 Wiener Fuss	oder 5' — 7" — $5\frac{56}{100}$ "
1 joachimsthaler „	= 6.068 „ „ „	6' — 0" — $9\frac{79}{100}$ "
1 freiberger „	= 6.143 „ „ „	6' — 1" — $8\frac{59}{100}$ "
1 schemnitzer „	= 6. „ „ „	6' — 4" — $10\frac{3}{100}$ "

Gemäss §. 10 muss das abweichende numerische Verhältniss im Vergleiche der vormaligen und der, in dem §. 9 angeordneten Längen-, Flächen- und Hohlmasse, der Handels- und Zollgewichte reducirt angegeben werden.

Das böhmische Gewicht verhält sich pr. 1 Centner zu dem Wiener Centner wie 100 zu $91\frac{2}{3}$.

Die Wiener Mark ist genau $\frac{1}{5}$ schwerer als die Kölnische, so dass 5 Wiener Mark = 6 Kölnischen Marken.

Nach den Bestimmungen des Zollgesetzes vom 6. November 1851 beträgt 1 Zoll Centner $89\frac{1}{4}$ Wiener Pfund (genauer $89\frac{284}{1000}$ Pfund).

15 Klafter Wiener Längen Mass = 16 Klafter böhmischen Masses u. s. w.

Das bei dem Steinkohlenverkaufe gesetzlich vorgeschriebene Hohlmass beträgt oben 18" unten $17\frac{1}{2}$ " in der Weite $16\frac{1}{4}$ ".

Das beste Masssystem ist unverkennbar das Dezimalmass; wo jedes grössere Mass in 10 oder 100 kleinere getheilt wird, wie bei dem französischen, dann in der Lombardie, Venedig, Niederlanden, Baden etc. In Frankreich ist die Einheit des Längenmasses der Meter, welcher in 10 Decimeter à 10 Centimeter à 10 Millimeter getheilt wird. 1 Quadratdecameter oder eine Fläche von 10 Meter Länge und Breite heisst 1 *Are*, die *Einheit des Feldmasses*. 1 Cubikdecimeter oder ein Würfel von $\frac{1}{10}$ Meter Länge, Breite und Höhe, ist der Inhalt des *Liter*, der *Einheit aller Hohlmasse*.

36 französische Schuh (metrisches Mass) = 37 Wiener oder
100 Meter = 316,3 Wiener Fuss
100 „ = 128,33 „ Ellen
1 Hectare zu 100 Ares = 2780,1 Wiener Quadrat-Klafter.

§. 11.

Bergreviere.

Bergwerke, welche durch ihre Ortslage und durch gleiche Besitz-, Betriebs- oder andere Verhältnisse in einer natürlichen Verbindung stehen, können zu einem Bergreviere vereinigt werden.

Die Bestimmung des Umfanges der Bergreviere, und die Einleitung zur Bildung derselben, kommt den Bergbehörden nach Einvernehmung der dadurch Betroffenen zu.

Jedes Revier ist mit einem bestimmten Namen zu bezeichnen.

Mit dieser Gesetzesstelle ist den verschiedenartigen, besonderen örtlichen Bergbau-Verhältnissen Rechnung getragen.

Die darin bezeichneten Bergwerke können über Ansuchen der Besitzer derselben zu einem Bergreviere vereinigt werden.

Die weitere Erläuterung hierüber findet sich bei dem §. 43 im Zusammenhange mit dem §. 274.

§. 12.

Bergwerks-Unternehmungen des Staates.

Die Bergwerks-Unternehmungen des Staates unterliegen den nämlichen Bestimmungen, wie jene der Privaten.

Die hohe Staatsverwaltung entsagt nun mit dem Beginne der Wirksamkeit dieses Gesetzes dem, mit den allerhöchsten Entschliessungen vom 30. Juni 1842 und 19. Februar 1849 geschaffenen Privilegium, gemäss welchem sie Behufs eines nachhaltigen Aufschwunges und grösserer Ausdehnung des ärarischen Steinkohlen-Bergbaues einen ausschliessenden Schurfraum in Anspruch nahm, dessen Radius vom Aufschlagspunkte 1000 Klafter nach allen Seiten beträgt, und unterzieht sich dem allgemeinen Gesetze.

Zweites Hauptstück:

Vom Schürfen.

§. 13.

Begriff des Schürfens.

Schürfen heisst, vorbehaltene Mineralien in ihren Lagerstätten aufsuchen, und die gefundenen soweit aufschliessen, dass die Verleihung des Eigenthumsrechtes auf dieselben erfolgen kann.

Damit die Verleihung des Eigenthumsrechtes auf die gefundenen *vorbehaltenen* Mineralien — §. 3 — erfolgen kann, verlangt das Gesetz einen gewissen thatsächlichen Zustand der Aufschliessung jener Mineralien.

In welchem Umfange diese Aufschliessung bei der sich erbittenden Eigenthums-Verleihung bewerkstelliget sein muss, wird bei dem §. 44 angedeutet und erörtert werden.

§. 14.

Bewilligung hiezu.

Wer schürfen will, bedarf hiezu der Bewilligung der Bergbehörde. Diese Verpflichtung liegt auch dem Grundbesitzer ob, welcher auf seinem Grunde eine Schürfung beabsichtigt.

Die Unternehmung einer Schurfarbeit ohne bergbehördliche Bewilligung ist in dem §. 236 mit einer Geldstrafe von 5 bis 100, ja selbst bis 200 Gulden bedroht.

§. 15.

Schurfgebiet.

Jedes Gesuch um die Bewilligung zum Schürfen muss, unter eigenhändiger Fertigung des Gesuchstellers oder seines Bevollmächtigten, enthalten:

1. Namen, Charakter und Wohnort des Bewerbers; wenn ein Bevollmächtigter einschreitet, ist dem Gesuche die Vollmacht beizulegen; ferner die Nachweisung der Berechtigung des Aufenthaltes.

2. Angabe des Gebietes, auf welches sich die Bewilligung erstrecken soll. Es heisst das *Schurfgebiet*. Als solches können nach Willkür des Bewerbers bezeichnet werden:

- a) einzelne Grundparzellen;
- b) ausgedehntere Flächen, jedoch mit genauer Angabe der Begränzung;
- c) unter bestimmten Benennungen und Gränzen allgemein bekannte Flächen, Thäler oder Berggehänge.

Zugleich sind die Katastral-Gemeinde und der politische Bezirk anzugeben.

Bekanntermassen sind die ersten Instanzen der österreichischen Justiz- und der politischen Aemter verpflichtet, die verschiedenartigen Gesuche der Parteien schriftlich oder mündlich anzunehmen, im letzteren Falle muss stets ein Protokoll aufgenommen werden.

Auch der §. 226 schreibt dieses als Regel mit der Beschränkung vor: insoferne Ausnahmen nicht ausdrücklich festgesetzt sind.

In diesem Berggesetze ist jedoch eine solche bezeichnete Ausnahme nicht aufzufinden.

Wenn auch die *eigenhändige* Fertigung jedes Schurfgesuches von Seite des Gesuchstellers oder seines Bevollmächtigten verlangt wird, so ist darunter nicht zu verstehen, als ob eine *handzeichliche* Fertigung ungiltig wäre. Denn auch jedes Handzeichen des Schreibunkündigen ist eine eigenhändige Fertigung, und die Schreibunkündigkeit ist keine ausschliessende Bedingung der Bergbauberechtigung. Ueberdiess würde der Gesetzgeber statt jenes Ausdruckes: „*eigenhändige Fertigung*“ sich eines präcisern bedient haben, allenfalls: *eigenhändige Namensfertigung*, wenn die Schreibkündigkeit des Schurfwerbers oder seines Bevollmächtigten hätte verlangt werden wollen.

ad 1. Dieser Gesetzesstelle muss der Schurfbewerber auch die Berechtigung des Aufenthaltes nachweisen.

Damit kann aber nicht gemeint sein, als ob jeder Schurfwerber nach der Analogie des §. 8—b und des §. 25 des provisorischen Gemeindegesetzes vom 17. März 1849 ein Gemeinde-Angehöriger oder ein mit Heimatschein versehener Fremder derjenigen Katastral-Gemeinde — §. 15—c Berggesetz — sein müsse, innerhalb deren Gränzen die Bergbau-Unternehmung (Schürfung) beabsichtigt wird.

Eine Bedingung mit solcher Beschränkung würde den Industriellen, den Kapitalisten das Schürfen verleiden, ja unmöglich machen; indem es ihnen nicht konveniren wird, dieserwegen Angehöriger jener Gemeinde werden, oder sich in derselben mit Heimatschein aufhalten zu wollen.

Diese Nachweisung kann sich also nur auf die Berechtigung des Aufenthaltes in der österreichischen Monarchie beziehen.
ad 2. Dass das Schurfgebiet im Gegensatze zu einem Schurffelde — §. 22 — von namhaftem Umfange sein kann, auf welchen das Schurfgesuch lautet, ist aus den Unterabtheilungen a-b-c des §. 15 ersichtlich.

Die Gesuche um Schurfbewilligungen werden einfach d. i. in einem Pare eingebracht oder zu Protokoll genommen, weil die Bergbehörde keine anderweitige Partei hievon verständiget, sondern der Schürfer selbst die Schurfbewilligung dem Grundeigenthümer vorzuweisen hat. — §. 26. —

§. 16.

Dauer der Schurfbewilligungen.

Schurfbewilligungen werden nur auf die Dauer Eines Jahres ertheilt. Sie können aber auf Ansuchen von Jahr zu Jahr verlängert werden, nachdem sich die Bergbehörde überzeugt hat, dass von dem Schurfberechtigten in seinem Schurfgebiete Schurf-Arbeiten begonnen worden seien.

Die Dauer der Schurfbewilligung auf ein Jahr und die zulässige Fristung von Jahr zu Jahr ist zwar eine lange; allein es ist damit die Bergfreiheit nicht gefährdet, eine Feldsperrung nicht möglich, obgleich der Schürfer die Befugniss erlangt, innerhalb seines *Schurfgebietes* Schurfbaue ohne Beschränkung ihrer Zahl zu eröffnen und zu betreiben — §. 19 — weil diese seine Bewilligung gemäss §. 21 kein *ausschliessendes* Recht zum Schürfen in dem, von ihm nach §. 15 bezeichneten Schurfgebiete begründet. In demselben Gebiete können auch andere Schürfer das im §. 19 ausgesprochene Recht ausüben — was jedoch bei dem Freischurfe nicht gestattet ist — §. 22 et 31. —

Sein allenfalls lauer Betrieb gereicht ihm nur selbst zum Nachtheile, wenn die in demselben Schurfgebiete ansitzenden Schürfer nach §. 44 verleihungsfähig werden, denn das in dem §. 36 blos dem Freischürfer gewährte Vorrecht kömmt ihm nicht zu Statten.

Uibrigens lässt sich voraussetzen, dass das Schurffeld (Freischurf) von jedem, dem es mit der Bergbau-Unternehmung Ernst ist, dem Schurfgebiete vorgezogen werde.

Die Berechtigungen, Vorthelle und Verpflichtungen des Freischurfes werden in einer Gesamtdarstellung bei dem §. 22 angeführt werden.

§. 17.

Ausgenommene Plätze.

An folgenden Orten ist das Schürfen ohne Zustimmung des Grundeigenthümers nicht gestattet:

- a) innerhalb der Wohn-, Wirthschafts- oder anderer Gebäude;
- b) in geschlossenen Hofräumen;
- c) in eingefriedeten Haus-, Zier- und anderen Gärten, sowie in Friedhöfen (Gottesäckern) und in den mit Mauern umgebenen Fluren;
- d) in Entfernung von weniger als zwanzig Klaftern um das in a) und b) bezeichnete Eigenthum.

Zu Schürfungen auf öffentlichen Strassen und Eisenbahnen, an Wasser-Schutzbauten, innerhalb des Rayons einer Festung und der durch besondere Vorschriften bestimmten Entfernung von derselben, dann an den Reichs- und Landesgränzen, ist die Genehmigung der zuständigen Verwaltungsbehörde erforderlich.

Durch diese Bestimmungen sind dem möglichen Eigensinne und der Chikane, von welchen nach dem alten Gesetze Gebrauch gemacht werden konnte, billige Schranken gesetzt, und eine zu weit greifende Bevorzugung fern gehalten.

Die Bergbau-Industrie kann aber ungeachtet dessen nicht verkennen, wie ihr das neue Berggesetz in Beobachtung der volks- und staatswirthschaftlichen Bedeutung genügende Rechnung trägt.

Die in diesem §. bezeichneten Einschränkungen sind auch kein Ausfluss der Staatsgewalt in Bezug auf politische oder polizeiliche Rücksichten; sie sind von dem Gesetze nicht *unbedingt* aufgestellt, sondern immerhin und zwar die ad a, b, c, d von der Zustimmung des Grundeigenthümers, und die in dem letzten Absatze dieser Gesetzesstelle erwähnten, der Genehmigung der zuständigen Verwaltungsbehörden abhängig.

Es können also auch an den bezeichneten Orten Schürfungen vorgenommen werden, wenn hiezu die betreffenden Grundeigenthümer ihre Zustimmung oder die berufenen Verwaltungsbehörden die Genehmigung ertheilen.

Bei den ad c bezeichneten Plätzen ist, selbst wenn der Eigenthümer protestiren würde, das Schürfen auch dann zulässig, wenn die Entfernung weniger als 20 Klafter betragen, oder der Schurf sich unmittelbar an deren Gränze befinden würde.

Ohne Zustimmung des Grundeigenthümers darf also ein Schurfbau weder innerhalb der Wohn- und Wirthschafts- oder anderer Gebäude, oder in geschlossenen Hofräumen, noch auch in einer Entfernung von weniger als 20 Klaftern von denselben unternommen werden.

§. 18.

Werden gegen die Zulässigkeit von Schürfungen an anderen Orten als an den im §. 17 angeführten, aus öffentlichen Rücksichten Bedenken erhoben, so ist darüber von den Bergbehörden, im Einverständnisse mit den beteiligten Verwaltungsbehörden, zu entscheiden.

Es gibt nebst den, in dem §. 17 bezeichneten Verwahrungen gegen Schürfungsvornahmen resp. gesetzlich zulässigen Ablehnungen, auch noch anderweitige hochwichtige öffentliche Rücksichten, worüber gemäss dieses §. 18 von den Bergbehörden im Einverständnisse mit den beteiligten Verwaltungsbehörden bei vorkommenden Schürfungs-Gesuchen in Betreff deren Gestattung zu entscheiden ist.

Wenn z. B. durch anzulegen beabsichtigte Schurfbau zu befürchten ist, dass Mineralquellen einen anderen Lauf nehmen oder versiegen, oder dass einer Gemeinde ihre Wasserleitungs- oder Brunnenquellen abgeschnitten, oder versiegen gemacht werden könnten, so sind dieses solche öffentliche Rücksichten, gegen welche diese Gesetzesstelle Bedenken zu erheben gestattet, und hierüber zu entscheiden befiehlt.

Es ist aber auch zugleich einem allenfallsigen Eigensinne und Chikane entgegen getreten, indem über die erhebenden Bedenken von den Bergbehörden — welche ihr geognostisches Parere in die Wagschale legen werden — im Einverständnisse mit den beteiligten Verwaltungsbehörden abgesprochen werden muss.

Uiber einen speciellen Fall ist mit dem Hofdekrete vom 18. Jänner 1836 Hofz. 15382 die höchste Entscheidung des Inhaltes ergangen: „dass zwar nach den böhmischen Bergordnungen

vom Jahre 1534 und 1575 keine Muthung abgewiesen werden könne, da aber nach eben jenen Gesetzen jeder Bergbau - Unternehmer den durch seinen Bergbau-Betrieb verursachten Schaden ersetzen muss, die Heilquellen Marienbads jedoch einerseits ein Gemeindgut der leidenden Menschheit sind, deren Verlust sich nicht ersetzen lässt, andererseits dem Nationalwohlstande des ganzen Landes, und insbesondere dem Stifte Tepl und den Hauseigenthümern Marienbads ein ungemein grosses und gewissermassen unberechenbares Einkommen verschaffen, so werde das Begehren der Aufrechthaltung der fraglichen Muthung aus dem Grunde abgewiesen, weil es ausser allen menschlichen Kräften steht, jenen Schaden zu ersetzen, welcher durch die von dem beabsichtigten Bergbaue zu besorgende Ablenkung der Marienbader Heilquellen verursacht werden könnte.“

Der §. 105 steht mit dem §. 18 in einem analogen Zusammenhange, dass nämlich auch über die in ersterer Gesetzesstelle gedachten Bedenken entschieden werden muss.

§. 19.

Rechte des Schürfers.

Durch die Schurfbewilligung erlangt der Schürfer das Befugniss, innerhalb seines Schurfgebietes, insoferne ältere Bergbau-Rechte nicht im Wege stehen, Schurfbaue ohne Beschränkung ihrer Zahl zu eröffnen und zu betreiben.

Der Umfang eines Schurfgebietes, innerhalb dessen der Schürfer Schurfbaue ohne Beschränkung ihrer Zahl eröffnen und betreiben darf, ist in den Unterabtheilungen a, b, c des §. 15 bezeichnet. Dabei sind jedoch die in einem Schurfgebiete allenfalls bestehenden ältern Bergbau-Rechte nach dem Grundsätze des Art. III. des kaiserl. Einführungs-Patentes aufrecht erhalten; denn in einem solchen umfangreichen Schurfgebiete — §. 15. a, b, c — können immerhin bereits ältere Bergbau-Rechte, als: aufrecht bestehende Muthungen, Freischürfe und Berglehen vorhanden sein, deren Priorität gewahrt ist.

Auf den §. 19 beziehen sich auch die bei dem §. 16 gemachten Erörterungen.

§. 20.

Ueber die gewonnenen Mineralien darf der Schürfer nur mit Bewilligung der Bergbehörde verfügen.

Wenn Schurfbaue einen günstigen Erfolg gehabt haben, d. i. fündig geworden sind, so ist es ein natürliches Ergebniss, dass bis zu einer Aufschliessung, wie sie der §. 44 vorschreibt, auch schon Mineralien gewonnen werden, über welche der Bergbauunternehmer nur mit Bewilligung der Bergbehörde, allenfalls zum eigenen Verbräuche oder zur Veräusserung verfügen darf, weil mit der Zutageförderung eines *vorbehaltenen* Minerals auch schon das landesfürstliche Hoheitsrecht auf den Bergzehent — Art. IV. und §. 219 in Wirksamkeit tritt.

Ohne diese gesetzliche Vorschrift wäre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, während den Schurfarbeiten bis zu dem Akte der Verleihung einen namhaften Theil der gewonnenen Mineralien auszubeuten, ohne dem landesfürstlichen Hoheitsrechte — Art. IV. und §. 219 — gerecht zu sein. Hieraus folgt die Nothwendigkeit der Vormerkung über die Mineralien-Ausbeute und Vorlage an die Bergbehörde.

Der §. 237 enthält die wegen Nichteinhaltung dieser hier fraglichen Verfügungs-Bewilligung bestimmte Strafahndung.

§. 21.

Blosse Schurfbewilligungen begründen noch nicht ein *ausschliessendes* Recht zum Schürfen in dem bezeichneten Schurfgebiete, und es können in demselben Gebiete mehreren Personen gleichzeitig Bewilligungen zum Schürfen ertheilt werden.

Als *Schurfgebiet* können sich die in dem §. 15 a, b, c angedeuteten örtlichen Räume entweder zugleich oder in verschiedenen Zeiträumen von mehren Personen erbeten werden, und auch den Freischürfern ist es gestattet auf denselben Tagräumen die Punkte ihrer Schurffelder — §. 22 — zu wählen.

§. 22.

Freischurf.

Ein *ausschliessliches* Recht auf ein bestimmtes Schurffeld wird erst erworben, wenn der Schürfer der Bergbehörde den Punkt anzeigt, an welchem er einen Schurfbau zu beginnen, und das Schurfzeichen zu setzen beabsichtigt. Von dem Zeitpunkte angefangen, als diese Anzeige bei der Bergbehörde einkömmt, hat der Schürfer für den angezeigten Punkt das ausschliessende Befugniss des Schürfens, d. i. einen *Freischurf*.

Um Grosses zu bewerkstelligen, müssen grosse Mittel aufgerufen und willfährig gemacht werden.

Die auf dem ganzen Erdballe sichtbaren grossartigen industriellen Anstrengungen nach allen Richtungen fordern hiezu heraus, und dem österreichischen Kaiserreiche, in welchem die Schöpfung Massen der verschiedenartigen Mineralien niedergelegt hat, ist eine grosse Rolle zugewiesen.

In gegenwärtiger Gesetzesstelle ist dieser Grundsatz anerkannt.

In dem Bereiche des Bergbaues ist nun der Thätigkeit ein grosser Raum geöffnet; allein Kapital und Intelligenz fordern auch ihre Interessen, dem Glücksritterthume und manchen insoliden Intentionen sind nun Schranken gesetzt.

Aus nachstehender Zusammenstellung sollen nun die besonderen Rechte und Pflichten des Freischurfes — §. 22 — ersehen werden.

Rechte des Freischurfes.

1. Der ausschliessende Schurfkreis — §. 31. —

Den grössern materiellen Mitteln ist somit Gelegenheit geboten, mit mehreren geometrisch aneinander gereihten, 224 Klafter im Radius vom Aufschlagspunkte d. i. vom Standorte des Schurfzeichens betragenden Schurfkreisen ein beliebiges Schurfterrain, mit Ausschluss eines jeden andern Schurflustigen — §. 22 — zu okupiren, und seiner Zeit durch die Verleihung — §. 40 — mit der nach §. 34 auf einen jeden Freischurf zulässigen Massen-Anzahl zu behaupten.

2. Die Wahl der Richtung und die Ausdehnung, welche das Grubenfeld des Freischurfes seiner Zeit nehmen darf, selbst wenn in seiner Nähe eine fremde Verleihung vor sich geht, bevor er verleihungsfähig geworden ist — §. 36 und 54—b. —

Pflichten des Freischurfes.

a) Das abgesonderte Gesuch an die politische Behörde um Bewilligung zur Aufstellung des Schurfzeichens — §. 27. —

b) Die auf 3 Tage festgesetzte Frist zur Bezeichnung des Freischurfes mit dem Schurfzeichen — §. 24. —

- c) Die Nichtverrückung des Schurfzeichens — §. 32 — unter der sonstigen Strafahndung des §. 236.
- d) Die Bauhafthaltung — §§. 171 et 174.
- e) Die Anzeige über den Erfolg des Betriebes — §. 178. —
- f) Die Pflicht einer *bestimmten* Betriebsleistung unter den in dem §. 179 angegebenen Umständen. Die Strafe auf diese Nichterfüllung enthält der §. 242.
- g) Die monatliche Nachweisung der Leistung für den in dem §. 180 bezeichneten Fall, unter der, in dem §. 242 bestimmten Strafe mit Geld, oder endlich, bei Nichtgenügleistung jener präciseren Frist, mit Entziehung des Freischurfes.

Gemäss §. 22 muss der Bergbehörde der *Punkt* angezeigt werden, an welchem ein Schurfbau begonnen, und das Schurfzeichen gesetzt werden will. Es ist diess ein präciser Punkt im Gegensatze zu dem §. 15—a, welcher in dem bei der Bergbehörde einzubringenden Freischurf-Gesuche als solcher mit unverkennbarer Deutlichkeit und Bestimmtheit auf trigonometrische Weise angegeben werden muss. Als trigonometrische Fixpunkte könnten benützt werden: Häuser, Bäume, Kreuze, Kapellen, Kirchthürme, Stollenmundlöcher, Schächte etc.

Ein Freischurfgesuch könnte z. B. folgender Art gestellt, resp. der Freischurfpunkt bezeichnet werden.

Von dem hinter der Katastralgemeinde Venusen, des politischen Bezirkes Pilsen, in Osten an dem Raine des, dem Grundbesitzer Franz Sieber derselben Gemeinde gehörigen Feldes Nr. top. 280 stehenden hölzernen (eisernen) Kreuzmonumente 50 Wiener Klafter entfernt gegen West nach Kompassstunde 19. —

§. 23.

Die Anzeige über den beabsichtigten Schurfbau kann entweder mit Beziehung auf eine bereits ertheilte Schurfbewilligung geschehen, oder unmittelbar mit dem Gesuche um Ertheilung der Schurfbewilligung selbst verbunden werden. Sie muss aber stets die genaue Angabe der Lage des beabsichtigten Schurfbaues und des Standortes des Schurfzeichens enthalten.

Unter dem Ausdrucke *Schurfbau* ist hier natürlich der Freischurf verstanden, welcher letztere von einem jeden in einem *Schurfgebiete* Bauenden mit einer genauen Nachtragsanzeige oder gleich anfänglich bei dem Ansuchen um Ertheilung der Schurf-

bewilligung sich erbeten werden kann. In beiden Fällen ist die *genaue* Angabe der Lage des beabsichtigten Schurfbaues und des *Standortes* des Schurfzeichens gefordert. Im erstern Falle müsste der allenfalls schon vorhandene Schacht oder das Stollenmundloch, von welchen aus der ausschliessende Schurfkreis in Wirksamkeit treten wird, auf die bei dem §. 22 angedeutete *Wesie* genau angegeben werden.

§. 24.

Schurfzeichen.

Binnen drei Tagen, nachdem dem Schürfer die Bestätigung der Bergbehörde über seine Anzeige zugekommen ist, muss er den Freischurf über Tage mit dem Schurfzeichen bezeichnen. Unterlässt er dieses, so hat er jeder dritten Person, welcher der gewählte Standort unbekannt geblieben ist, die hiedurch erlittenen Nachtheile zu ersetzen. Vor Erstattung der Anzeige an die Bergbehörde darf das Schurfzeichen nicht aufgestellt werden.

§. 25.

Jede Aufstellung eines Schurfzeichens muss den politischen Bezirksbehörden (Stuhlbezirksamt, District, Prätur), in deren Bezirken das Schurfgebiet liegt, angezeigt und von diesen öffentlich bekannt gemacht werden.

Welche allgemeine gleichartige Form die Schurfzeichen in jedem Kronlande zu erhalten haben, um Jedermann kenntlich zu sein, wird durch die politische Landesbehörde bestimmt.

§. 26.

Meldung bei dem Grund-Eigenthümer.

Jeder Schürfer ist verpflichtet, vor der Eröffnung eines Schurfbaues dem Grund-Eigenthümer die Schurfbewilligung vorzuweisen, und mit diesem rücksichtlich seiner Entschädigungs - Ansprüche ein Uebereinkommen zu versuchen.

§. 27.

Benehmen bei Hinderung des Schürfens durch denselben.

Kann sich der Schürfer mit dem Grund-Eigenthümer über die vom Letzteren angesprochene Entschädigung nicht vereinigen, so ist er berechtigt, bei der politischen Behörde um die Bewilligung einzuschreiten, seine Schurf-Arbeit beginnen zu dürfen. Hat er als Freischürfer der Bergbehörde die Anzeige über den gewählten Standort seines Freischurfes bereits erstattet,

somit das Recht erworben, den Freischurf an Ort und Stelle mit dem Schurfzeichen zu bezeichnen, so ist der Freischürfer berechtigt, bei der politischen Bezirksbehörde um die Bewilligung zur Aufstellung des Schurfzeichens anzusuchen.

In beiden Fällen ist jedoch der betreffende Schürfer verpflichtet:

- a) für den dem Grund-Eigenthümer durch den Beginn der Schurf-Arbeit oder durch die Aufstellung des Schurfzeichens etwa verursachten erweislichen Schaden, wenn auch darüber ein Uebereinkommen nicht zu Stande käme, den Ersatz in dem von dem Abgeordneten der politischen Bezirksbehörde zu bestimmenden Betrage einstweilen sicher zu stellen ;
- b) bei der Bergbehörde sogleich um die Einleitung des Verfahrens über die zwangsweise Grund-Ueberlassung anzusuchen;
- c) im Falle eines Freischurfes bis zur Entscheidung hierüber alle Arbeiten an dieser Stelle zu unterlassen.

§. 28.

Kann sich der Schürfer binnen dreissig Tagen von der Errichtung des Schurfzeichens angefangen, über das Ansuchen bei der Bergbehörde um die Verhandlung über die Grund-Ueberlassung nicht ausweisen, so haben die betreffenden politischen Bezirksbehörden (Bezirksamt, Stuhlrichteramt, District, Prätur) auf Ansuchen des Grund-Eigenthümers das Schurfzeichen hinwegräumen zu lassen, und diess der Bergbehörde anzuzeigen.

§. 29.

Verzögerungen in dem Beginne des Schurfbäues oder in der Aufstellung des Schurfzeichens durch Verhandlungen mit dem Grund-Eigenthümer, sind dem Vorrechte des Schürfers nicht nachtheilig.

Aus der Vergleichung und Kombination der §§. 24, 27 und 29 ergeben sich nachstehende Bedenken.

Nach §. 24 muss die Bezeichnung mit dem Schurfzeichen binnen 3 Tagen nach, von der Bergbehörde erhaltener Bestätigung bei sonstiger Verantwortlichkeit für dritte Personen, vorgenommen werden.

Nach §. 27 aber ist der Freischürfer, trotz dem, dass er von der Bergbehörde das Recht zur Bezeichnung mit dem Schurfzeichen bereits erlangt hat — §§. 23 et 24 — berechtigt respektive verpflichtet, bei der politischen Bezirksbehörde um

die Bewilligung zur Aufstellung des Schurfzeichens dann anzusuchen, wenn er sich mit dem Grundeigenthümer über die vom Letzteren angesprochene Entschädigung nicht vereinigen kann.

Hieraus liesse sich kombiniren: dass für den Fall, als der Grundeigenthümer selbst gegen die Aufstellung des Schurfzeichens protestirt, und obgleich der Freischürfer mit der Berechtigung hiezu von der Bergbehörde versehen ist, auch noch die politisch bezirksbehördliche Autorität interveniren muss, um die Aufstellung des Schurfzeichens gestatten zu machen.

Auch der Absatz a des §. 27 scheint dieses zu bestätigen, dass nämlich der Grundeigenthümer die Aufstellung des Schurfzeichens zulassen müsse, auch wenn über den dadurch verursachenden Schaden noch kein Uibereinkommen erzielt wurde; weil daselbst vom *verursachten* — nicht verursachenden — Schaden die Rede ist, dessen Ersatz nach der von den Abgeordneten der politischen Bezirks-Behörde abzugebenden Bestimmung einstweilen sicher gestellt werden soll.

Der §. 29 weist aber auf die Verzögerungen in dem Beginne des Schurfbaues und in der Aufstellung des Schurfzeichens hin, welche durch die *Verhandlungen mit dem Grundeigenthümer* stattfinden können.

Aus letzterer Gesetzesstelle geht nun hervor, dass die politische Bezirksbehörde, bevor der von ihren Abgeordneten bestimmte Entschädigungsbetrag nicht sicher gestellt wird, §. 27-a, die Bewilligung zur Aufstellung des Schurfzeichens bei einer Protestation von Seite des Grundeigenthümers nicht ertheilen kann, weil, wie der §. 29 besagt, der Beginn der Schurfarbeit oder die Aufstellung des Schurfzeichens durch Verhandlungen mit dem Grundeigenthümer verzögert werden kann. Es würde daher in dem §. 27-a statt „*verursachten*“ verursachenden Schaden heissen müssen.

Eine weitere Folgerung hieraus ist, dass die in dem §. 24 binnen 3 Tagen vorgeschriebene Bezeichnung des Freischurfes mit dem Schurfzeichen in Rücksicht der §§. 27 und 29 sich als unmöglich darstellt, und dass diese Frist nur auf solche Fälle Anwendung finden könne, wo zwischen dem Freischürfer und dem Grundeigenthümer in Betreff der Grundentschädigung ein Einverständniss obwaltet.

Der nothwendige Förgang würde daher folgender sein :

Der Freischürfer zeigt der Bergbehörde den Punkt, an welchem er einen Schurfbau zu beginnen beabsichtigt, mit der Bitte um Bestätigung an. Dadurch hat er nun das Recht erworben, den Freischurf an Ort und Stelle mit dem Schurfzeichen zu bezeichnen — §. 27. —

Vor Erstattung dieser Anzeige darf ein Schurfzeichen nicht aufgestellt werden.

Jeder Schürfer, sei es in einem *Schurfgebiete* oder in einem *Schurffelde*, ist verpflichtet vor Eröffnung eines Schurfbaues dem Grundeigenthümer die Schurfbewilligung vorzuweisen und rücksichtlich der Entschädigungsansprüche ein Uibereinkommen zu versuchen. Kömmt dieses zu Stande, so kann der Schürfer im *Schurfgebiete* seine Arbeiten beginnen; der Freischürfer aber muss binnen 3 Tagen — §. 24 — den Freischurf über Tage d. i. an der Oberfläche, mit dem Schurfzeichen bezeichnen, und hievon der politischen Bezirksbehörde (Stuhlbezirksamt Distrikt, Prätur) zu dem Behuf Anzeige erstatten, damit dasselbe öffentlich bekannt gemacht werde. Der Freischürfer ist dann zur Eröffnung seines Schurfbaues ebenfalls berechtigt.

Kömmt aber eine Vereinigung über die Grund-Entschädigung im Privatwege zwischen Schürfer und Grund-Eigenthümer nicht zu Stande, so ist der gewöhnliche Schürfer berechtigt bei der politischen Behörde um die Bewilligung einzuschreiten, seine Schurfarbeit beginnen zu dürfen. Der Freischürfer ist berechtigt, bei der politischen Bezirksbehörde um die Bewilligung zur Aufstellung des Schurfzeichens anzusuchen.

Mit der Einreichung dieser Gesuche ist aber weder der gewöhnliche Schürfer (nämlich der in einem Schurfgebiete) zum Beginne der Schurfarbeiten, noch der Freischürfer zur Aufstellung des Schurfzeichens befugt; denn die politische Bezirksbehörde schickt hierauf erst Abgeordnete an Ort und Stelle, welche, wenn auch über den Ersatz des durch den Beginn der Schurfarbeit oder durch die Aufstellung des Schurfzeichens verursachenden Schadens ein Uibereinkommen nicht zu Stande kömmt, diesen Betrag zu bestimmen, und welchen die Schürfer einstweilen sicher zu stellen haben.

Unter dem Ausdrucke Sicherstellung ist jedenfalls auch die Deponirung des bestimmten Schadenbetrages verstanden, weil dieselbe nach dem Gesetze als ein Sicherstellungsmittel anerkannt ist.

Jene Abgeordnete werden aus derjenigen Kategorie sein müssen, welche der §. 101 bezeichnet.

Nach bewerkstelligter Sicherstellung des von den Abgeordneten ausgesprochenen Schadenersatzes darf der gewöhnliche Schürfer seine Schurfarbeit beginnen, und der Freischürfer das Schurfzeichen aufstellen. Beide müssen nun aber sogleich um die Einleitung des Verfahrens über die zwangsweise Grund-Uiberlassung ansuchen, und der Freischürfer muss ungeachtet dessen bis zur Entscheidung der zwangsweisen Grund-Uiberlassung (Expropriation) alle Arbeiten an dieser Stelle unterlassen.

Die Expropriation geschieht, wie dieses Berggesetz besagt — §. 98 — nach dem Grundsatz des §. 365 des allgemeinen bürgerlichen Gesetz-Buches und zwar nach Massgabe der §§. 100 und 101 dieses Berggesetzes, entweder auf *zeitliche* Uiberlassung oder auf *eigenthümliche* Uibernahme.

Die Folgen aus dem unterlassenen Ansuchen um die Grund-Expropriation sind in dem §. 28 ausgesprochen.

Der Verpflichtung zur Vorweisung der Schurfbewilligung an den Grundeigenthümer und zum Versuche des Uibereinkommens rücksichtlich der Grundentschädigungs-Ansprüche — §. 26 — unterliegt sowohl der gewöhnliche Schürfer im Schurfgebiete, als auch der Freischürfer. Der Grundeigenthümer ist durch diese von den frühern Vorschriften abweichende gesetzliche Bestimmung in Schutz genommen, so dass nun nicht mehr jeder unsichere Vermögenslose oder sonstige Glücksritter mit unausgiebigen, unzweckmässigen Schürfungen die nutzbare Oberfläche beschädigen, dann verschwinden, und den Sicherheitsbehörden und Gemeinden die Beseitigung der Gefahren für Personen und Eigenthum hinterlassen kann.

Die Bestimmung, dass die Verzögerungen dem Vorrechte des Schürfers nicht nachtheilig sind — §. 29 — ist dem allgemeinen civilrechtlichen Grundsatz konform, gemäss welchem gegen denjenigen eine Verjährung nicht läuft, welcher sich in der Unmöglichkeit zu handeln, befindet. *Non valenti agere*

non currit praescriptio. Es darf daher auch während dieser Zeit und bis zur Behebung jener Verzögerungen in dem der Bergbehörde angezeigten, obgleich mit dem Schurfzeichen noch nicht versehenen Schurffelde — §. 31 — weder ein Freischurf, noch eine gewöhnliche Schürfung unternommen werden. Denn es lässt sich der mögliche Fall denken, dass der Grundeigenthümer dem einen Freischürfer rücksichtlich der Grund-Entschädigung mit der Aufstellung des Schurfzeichens aus irgend einer interessirten Konivenz Hindernisse macht, nämlich jene Verzögerungen herbeiführt, während er einem spätern Freischürfer die Aufstellung des Schurfzeichens gewähren würde. Derlei mögliche Vorkommnisse sind durch diese Gesetzesstelle beseitiget, und das Vorrecht des frühern Freischürfers ist gewahrt.

§. 30.

Unterirdische Schurfbaue (Hoffnungsschläge).

Bei unterirdischen Schürfungen aus Grubenbauen mittelst sogenannter Hoffnungsschläge kann jeder beliebige Punkt, wenn er sich auch noch innerhalb eines verliehenen Grubenmasses befindet, als Anhaltspunkt einer neuen Schürfung in der Voraussetzung, dass nicht andere bereits erworbene Rechte verletzt werden, gewählt, und der Bergbehörde angezeigt werden (§. 22).

Die in diesem §. angedeuteten unterirdischen Schürfungen — Hoffnungsschläge — gelten nur für *Grubenbaue*, d. h. schon verliehene Massen, nicht aber auch für Schurfarbeiten; weil der §. 19 die letzteren mit dem Ausdrucke: „*Schurfbaue*“ bezeichnet.

Überdiess folgert sich diese Auslegung auch schon aus dem Zwecke jeder Schurfarbeit im Zusammenhange mit den §§. 34 und 47. Das *vorbehaltene* Mineral mag an welch' immer für einem Punkte im *Schurfgebiete* oder im *Schurffelde* angefahren werden, die Anzahl der, nach diesen zwei §§. zu verleihen gestatteten Massen kann nicht überschritten werden.

Nachbarliche Hilfsbaue — §. 41 — Hilfsschächte, Hilfsstollen — §. 85 — gehören nicht hieher, und es dürfen wegen ihnen unterirdische Schürfungen unbedingt nicht versagt werden, weil gemäss §. 89 nur der Fortbestand des Hilfsbaues nicht beeinträchtigt werden darf, was meistens ausführbar sein wird. Dasselbe gilt auch für Revierstollen; auch wegen diesen dürfen unterirdische Hoffnungsschläge in der Regel nicht abgelehnt werden;

nur gelten für die Hoffnungsschläge resp. für die hierauf zu verleihenden Grubenmasse die in dem §. 96 festgesetzten Verpflichtungen. Eine Ausnahme tritt nur dann ein, wenn dem Revierstöllner — §. 94 — von dem Ministerium ein freies Feld vorbehalten worden ist, daher durch jene unterirdischen Schürfungen die Aquisition des nachbarlichen Feldes nicht mehr möglich ist. Übrigens erscheint eine solche unterirdische Schürfung aus Grubenbauen als ein Freischurf, weil sein Anschlagspunkt ein bestimmter ist — §§. 15 et 22; — wobei es sich als selbstverständlich ergibt, dass die Hälfte seines Radius — §. 31 — in den Grubenbau d. i. in das diesem Freischürfer schon verliehene Grubenmass fällt.

Ferner folgt hieraus, dass bei diesen Hoffnungsschlägen die Vorschriften der §§. 26 und 27 nicht eintreten, weil gemäss landesfürstlichen Bergregals das Interesse des Grundeigenthümers, nach Verwahrung der Oberfläche, nicht berührt wird. Das im §. 124 erwähnte Verhältniss bleibt natürlich auch bei den unterirdischen Schürfungen aufrecht erhalten.

Ob es bei solchen Schürfungen nothwendig ist, dieselben nach der allgemeinen Vorschrift der §§. 22, 23 und 24 am Tage mit dem Schurfzeichen zu bezeichnen, und dieses nach der Analogie des §. 68 zu ermöglichen, oder ob in diesen Fällen von der, gemäss §. 39 Jedermann gestatteten Einsicht in die von der Bergbehörde führenden Schurfbücher die Anordnungen der §§. 22, 23 und 24 substituirt werden, enthält der §. 30 keine Andeutung.

§. 31.

Umkreis des Freischurfes.

Innerhalb eines horizontalen Kreises, dessen Halbmesser *zweihundert vier und zwanzig Wiener Klafter* beträgt, und dessen Mittelpunkt der Standort des Schurfzeichens ist (Schurfkreis), darf ein fremder Schurfbau nicht angeschlagen werden. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung findet nur in jenen Bergrevieren Statt, für welche durch Reviers-Statuten (§§. 43, 274) etwas Anderes vorgezeichnet wird.

Der Radius eines *Schurffeldes* beträgt vom Mittelpunkte, d. i. vom Standorte des Schurfzeichens, resp. von dem, der Bergbehörde angezeigten Punkte — § 22 — nach allen Punkten

nach Aussen 224 Klafter Wiener Mass — §. 9 — innerhalb dessen ein *fremder* Schurfbau nicht angeschlagen werden darf. Der Freischurfinhaber ist aber immerhin berechtigt, nachträglich einen andern Punkt in seinem Schurffelde, jedoch unter Rücksicht auf den §. 32 bei sonstiger Strafe — §. 236 — zu wählen, und um die neue Schurfanlage bei der Bergbehörde anzusuchen, wenn von dem neu gewählten Punkte aus, der gesetzliche Radius ohne Berührung älterer Rechte möglich ist.

§. 32.

Jede Verrückung des Schurfzeichens von Seite des Schürfers, ist als eine neue Schurf-Anlage zu betrachten.

Indem die Verrückung des Schurfzeichens auch durch Muthwillen oder Bosheit geschehen kann, hat diese Gesetzesstelle die Folgen — §. 236 — nur auf den Fall ausgesprochen, wenn dieses *von Seite des Schürfers* geschieht, versteht sich, entweder unmittelbarer oder mittelbarer Weise durch Aufforderung, Befehl etc. —

§. 33.

Wenn bei einer Bergbehörde mehrere Anzeigen über gewählte Standorte von Schurfzeichen (§. 22) gleichzeitig einlangen, und die Schurfkreise der hiedurch erworbenen Freischürfe sich ganz oder theilweise decken, so sind die auf diese Weise sich deckenden Flächen den dabei betheiligten Freischürfern gemeinschaftlich zuzuweisen, ausgenommen die Freischürfer treffen selbst unter sich ein anderes Uebereinkommen.

Durch gleichzeitig einlangende Anzeigen über gewählte Standorte von Schurfzeichen ist eine *theilweise* oder eine *gänzliche* Deckung des Schurfkreises (Freischurffeldes) möglich, wenn nämlich jene Anzeigen einen und denselben genau bestimmten Punkt, oder einen von diesem nicht über 224 Klafter entfernten angeben, respektive zur Aufstellung des Schurfzeichens verlangen. Unter solchen Umständen geschieht die gemeinschaftliche Zuweisung der auf die besagte Weise sich deckenden Flächen für diese Freischürfer, wenn sie nicht unter sich ein anderes Uebereinkommen treffen.

Da es sich hier um eine Rechts-Priorität handelt, so ist der gewählte Ausdruck „gleichzeitig“ insbesondere zu erörtern.

Nach der österreichischen Gesetzgebung hängt die Priorität von der frühern Zahl ab, welche die Eingabe in dem Einreichungsprotokolle erhält. Nur bei Gesuchen, welche gleichzeitig einlangen, und welche sich auf ein und dasselbe Rechtsverhältniss beziehen, findet die gemeinschaftliche quotientale Rechtsverwahrung Statt.

Der Gesetzesausdruck „gleichzeitig“ ist in dem §. 33, betreffend mehrere Anzeigen über gewählte Standorte von Schurfzeichen, und in dem §. 51 bezüglich mehrerer Gesuche hinsichtlich der verlangten Grubenmasse gebraucht.

Der §. 52 bedient sich in Bezug auf das Vorrecht unter mehreren Verleihungswerbern des massgebenden Ausdruckes, „früher“ und in dem §. 53 ist die Theilung des nämlichen Grubenfeldes zwischen verschiedenen Bewerbern an den Umstand gebunden, dass deren Gesuche um dasselbe *an einem und demselben Tage* an die Bergbehörde gelangen.

Der letztere Gesetzesausdruck muss dahin verstanden werden, dass diese Gesuche an einem und demselben Tage bei dem Einreichungsprotokolle der Bergbehörde zur Präsentation gelangen. Auch ist unter dem Wortbegriffe: „Tag“ nicht dasjenige Zeitmass von 24 Stunden, wie es der §. 902 des allgemeinen bürgerlichen Gesetz-Buches ausspricht, sondern nur diejenige Zeit eines Tages zu verstehen, innerhalb welcher das Einreichungsprotokoll offen gehalten sein muss, und nur während dieser Tagesstunden zur Übernahme resp. Eintragung in dasselbe unter demselben Tage berechtigt ist.

Nach §. 194 des kaiserlichen Patentes vom 28. Juni 1850 (des organischen Gesetzes für die Gerichtsbehörden) können Eingaben und alle gerichtlichen Protokolle, welche die Stelle einer Eingabe vertreten, nur mittelst des Einreichungsprotokolles an das Gericht, an welches sie gerichtet sind, gelangen, und gemäss §. 195 wird das Einreichungsprotokoll jeden Vor- und jeden Nachmittag im Ganzen durch fünf Stunden, und jeden Sonn- und Feiertag Vormittag durch drei Stunden zur Annahme von Eingaben offen gehalten. Diese Amtsstunden dauern Vormittags von 8—11 Uhr, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Die von der fünften Nachmittagsstunde an Werktagen, und die von der 11. Vormittagsstunde an Sonn- und Feiertagen be-

ginnende Zeit gehört nicht mehr zu demselben Tage, sondern schon zu dem nächstfolgenden §. 198 des angerufenen kaiserlichen Patentes. —

Der Begriff „gleichzeitig“ findet in dem §. 198 und 200 dieses kaiserlichen Patentes seine Erklärung; wesswegen auch der Inhalt dieser zwei Gesetzesstellen hier wörtlich angeführt wird.

§. 198.

„Die mittelst der Post nach geschlossenem Einreichungsprotokolle einlaufenden Stücke, und die in der Zeit von dem Schlusse des Einreichungsprotokolles bis zur Wiedereröffnung desselben bei Gericht aufgenommenen Protokolle, welche die Stelle einer Eingabe vertreten, sind in das Einreichungsprotokoll des zunächst folgenden halben Tages als die zuerst eingelangten Stücke in der Art einzutragen, dass diejenigen, welche denselben Gegenstand betreffen, als *gleichzeitig* überreicht zu betrachten sind.“

„Sollten jedoch bei Eröffnung des Einreichungs-Protokolles eine oder mehrere Parteien bereits warten oder gleichzeitig mit Eröffnung eintreffen, um Schriften zu überreichen, so sind diese Schriften, dann die in der Zwischenzeit durch die Post eingelangten Stücke und die bei Gericht aufgenommenen Protokolle als *gleichzeitig* überreichte Eingaben zu behandeln.“

2. Absatz des §. 200. „Sollten mehrere denselben Gegenstand betreffende Stücke gleichzeitig einlangen, d. i. in einem und demselben Zeitpunkte dem Protokollisten übergeben, oder nach §. 169 (soll heissen §. 198) als gleichzeitig eingelangt betrachtet werden, so ist auf jedem Stücke, und auf jedem Duplikate oder Rubrik derselben die Zahl aller derjenigen Eingaben anzumerken, mit welchen es gleichzeitig überreicht worden ist.“

Unter dem in dem §. 52 gebrauchten Ausdrücke: „früher“ muss die, für die betreffende Eingabe in dem Einreichungsprotokolle erlangte frühere Geschäftszahl verstanden werden.

Wie die in den §§. 52 und 53 angedeuteten Gesuche sich von einander unterscheiden, und über den zwischen diesen zwei Gesetzesstellen rücksichtlich der Priorität scheinbar obwaltenden Widerspruch wird bei dem §. 53 die Rede sein.

§. 34.

Vorbehaltenes Feld für jeden Freischurf.

Jeder Freischurf gibt Anspruch auf die Verleihung mindestens *Eines* Grubenmasses, das heisst eines Rechtecks von 12.544 Quadrat-Klaftern. Bei Steinkohlen erhöht sich dieser Anspruch auf mindestens *zwei*, mit den längsten Seiten an einander liegenden Grubenmasse, d. h. auf ein Doppelmass.

Besteht jedoch der Freischurf aus einem Schachtbau, dessen Sohle wenigstens fünfzig Klafter im Seiger (senkrecht) unter dem Rasen (der natürlichen Oberfläche) ansteht, so erstreckt sich der Anspruch im Allgemeinen auf die Verleihung von zwei, und bei Steinkohlen von vier mit den längsten Seiten an einander liegenden Grubenmassen.

Der Inbegriff mehrerer in derselben Verleihung begriffenen Grubenmasse heisst *Grubenfeld*.

Die Fläche für ein Grubenmass beträgt nach diesem Gesetze, gleich der in dem Grubenmass-Patente vom 21. Juli 1819 nach Wiener Geviert — §. 9 — 12.544 Quadrat-Klafter; jedoch ist eine andere Formirung des Rechteckes zulässig; es kann nämlich die kürzere Seite desselben (Scherm) auch mehr als 56 Klafter betragen — §. 46. — Hieraus folgt, dass die Längen-Angabe gelegentlich der Verleihung und Vermarkung (Verlochsteinung) auf Zolle und Linien ausfallen wird.

In dem 2. Absatze dieses §. 34 ist dem tiefern *Schachtbaue* in Rücksicht der grössern Kosten, dahin billige Rechnung getragen, dass sich der Anspruch im Allgemeinen auf die Verleihung von zwei, und bei *Steinkohlen* von vier mit den längsten Seiten an einander liegenden Grubenmassen (zwei Doppelmassen) erstreckt; d. h. die abbauwürdige Aufschliessung — §. 44 — von allen vorbehaltenen Mineralien — §. 3 — mit Ausnahme der Steinkohle, berechtigt zu *Einem* Grubenmasse. Diese Begünstigung kömmt nur dem *Schacht-* nicht auch dem *Stollen-Baue* zu Guten.

Steht aber die Sohle des Schachtbaues wenigstens 50 Klafter im Seiger (senkrecht) unter dem Rasen (der natürlichen Oberfläche) an, so berechtigt diess zum Anspruche auf zwei Grubenmassen.

Damit ist das gesetzlich zulässige Minimum ausgesprochen. Ein z. B. in der 49. Klafter seiger angefahrener Eisenstein oder *Braunkohle*, gibt nur auf *Ein* Grubenmass gesetzlichen Anspruch.

Allein der §. 47 erweitert diesen Anspruch unter dem darin bezeichneten Sachverhalte, wovon bei dieser Gesetzesstelle unter Reflexion auf den gesetzlichen Ausdruck *Stein-* und *Braunkohle* die Rede sein wird.

Dem gewöhnlichen Schürfer in einem Schurfgebiete gebührt das Recht auf dieselbe Anzahl von Grubenmassen, wie sie der §. 34 für den Freischürfer gestattet — §. 47 —; jedoch ohne die Begünstigung, welche für letztern die §§. 36 et 37 enthalten. Ersterer findet nur in dem §. 279 einige Berücksichtigung.

Es versteht sich übrigens von selbst, dass auch dem Freischürfer die in dem §. 47 besagte Anzahl von Grubenmassen, und zwar bis zu vier Doppel-Massen verliehen werden könne, wenn der Aufschlagspunkt die dort bezeichnete Lage hat. Denn die in dem §. 34 dem Freischürfer gewährte Anzahl bis zu 4 Massen gebührt ihm als Ausfluss seines *ausschliessenden* Schurffeldes, und der §. 47 gestattet die Verleihung jener grössern Massen-Anzahl jedem Aufschlusse ohne Einschränkung, ob dieser in einem *Schurfgebiete*, oder in einem *Schurffelde* erfolgte. Auch durch den §. 48 wird diese Behauptung unterstützt, gemäss welchem für *jede* Verleihung (also sowohl aus einem Schurfgebiete, als auch Schurffelde) auch in der Folge noch die gesetzliche Ergänzung des Feldes, d. i. die nach §. 47 zulässigen Grubenmassen-Anzahl verlangt werden kann; versteht sich, wenn nicht inzwischen, nämlich seit der ursprünglichen, frühern Verleihung erworbene Rechte, z. B. verliehene Grubenmasse, Freischürfe — §. 36 — entgegenstehen.

§. 35.

Wiewohl der Schürfer zum Betriebe eines Schurfbaues (§. 15) ausser seinem Schurfgebiete nicht berechtigt ist, so ist er dennoch bei der Verleihung in der Lagerung der Grubenmasse auf die Gränzen seines Schurfgebietes nicht beschränkt.

Dass der gewöhnliche Schürfer in einem Schurfgebiete bei der Verleihung in der Lagerung der Grubenmasse auf die Gränzen seines Gebietes nicht beschränkt ist, wenn freies Feld vorhanden, resp. anschliesst, erörtert der §. 47. Dem Freischürfer reicht der ausschliessende Raum seines Schurffeldes bei der Verleihung nach §. 34 zu.

§. 36.

Bei der Verleihung von Bergwerksmassen in der Nähe eines noch nicht verleihungswürdigen Freischurfes (§. 44) steht dem Besitzer des letzteren, wenn er mit dem Verleihungswerber nicht ein anderes Uebereinkommen zu treffen vermag, frei, die Richtung zu wählen, nach welcher das Grubenfeld als Rechteck betrachtet, die längere Ausdehnung erhalten soll.

§. 37.

Ist die Länge des Grubenfeldes der Richtung und Grösse nach bestimmt, so ist auch die Breite desselben der Richtung und Grösse nach gegeben; die Zumessung beider hat aber in der Art zu geschehen, dass das Schurfzeichen mitten im Grubenmasse zu stehen kommt.

Bei diesen, den Freischurf begünstigenden zwei gesetzlichen Normen kömmt insbesondere der gebrauchte Ausdruck: „*Grubenfeld*“ zu beachten. Der letzte Absatz des §. 34 bezeichnet den Inbegriff mehrerer in derselben Verleihung begriffenen *Grubenmasse* mit dem Ausdrucke: *Grubenfeld*. Es ist also Grubenfeld mit Grubenmass nicht für identisch zu halten. Die Folgerungen hieraus sind wichtig.

Gemäss §. 36 steht es dem Besitzer eines Freischurfes frei, wenn an seinen Gränzen eine Verleihung vorgenommen wird, die Richtung zu wählen, nach welcher das Grubenfeld — beziehungsweise sein künftiges *Grubenfeld* — als Rechteck betrachtet, die längere Ausdehnung erhalten soll. Diese Respektirung ist auch in dem §. 54-b für den Verleihungswerber respektive für die Bergbehörde zur Beachtung vorgeschrieben.

Es kann zwar die Längenseite eines Grubenmasses höchstens 224 Klafter betragen, weil die aus einem Freischurfe zu verleihen gestatteten Massen mit ihren längsten Seiten an einander liegen müssen — §. 34 —; allein sie kann auch — §. 46 — kürzer sein, wie bereits bei dem §. 34 erörtert wurde, und somit auch die Breite des Rechteckes bis zur Quadratform nehmen. Der Freischürfer ist sonach berechtigt, sein (beabsichtigtes) Grubenfeld, gemäss §. 34 und den in dieser Gesetzesstelle bezeichneten Umständen, nach der Länge oder Breite, das Schurfzeichen jedoch in der Mitte gedacht, je nachdem es ihm in seinem Interesse erspriesslich scheint, dem nachbarlichen Ver-

leihungswerber, resp. dem von diesem sich erbittenden Verleihungsraume, entgegen zu stellen.

Dass unter dem, in dem §. 36 gebrauchten Ausdrucke: „*Grubenfeld*“ wirklich mehrere in derselben Verleihung begriffene Grubenmassen zu verstehen seien, geht auch noch aus dem §. 37 hervor, weil daselbst von der Länge und *Grösse* des Grubenfeldes die Rede ist, welche ausnahmsweise Bezeichnung offenbar überflüssig wäre, wenn nur ein Grubenmass gemeint sein wollte; indem, wenn auch dessen Länge eine verschiedene sein kann — §. 46 — dessen *Grösse*, nämlich der quadratische Inhalt unabänderlich ist — §. 34. — Der in dem §. 37 vorfindige Ausdruck „*Grösse*“ zeigt unverkennbar, dass unter dem Ausdrucke: „*Grubenfeld*“ der Inbegriff der nach §. 34 zulässigen Massen gemeint ist.

§. 38.

Uebertragung der Schurfrechte.

Jede Uebertragung einer Schurfbewilligung oder Frei-Schurfberechtigung an einen anderen Unternehmer ist der Bergbehörde anzuzeigen. Betreibt dieser einen Bau vor der Anzeige an die Bergbehörde, so ist er gleich einem unbefugten Bergbau-Unternehmer zu bestrafen.

Die auf die Nichtbeachtung dieser, eine wünschenswerthe Evidenz erzielenden gesetzlichen Vorschrift gesetzte Strafe ist in dem §. 236 ausgesprochen.

§. 39.

Schurfbücher.

Ueber alle ertheilten Schurfbewilligungen, Anzeigen von Freischürfen und darüber ertheilten Bestätigungen, dann über alle Uebertragungen solcher Berechtigungen, sind von der Bergbehörde eigene Schurfbücher zu führen. Die Einsicht in dieselben ist Jedermann gestattet.

Dadurch wird nicht nur für die Bergbehörden, insbesondere rücksichtlich des ihnen nach dem 12. und 13. Hauptstücke dieses Gesetzes obliegenden Obergewalts- und Strafrechtes, sondern auch für die Bergbaulustigen eine zweckmässige Evidenz geschaffen, um sich bei der Unternehmung und der Fortsetzung von Bergbau zu orientiren, indem die Einsicht in diese Vormerkbücher Jedermann gestattet ist.

Drittes Hauptstück.

Vom Verleihen.

§. 40.

Zweck der Verleihung.

Wer durch die Bergbehörde das Eigenthumsrecht auf die innerhalb einer bestimmten Begränzung vorkommenden, vorbehaltenen Mineralien und das Befugniss zur Gewinnung derselben durch den erforderlichen Werksbetrieb, oder die Berechtigung zur Anlage und zum Betriebe eigener Hilfsbaue oder Revierstollen erwerben will, hat im ersten Falle um die Verleihung, im anderen aber um die Concession anzusuchen.

Das Eigenthumsrecht auf die vorbehaltenen Mineralien, wie sie der §. 3 kategorisirt, kann innerhalb derjenigen Begränzung, welche die §§. 34 und 47 bezeichnen, angesprochen werden. Mit dieser Eigenthumserwerbung ist zugleich die Befugniss zur Gewinnung jener Mineralien durch denjenigen Werksbetrieb verbunden, welchen der §. 131 speziell angibt. Diess ist nun Eine Art der Verleihung.

Eine zweite bezweckt die Concession zur Anlage und zum Betriebe eigener Hilfsbaue oder Revierstollen, und heisst Bergwerks-Concession — §. 41. —

§. 41.

Arten derselben.

Die Bergwerks-Verleihungen theilen sich in solche:

auf Grubenmasse, §§. 42—70.

auf Ueberscharen, §§. 71—75.

auf Tagmasse, §§. 76—84.

Die Bergwerks-Concessionen in solche:

auf Hilfsbaue, §§. 85—89.

auf Revierstollen, §§. 90—97.

Hiemit ist nominativ angegeben, worauf die verschiedenen Gesuche um Verleihungen gestellt sein können.

§. 42.

a) Von der Verleihung der Grubenmasse. Begriff der Grubenmasse.

Ein Grubenmass umfasst eine bestimmte Fläche (§. 34) in der horizontalen Ebene des Aufschlagspunktes, und zwar in der Gestalt eines Recht-

eckes von 12.544 Quadrat-Klaftern, und erstreckt sich in der Regel in die ewige Höhe und Teufe (in das Unbeschränkte.)

Der quadratische Flächeninhalt pr. 12.544 Klafter für ein *Grubenmass* ist derselbe, wie ihn das Grubenmassen-Patent vom 21. Juli 1819 für die österreichische Monarchie, mit Ausnahme von Ungarn, Lombardie und Venedig bestimmt hat, auch ist die Form eines Rechteckes beibehalten; jedoch nur insoweit, dass die kürzere Seite nicht weniger als 56 Klafter betragen darf. Die Form des Rechteckes kann also gemäss dieses Berggesetzes so weit abgeändert werden, als der geometrische Begriff von einem Rechtecke nicht aufhört, und die kürzere Seite desselben nicht weniger als 56 Klafter beträgt.

Eine weitere Abweichung ist die Abbauberechtigung in die ewige Höhe und Teufe (in das Unbeschränkte), während das frühere Mass in den senkrechten Seitenflächen nur 100 Wiener Klafter hoch oder tief sein durfte. Nach dem Grubenmasspatente vom Jahre 1805 war die ewige Teufe gestattet.

Die Ausnahme hievon tritt bei den *Tagmassen* sowohl in Bezug auf das Flächenmass, als auf die Teufe ein, und auch von der für Grubenmasse vorgeschriebenen Form kann bei Tagmassen abgegangen werden.

Der Bergbaukündige wird übrigens die Zweckmässigkeit der Berechtigung auch in die ewige Höhe zu würdigen wissen, wenn er am Fusse eines Gebirges den Bau anschlägt, und bei weiterer Aufschliessung die Uiberzeugung gewinnt, dass auch *über* seinem Aufschlagspunkte abbauwürdiges Mineral ansteht.

Der in dieser Gesetzesstelle enthaltene Ausdruck: „in der Regel“ bezieht sich auf die Revier-Statuten, und auf den §. 43.

§. 43.

Revier - Statuten.

Sofern in einzelnen Berg-Districten besondere Verhältnisse es unvermeidlich machen entweder die daselbst bisher bestandenen Arten der Grubenmasse auch bei künftigen Verleihungen beizubehalten, oder von der Bestimmung des §. 42 abweichende erst festzustellen, sind die Bestimmungen darüber in *Revier-Statuten* aufzunehmen.

Den Reviergewerken, wenn sie die Statuten gemäss §§. 274 et 275 erwirkt haben, steht eine zweifache Wahl zu Gebote, nämlich:

- a) sie können die daselbst bisher bestandenen Arten der Grubenmasse auch bei künftigen, nämlich vom 1. November 1854 eintretenden Verleihungen beibehalten, oder
- b) solche Arten von Grubenmassen wählen, welche auch von den Bestimmungen des §. 42 abweichen.

Unter den ad a angedeuteten Massen können alle diejenigen gemeint sein, welche auf Grund der Kuttengerger Bergordnung vom Jahre 1300, der Kuttengerger Reformation vom Jahre 1604, der Joachimsthaler, Schlaggenwalder und Hengster Bergordnung vom Jahre 1548, des Hofdekretes vom 12. Februar 1790, der Patente vom 23. März 1805 und vom 21. Juli 1819 verliehen worden sind.

Auf *Tagmassen* hat diese ausnahmsweise Berechtigung keine Anwendung; für dieselben bleibt diejenige Bestimmung ohne Ausnahme aufrecht, welche der §. 77 enthält.

§. 44.

Bedingungen der Verleihung von Grubenmassen.

Die Verleihung von Grubenmassen ist nur dann zulässig, wenn vorbehaltene Mineralien in ihrer Lagerstätte an der dazu angemeldeten Stelle so aufgeschlossen sind, dass sie nach den örtlichen Verhältnissen als *abbauwürdig* angesehen werden können.

Die Beurtheilung der Abbauwürdigkeit wird in solchen Revieren, wo diess die örtlichen Verhältnisse erheischen, besonderen Bestimmungen vorbehalten, und diese werden nach Vernehmung der Reviers-Gewerken von dem Ministerium erlassen.

Aus dieser Gesetzesstelle sind folgende darin gebrauchten Ausdrücke hervorzuheben, nämlich:

- a) „in ihrer *Lagerstätte*“
- b) „in der *dazu angemeldeten Stelle*“
- c) „nach den *örtlichen Verhältnissen abbauwürdig*.“

Dass es sich nur um *vorbehaltene* Mineralien handeln könne, ist gemäss §. 3 selbstverständlich.

ad a. Durch diesen Ausdruck ist die bergbehördliche Lokal-Erhebungscommission — §. 54 — zur Vorsicht und Uiberzeugung aufgefordert, dass nämlich das, an der angezeigten Stelle vorfindige Mineral auch wirklich in seiner eben daselbst

befindlichen *Lagerstätte* aufgeschlossen, und nicht etwa von wo anders her an diese Stelle geschafft worden sei.

Es ist auch der Fall nicht unmöglich, dass Mineralien (werthvolle, kostbare) ehemals aus was immer für einem Beweggrunde vergraben, gelegentlich des Bergbaubetriebes aufgefunden werden — also nicht in ihrer *natürlichen Lagerstätte* — wo dann die Vorschriften des allg. bürgerlichen Gesetz-Buches §§. 398, 399 et 401 eintreten.

ad b. Diese Bestimmung bezieht sich auf den §. 49 — b et d, welcher, ohne dessen Inhalt zu wiederholen, hiemit bloss angerufen wird.

ad c. Es ist aus den, mit dem alten Berggesetze gemachten Erfahrungen bekannt, zu welchen eben nicht rühmlichen Zwecken manches Mineral sowohl bei den, nun nach diesem Gesetze beseitigten Muthungen, als auch bei Belehnungen benützt wurde. Insbesondere spielte der Eisenstein in silurischen Formationsgebieten oft mit einem sehr zweifelhaften Gehalte, und einer winzigen Mächtigkeit, eine grosse Rolle. Man muthete auf Eisenstein, bewirkte hierauf die Belehnung und verwahrte sich das eigentlich beabsichtigte Mineral, die muthmasslich tiefer gelegene Steinkohle, in dem auf diese Weise okupirten Felde.

Das neue Berggesetz hat einer solchen spekulativen Feldsperrung (Okupation) Schranken gesetzt, indem der Verleihung — §. 40 — die örtliche Erhebung — §. 54—a — über die Abbauwürdigkeit vorhergehen muss.

Wenn z. B. die Verleihung eines aufgeschlossenen Steinkohlenflötzes in einer Mächtigkeit von einigen wenigen Zollen, vielleicht zwischen Schieferthon eingelagert, in Gegenden verlangt wird, wo Holz und fossiler Brennstoff keinen ausserordentlichen Preis haben: so dürfte ein derartiger Aufschluss nicht für abbauwürdig, daher die Verleihung nicht zulässig befunden werden.

Der Begriff „*abbauwürdig*“ ist aber immerhin ein elastischer. Die Beurtheilung der Abbauwürdigkeit bildet für die Bergbehörden ein wichtiges Moment, um eines Theils nicht die vormaligen spekulativen Abweichungen wieder einreissen zu lassen, andern Theils aber auch nicht der Bergbaulust un-

billig entgegen zu treten, um überhaupt das *juste milieu* (die richtige Mitte) zu treffen.

Dass aber die Abbauwürdigkeit nicht unbedingt mit der Rentabilität zu vermengen sei, ist wohl selbstverständlich.

Uiberhaupt liegt in diesem ausgesprochenen Erfordernisse nicht so viel Rigorosität, als man vielleicht darin finden zu müssen glaubt.

Durch diese gesetzliche Bestimmung ist der Bergbauunternehmer verpflichtet, das Mineral in dessen *Lagerstätte* an der dazu *angemeldeten Stelle* der Freifahrungs-Kommission in der Art aufgeschlossen anzuzeigen, dass dasselbe als abbauwürdig angesehen werden kann — §. 44. — Aus dem innerhalb des zu verleihenden Grubenfeldes und des aufgeschlossenen Theiles der Lagerstätte nach Belieben gewählten Aufschlagspunkte muss das Mineral in jener Weise — nach Mächtigkeit und Qualität — ersichtlich sein.

Beispielsweise wird der auf Grund eines aufgeschlossenen Steinkohlen-Ausgehenden — Ausbisses — begehrten Verleihung die Bergbehörde nicht stattgeben. Der diessfällige Bergbauende wird vorerst noch anderweitige demonstrende Arbeiten vornehmen müssen.

Es ist diess zugleich eine Konsequenz aus dem neuen Gesetze, dass nämlich die Massenlagerung definitiv, und nicht mehr innerhalb dreier fortlaufender Kompassstunden begehrt und ertheilt werden kann, und das Interesse des Bergbauenden selbst macht einen umfangreicheren, über die Mineral-Lagerstätte mehr belehrenden Aufschluss räthlich und nothwendig, um die definitive Massenlagerung wählen zu können.

Das Patent vom 21. Juli 1819 gibt Zeugnis, dass es auf eine umfangreiche, beziehungsweise die Mineralien-Lagerstätte nach Mächtigkeit, Richtung und Qualität darstellende Aufschliessung nicht ein solches Gewicht, wie das neue Gesetz gelegt hat, weil es die Massenlagerung innerhalb dreier fortlaufender Kompassstunden, und somit dem Leihenswerber gestattet, sich die nähere Uiberzeugung über die Mineralien-Lagerstätte durch spätere Aufschliessungsarbeiten bis zur Zeit der freiwilligen oder zwangsweisen definitiven Lagerungsbestimmung (Verlochsteinung) zu verschaffen.

Diese gesetzliche Vorschrift bezweckt eigentlich den geeigneten Aufschluss des Minerals in dessen Lagerstätte an der dazu angemeldeten Stelle, und die Darlegung dieses Zustandes zur Zeit der örtlichen Erhebung (Freifahrung) — §. 54 — a —.

§. 45.

Aufschlagspunkt.

Der Punkt, von welchem das Grubenmass auszumessen ist (der Aufschlagspunkt) kann von dem Verleihungswerber nach Belieben gewählt werden, nur muss er sich innerhalb des aufgeschlossenen Theiles der Lagerstätte und des zu verleihenden Grubenfeldes (§. 34) befinden.

Abweichend von den alten berggesetzlichen Bestimmungen, kann nach diesem Gesetze der Aufschlagspunkt nach Belieben gewählt werden, wenn er sich nur innerhalb des aufgeschlossenen Theiles der Mineral-Lagerstätte, und innerhalb desjenigen Flächenraumes befindet, welcher dem Verleihungswerber gemäss §. 34 zur Aquisition seines Grubenfeldes zu Gebote steht. Die Massen-Lagerung kann also von wo immer einem Punkte aus begehrt werden, wenn an demselben das Mineral in seiner Lagerstätte aufgeschlossen, und wenn dieser Punkt innerhalb des nach §. 34 zulässigen Verleihungsraumes gelegen ist.

Eine weitere Abweichung von dem letztgiltigen Grubenmass-Patente vom 21. Juli 1819 besteht darin, dass die Verleihung resp. Massen-Lagerung nach dem neuen Berggesetze eine definitive, d. h. rücksichtlich ihrer Gränzen genau bestimmte ist; somit die sonst von der Belehnung bis zur Verlochsteinung zulässig gewesene Verrückung innerhalb dreier fortlaufender Kompassstunden nun nicht mehr Platz greift — §. 50. —

§. 46.

Grundfläche der Grubenmasse.

Das Grubenmass muss immer als Rechteck bestimmt werden; das Verhältniss seiner Länge zur Breite ist nur in soferne bestimmt, als die kürzere Seite des Rechteckes nicht unter 56 Klafter sein darf.

Nach geometrischer Definition ist ein Rechteck diejenige Raumfigur, welche lauter rechte Winkel enthält.

Aus dem Wortlaute dieses §. im Zusammenhange mit jenem geometrischen Begriffe ergibt sich die Folgerung, dass die

kürzere Seite des Rechteckes, also eines länglichen Rechteckes (Parallelograms) zwar nicht weniger als 56 Klafter, aber auch mehr, und zwar so viele Klafter betragen könne, dass sie die Seite eines Quadrates bildet, innerhalb dessen Gränzen ein Flächenraum von 12544 Quadrat-Klaftern liegt.

Ein Grubenmass kann daher von der quadratischen Figur herab seine Länge insoweit ausdehnen, dass die kürzere Seite nicht weniger als 56 Klafter misst.

Hierauf bezügliche Erörterungen finden sich auch bei §. 34.

§. 47.

Verleihbare Zahl von Grubenmassen.

In der Regel darf auf einen Aufschluss nur die für einen Freischurf vorbehaltene Zahl von Grubenmassen (§. 34) verliehen werden.

Hat der Aufschlagspunkt aber eine solche Lage, dass sich aus demselben mehrere noch unverliehene Grubenmasse ausmessen lassen, so steht dem Verleihungswerber frei, bei Stein- und Braunkohlen bis zu vier Doppelmassen, bei allen übrigen Mineralien aber, bis zu vier einfachen Grubenmassen auf einen Aufschluss zu lagern.

Die nach dem §. 34 vorbehaltene Zahl von Grubenmassen auf einen Aufschluss, er mag sich in einem Schurfgebiete — §. 15 — oder in einem Freischurfe — §. 22 — befinden, beträgt mindestens Ein Grubenmass auf alle Mineralien mit Ausnahme der Steinkohle, welche mit zwei Massen begünstigt ist.

Nach dem 2. Absatze des §. 34 steigert sich die Anzahl auf zwei und vier Massen, welche dem Freischürfer nach diesem §. und nach §. 36 und 37 schon aus der Anlage des Freischurfes gewahrt sind.

Die Aquisition von mehreren Grubenmassen aus einem Aufschlagspunkte ist dann zulässig, wenn er eine solche Lage hat, dass sich aus demselben mehrere noch unverliehene Massen ausmessen lassen, d. h. wenn freies Feld anschliesst.

Diess gilt sowohl für Aufschlagspunkte des Freischurfes, als auch des Schurfgebietes.

Aus der Vergleichung des §. 47 mit dem §. 34 ergibt sich rücksichtlich der Verleihung von Grubenmassen bei *Stein-* und *Braunkohlen* ein wesentlicher Unterschied.

Der gemäss §. 34 und gemäss 1. Absatzes des §. 47 zulässige Anspruch auf eine grössere Massen - Anzahl, nämlich auf 2 beziehungsweise 4, findet nur bei *Steinkohlen*, nicht aber auch bei *Braunkohlen* Statt.

Ein *Braunkohlen*-Aufschlag berechtigt daher nur zum Anspruche auf Ein Mass, und unter den in dem 2. Absatze des §. 34 bezeichneten Umständen des tiefern Schachtbaues auf zwei Massen, während die Steinkohle mit zwei respektive vier Massen begünstigt ist.

Tritt aber der, in dem 2. Absatze des §. 47 angedeutete Sachverhalt ein, so nimmt auch die *Braunkohle* an der Begünstigung der Verleihung bis zu vier Doppelmassen Theil.

§. 48.

Für jede Verleihung, welche Anfangs nicht in dem im §. 47 genannten vollen Umfange angesucht wurde, kann auch in der Folge noch die gesetzliche Ergänzung des Feldes verlangt werden, sofern nicht inzwischen erworbene Rechte anderer Unternehmer entgegenstehen.

Die Zulässigkeit einer solchen Ergänzung muss jedoch gleich derjenigen einer neuen Verleihung erhoben werden.

Es können sich Fälle ereignen, wo ein schon mit der, nach §. 34 und 1. Absatz des §. 47 zulässigen Massen-Anzahl Belehnte es *nachträglich* vortheilhaft findet, die gemäss 2. Absatzes des §. 47 zu verleihen gestattete grössere Massen-Anzahl, d. h. die gesetzliche Ergänzung des Feldes zu begehren, wenn:

1. der ursprüngliche Aufschlagspunkt die in dem 2. Absatze des §. 47 bezeichnete Lage hat, und
2. wenn nicht inzwischen, d. i. seit der ursprünglichen Verleihung, erworbene Rechte, z. B. mittlerweile geschehene Verleihungen, Freischürfungen entgegenstehen.

Bei einem solchen Akte der Feldergänzung muss alles dasjenige, wie bei der ersten Verleihung beobachtet werden, was die §§. 49 und 54 vorschreiben.

§. 49.

Form und Inhalt der Verleihungsgesuche.

Die Verleihungsgesuche müssen :

- a) den Namen und Wohnort des Bewerbers oder dessen Bevollmächtigten enthalten, und von demselben eigenhändig unterfertigt sein.

Wenn ein Bevollmächtigter einschreitet, muss das Gesuch mit der erforderlichen Vollmacht versehen sein;

- b) die Beschreibung der Lage und Beschaffenheit des Aufschlusses mit Angabe des Grund-Eigenthümers, der Ortsgemeinde und des politischen Bezirkes, dann der Entfernung des Aufschlagspunktes von zwei unverrückbaren, allgemein erkennbaren Punkten angeben;
- c) mit einem Wahrzeichen des gemachten Aufschlusses belegt sein;
- d) im Falle der Aufschluss durch Schürfung geschehen ist, muss der Schurfbau angegeben, und es muss angeführt werden, in welcher Tiefe und Richtung vom Tag-Einbau der Aufschluss erfolgt ist. Ferner hat der Bewerber
- e) die Anzahl und Lagerung der verlangten Grubenmasse und den Namen anzugeben, welchen die Verleihung erhalten soll; und endlich
- f) zu erklären, ob die angesuchten Masse selbständig in das Bergbuch einzutragen oder einem daselbst schon eingetragenen Werke als neuer Bestandtheil zuzuschreiben seien.

ad a. Der gebrauchte Ausdruck: „*eigenhändig*“ wurde bereits bei dem §. 15 besprochen.

ad b. Die in dem Verleihungsgesuche zu machende Beschreibung steht folgerecht mit den, in dem Schurfgesuche — §. 15 — a — b — c vorkommenden Angaben im genauen Zusammenhange, und die genaue Bezeichnung des Aufschlagspunktes mittelst Angabe der Entfernung desselben von zwei unverrückbaren, allgemein erkennbaren Punkten kann auf die, in der Erläuterung zu §. 22 angedeutete Weise bewerkstelliget werden.

ad c. Das Wahrzeichen muss selbstverständlich aus der *Lagerstätte* — §. 45 — des aufgeschlossenen Minerals herkommen.

ad d. Durch die Vorschrift, dass in dem Verleihungsgesuche angeführt werden muss: in welcher Tiefe und Richtung vom Tag-Einbau der Aufschluss erfolgte, ist dem Rechte eine Garantie geboten, und zugleich den, bei dem alten Gesetze auch schon da gewesenen Experimenten entgegengetreten, wo Fingirungen das gegnerische Recht eludirten.

Gemäss §. 52 gebührt das Vorrecht, die Ausdehnung und Lage des Grubenfeldes nach den gesetzlichen Bestimmungen zu wählen, demjenigen, dessen Verleihungsgesuch früher bei der Bergbehörde überreicht wurde.

Ein Schürfer, welcher vermuthet oder weiss, dass sein Nachbar ein Mineral aufgeschlossen hat (fündig geworden ist) und demnach die Verleihung ansuchen werde, könnte in der eben nicht unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass auch er in der kürzesten Frist das Mineral in seinem Schurfbau erreichen werde, um die Verleihung bei der Bergbehörde bittlich werden, um das in dem §. 52 bezeichnete Vorrecht, oder vielleicht wenigstens das gemeinschaftliche Recht — §. 53 — zu erlangen; in der Anhoffnung, dass ihm bis zur Zeit der örtlichen Erhebung — §. 54 — noch genügende Zeit zur Aufschlussbewirkung erübrige.

Durch jene präzise Angabe der Tiefe und Richtung ist aber derlei Tentationen Einhalt gethan; denn einen solchen unredlichen Verleihungswerber treffen die Folgen des §. 60.

ad e. Die Lagerung der verlangten Grubenmasse muss durch die beizubringende Karte — §. 50 — ersichtlich gemacht werden.

ad f. Diese Vorschrift bezieht sich auf den §. 111, gemäss welchem neu verliehene Grubenmasse nach der Wahl des Erwerbers selbstständig in dem Bergbuche eingetragen, oder einem daselbst eingetragenen Besitzthume zugeschrieben werden können.

§. 50.

Lagerungskarte.

Ueber die Lage des Aufschlusses muss eine, auch die Taggegend darstellende Karte im Massstabe von vierzig Klaftern auf den Wiener Zoll, in doppelter Ausfertigung vorgelegt werden, und in Eine dieser Karten muss die Anzahl und Lagerung der verlangten Grubenmasse eingezeichnet sein.

Diese Karten können zugleich mit dem Verleihungsgesuche, sie müssen aber innerhalb acht Tagen vor der örtlichen Erhebung über die Zulässigkeit der angesuchten Verleihung, d. h. der *Freifahrung* (§. 54), überreicht werden, widrigens das Verleihungsgesuch seine Wirksamkeit verliert.

Aus der Anordnung, dass in Eine der in doppelter Ausfertigung vorlegenden Karten nebst der Anzahl auch die Lagerung der verlangten Grubenmasse eingezeichnet sein muss, geht, wie bereits bei dem §. 45 erörtert wurde, hervor, dass die Angabe der Lagerung eine definitive, nicht mehr innerhalb Kompassstunden verrückbare ist.

Die Vorlage dieser Karte in doppelter Ausfertigung, von welcher das Eine Pare die Anzahl und Lagerung der verlangten Grubenmasse nicht enthält, sondern bloss die Taggegend rings des Aufschlusses darstellt, ist darum nothwendig, um die sich allenfalls nach §. 54 — d ergebende Ergänzung und Berichtigung korrekt einzeichnen zu können.

An der Beibringung, und zwar *rechtzeitigen* Beibringung dieser Karte *in dupplo* längstens innerhalb acht Tagen vor der örtlichen Erhebung, d. h. der Freifahrung — §. 54 — wenn sie nicht schon dem Gesuche um Verleihung beigelegt wurde, ist im Interesse des Verleihungswerbers sehr viel gelegen, weil widrigens das Verleihungsgesuch seine Wirksamkeit, und der Verleihungswerber das Vorrecht verliert, die Ausdehnung und Lage des Grubenfeldes, gegenüber von spätern Verleihungswerbern, nach den gesetzlichen Bestimmungen zu wählen — §. 52. —

§. 51.

Absonderung der Verleihungsgesuche.

Um jede Verleihung muss ein eigenes Gesuch angebracht werden.

Stehen jedoch gleichzeitig angebrachte Gesuche hinsichtlich der verlangten Grubenmasse unter einander im Zusammenhange, so ist es gestattet, darüber eine gemeinschaftliche Massen-Lagerungskarte (§. 50) vorzulegen.

Die Verleihung möge sich als Aufschluss-Resultat aus einem gewöhnlichen, oder einem Freischurfe, oder auch als Feldergänzung — §. 48 — erbeten werden, so muss um jede derselben ein eigenes Gesuch angebracht werden.

Der Gesetzes-Ausdruck: „gleichzeitig“ ist bereits bei §. 33 erörtert.

§. 52.

Vorrecht unter mehreren Bewerbern.

Unter mehreren Verleihungswerbern gebührt das Vorrecht, die Ausdehnung und Lage des Grubenfeldes nach den gesetzlichen Bestimmungen zu wählen, demjenigen, dessen Verleihungsgesuch früher bei der Bergbehörde überreicht wurde.

Welcher wichtige Unterschied zwischen dem Ausdrucke: *Grubenmass* und *Grubenfeld* obwaltet, wurde bereits bei dem §. 36 auseinandergesetzt.

Unter den *gesetzlichen Bestimmungen*, nach welchen gemäss §. 52 die Ausdehnung und Lage des Grubenfeldes von dem früheren Verleihungswerber begehrt werden kann, sind die §§. 34, 36, 37, 45, 46, 47 und 54 — b zu verstehen.

Der in dem §. 52 gebrauchte Ausdruck: „*früher*“ wird bei dem §. 53 mit Hinweisung auf den §. 33 erörtert werden.

§. 53.

Verschiedene Bewerber um das nämliche Grubenfeld, deren Gesuche an einem und demselben Tage an die Bergbehörde gelangen, erhalten dasselbe, wenn sie sich über die Theilung nicht vereinigen können, gemeinschaftlich.

Sowohl der §. 52 als auch der §. 53 handelt von dem Vorrechte mehrerer Verleihungswerber.

Erstere Gesetzesstelle macht das Vorrecht von der *früher*n Gesuchs-Uiberreichung abhängig, während gemäss §. 53 für mehrere Gesuche, wenn sie *an einem und demselben Tage* an die Bergbehörde gelangen, die gemeinschaftliche Theilung des begehrenden Rechtes eintritt.

Bei diesen zweierlei Gesuchen muss deren Inhalt, d. i. das Begehren derselben genau unterschieden werden, weil sonst diese beiden Gesetzesstellen rücksichtlich des Ausspruches über die Priorität im Widerspruche ständen.

Bei dem §. 52 handelt es sich um das Vorrecht mehrerer Verleihungswerber, die Ausdehnung und Lage des Grubenfeldes zu wählen, d. h. nicht eines und desselben Grubenfeldes; während die in dem §. 53 gedachten Gesuche *das nämliche*, d. i. ein und dasselbe Grubenfeld, beanspruchen.

Das Vorrecht über die in dem §. 52 bezeichnete Angelegenheit gebührt dem bei der Bergbehörde *früher* überreichten Gesuche, d. h. demjenigen, welches in dem Einreichungsprotokolle der Bergbehörde die frühere Geschäftszahl erhält. Die in dem §. 53 angedeuteten Gesuche aber geniessen einen Tag hindurch, respektive von 8 bis 11 Uhr Vormittags und von 3 bis 5 Uhr Nachmittags gleiche Priorität, so dass ein solches vor der fünften Nachmittagsstunde eingebrachtes Gesuch mit einem um 8 Uhr Vormittags desselben Tages eingelangten eine gleiche Priorität, und somit auf gemeinschaftliche Theilung des

nämlichen Grubenfeldes das Recht erlangt hat. Für die in dem §. 53 besagten Gesuche wird sonach die Priorität nur dadurch erreicht, dass sie den *Tag vorher* vor andern solchen Bewerbungen in das Einreichungsprotokoll der Bergbehörde gelangen. (Siehe auch die Erläuterung zum §. 33).

Endlich wird, mit zugleich Beziehung auf die Erläuterungen zu §. 33, hier noch beigefügt, dass auch die Hofdekrete vom 12. December 1785 und vom 27. Juli 1789 mit den §§. 198 und 200 des kaiserl. Patentes vom 28. Juni 1850 analoge Bestimmungen enthalten; dass demnach selbst nach itzt gültigem Gesetze die Ausdrücke: „gleichzeitig“, „an demselben Tage“ und „früher“ wohl unterschieden werden müssen.

Hofdekret vom 12. Decbr. 1785: „Wenn mehrere, das nämliche Berggut betreffende Tabulargesuche in dem nämlichen Augenblicke überreicht würden, ist dieser Umstand sowohl im Exhibitenprotokolle, als auch in dem Empfangscheine, welcher den Parteien auf Verlangen herausgegeben wird, anzudeuten und allen diesen gleichzeitig eingelangten Tabulargesuchen dieselbe Exhibiten-Numer zu geben“.

Hofdekret vom 27. Juli 1789: „Die Priorität auf ein unbewegliches Gut oder auf eine bücherlich versicherte Haftung wird durch die frühere Exhibiten - Nummer des Belastungsgesuches erlangt. Der Actuar (Einreichungsprotokollist) darf sich nicht unterfangen, ausser den gesetzlich bestimmten Stunden, wo das Exhibitenprotokoll offen zu halten ist, von Parteien eingereicht werden wollende Geschäftsstücke anzunehmen, wie auch mit der Post eingelangte Eingaben ausser den ob erwähnten Stunden zu exhibiren, weil, wenn bei Eintritt der nächst folgenden Oeffnung des Exhibitenprotokolls Jemand ein Actenstück auf dieselbe Bergentität einreichen wollte, auf welche zwischen dem letzten Schlusse und der nächsten Wiederöffnung des Einreichungsprotokolls etwa Vormerkungs- oder Intabulationsgesuche eingelangt wären, diese mit jenen als im nämlichen Augenblicke eingereicht zu betrachten, daher alle mit einer und derselben Exhibitenzahl zu bezeichnen kommen; daher auch nach geschlossenem Einreichungs - Protokolle keine Schrift mehr an diesem Tage, wenn gleich deren Einreichung bei dem Präsidium geschehen wäre, sondern von dem folgenden zu

präsentiren ist und durch die Einreichung einer Eingabe bei dem Präsidium die betreffende Fallfrist nicht gerettet werden kann.“

Nach der berggerichtlichen Manipulations - Instruction vom 3. April 1783, welche bei den Bergkameral-Lehnsbehörden (Berghauptmannschaften, Bergkommissariaten) bis nun in Anwendung steht, muss bei denselben das Einreichungsprotokoll, die Sonn- und Feiertage nicht ausgenommen, von 7 bis 10 Uhr Morgens und von 3 bis 5 Uhr Nachmittags offen gehalten werden.

Rücksichtlich dieser Prioritätsfrage wird auch auf den §. 2 des Berggesetzes zu reflectiren sein, gemäss welchem auch auf Bergwerks-Angelegenheiten die allgemeinen bürgerlichen Gesetze in so ferne anzuwenden sind, als das Berggesetz keine besondere Bestimmungen enthält.

Es dürfte sich daher die Konsequenz ergeben, dass vom 1. November 1854, als dem Tage der beginnenden Wirksamkeit dieses Berggesetzes, welches über den hier in Rede stehenden Fragepunkt keine Bestimmung enthält, die citirten §§. des kaiserl. Patentes vom 28. Juni 1850 auf diese hier fragliche Bergwerksangelegenheit auch bei den Bergbehörden, wie bei den Gerichtsbehörden um so gewisser in Anwendung zu kommen haben werden, als es sich eben um die Wahrung der Rechtspriorität handelt.

§. 54.

Freifahrung.

Jeder Verleihung muss die örtliche Erhebung über deren Zulässigkeit, die Freifahrung, vorhergehen.

Die Aufgabe derselben ist:

- a) den Bestand des angegebenen Mineral-Aufschlusses und die Abbauwürdigkeit desselben nach den Bestimmungen des §. 44 ausser Zweifel zu setzen;
- b) zu untersuchen, ob und mit welchen Abänderungen das begehrte Feld, ohne früher erworbene Rechte zu verletzen, dem Bewerber eingeräumt werden könne, daher insbesondere den benachbarten Freischürfern, welchen das Vorrecht der Wahl ihres Grubenfeldes zukommt, (§. 36) dasselbe vorläufig zugemessen werden muss;

- e) alle Verhältnisse in öffentlicher Beziehung und zu den beteiligten Grundbesitzern zu erörtern;
- d) die Lagerungskarte zu prüfen, und wenn es nöthig befunden wird, sie zu ergänzen und zu berichtigen.
- ad a. Der in dieser Gesetzesstelle gebrauchte Ausdruck: „*Bestand*“ des angegebenen Mineral-Aufschlusses bezieht sich insbesondere auf die in dem §. 45 erwähnte *Lagerstätte*, worüber die Komentirung bei letzterer Gesetzesstelle gegeben ist.
- ad b. Wird auf die Erörterung des §. 36 verwiesen.
- ad c. Die in öffentlichen und Privat-Rücksichten zu erörternden Verhältnisse beziehen sich auf die §§. 17, 18 et 100.
- ad d. Siehe die Erläuterung bei §. 50.

§. 55.

Bekanntmachung derselben.

Jede Freifahrung ist mit Anführung der wesentlichen Punkte des Verleihungsgesuches durch eine angemessene Zeit vorher öffentlich bekannt zu machen.

Das Verleihungsgesuch wird in so vielen Parien einzubringen sein, als angränzende Schürfer und Bergwerksbesitzer sind — §. 56 —, weil diesen daran gelegen sein muss, die wesentlichen Punkte des Verleihungsgesuches direkt zu erfahren, daher die öffentliche Bekanntmachung und eine Verständigung mittelst blosser Rubriken nicht genügen dürfte, worauf auch der §. 56 hinweist.

§. 56.

Beiziehung von Kunstverständigen.

Binnen vierzehn Tagen nach Empfang der Vorladung zur Freifahrung (§. 61) steht dem Verleihungswerber sowohl, als jedem der angränzenden Schürfer und Bergwerksbesitzer, frei, um die Beiziehung zweier unbefangenen Kunstverständigen zur Freifahrung anzusuchen. Diese hat die Bergbehörde zu bestimmen.

Es ist hieraus zu ersehen, dass ungeachtet der öffentlichen Bekanntmachung der bevorstehenden Freifahrung, nicht nur der Verleihungswerber, sondern auch *jeder* angränzende Schürfer und Bergwerksbesitzer hiezu vorgeladen werden muss.

Wird bei keiner dieser Parteien wegen allenfallsigen Anständen und Streitigkeiten eine Besorgniss rege, so entfällt die Beiziehung von Kunstverständigen zur Freifahrung. Nur wenn dieses der Fall ist, steht es jedem der genannten Interessenten frei, um jene Beiziehung anzusuchen.

Die Bestimmung dieser Kunstverständigen geschieht von der Bergbehörde, weil sie ausser dem Interesse dieser dreierlei Parteien steht, und auf diese Art vielleicht verschiedene Vorschläge der Letzteren, und die hieraus sich möglich ergebenden Kontroversen beseitigt sind.

§. 57.

Entscheidung über die gepflogene Freifahrung.

Ueber jede Freifahrung hat die Bergbehörde zu entscheiden, ob die begehrte Verleihung zulässig sei, und hievon alle dabei Betheiligten zu verständigen.

Bevor die Verleihungsurkunde von der Bergbehörde herausgegeben wird, hat diese vorerst über die Verleihungs-Zulässigkeit in genehmigendem oder abweisendem Sinne zu entscheiden; weil nun, wenn die erhobenen Anstände auch durch die Mitwirkung der Kunstverständigen nicht beigelegt wurden, und je nachdem diese Vorentscheidung dem einen oder dem andern jener drei Interessenten allenfalls nicht konvenirt, diejenigen Schritte beginnen, welche in den §§. 61 und 62 bezeichnet sind. Dass gegen derlei Vorentscheidungen, sie mögen sogleich — §. 57 — oder nach Beseitigung der vorgekommenen Hindernisse — §§. 61, 62, 63 — ergangen sein, von den sich dadurch Beschwerdfühlenden, sei es der Verleihungswerber, Schürfer oder Bergwerksbesitzer, die Berufung an die höhere Bergbehörde ergriffen werden könne, versteht sich von selbst.

Die besondere Begünstigung für die Rekurse in Bergwerksangelegenheiten ist in dem §. 230 ausgesprochen.

§. 58.

Ist der Verleihungswerber bei der Verhandlung nicht erschienen, so hat die Bergbehörde eine Frist von vierzehn Tagen von dem Zeitpunkte an abzuwarten, auf welchen die Verhandlung angeordnet war.

Die vierzehntägige Abwartungsfrist beginnt von dem Tage, auf welchen die Freifahrungs - Verhandlung angeordnet war. Der ausgebliebene Verleihungswerber hat natürlich die aus Veranlassung einer solchen vereitelten Kommission erwachsenen Kosten zu tragen, es möge sein Ausbleiben mit oder ohne sein Verschulden geschehen sein. *Casus nocet domino* (Der Zufall schadet dem Herrn). Das Ausbleiben der andern zwei Parteien, nämlich der Schürfer und Bergwerksbesitzer, beirrt die Freifahrung nicht. Jedoch darf aus dem Nichterscheinen derselben bei der Freifahrung, nicht gefolgert werden, als ob sie auf die anstandslose Verleihung submittirt, und auf die Austragung ihrer allenfallsigen Privatrechte im Rechtswege verzichtet hätten.

Dieses Raisonement fließt nicht nur aus der allgemeinen Rechtsprax, sondern auch speziell aus dem §. 57, nach welchem über *jede* Freifahrung eine Vorentscheidung zu ergehen hat, und die §§. 58 und 59 nur auf das Ausbleiben des Verleihungswerbers gewisse Folgen bestimmen, eines Ausbleibens von Seite der anderweitigen Interessenten oder der Folgen hievon aber nicht erwähnen.

§. 59.

Binnen dieser unter keiner Bedingung verlängerbaren Frist, steht dem Verleihungswerber frei, nachzuweisen, dass er zu erscheinen verhindert war, und um neuerliche Anordnung der Freifahrung anzusuchen.

Der Verleihungswerber muss binnen der im §. 58 bestimmten, unter keiner Bedingung verlängerbaren 14tägigen Frist sein Ausbleiben entschuldigen, resp. nachweisen, dass sein Nichterscheinen nicht ein willkürliches war, sondern durch gewisse, nicht möglich zu beseitigen gewesene Hindernisse herbeigeführt wurde.

Würde nun diese peremptorische Frist verabsäumt, oder würden die, in jener Nachweisung angeführten Hinderungsgründe keine Beachtung verdienen, so treten für einen solchen Verleihungswerber die Folgen der §§. 60 und 52 ein. Im Gegentheile aber erfolgt die neuerliche Anordnung der Freifahrung, um welche zugleich in jener Rechtfertigungseingabe angesucht werden muss.

§. 60.

Die Abweisung eines Verleihungsgesuches hat nur den Verlust des Vorrechtes aus der Ueberreichung desselben (§. 52) zur Folge; die früher erworbenen Schurfrechte des Bewerbers werden aber dadurch nicht aufgehoben.

Diese Abweisung kann entweder gemäss §. 57 auf Grund des Abganges der, in dem §. 54 bezeichneten Erfordernisse sogleich nach der vorgenommenen örtlichen Erhebung, oder aber in Folge des Resultates aus dem zu Folge §§. 61 und 62 abzuführen gestatteten Rechtsstrittes geschehen, wenn nämlich der Verleihungswerber sachfällig geworden ist.

Der mit der Abweisung des Verleihungsgesuches verbundene Verlust des Vorrechtes: die Ausdehnung und Lage des Grubenfeldes zu wählen — §. 52 — ist immerhin ein bedeutender, denn wenn auch dadurch die früher erworbenen Schurfrechte des abgewiesenen Verleihungswerbers nicht aufgehoben, ihm, dem Freischürfer somit die Wahl der Richtung seines künftigen Grubenfeldes gewahrt ist — §§. 36 und 54 — b — so kommt ihm entgegen die Begünstigung des §. 45, nämlich den Aufschlagpunkt innerhalb des aufgeschlossenen Theiles der Lagerstätte und des zu verleihenden Grubenfeldes schon itzt nach Belieben zu wählen, nicht zu Statten.

§. 61.

Stehen der Verleihung Streitigkeiten über Privatrechte entgegen, so sind diese im Rechtswege auszutragen.

Wurde bereits bei dem §. 57 das Geeignete erwähnt.

§. 62.

Bis zum Ausgange der Verhandlung über solche Vorfragen ist zwar mit der Entscheidung über die Verleihung inne zu halten, der Verleihungswerber hat sich jedoch bei der Bergbehörde auszuweisen, dass ihm seinerseits kein Mangel an gehöriger Betreibung zur Last falle. Die Bergbehörde kann demselben auch angemessene Fristen bestimmen, binnen welchen er die Beendigung zu bewirken, und die Beweise darüber beizubringen hat, widrigenfalls das Verleihungsgesuch abgewiesen werden würde.

Es ist die in dieser Gesetzesstelle für den Verleihungswerber ausgesprochene Verpflichtung zum Nachweise, dass ihm *seinerseits* kein Mangel an gehöriger Betreibung, Behufs der

Beilegung der im Mittel liegenden Vorfragen zur Last falle, eine erspriessliche Massregel. Unter welchen Umständen und welchen Fristen aber der Verleihungswerber die Beendigung der vorliegenden Hindernisse unter den sonstigen Folgen der Abweisung seines Verleihungsgesuches, zu bewirken habe, ist nicht wohl abzusehen, wenn man in Erwägung zieht, welche weite Schranken in dem formellen Geschäftsgange bestehen.

§. 63.

Ausfertigung der Verleihungs - Urkunde.

Ist die Verleihung entweder sogleich, oder nach Beseitigung der vorgekommenen Hindernisse zulässig befunden, und die Entscheidung darüber rechtskräftig geworden, so erhält der Bewerber, auf Grundlage derselben, von der Bergbehörde die Verleihungs-Urkunde.

Da dieser §. im Allgemeinen bereits mit der Erörterung des §. 57 in Verbindung gebracht wurde, so erübrigt nur noch die Frage, wann die Entscheidung *rechtskräftig* wird.

Der §. 231 ist diessfalls massgebend, gemäss welchem jedes Erkenntniss und jede andere Entscheidung der Bergbehörden mit der Vollendung des 30. Tages nach der Zustellung des Erkenntnisses oder was immer für einer bergbehördlichen Entscheidung — den Tag der Zustellung nicht mitgerechnet — in Rechtskraft erwächst.

§. 64.

Verpflockung der Grubenmasse.

Jedes verliehene Feld muss, in soferne durch die Revier-Statuten nicht etwas Anderes bestimmt wird, längstens binnen Einem Jahre nach der rechtskräftig gewordenen Verleihung mit Zuziehung aller angränzenden Bergwerksbesitzer und Schurf-Unternehmer und der Grundbesitzer, der Verleihungs-Urkunde und Lagerungskarte gemäss, vermessen und über Tage (an der Oberfläche) verlochsteint (vermarkt) werden.

Wer da weiss, wie die Freifahrungen vorgenommen zu werden pflegten; dass das Grubenfeld oft nach Jahren oder gar nicht verlochsteint; dass der Aufschlagspunkt, insbesondere wenn es gefristet wurde, in der nächsten Zeit zweifelhaft oder ganz unbekannt geworden ist: der wird die Wichtigkeit und Zweckmässigkeit dieser Gesetzesstelle im Zusammenhange mit dem §. 50 zu ermessen wissen. Nachträgliche Streitigkeiten über

Tagesgränzen sind dadurch, wenn nicht unmöglich, aber gewiss seltener gemacht.

§. 65.

Die Einleitung hiezu hat die Bergbehörde von Amtswegen zu treffen.

In Fällen, wo sich schon bei der Freifahrung zeigt, dass der Verleihung kein Hinderniss im Wege stehe, hat der Abgeordnete der Bergbehörde die Verlochsteinung sogleich nach der Beendigung der Verhandlung über die Freifahrung vorzunehmen.

Die definitive Massenlagerung, beziehungsweise Verlochsteinung, war vordem meistens nur das Ergebniss der zwangsweisen Aufforderung hiezu. Nach dem neuen Gesetze aber muss die Einleitung zu der Oberfläche-Vermarkung von der Bergbehörde von Amtswegen getroffen werden; woraus zugleich fliesst, dass die Bergbehörden über alle Verleihungen von Grubenmassen geeignete Vormerkungen zu führen haben, um der in dem §. 64 angeordneten Frist — wenn die Verlochsteinung nicht schon gleich nach Beendigung der Verhandlung über die Freifahrung vorgenommen worden ist — §. 65 — zu entsprechen.

§. 66.

Ueber die vorgenommene Verlochsteinung ist unter genauer Beschreibung eines jeden Lochsteines (Marksteines) ein Protokoll aufzunehmen, und die Lage der Lochsteine (Marksteine) in die Lagerungskarte einzutragen.

Das Protokoll unterliegt der Bestätigung der Bergbehörde, und wird von dieser der Gerichtsbehörde zur Eintragung in das Bergbuch mitgetheilt.

Die der Bergbehörde vorbehaltene Bestätigung des Verlochsteinungsprotokolls ist ein geschäftliches Ergebniss, dass nämlich das über den Akt der Vermarkung zu Stande gekommene Protokoll sammt dazu gehörigen Behelfen von dem abgeordneten Kommissionsleiter (Freifahrungskommissair) der Bergbehörde zur Richtigkeitsprüfung und Bestätigung unterlegt werden muss, bevor es der Gerichtsbehörde zur Eintragung in das Bergbuch mitgetheilt und die Verständigung an die Parteien hinausgegeben wird.

§. 67.

Erneuerung der Gränzen von Grubenfeldern.

Jeder Grubenbesitzer ist berechtigt, bei der Bergbehörde um die Erneuerung der unkenntlich gewordenen Gränzzeichen seines Grubenfeldes auf die in den vorhergehenden §§. 64, 66 bestimmte Weise anzusuchen.

Die Berechtigung des Grubenbesitzers, bei der Bergbehörde um die Erneuerung der unkenntlich gewordenen Gränzen einzuschreiten, bezieht sich natürlich, und wie es auch in dieser Gesetzesstelle wörtlich ausgesprochen ist, nur auf die Gränzen-Erneuerung *seines* und nicht eines fremden Grubenfeldes.

Die Aufforderung zur Vermarkung (Verpflockung) eines *fremden* Grubenfeldes durch die Bergbehörde kann nur dann eintreten, wenn die Vorschrift des §. 64 ausser Acht gelassen worden wäre.

§. 68.

Gränzbestimmungen in der Grube.

Dem Grubenbesitzer steht auch frei, zu verlangen, dass die Taggränzen in der Grube kenntlich gemacht, oder die Lage einzelner Punkte in der Grube am Tage bestimmt werden.

Die hierüber herzustellende von der Bergbehörde zu bestätigende Karte ist bei derselben zu erheben.

Dieser §. handelt von zweierlei Kenntlichmachung der Gränzen, nämlich:

- a) von der, der Taggränzen in der Grube, und
- b) von der Bestimmung der Lage einzelner Punkte in der Grube am Tage.

Erstere dürfte insbesondere bei Annäherung des Grubenbaues an die Gränzen des Grubenfeldes; letztere bei Unternehmungen von unterirdischen Schürfungen aus Grubenbauen — §. 30 — angezeigt sein.

Es ist nur zu wünschen, dass von dieser Freiheit *ad a* recht häufig Gebrauch wird, weil dadurch die heillosen Stritte wegen Uiberbau und dessen Entschädigung am geeignetesten beseitiget werden.

Das Entschädigungsrecht erlischt erst nach 3 Jahren von der Zeit der Bekanntwerdung des Schadens, und wenn dieser nicht bekannt geworden, oder aus einem Verbrechen entstanden ist, verjährt das Klagerecht erst nach 30 Jahren.

§. 69.

Vorbehalt des Rechtsweges bei Grubenfeld - Vermessungen.

Ergeben sich bei Grubenfeld-Vermessungen (§§. 64, 68) Streitigkeiten, welche nicht in Güte beigelegt werden können, so sind sie auf dem Rechtswege auszutragen.

Zur Vornahme von Augenscheinen über Gränzbestimmungen, welche im Rechtswege vorgenommen werden, wird stets ein Abgeordneter der Bergbehörde beigezogen.

Wenn ungeachtet des in den §. 64 und 68 vorgeschriebenen Fürganges sich Streitigkeiten ergeben, welche, in Güte nicht beigelegt, auf dem Rechtswege auszutragen sind, so ist dem Bergbau durch die Bestimmung ein wesentlicher Dienst geleistet, dass nämlich zur Vornahme von Augenscheinen über die im Rechtswege sicher stellenden Gränzen stets ein Abgeordneter der Bergbehörde beigezogen werden muss, von welchem auf Grund seiner speziellen Befähigung die leitende Idee dabei zu erwarten ist, wodurch manchem Missgriffe und sonach mancher höhern Berufung vorgebeugt wird.

§. 70.

Rechtswirkung der Verhandlungen über Verleihung und Vermessung von Grubenmassen.

Eine Grubenfeld-Verleihung oder Vermessung kann anderen Bergwerks-Inhabern rücksichtlich ihres Alters im Felde, oder anderer von ihnen früher erworbenen Rechte nicht nachtheilig sein.

In dieser Gesetzesstelle ist das in dem Berggesetze waltende Prinzip der Verwahrung früherer Rechte wiederholt ausgesprochen.

Der Ausdruck: „*Alter im Felde*“ findet seine Erklärung in dem §. 52 und es ist dieses nämlich das Vorrecht, die Ausdehnung und Lage des Grubenfeldes nach den gesetzlichen Bestimmungen zu wählen, welches durch die frühere Uiberreichung des Verleihungsgesuches erlangt wird, und an die Stelle des vormaligen, nun aufgehobenen Muthungs-Aktes getreten ist.

§. 71.

b) Verleihung der Ueberscharen.

Gebirgstheile, welche von verliehenen Grubenmassen so eingeschlossen sind, dass ein regelmässiges Grubenmass in dieselben nicht gelegt werden kann (§§. 42, 46), heissen *Ueberscharen*.

Das Berggesetz unterscheidet, wie bereits erwähnt wurde, zwischen *Grubenmassen* und zwischen *Tagmassen*.

Die in dem §. 71 bezeichneten Gebirgstheile können daher konsequent nur solche sein, in welchen ein *Grubenbergbau* beabsichtigt, und deren Verleihung als Uiberscharen Behufs des Grubenbergbaues sich erbeten wird.

Es fliesst ferner aus dieser Gesetzesstelle, dass eine Uiberschar rücksichtlich ihrer horizontalen Ebene — §. 42 — eben nicht einen kleineren Flächenraum als ein Grubenmass, nämlich nicht weniger als 12.544 Quadrat-Klafter, enthalten müsse, sondern dass der eingeschlossene Gebirgstheil bloss nicht in die Form eines Rechteckes gebracht werden kann.

Dass eine Verleihung von Uiberscharen bei *Tagmassen* nicht zulässig, beziehungsweise nicht einmal denkbar ist, ergibt sich auch noch aus der Formulirung dieses §, gemäss welchem das Flächenmass zwar als Maximum 32.000 Wiener Quadrat-Klafter, aber auch weniger enthalten kann; indem derselbe §. 77 ausdrücklich sagt: *bis* zu dem Flächenmasse von 32.000 Quadrat-Klaftern, also auch in einem kleineren Betrage, und in einer von den für Grubenmasse vorgeschriebenen abweichenden Form (nicht bloss rechteckigen) die Tagmass verleihbar ist. Auch der §. 80 bestätigt diess, in welchem es heisst, dass die Verleihungsgesuche um Tagmassen die Angabe der *Ausdehnung* derselben enthalten müssen, welcher Ausdruck nicht gebraucht werden könnte, wenn das Flächenmass eines Tagmasses nicht auch unter 32.000 Quadrat-Klafter enthalten dürfte.

§. 72.

Ueberscharen sind besonders zu verleihen, und müssen bei neuen Verleihungen möglichst vermieden werden.

Bereits bestehende, oder bei künftigen Verleihungen nicht zu vermeidende Ueberscharen, dürfen nur an Bergwerksbesitzer verliehen werden, deren Grubenmasse an dieselben gränzen.

Wenn um die Verleihung eines Grubenfeldes eingeschritten wird, so ist es nicht zulässig, in diesem Ansuchen zugleich die Verleihung einer angränzenden Uiberschar zu verlangen. Letztere Bitte muss in einem besonderen, auf die Verleihung der Uiberschar lautenden Einschreiten gestellt werden.

§. 73.

Zeigt sich bei einer Freifahrung eine Ueberschar, oder meldet sich ein Massen-Angränzer um eine solche, so sind hievon alle Angränzer mit der Aufforderung in Kenntniss zu setzen, sich binnen dreissig Tagen, von der Zustellung an gerechnet, zu erklären, ob sie sich um die Verleihung einer solchen bewerben wollen.

§. 74.

Meldet sich binnen dieser Frist nur ein Bewerber, oder sind mehrere Anmelder über die Theilung einig, so ist im ersten Falle dem einzigen Bewerber die ganze Ueberschar, im zweiten jedem der Anmelder der Theil derselben, worüber sie sich geeinigt haben, zu verleihen, und seinem Felde zuzuschlagen.

Können sich solche Bewerber über die Theilung nicht vereinigen, so ist ihnen das Ganze als abgesondertes Eigenthum gemeinschaftlich zu verleihen, doch darf kein Theilhaber seinen Antheil an Jemand anderen, als an einen der Mit-Eigenthümer oder an den Uebernehmer seiner eigenen angränzenden Grubenmasse mit denselben veräussern (§. 111).

§. 75.

Zur Verleihung einer Ueberschar genügt die Vorlage einer, über deren Lage und beabsichtigte Zutheilung verfertigten, von allen Theilnehmern anerkannten Karte.

Die vier Paragrafe 72, 73, 74, 75 bedürfen bei ihrer grammatikalischen Verständlichkeit keiner weitem Erläuterung.

Nur *Ein* Bedenken fällt auf.

Die Verleihungsbewerbung um angränzende Uiberscharen kann entweder von Einem oder von mehreren Bergwerksbesitzern ausgehen; jedoch für den Fall, dass sich um dieselben *kein* angränzender Bergwerksbesitzer meldet, hat dieses Gesetz keine Bestimmung getroffen.

Es gibt in der Welt Wahrscheinlichkeiten, aber auch hievon abweichende Ergebnisse. Wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, dass sich um Gebirgstheile, welche von verliehenen Grubenmassen eingeschlossen sind — §. 71 — die angränzenden Bergwerksbesitzer nicht bewerben werden — es müssten nur auffallende geognostische Rücksichten hievon abrathen — so

ist dennoch in diesen drei Gesetzesstellen des Umstandes nicht gedacht: wenn sich *kein* angränzender Bergwerksbesitzer zur Aquisition einer angränzenden Uiberschar bewerben würde. Und da nach §. 72 die sich unvermeidlich ergebenden Uiberscharen *nur* an angränzende Grubenmassbesitzer verliehen werden dürfen, so ist hieraus eben das zwar ungewöhnliche, aber immerhin mögliche Resultat nicht ausgeschlossen, dass sich für solche eingeschlossene, vielleicht dennoch bergbauwürdige Gebirgsteile anderweitige Bergbauunternehmer finden können.

Gemäss §. 74 im Zusammenhange mit dem §. 111 dürfen verliehene Uiberscharen niemals abgesondert respektive theilweise in dem Bergbuche vorgeschrieben werden; denn war die Uiberschar

- a) dem einzigen Bewerber verliehen, so wird sie dessen schon besitzendem Grubenfelde (Hauptgube — §. 111 —) zugeschrieben.
- b) Haben sich mehrere Bewerber über die Theilung vereinigt, so geschieht die bergbücherliche Vorschreibung auf Grund ihrer Vereinigung eben nur zu ihrem bereits besitzenden Bergwerks-Hauptgute.
- c) Kömmt eine Vereinigung über die Theilung nicht zu Stande, so werden die Uiberscharen als abgesondertes aber gemeinschaftliches Eigenthum bergbücherlich vorgeschrieben.

Durch die *ad b* sich ergebende Theilung und bergbücherliche Zuschreibung wird das in dem §. 135 aufgestellte Prinzip: dass nämlich die bürgerliche Theilung des Bergwerks-Eigenthums nicht unter den sechszehnten Theil zulässig ist — nicht berührt, weil eine solche Zahl durch die an eine Uiberschar angränzenden Bergwerksbesitzer unter keinen Umständen erreicht werden kann, und weil eine Uiberschar, auch wenn sie mitunter kleiner als das gesetzliche bestimmte Grubenmass wäre, ebenfalls zu den *Bergwerksverleihungen* (Bergwerks-Eigenthume) gehört — §. 41 und 135. —

Aus dem Wortlaute des §. 75 ist zu ersehen, dass bei Verleihung einer Uiberschar das mit den bezeichneten Karten versehene Gesuch hierum genügt; daher die Beibringung des Wahrzeichens und der Nachweis anderer in den §§. 49 und 54 angedeuteten Umstände und Erhebungen (Freifahrung) entfällt.

§. 76.

c) Von der Verleihung der Tagmasse.

Auf vorbehaltene Mineralien, welche in Saifen (Sandbänken), Flussbeeten, im Taggerölle oder aufgeschwemmten Gebirge, oder in alten verlassenen Halden, soferne sich die genannten nicht in einem bereits verliehenen Felde befinden, wo sie als Zugehör der Verleihung anzusehen sind (§§. 127, 131) vorkommen, dann auf Bohnen-Erze und Rasen-Eisensteine, findet die Verleihung von *Tagmassen* Statt.

Vor allem Anderen muss bemerkt werden, dass in dieser Gesetzesstelle der §. 127 unrichtig citirt ist.

Ob übrigens statt des §. 127 entweder der §. 117 oder 121 oder 123 gemeint sein wollte, ist rücksichtlich der Verständlichkeit gleichgültig, weil der §. 76 überhaupt nur das den Grubenmassen gebührende Vorrecht auf die alten verlassenen Halden und auf die in dieser Gesetzesstelle bezeichneten Mineralien, als ein gesetzlich erklärtes Zugehör andeutet.

Was unter dem Worte: „Bergwerks-Zugehör“ zu verstehen ist, besagt der §. 121. Der §. 117 bezeichnet die zu Tage liegenden Bestandtheile des Bergwerks-Eigenthums, und in den §§. 123 und 131 sind die mit der Bergwerks-Verleihung verbundenen Rechte enthalten.

Die mit dem §. 123 im Zusammenhange stehenden §§. 76 und 84 bedürfen einer sorgfältigen Unterscheidung, um nicht in eine unrichtige Auslegung und Widersprüche zu gerathen. Zur leichtern Erfassung des Sinnes wollen wir die Formulirung über die Verleihung von Tagmassen nach den §§. 76, 84 und 123 in ausgebreitetere Sätze auflösen, und zwar des Inhaltes.

Die Verleihung von Tagmassen findet Statt:

1. auf *vorbehaltene* Mineralien, welche in Saifen (Sandbänken), Flussbeeten, im Taggerölle oder aufgeschwemmten Gebirge, oder in alten verlassenen Halden vorkommen, jedoch nur dann, wenn dasselbe Tagmass-Terrain nicht schon zu Grubenmassen verliehen worden ist, oder der §. 79 nicht entgegen steht.
2. auf Bohnen- Erze und Rasen-Eisensteine ohne Rücksicht auf bereits verliehenes Grubenmass-Terrain, jedoch mit Aufrechterhaltung des in dem §. 79 den Hüttenwerken und Aufbereitungs-Werkstätten verwahrten Vorrechtes.

3. Der Tagmassen-Besitzer ist verpflichtet, die Anlage von Schurfbauen, und die Erwerbung und Benützung von Grubenfeldern innerhalb, oder unter den Tagmassen, jedoch nur auf solche vorbehaltene Mineralien zu gestatten, zu deren Abbaue nicht die frühere erworbene Tagmass-Verleihung berechtigt.

Durch den Schlusssatz des §. 76, gemäss welchem nämlich Bohnenerze und Rasen-Eisensteine *nicht* als ein Zugehör eines bereits verliehenen Grubenfeldes anzusehen sind, gelangt man zu der Folgerung, dass durch diese gesetzliche Bestimmung die §§. 40, 42 und 123 eine gewisse Beschränkung, resp. eine speziellere Erklärung finden, und dass dadurch auch die in dem §. 42 angedeutete mögliche Ausnahme von der ewigen Höhe gerechtfertigt erscheint.

Dem Grubenbesitzer ist aber das Vorrecht auch auf Bohnenerze und Rasen-Eisensteine gemäss §. 79 vor einem Tagmassner immerhin gewahrt, wenn er sich zugleich in dem Besitze der ihm nach §. 131-b gestatteten Aufbereitungs-Werkstätte befindet.

Uiber den Einklang zwischen den §§. 76, 123 und 131-a wird noch später gehörigen Orts die Rede sein.

§. 77.

Ein Tagmass ist bis zu dem Flächenmasse von 32.000 Wiener Quadrat-Klaftern verleihbar, und erstreckt sich in die Tiefe in der Regel nur bis zu dem anstehenden festen Gesteine.

Die Form jedes Tagmasses hängt von der Wahl des Bewerbers und dem Ermessen der Bergbehörde ab. Nur für Districte, wo eigenthümliche Verhältnisse ein anderes Flächenmass, oder eine bestimmte Form der Tagmasse erforderlich machen, können die Bestimmungen darüber in die Revier-Statuten aufgenommen werden.

Es ist bereits an einer andern Stelle bemerkt worden, dass das Maximum eines Tagmasses 32000 Wiener Quadrat-Klafter Flächenmass, aber auch weniger betragen kann, und dass selbes an die für Grubenmasse vorgeschriebene Form eines Rechteckes nicht gebunden ist.

Gemäss der Patente vom 28. September 1804 und vom 23. März 1805 war sowohl das Flächenmass, als auch die Form von derlei Massen definitiv festgesetzt ;

ihre Länge betrug 500 Klafter
ihre Breite „ 200 „, daher
ein Flächenmass von 100.000 Quadrat-Klaftern.

Das Patent vom 21. Juli 1819 anerkennt zwar keine andere Massen ohne Unterschied der mineralischen Lagerstätte, als welche zur ebenen Grundfläche ein Rechteck von 224 Wiener Klafter Länge und 56 Klafter Breite haben; jedoch gemäss allerh. Entschliessung vom 2. März 1837 ist bei der Massenverleihung auf Saifenwerke eine Ausnahme zwar nicht rücksichtlich des Flächeninhaltes pr. 12.544 Quadrat-Klafter, sondern der geradlinigen Auflagerung gestattet.

Es ist aber auch nach diesem Berg-Gesetze nicht nur ein anderes, als das im §. 77 angedeutete Flächenmass, sondern auch eine bestimmte Form der Tagmasse zulässig, wenn hierüber eigene Revier-Statuten zu Stande kommen.

Dass Tagmassen kein Gegenstand des Bergwerks-Eigenthums, d. h. kein zur Eintragung in das Bergbuch geeignetes unbewegliches Eigenthum sind, besagt der §. 109.

§. 78.

Zur Verleihung von Tagmassen genügt die Nachweisung, dass vorbehaltene Mineralien, auf den im §. 76 bezeichneten Lagerstätten, wirklich vorkommen, und dass dadurch bereits erworbene Rechte anderer Bergbau-Unternehmer nicht beeinträchtigt werden.

Die Nachweisung, dass vorbehaltene Mineralien auf den in dem §. 76 bezeichneten Lagerstätten wirklich vorkommen, kann mittelst Beibringung eines Wahrzeichens des gemachten Aufschlusses oder der Entdeckung geschehen.

Zweckmässiger und verlässlicher aber wird diese Nachweisung durch eine Lokalbesichtigung und durch die Vornahme einer Waschprobe geliefert werden können.

Unter den hier angedeuteten erworbenen Rechten anderer Bergbauunternehmer ist das bei §. 76 erörterte Vorrecht der Grubenmass-Besitzer auf die sub 1. der Erläuterung desselben bezeichneten vorbehaltenen Mineralien, als gesetzlich erklärtes Zugehör eines bereits verliehenen Grubenfeldes zu verstehen.

§. 79.

In welcher Nähe von Hüttenwerken oder Aufbereitungs-Werkstätten die Verleihung von Tagmassen nicht zulässig sei, sondern die Benützung der in solcher Art vorkommenden Mineralien einem nahen Hüttenbesitzer allein zusteht, bestimmt die Bergbehörde von Fall zu Fall.

In dieser Gesetzesstelle liegt nebst dem §. 76 noch eine weitere Beschränkung bei Verleihungen von Tagmassen.

Das allgemeine Raisonement über Verleihungen von Tagmassen würde demnach folgendes sein:

- a) Die Verleihung von Tagmassen auf vorbehaltene Mineralien, welche in Saifen (Sandbänken), Flussbeeten, im Taggerölle, oder aufgeschwemmten Gebirge, oder alten verlassenen Halden vorkommen, ist nur dann zulässig, wenn sich die genannten (Mineralien und Halden) nicht in einem bereits verliehenen Felde befinden, und
- b) wenn sie nicht über Verlangen von Hüttenwerken- oder Aufbereitungs-Werkstätten-Besitzern denselben von der Bergbehörde verwahrt werden.
- c) Die Verleihung von Tagmassen auf Bohnen-Erze und Rasen-Eisensteine ist nur dann gestattet, wenn nicht die besagten Hüttenbesitzer mit Genehmigung der Bergbehörde von dem ihnen in dem §. 79 verwahrten Vorrechte Gebrauch machen.

Dass die Grubenmassbesitzer zugleich solche hier bezeichnete Hüttenbesitzer, schon aus dem Rechte ihres Grubenbesitzes, sein können, ist in dem §. 131-b gegründet.

§. 80.

Verleihungsgesuche um Tagmasse müssen die Angabe des Namens und Wohnortes des Bewerbers und der Lage und Ausdehnung des verlangten Tagmasses enthalten, und mit einem Wahrzeichen der mineralischen Lagerstätte belegt sein.

Es fliesst aus dem §. 77, dass die Ausdehnung des verlangten Tagmasses und zwar sowohl rüchichtlich dessen Form, als auch des Flächenmasses angegeben werden muss; weil jene von der Wahl des Bewerbers und dem Ermessen der Bergbehörde abhängt, und dieses, von 32.000 Wiener Quadrat-Klaftern herab, nicht definitiv festgesetzt ist.

Der Beibringung des Wahrzeichens wurde bereits bei §. 78 erwähnt.

§. 81.

Ueber Gesuche um Tagmasse wird ein Augenschein mit Beiziehung aller angränzenden Besitzer von Tag- oder Grubenmassen und Hüttenwerken, der Grund-Eigenthümer, dann der politischen und sonst etwa betheiligten öffentlichen Verwaltungsbehörde angeordnet.

§. 82.

Ergeben sich hiebei keine Hindernisse, so ist über die begehrten Tagmasse eine Karte auszufertigen, die Verpflockung der Gränzen sogleich vorzunehmen, und die Verhandlung der Bergbehörde zur Entscheidung über die Verleihung vorzulegen.

Kommen Bedenken vor, welche sich bei dem Augenscheine nicht beilegen lassen, so ist die Verleihung des Tagmasses unstatthaft. Es steht aber dem Bewerber frei, nach Beilegung derselben, sein Gesuch zu erneuern.

Der zweite Absatz des §. 82 enthält eine, von dem allgemeinen Geschäftsgange abweichende Beschränkung der Bewerber um Tagmassen. Es ist ihnen nämlich, wenn wegen vorkommenden, bei dem Lokalaugenscheine nicht beigelegten Bedenken die Tagmass-Verleihung für unstatthaft erklärt wird, keine höhere Berufung dagegen, sondern nur, nach Beilegung jener Bedenken, die Erneuerung der Gesuche hierum gestattet.

§. 83.

An Orten, wo Schürfungen von der Zustimmung der Grundbesitzer oder Verwaltungsbehörden abhängig sind (§. 17), dürfen auch Tagmassen-Arbeiten nicht ohne dieselbe betrieben werden.

Die für Schürfungen hinsichtlich der öffentlichen Bezeichnung (§. 24) und der Verhältnisse zu dem Grundbesitzer gegebenen Vorschriften (§§. 26—28) finden auch auf Tagmasse Anwendung.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird sich auf die bei den §§. 17, 24, 26 und 28 gegebenen Erörterungen bezogen, welche auch auf Tagmasse ihre Anwendung finden.

§. 84.

Die Anlage von Schurfbauen und die Erwerbung und Benützung von Grubenfeldern innerhalb, oder unter den Tagmassen, darf durch letztere nicht

gehindert werden; doch steht deren Eigenthümern im Falle einer Beschädigung ein gleiches Recht auf Schadenersatz zu, wie den durch Bergbau berührten Eigenthümern der Oberfläche (§. 98).

Die in dieser Gesetzesstelle erwähnten Schurfbaue beziehen sich nur auf den beabsichtigten Gruben- nicht aber auch auf den Tagmassen-Bau; denn letzterer ist durch die erworbene Tagmassen-Verleihung ausgeschlossen.

Nach diesem §. darf die Anlage von Schurfbauen und die Erwerbung und Benützung von Grubenfeldern *innerhalb* oder *unter den Tagmassen* durch letztere nicht gehindert werden.

Dieses Gesetz hat auf den Grubenbau aus Rücksicht seiner gewöhnlich längeren Nachhaltigkeit und seiner schwierigeren, kostspieligeren Bauführung einen grössern Werth gelegt, denselben daher vor dem Tagmassen-Baue bevorzugt; so dass ersterer durch diesen keine Beeinträchtigung erleiden, auch innerhalb, oder unter den Tagmassen nicht abgelehnt werden kann, in so fern es sich nicht um die, dem *früher* Erwerber von Tagmassen nach §. 76 gebührende Mineralien handelt. Die Tagmassen-Verleihung muss aber der Grubenmassen-Verleihung vorgegangen sein, weil widrigens das in der Erläuterung sub 1. zu §. 76 bezeichnete Rechtsverhältniss eintritt.

Uiberhaupt fliesst diese Verbindlichkeit des Tagmassners — §. 84 — aus dem Zwecke seines Baues, und aus dem ihm hiezu ertheilten Rechte.

Mit Tagmassen-Bau wird die Gewinnung von solchen vorbehaltenen Mineralien beabsichtigt, welche im Diluvium und Alluvium d. i. in der jüngsten Schichte der Erdrinde — *bis zu dem anstehenden festen Gesteine*, §. 77 — oder auch in alten verlassenen Halden vorkommen — §. 76. — Für den Tagmassner hat also das tiefer Gelegene kein Interesse, keinen Werth, weil ihm die Gewinnung desselben von dem Gesetze aus dem blossen Titel der Tagmass-Verleihung nicht gestattet ist.

Dem Tagmassner ist aber das Recht nicht benommen, in seinem Tagmass-Umfange auch eine Grubenbau-Berechtigung zu erwirken, unter der Voraussetzung, dass ihm kein anderer Grubenbau-Unternehmer mit einem gleichen Ansuchen zuvorgekommen ist — §. 84. —

Durch die Kombination der §§. 76 und 84 im Zusammenhange mit dem §. 123 findet zugleich der in dem §. 42 gebrauchte Ausdruck: „*in der Regel*“ eine weitere Erklärung.

Es wurde bereits bei der Erläuterung des §. 42 erwähnt, dass eine Ausnahme von der allgemeinen Grubenmass-Form in Bergrevieren, wo eigene Statuten bestehen, Statt finden, somit auch die ewige Höhe und Teufe eine Beschränkung erleiden kann. Eine solche Beschränkung in Bezug auf die *ewige Höhe* ergibt sich auch, ohne einen Bestand von Revierstatuten, aus dem §. 76 und 84, wenn Grubenmasse *unterhalb* den Tagmassen verliehen werden; indem die unter den Tagmassen sich befindlichen Grubenmasse durch das, jenen nach §. 76 et 77 gebührende Formationsgebiet nach der Höhe beschränkt sind, selbes nicht überschreiten, beziehungsweise nicht abbauen dürfen.

Es kann innerhalb eines Tagmasses von 32.000 Wiener Quadrat-Klaftern immerhin noch einen Oberflächenraum geben, welcher die in dem §. 76 bezeichneten zur Verleihung von Tagmassen geeigneten Mineralien nicht enthält, jedoch nach geognostischer Beurtheilung zu einem Grubenbau angezeigt ist. Auch können eben aus geognostischen Ansichten Grubenbaue *unter* den Tagmassen von dem anstehenden festen Gestein beginnend — §. 77 — auch an jenen Stellen unternommen und die Erwerbung und Benützung von Grubenfeldern erwirkt werden, wo die zur Verleihung von Tagmassen geeigneten Mineralien in ihren nach §. 76 et 77 bezeichneten Lagerstätten vorhanden sind, also unter denselben tiefer gelegene, dem Grubenbaue vorbehaltenene Mineralien vermuthet werden.

Dem Tagmassen-Besitzer steht jedoch das Recht auf allenfallsigen Schadenersatz gegen den Grubenbau-Unternehmer zu, weil Ersterer gegenüber dem Grundeigenthümer ebenfalls seine Verpflichtungen hat — §§. 26, 27 — b, 100 und 101 — von denen der Grubenbau-Besitzer rechtlicher und billiger Weise einen aliquoten Theil zu übernehmen, resp. dem Tagmassen-Besitzer zu vergüten hat.

Der Grubenbau-Unternehmer ist sonach berechtigt, innerhalb den Tagmassen nicht nur Schurfbaue anzulegen, und nach erlangter Verleihung eines Grubenmasses oder Grubenfeldes dasselbe mittelst der Aufschliessungs-Vorrichtungen zu benützen,

oder Schurfbaue unterhalb den Tagmassen anzulegen, Grubenfelder unterhalb jenen zu erwerben, und die Benützung auf geeignete Weise z. B. mittelst Hilfsschächten, Hilfsstollen — §. 85 — zu bewerkstelligen.

Die hier in Betracht kommenden unterirdischen Schürfun- gen wurden bei §. 30 besprochen.

§. 85.

d) Von der Concession der Hilfsbaue.

Stollen und Schächte ausserhalb eines verliehenen Feldes, welche zum vortheilhaften Betriebe desselben dienen (Hilfsstollen oder Hilfsschächte), dürfen nur mit Bewilligung der Bergbehörde angelegt und betrieben werden.

Mit diesem §. beginnen die Bestimmungen über die Bergwerks-Concessionen — §. 41 —, deren Anlage und Betrieb in Rücksicht der örtlichen Lage oder sonstiger Verhältnisse nach technischen Grundsätzen bei dem Bergbaue zu dessen vortheilhaftem Betriebe, als: zur leichteren, wohlfeileren Förderung, Wasserlösung, zur Gewinnung guter Wetter hie und da nothwendig erscheint.

Es gibt nach diesem Gesetze, wie schon der §. 41 besagt, zweierlei Bergwerks-Concessionen, nämlich:

- a) auf Hilfsbaue, welche mittelst Stollen und Schächten betrieben werden können. — §. 85 bis 89 — und
- b) auf Revierstollen. — §. 90 —

Mit den ersteren will einzelnen oder mehreren Grubenbesitzern, mit den letzteren aber einem ganzen Bergreviere, und selbst den in einem solchen Rayon künftig verliehen werdenden Grubenmassen Hilfe beim Bergbaue gebracht werden.

Die frühern Berggesetze aus einer Zeit, wo die technischen Wissenschaften sich noch in der Wiege befanden, und die Anwendung der gewaltigen Dampfkraft noch unbekannt war, konnten freilich für den hilfsbedürftigen Bergbau nicht anders als mit dem Erbstollen fürdenken, zu deren Unternehmungen selbst ohne Aufforderung und wider den Willen der in dem gewählten Gebirge vorhandenen Grubenbesitzer, seine namhaften materiellen Gewinnesaussichten: der Stollenhieb, das Siebentel oder Neuntel der gewonnenen Erze (Mineralien), der vierte Pfennig

wohl ein grösseres Motiv waren, als was das zwischen dem Revierstöllner, oder zwischen Hilfsbauunternehmern und den Bergwerksbesitzern zu treffende Uibereinkommen bieten wird.

Die laut werdende Besorgniss, als ob Hilfsbau- und Revierstollen-Unternehmungen gar nicht vorkommen werden, dürfte denn doch nicht gegründet sein, weil man das vorgeschrittene technische Wissen, die Anwendung der eben nicht mit ausserordentlichen Kosten verbundenen Dampfmaschinen-Kraft und auch den erwachenden Assoziationsgeist in Anschlag bringen muss. Das neue Berggesetz zeigt dem sich mit der Intelligenz verbindenden Kapitale einen freien Wirkungskreis, und hat die offenbar in die Bergbaurente zu weit und empfindlich eingreifenden Rechte des Erbstollens, welche den Bergwerksbesitzer auch ohne seinen Willen und ohne seinen Bedarf dienstbar machten, in diese neuen Bestimmungen nicht aufgenommen.

Dass aber die in den vormaligen Erbstollen-Verleihungen gegenüber den, in dem betreffenden Gebirge bestehenden Gruben gegründeten Rechte durch das neue Gesetz nicht berührt werden, ist selbstverständlich und als ausgesprochenen Grundsatzes schon erwähnt worden.

§. 86.

Sucht ein Bergwerksbesitzer um einen Hilfsbau aus freiem Felde zu seinem eigenen Werke an, so ist ihm derselbe nach Vernehmung der theiligten Behörden und Parteien, sowie nach gefällter Entscheidung über Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Concession zu bewilligen.

Der bewilligte Hilfsbau muss dem Grubenfelde des Bewerbers als Zugehör in dem Bergbuche zugeschrieben werden.

Bevor die Concession zu einem Hilfsbaue eines Bergwerksbesitzers aus freiem Felde zu *seinem eigenen* Werke ertheilt werden kann, muss die Vernehmung der theiligten Behörden und Parteien, und die Entscheidung über allenfallsige Einwendungen gegen die Zulässigkeit vorhergegangen sein.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird sich rücksichtlich dieser Vorentscheidungen auf dasjenige bezogen, was bereits bei den §§. 57 und 63 bemerkt worden ist.

Die Vernehmung der Behörden kann nothwendig sein:

1. Wegen der von dem Hilfsbau-Unternehmer begehrten Grundüberlassung, wenn er sich dieserwegen mit dem Grundeigenthümer nicht vereinigen kann — §§. 98, 100, 101. —
2. Wenn der Hilfsbau ein Terrain berührt, welches gemäss letzten Absatzes des §. 17 unter der Aufsicht besonderer Verwaltungsbehörden steht.
3. Wenn eine Wasserleitung aus dem Hilfsbaue entweder gar nicht, oder nur mit unverhältnissmässigen Kosten ausführbar wäre, kann über die Zulässigkeit derselben mittelst unterirdischer Führung auch durch die in dem §. 17 bezeichneten Orte, mit alleiniger Ausnahme der Gebäude und Friedhöfe, nach Vernehmung der berufenen Behörden abgesprochen werden. — §. 99. —

Als betheiligte Parteien sind zu verstehen: Freischürfer, Bergwerksbesitzer, Grundeigenthümer.

Werden gegen das Begehren einer solchen Concession Einwendungen erhoben, so ist hierüber nach der Analogie der §§. 57 et 63 vorläufig zu entscheiden. (Siehe die Erläuterungen über diese zwei §§.)

Ein solcher Hilfsbau, welcher einem Bergwerksbesitzer aus freiem Felde zu seinem eigenen Werke bewilligt wird, darf ihm nicht als ein abgesondertes Eigenthum in dem Bergbuche, sondern nur seinem schon besitzenden Hauptgute (Grubenfelde), zu dessen vortheilhaftem Betriebe er bewilligt wurde, als Zugehör zugeschrieben werden. — §. 111. —

Es ist übrigens wohl selbstverständlich, dass ein Bergwerksbesitzer zur Anlage von Stollen oder Schächten innerhalb seines eigenen Grubenfeldes Behufs dessen vortheilhaften Betriebes keiner Concession bedarf, daher von einem Hilfsbaue keine Rede sein kann, weil ihm das Gesetz rücksichtlich des technischen Betriebes — wenn nicht der in dem §. 244 vorgesehene Sachverhalt eintritt — keine Vorschriften macht.

§. 87.

Wird dagegen ein Hilfsbau von einem fremden Unternehmer oder von mehreren hilfsbedürftigen Grubenbesitzern gemeinschaftlich angesucht, so ist dem Gesuche im *ersten* Falle das Uebereinkommen zwischen dem Unternehmer und den Hilfsbedürftigen, im *zweiten* Falle aber das Uebereinkommen

der Bergwerksbesitzer, welche sich zu dem gemeinschaftlichen Bau vereinigen, über die Art und Zeit der Ausführung und ihre gegenseitigen Rechte und Verbindlichkeiten beizulegen.

Zugleich muss der ganze Betriebsplan unter Erläuterung mit Tag- und Grubenkarten vorgelegt werden.

In dieser Gesetzesstelle sind ausser dem §. 86 noch anderweitige Verhältnisse bezeichnet, unter welchen Hilfsbaue unternommen werden können: nämlich:

- a) von einem fremden Unternehmer;
- b) von mehreren hilfsbedürftigen Grubenbesitzern gemeinschaftlich.

Es ist nur noch zu bemerken, dass derlei Hilfsbaue sowohl von einem, in dem §. 86 bezeichneten Bergwerksbesitzer, als auch von den *ad a et b* genannten Interessenten nicht nur aus freiem Felde, sondern auch in einem fremden Grubenfelde angelegt werden können, was der Besitzer des Letzteren gemäss §. 191 — b als eine gesetzliche Bergdienstbarkeit zu gestatten verpflichtet ist.

Dass die *ad a* erwähnte fremde Unternehmung nicht auf ein einzelnes Individuum beschränkt ist, sondern auch von einer Gesellschaft (Assoziation) ausgehen kann, deren Mitglieder eben nicht zu den hilfsbedürftigen Grubenbesitzern gehören — b — ist selbstverständlich.

Es fliesst aus dem Zwecke einer solchen Unternehmung, dass über die gegenseitigen Rechte und Pflichten ein wohlwogenes Uibereinkommen, ein nach allen Richtungen und Eventualitäten umsichtsvoller Vertrag errichtet werde. Derselbe umfasst die Rechte und Pflichten

- a) entweder zwischen fremden Unternehmern und hilfsbedürftigen Grubenbesitzern, oder
- b) zwischen Letzteren selbst.

Diese Gesetzesstelle weist rücksichtlich solcher Uibereinkommen darauf hin, dass in dieselben auch die *Art* und *Zeit* der Ausführung aufzunehmen ist.

Die *Art* der Ausführung bezieht sich natürlich auf technische Grundsätze und deren Anwendung, über welche sich bei der Abschliessung des Vertrages, welcher dem Concessions-Ansuchen beizulegen kömmt, bereits geeinigt sein muss. Nicht minder entscheidend ist die Festsetzung der *Zeit* zur Ausführung, z. B.

wann ein Schacht bis zu einer gewissen Teufe erreicht, oder wie viele Klafter Länge ein Stollen innerhalb einer gewissen Zeit aufgefahen sein soll.

Diese Stipulationen sind:

1. nicht bloss zwischen fremden Unternehmern und hilfsbedürftigen Grubenbesitzern, sondern

2. auch zwischen letzteren allein eine nothwendige Vorsicht; denn

ad 1. kann es den Hilfsbedürftigen nicht gleichgültig sein, ob ihnen früher oder später die zugesagte Hilfe gebracht wird; und es richtet sich hiernach natürlich auch ihr quantitativer Leistungsbetrag.

ad 2. Müssen die hilfsbedürftigen Grubenbesitzer als Hilfsbauunternehmer auf bestimmte Zeiträume gefasst sein, bis zu welchen sie die in ihrem Uibereinkommen übernommenen Betriebskosten zu leisten haben werden. — §. 177. —

In beiden Fällen dürfte es überdiess räthlich sein, in den zu Stande kommenden Verträgen, auch die Folgen, als eine Ahndung festzusetzen, welche die Nichteinhaltung der eingegangenen Verbindlichkeiten, von welcher Seite immer, und zwar nicht bloss derjenigen, welche das Gesetz zwischen Gläubiger und Schuldner (Berechtigten und Verpflichteten) bestimmt, mit sich bringen soll.

Ob mit einer Hilfsbauunternehmung aus freiem Felde nicht zugleich ein Freischurf zu verbinden wäre, werden jene Unternehmer in Rücksicht auf geognostische Verhältnisse zu beurtheilen wissen. An und für sich aber, nämlich ohne spezieller bergbehördlichen Bewilligung kommen dem Hilfsbaue die Rechte eines Freischurfes nicht zu. — §. 175. —

§. 88.

Die Bewilligung eines solchen Hilfsbaues kann nur nach vorausgegangener Erhebung aller örtlichen Verhältnisse, dann nach erkannter Zulässigkeit und Nothwendigkeit desselben erfolgen, und ist als eine selbstständige Bergbau-Concession in dem Bergbuche einzutragen.

Auch müssen die von dem hilfsbedürftigen Werksbesitzer übernommenen Verbindlichkeiten zur Begründung eines dinglichen Rechtes, als Last auf das Besitzthum desselben eingetragen werden.

Durch diese Vorschrift, welche mit dem letzten Absatze des §. 87 im Zusammenhange steht, sind derlei Hilfsbau-Unternehmer eigentlich in einen besondern Schutz genommen; indem die Bergbehörde die obwaltenden Verhältnisse und den ganzen Betriebsplan rücksichtlich dessen Zweckmässigkeit einer bergbautechnischen Prüfung zu unterziehen, und sich über die *Zulässigkeit* und *Nothwendigkeit* auszusprechen hat.

Uiber die Nothwendigkeit eines solchen Hilfsbaues dürfte wohl in selteneren Fällen abzusprechen sein, indem man voraussetzen muss, dass zu kostspieligen Unternehmungen nicht geschritten werde, wenn eine andere Abhilfe zu Gebote stände, und weil überdiess andere nicht freiwillig dabei kontrahirende Grubenbesitzer dem Hilfsbaue nicht verbindlich gemacht werden können.

Der in dem §. 87 besprochene Hilfsbau wird als eine selbstständige Bergbau-Concession auf die Namen der Unternehmer in dem Bergbuche eingetragen — §. 111 — während der Hilfsbau des einzelnen Bergwerksbesitzers — §. 86 — dessen Grubenfelde bloss als Zugehör zugeschrieben wird.

Die in dem, zwischen einem (oder mehreren) fremden Unternehmer, und zwischen hilfsbedürftigen Grubenbesitzern oder zwischen Letzteren selbst zu errichten vorgeschriebenen und nachzuweisenden Verträge von diesen übernommenen Verbindlichkeiten werden mittelst jenes Vertrages zur Begründung eines dinglichen Rechtes als Last auf das Besitzthum derselben eingetragen, und sind somit für jeden Besitzer desselben bindend.

Wie ein solches dingliches Recht für den Revierstöllner sicher gestellt wird, enthält die Erläuterung zu den §§. 96 und 110.

§. 89.

Durch die spätere Verleihung des freien Feldes, in welchem ein Hilfsbau bewilliget worden ist, an einen anderen Unternehmer darf der Fortbestand des Hilfsbaues nicht beeinträchtigt werden.

Durch diese gesetzliche Bestimmung geschieht dem spätern Bergbauunternehmer kein Unrecht, weil ihm die durch den bereits koncessionirten Hilfsbau bestehende Beschränkung, nämlich denselben nicht beeinträchtigen zu dürfen, d. h. die bestehende Concession zu respektiren, bei Beginn der Unternehmung resp.

bei der Bewilligung hiezu, bekannt wird, und es überdiess seine Sache ist, über die Verhältnisse des ihn interessirenden Terrains sich Auskünfte zu verschaffen, welche ohnediess augenfällig sein werden.

§. 90.

c) Von der Concession der Revierstollen.

Bergbau-Unternehmungen, durch welche ein ganzes Bergrevier mit Stollen aufgeschlossen, oder die mineralischen Lagerstätten in tieferen Horizonten eröffnet, und der Abbau derselben auf was immer für eine Art erleichtert werden soll, heissen *Revierstollen*.

Das zweite Objekt von Bergwerks-Concessionen bilden die Revierstollen, mittelst welchen die Aufschliessung eines ganzen Bergrevieres, oder die Eröffnung der mineralischen Lagerstätte in tieferen Horizonten beabsichtigt wird; der Endzweck von diesen beiden aber die Erleichterung des Abbaues auf was immer für eine Art sein soll. Dass die Erreichung des Letzteren von dem Gesetze als Bewilligungs-Bedingung aufgestellt sei, fließt aus dem in diesem §. gebrauchten, auf die beiden Vordersätze sich beziehenden Wörtchen „und“; dass also die Aufschliessung des Bergreviers, oder die Eröffnung der mineralischen Lagerstätten in tieferen Horizonten auch den erleichterten Abbau zur Folge haben müsse.

§. 91.

Revierstollen können nur bewilligt werden, wenn deren Ausführung zum allgemeinen Nutzen des Bergbaues in dem ganzen Reviere wünschenswerth erscheint.

Diese Bewilligung ist, nach vorausgegangener Erhebung aller Umstände durch die Bergbehörde, dem Ministerium vorbehalten.

§. 92.

Jedes Gesuch um einen Revierstollen muss mit dem Hauptbetriebsplane und der Tagkarte über das ganze Revier versehen sein, innerhalb dessen der Revierstöllner den Bau zu treiben und zu verzweigen beabsichtigt.

Zugleich muss der Entwurf der Bedingungen vorgelegt werden, unter welchen der Bittsteller sich zu dem Bau bereit erklärt.

Die Grossartigkeit des Unternehmens, mittelst welchem ein ganzes Bergrevier aufgeschlossen, mehreren oder allen in demselben befindlichen Grubenbesitzern, und selbst für künftig daselbst ansitzende Bergbauunternehmer gegen Uibernahme von Verpflichtungen gegen den Revierstöllner eine Abbauerleichterung gebracht werden soll, nicht minder die öffentlichen Interessen, die rationelle bergmännische Staatswirthschaft bringen es mit sich, dass eine solche Concession von der höchsten Bergadministrations-Behörde ausgehe.

In dem Betriebsplane und den Karten, mit welchen ein derlei Koncessionsgesuch begründet sein muss, ist nicht nur die Hauptbetriebsstrecke, sondern auch die beabsichtigten Verzweigungen ersichtlich zu machen, und zugleich der Entwurf der Bedingungen beizubringen, unter welchen der Concessionswerber sich zu dem Baue bereit erklärt, weil alles dieses für die in dem Reviere angesessenen Grubenbesitzer ein Motiv zum Beitritte oder zur Ablehnung sein wird.

§. 93.

Erklärt sich eine so bedeutende Anzahl der in dem angesprochenen Revierstollens-Gebiete angesessenen Grubenbesitzer für die Anlage des Stollens, dass der Bewerber denselben unternehmen zu können glaubt, und ist zugleich ausser Zweifel gesetzt, dass die Anlage auch denjenigen Bergbau-Unternehmern, welchen künftig in dem Reviere Grubenmasse verliehen werden, zum Vorthelle gereichen werde, so ist die Genehmigung des Revierstollens zulässig, wenn gleich nicht alle Besitzer der in dem Revierstollens-Gebiete bestehenden Gruben dem Antrage beigestimmt haben.

Wenn sich das hohe Ministerium (der Finanzen) über die Unternehmungswürdigkeit bejahend ausspricht, und zugleich anerkennt, dass die Anlage auch denjenigen Bergbau-Unternehmern, welchen künftig in dem Reviere Grubenmasse verliehen werden, zum Vorthelle gereichen werde, so ist die Anzahl der in dem fraglichen Gebiete bereits angesessenen, dem Unternehmen zustimmenden Grubenbesitzer in soferne gleichgültig, als sich der Revierstollen-Unternehmer mit den zugesagten Verpflichtungen der Letzteren zufrieden stellt. Seine finanziellen Ansichten unterliegen in dieser Richtung keiner Bevormundung.

§. 94.

Die Rechte und Verbindlichkeiten zwischen dem Revierstöllner, und den in dem Reviere schon bestehenden Bergwerksbesitzern, werden durch das mit ihnen getroffene Uebereinkommen bestimmt. Diejenigen Rechte und Verbindlichkeiten, welche dem Revierstöllner gegen die Erwerber von Grubenmassen durch künftige neue Verleihungen zukommen sollen, sind in der Revierstollens-Concession genau auszudrücken.

Welche besondere Begünstigungen übrigens dem Revierstöllner durch den Vorbehalt eines freien Feldes, ohne Rücksicht auf die in der Regel bestehenden Beschränkungen etwa einzuräumen seien, bleibt der Beurtheilung des Ministeriums, mit Rücksicht auf die Grösse und Nützlichkeit des Unternehmens, überlassen.

Es ergibt sich als eine geschäftsmässige Nothwendigkeit und Vorsicht, dass über gegenseitige Rechte und Verbindlichkeiten ein Uebereinkommen, ein Vertrag geschlossen werde. Wie die in einer solchen hier fraglichen Urkunde übernommenen, und den Erwerbern von Grubenmassen durch künftige neue Verleihungen in dem Stollen-Reviere obliegenden Verpflichtungen sicher gestellt werden, besagt der §. 110.

Die in dem 2. Absatze des §. 94 rücksichtlich des Vorbehaltes eines freien Feldes für den Revierstöllner, ohne Rücksicht auf die *in der Regel* bestehenden Beschränkungen, von dem Ministerium ausgehende besondere Begünstigungen werden dahin zu verstehen sein, dass nämlich das, dem Revierstöllner je nach der Grösse und Nützlichkeit seines Unternehmens, vorbehaltende freie Feld denjenigen Umfang überschreiten d. h. grösser sein könne, als welchen der §. 34 dem Freischurfe verwahrt.

Wir verweisen hier auf eine bei der Erläuterung zu §. 96 vorkommende Reflexion.

§. 95.

In keinem Falle dürfen diejenigen Besitzer, welche ihre Zustimmung verweigert haben, zur Theilnahme gezwungen, oder diejenigen, welche zugestimmt haben, zu grösseren als den ausdrücklich übernommenen Leistungen verhalten werden.

Wird jedoch Grubenbesitzern, welche sich dem Unternehmen widersetzt haben, durch den Revierstollen in der Folge Hilfe gebracht, so ist

der Revierstöllner berechtigt, von denselben während der Dauer der Hilfeleistung, eine angemessene Vergütung zu fordern. Diese Vergütung ist, wenn zwischen den Parteien ein Uebereinkommen nicht zu Stande gekommen ist, durch die Bergbehörde mit Vorbehalt des Rechtsweges zu bestimmen, welche dabei auf die ersparten Betriebskosten Rücksicht zu nehmen hat.

Die von der Koncession der Revierstollen handelnden Vorschriften halten sich rücksichtlich der Zustandebringung solcher Unternehmungen und der Stipulirung der gegenseitigen Rechte und Verpflichtungen von jedem imperativen Einflusse fern; stellen alles dieses der Selbstthätigkeit der sich hiezu gegenseitig verbindenden Unternehmer anheim, und behalten sich bloss aus Rücksicht öffentlicher Interessen und der Nationalwirthschaft die Prüfung des Planes und der Anlage der Unternehmung bevor.

Dass jene Grubenbesitzer, welche sich dem Unternehmen widersetzt haben, in Folge aber durch dasselbe Hilfe erhalten, zu einer angemessenen Vergütung aus dem Gesetze schon verpflichtet sind, ist um so mehr ein Ausfluss gerechter Billigkeit, da diese Vergütung nur auf die *Dauer der Hilfeleistung* beschränkt ist. Das Gegentheil hievon hiesse: auf Kosten eines Anderen sich Vortheile zuwenden dürfen.

Wenn z. B. der Revierstollen auf Grund des genehmigten Planes das Feld eines vorliegenden, dem Unternehmen nicht beigetretenen Massners durchfährt, und ihm mittelst dieses offenen Durchschlages diejenigen Wässer löset, welche dieser vordem zur Ermöglichung seines Bergbaubetriebes selbst gewältigen musste, so ist es nur die Befriedigung des Rechtsgefühles, dass ein solcher Grubenbesitzer, wenn er sich über eine angemessene Vergütung mit dem Revierstöllner nicht vereinigen kann, mit Rücksicht auf die ersparten Betriebskosten von der Bergbehörde oder dem Civilrichter zur angemessenen Vergütung verhalten werde. Die Erhebung über die Ersparung der Betriebskosten wird insbesondere nach Einsicht der Bergbaubetriebsrechnung eines solchen ablehnenden Grubenbesitzers, oder auch auf anderem Wege keine Schwierigkeiten bieten. Wenn man z. B. innerhalb 24 Stunden einer Wasserhebung durch 6 Stunden enthoben wird, so ist der Betrag der Kostenersparung leicht zu berechnen.

Aus der Kombination des Inhaltes dieser Gesetzesstelle mit dem §. 192 ergibt sich eine wichtige Verschiedenheit der Rechte einer Hilfsbau- und einer Revierstollen-Unternehmung rücksichtlich derjenigen Grubenbesitzer, welche jene oder diese wegen Kostenbeitrag ablehnen wollen. Der §. 95 verpflichtet die Grubenbesitzer, denen von der Revierstollen-Unternehmung Hilfe gebracht wird, selbst wenn sie sich derselben ursprünglich widersetzt haben, zu einer angemessenen Vergütung; gemäss §. 192 können die Grubenbesitzer, denen von einer Hilfsbau-Unternehmung Hilfe gebracht werden will, gegen dieselbe protestiren, und der hieraus ansprechenden Vergütung sich entschlagen.

§. 96.

Bergbau-Unternehmer, welchen in der Folge neue Grubenmasse in dem Reviere verliehen werden, haben die festgesetzten Verpflichtungen gegen den Revierstöllner gesetzlich zu übernehmen, und sind hiezu in ihren Verleihungs-Urkunden anzuweisen.

Es enthält schon der §. 93 die Fürsorge d. i. die vorherzugehende Anerkennung von Seite des Ministeriums, dass die Anlage des Revier-Stollens auch denjenigen Bergbau-Unternehmern, welchen künftig in dem Revier Grubenmasse verliehen werden, zum Vorthelle gereichen werde.

Durch diese und durch die in dem §. 96 ausgesprochene Bestimmung ist das in einem Revierstollen-Gebiete zur Zeit der Revierstollen-Concession noch vorhandene freie Feld für künftige Verleihungen einer gesetzlichen Beschränkung unterzogen, dass nämlich in den hierüber ertheilt werdenden Verleihungs-Urkunden die in der Revierstollen-Concession genehmigten, von Seite solcher neuer Grubenmassen-Erwerber zu erfüllenden Verpflichtungen aufgenommen, und diese in derselben Urkunde zur Erfüllung angewiesen werden. Durch die bergbücherliche Einverleibung der Verleihungsurkunde erlangen die darin bestimmten, solchen Massnern obliegenden Verpflichtungen zu Handen des Revierstöllners zugleich die bücherliche, für alle Besitzer verbindliche pfandrechtliche Verwahrung.

Aus dem Inhalte des §. 96 im Zusammenhange mit dem §. 94 dürfte sich nachstehende Ansicht rechtfertigen lassen,

dass nämlich die zwischen dem Revierstöllner und den in dem Reviere *schon bestehenden* Bergwerksbesitzern vertragsmässig bestimmten Rechte und Verbindlichkeiten eben nicht konform, nicht desselben Umfanges sein müssen, welche das Ministerium für den Revierstöllner und den Erwerbern von Grubenmassen durch künftige neue Verleihungen in Vorhinein genehmiget und in die neuen Verleihungsurkunden aufzunehmen sind; denn die Bestimmung, der Umfang der ersteren hier besagten Rechte und Verbindlichkeiten ist dem Uibereinkommen zwischen Stöllner und Bergwerksbesitzern überlassen, während die letzt besagten Rechte und Verbindlichkeiten nach der Beurtheilung und Genehmigung des Ministeriums auf Grund des gemäss §. 92 vorgelegten Entwurfes der Baubedingungen in die Verleihungsurkunden aufgenommen werden.

Diese höchste Genehmigungsbehörde erscheint in diesem Falle gleichsam als Curatels-Organ für künftige Rechtsbewerber — §. 274 des allgem. bürgerl. Gesetz-Buches.

Zwischen dem Revierstöllner und den schon vorhandenen Bergwerksbesitzern, als selbstberechtigten Individuen, ist die gegenseitige Rechte- und Verbindlichkeiten-Stipulirung ihrem Uibereinkommen anheimgestellt.

§. 97.

Wird ein Revierstollen auflässig, so kann dessen Wiederverleihung als solcher, unter Beobachtung der für die neue Verleihung gegebenen Vorschriften (§§. 92—96), Platz greifen.

Zur Besitznahme des Revierstollens als Freischurf oder Grubenmass, darf die Bewilligung nur dann ertheilt werden, wenn sich über eine dreimalige von zwei zu zwei Monaten in das, zu öffentlichen Kundmachungen in dem betreffenden Kronlande bestimmte Zeitungsblatt eingeschaltete Aufforderung während eines ganzen Jahres von der Ausfertigung der Kundmachung Niemand zur Wiederaufnahme des Revierstollens als solchen gemeldet hat.

Die Gründe zur Auflassung eines Revierstollens können in der mittlerweile erlangten Uiberzeugung beruhen, dass der angestrebte Erfolg entweder überhaupt nicht zu bewerkstelligen ist, oder dass der hiezu nothwendige Aufwand mit den zu erreichen beabsichtigten Vortheilen in keinem Verhältnisse steht.

Der bis zur Auflassung entstandene Kostenaufwand ist dann freilich verloren und auf eine gewiss seltene Wiederaufnahme ist nur dann zu rechnen, wenn grosse Mittel allenfalls in einem abgeänderten Betriebsplan dennoch einen Erfolg zu finden hoffen. Dass die bis zur erfolgten Auflassung eines Revierstollens zu dessen Betriebe verwendeten Kosten sowohl für den Revierstöllner, als auch für die zu der Betriebsunterstützung vertragsmässig beigetretenen Bergwerks-Besitzer verloren sind, und dass das zwischen diesen Kontrahenten bestehende gegenseitige Rechtsverhältniss durch den Akt der Revierstollen-Auflassung erlischt, ergibt sich aus der gesetzlichen Bestimmung, dass nämlich die neue Verleihung nur unter den, in den §§. 92—96 gegebenen Vorschriften zulässig, daher das neuerliche gegenseitige Uebereinkommen gefordert ist. Es wird bei §. 253 noch weiter erörtert werden, dass ob einem Hilfsbaue und Revierstollen bei deren Auflassung oder Entziehung, obgleich dieselben gemäss §. 109 als unbewegliches, zur Eintragung in das Bergbuch geeignetes Eigenthum erklärt sind, jede Rechtssicherstellung ohne Folgen bleibt.

Das Eine bleibt für die Montan-Industrie nur tröstend, dass an die Stelle des vormaligen Erb- und gegenwärtigen Revierstollens für manche Bergbaunöthen der Hilfsbau treten kann.

Der Wiederaufnehmer eines aufgelassenen Revierstollens hat alles dasjenige zu erfüllen, was die §§. 92—96 für den ursprünglichen Koncessionswerber vorschreiben.

Ein Revierstollen kann auf zweierlei Art auflässig werden:

- a) freiwillig; wenn nämlich der Unternehmer und die interessirten Bergwerksbesitzer, als betreffende Kontrahenten, die Auflassung beschliessen, oder
- b) wenn die in den §§. 87 und 94 festgesetzten Bedingungen nicht erfüllt werden, das in der Concession zur Bedingung gemachte Mass der Arbeit nicht geleistet, und dieserwegen endlich mit der höchsten Bestrafung des Revierstöllners, nämlich mit der Entziehung dieser Concession vorgegangen wird. — §§. 170, 177, 234. —

Die Wiederaufnahme ist daher von dem Augenblicke zulässig, als die Erklärung der *ad a* genannten Personen vorliegt

oder als *ad b* das von der Bergbehörde über die Concessions-Entziehung gefällte Erkenntniss rechtskräftig geworden ist.

Es kann wohl als ein wahrscheinliches natürliches Ergebniss angenommen werden, dass ein in einem fündigen Bergreviere in der Richtung gegen bereits verliehene Grubenmassen unternommener Revierstollen-Betrieb vorbehaltene Mineralien anfahren, somit Freischürfe oder Grubenmasse erlangen könne.

Der §. 97 ist zugleich einer möglichen Eigennützigkeit entgegengetreten, nach welcher von Revierstöllnern oder einverstandenen Freunden die Freischürfe und Grubenmasse dem Revierstollen-Betriebe, mit dessen Auffassung vorgezogen werden könnten, und hat zur Besitznahme des Revierstollens, *als Freischurf oder Grubenmass* eine ganzjährige, öffentlich zu verlautbarende Frist festgesetzt, um die Wiederaufnahme des Revierstollens möglichst lange offen zu halten; weil die mit dem Betriebe des Revierstollens erlangten Freischürfe und Grubenmasse bei dessen Wiederaufnahme als solcher mit demselben verbunden bleiben.

Am Schlusse der Besprechung der Hilfsbaue und des Revierstollens wird hier nur noch bemerkt, dass der in der Erläuterung des §. 2 in Bezug auf Grubenwässer-Lösung unter den dort bezeichneten Umständen aufgestellte Grundsatz selbst durch diese Concessionen nicht aufgehoben werde.

Viertes Hauptstück.

Von der Grund- und Wasser - Ueberlassung zu Bergwesens - Unternehmungen und dem Ersatze der Bergschäden.

§. 98.

Grund-Ueberlassung.

Jeder Grund-Eigenthümer ist verpflichtet, die zum Bergbau-Betriebe nothwendigen Grundstücke, dem Bergbau-Unternehmer gegen angemessene Schadloshaltung (§. 365 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) zur Benützung zu überlassen.

§. 99.

An Orten, wo die Schürfung von der besonderen Zustimmung des Grundbesitzers oder der Verwaltungsbehörde abhängig ist (§. 17), kann auch eine Grund-Ueberlassung nicht gefordert werden.

Wenn aber eine Wasserleitung zum Bergbau-Betriebe auf andere Weise gar nicht oder nur mit unverhältnissmässigen Kosten ausführbar wäre, kann der Bergbau-Unternehmer fordern, dass ihm die unterirdische Führung derselben auch durch die im §. 17 benannten Grundstücke mit Ausnahme der Gebäude und Friedhöfe gestattet werde.

Solche Leitungen müssen jedoch vollkommen wasserdicht und dauerhaft angelegt sein, und der Unternehmer bleibt für allen durch deren Anlage entstehenden Schaden verantwortlich.

Die Verpflichtung eines *jeden* Grundeigenthümers, die zum Bergbau-Betrieb — §. 5 — nothwendigen Grundstücke dem Bergbau-Unternehmer gegen angemessene Schadloshaltung zur Benützung zu überlassen, beruht in der, auf allem Grund und Boden haftenden landesfürstlichen Bergregalität. Nur in dem §. 17 sind einige Ausnahmen zugelassen.

Der behördliche Förgang in dieser Angelegenheit entweder zur bloss vorübergehenden Benützung, auf zeitliche Uiberlassung, oder auf bleibende Verwendung, auf eigenthümliche Uibernahme ist im Allgemeinen auf die Grundsätze des allgemeinen bürgerlichen Gesetzes angewiesen; ungeachtet dessen sind die Bergbau-Unternehmungen dennoch mit speziellen Rücksichten bedacht.

Der §. 98 verpflichtet zur Grundüberlassung gegen *angemessene Schadloshaltung*, wodurch allenfallsigen überspannten Anforderungen der Grundeigenthümer und unbilligen Anträgen der Bergbau-Unternehmer entgegen getreten ist.

Wenn auch nicht verkannt werden will, dass die Grundeigenthümer an die Bergbau-Unternehmer in der Regel keine billigen Entschädigungsansprüche zu stellen pflegen, so kann man doch auch mit der grossen Theils stattgefundenen Entschädigungs-Berechnungsweise nicht einverstanden sein.

Der bisherige Förgang war z. B. folgender: Ein Schürfer beanspruchte zur zeitlichen Benützung von einem Grunde, dessen jährliches Erträgniss man pr. 1 Strich oder 800 Quadrat-Klafter beispielweise selbst mit 12 fl. C. M. annahm, ein Areale von 50 Quadrat-Klaftern; somit wurde dem Grundeigenthümer die quotientale Vergütung pr. 45 kr. zuerkannt. Abgesehen davon, dass eine Zerreissung des Grundkomplexes jedem

Eigenthümer äusserst unlieb ist, erscheint eine auf diese Art entzifferte Entschädigung auch noch von einem andern Gesichtspunkte aus als eine mangelbare und rücksichtslose, weil die erschwerte Benützung nächst und um dieses ausgeschiedene Areale z. B. bei der Ackerung, dem Anbaue dabei nicht in Anschlag gebracht, überhaupt dasjenige nicht handgehabt ist, worauf der §. 201 der allg. Ger. - Ordnung hinweist, dass nämlich der wahre Werth der Sache *nach genauer Uiberlegung aller Umstände* zu erheben sei.

Durch die in dem §. 98 vorgeschriebene *Angemessenheit* der Schadloshaltung ist auch die Nothwendigkeit der in dem vorstehend citirten §. 201 angedeuteten genauen Uiberlegung aller Umstände ausgesprochen, und der Grundeigenthümer muss sich der Uiberlassung der von dem Bergbau-Unternehmer beanspruchten Grund-Benützung eben so fügen, als ob dieses zu einem allgemeinen Staatszwecke verlangt wird — §. 365 des allgem. bürgerl. Gesetz-Buches.

Die zum Bergbau-Betriebe nothwendigen Wasserleitungen sind gemäss §, 99, selbst unter der nach §. 17 von Schürfunternehmungen exemten *Oberfläche*, ausschliesslich der Gebäude und Kirchhöfe, unter den bezeichneten hydrotechnischen Vorrichtungen gegen Ersatz des durch solche Anlagen verursachten Schadens gestattet, weil dadurch der Eigenthümer in der Benützung der Grundoberfläche nicht gehindert wird.

§. 100.

Zu Schürfungsversuchen oder zu einer andern bloss vorübergehenden Benützung für den Bergbau kann nur die zeitliche Ueberlassung des Grundes gefordert werden, bei der Entziehung zu Zwecken aber, welche eine bleibende Verwendung voraussehen lassen, ist der Grund-Eigenthümer berechtigt, auf die eigenthümliche Uebernahme zu dringen.

Dieses Begehren kann auch dann noch gestellt werden, wenn sich erst in der Folge zeigt, dass eine Anfangs bloss für vorübergehend gehaltene Benützung in eine bleibende Verwendung übergeht.

Bei der Anlage eines Schurfbaues, oder bei einer nothwendigen bloss vorübergehenden Benützung werden die Unternehmer natürlich nur die zeitliche Uiberlassung des Grundes beanspruchen, was ihnen auch das Gesetz gestattet, denn

es wäre für jene offenbar ein hindernder Uibelstand, wenn ihnen Behufs ihrer Versuche oder einer blos vorübergehenden Benützung die eigenthümliche Uibernahme eines Grundareale von Seite der Grundeigenthümer aufgedrungen werden könnte, von welchem sie, als einer isolirten Parzelle, wenn der Schurfbau aufgelassen, oder die sonstige Nothwendigkeit der vorübergehenden Benützung behoben ist, gewiss nur einen sehr unerheblichen Ertrag erwarten müssten und selbst die Wiederveräusserung kein befriedigendes Resultat haben würde.

In dieser Beziehung stehen jene Unternehmer und die Grundeigenthümer im gleichen Rechte. Auch letztere sind zur eigenthümlichen Uiberlassung des zu den besagten Unternehmungen bedürfenden Grund und Bodens nicht verpflichtet. Wenn aber z. B. der Schürfer fündig geworden, und hierauf die Verleihung stattgefunden hat, wenn also die bleibende Verwendung vorauszusehen ist, so tritt gemäss 2. Absatzes des §. 100 für den Grundeigenthümer das Recht ein, die eigenthümliche Uibernahme zu verlangen.

Durch diese gesetzliche Bestimmung werden sich auch die Bergbau - Unternehmer in den wenigsten Fällen um so weniger beschwert erachten, als ihnen eine immerwährende jährliche Entschädigungs - Leistung, deren Sicherstellung natürlich schon ursprünglich verlangt worden sein wird, nur höchst lästig wäre, und andern Theils die Wiederherstellung des betreffenden Grund und Bodens in den vorigen kulturmässigen Zustand bisweilen mit ausserordentlichen Schwierigkeiten verbunden sein, oder die hiezu nöthigen Kosten den Werth desselben übersteigen würden. Man braucht nur an jene Berge von Halden zu denken, welche bei Saifenwerken und dem Flötzbergbaue entstehen.

Solche sachgemässe Ergebnisse mögen die Parteien bei ihren Verhandlungen über Grund - Uiberlassung ja nicht übersehen.

Aus den Eingangsworten des §. 100, dass nämlich zu Schürfungs-Versuchen oder zu einer andern blos vorübergehenden Benützung für den Bergbau *nur* die zeitliche Grund-Uiberlassung gefordert werden darf, könnte man versucht wer-

den, die alternative Folgerung anzuschliessen, dass nämlich die eigenthümliche Grund-Ueberlassung dann einzutreten habe, wenn sie von Bergbau-Unternehmern zur bleibenden Verwendung verlangt wird. Allein dieser Schluss ist in den §§. 98 und 100 nicht gegründet, und es darf diesfalls auch der 2. Absatz des §. 103 nicht beirren.

Der §. 98 stellt das Grundprinzip bei Grundüberlassungen zu Bergbau-Unternehmungen auf, und verpflichtet den Grund-Eigenthümer *nur* zur *Benützung*- nicht aber auch zur Eigenthums-Ueberlassung. Die Verpflichtung zur eigenthümlichen Uibernahme bei einer voraussichtlichen bleibenden Verwendung trifft nur den Bergbau-Unternehmer, nicht aber auch den Grund-Eigenthümer. Letzterer ist zur *eigenthümlichen* Grund-Ueberlassung an den Bergbau-Unternehmer selbst dann nicht verpflichtet, wenn die Verwendung als eine *bleibende* vorauszusehen, oder die bloß für vorübergehend gehaltene Benützung in eine bleibende Verwendung wirklich eingetreten ist. Es ist dadurch der Zweck des Bergbau-Unternehmers ohnedies erreicht, weil ihm der Grund-Eigenthümer die Benützung des nothwendigen Areale gestatten muss.

Gemäss §. 100 ist nur der Grund-Eigenthümer berechtigt, bei einer voraussichtlichen bleibenden Verwendung auf die eigenthümliche Uibernahme zu dringen, und *dieses Begehren*, nämlich *nur von Seite des Grund-Eigenthümers*, kann laut Schlusssatz dieses §. auch dann noch gestellt werden, wenn sich die bleibende Verwendung erst in der Folge zeigt. Es wird hievon auch noch bei dem §. 103 die Rede sein.

Diese hier aufgestellte Ansicht dürfte auch noch weiter aus der Formulirung des §. 98 hervorgehen. Denn der darin citirte §. 365 des allg. b. G. B., welcher die Ueberlassung selbst des vollständigen Eigenthums wegen des allgemeinen Besten befiehlt, erscheint nicht am Schlusse des §. 98, sondern an jener Stelle eingeschaltet, wo die Schuldigkeit zur Grundüberlassung an den Bergbau überhaupt ausgesprochen ist, und hierauf folgt erst die nähere Erklärung der Grundüberlassungsverpflichtung, nämlich zur *Benützung*. Hiedurch ist unverkennbar angedeutet, dass sich jeder Grund-Eigenthümer der Ueberlassung des zum Bergbau bedürfenden Grundes, sowie zu einem

Staatszwecke fügen müsse, jedoch nur der Uiberlassung zur *Benützung*, nicht aber auch zum *Eigenthume*.

§. 101.

Können sich die Betheiligten hinsichtlich der Grund-Ueberlassung oder der Entschädigung nicht vereinigen, so hat die Bergbehörde, unter Mitwirkung der politischen Bezirksbehörde, die Erhebung zu pflegen. Zu dieser Erhebung sind der Bergbau-Unternehmer und der Grundbesitzer vorzuladen und die erforderlichen Kunstverständigen beizuziehen.

Der Nichtvereinigung hinsichtlich der Grund-Ueberlassung oder der Entschädigung im Privatwege können verschiedene Umstände zu Grunde liegen, und das Einschreiten der Bergbehörde unter Mitwirkung der politischen Bezirksbehörde nothwendig machen:

- a) wenn der Grund-Eigenthümer die Uiberlassung des von dem Bergbau-Unternehmer entweder zu Schürfungen, oder zur zeitlichen oder bleibenden Verwendung ansprechenden Grundes überhaupt verweigert;
- b) wenn er gegen den Willen des Bergbau-Unternehmers die eigenthümliche Uibernahme des bloß zu Schürfungen, oder zu einer bloß vorübergehenden Benützung bedürfenden Grundes verlangt;
- c) wenn der Bergbau-Unternehmer die eigenthümliche Uiberlassung des zu Schürfungen oder zu einer bloß vorübergehenden Benützung, oder zu einer bleibenden Verwendung bedürfenden Grundes gegen den Willen des Grund-Eigenthümers beansprucht;
- d) wenn der Bergbau-Unternehmer die von Seite des Grundeigenthümers begehrte eigenthümliche Uibernahme des zur bleibenden Verwendung bedürfenden Grundes ablehnt;
- e) wenn sich beide Theile entweder hinsichtlich des jährlichen Entschädigungsbetrages oder der Ablösungs-Summe nicht vereinigen können.

Es ist übrigens zu erwarten, dass durch die von der Bergbehörde unter Mitwirkung der politischen Bezirks-Behörde und Beiziehung der erforderlichen Kunstverständigen zu pflegende Erhebung in den meisten Fällen die beabsichtigte Vereinigung

erreichen, somit die in den §§. 102 und 103 vorgesehene administrative oder richterliche Entscheidung nicht eintreten werde.

Die *erforderlichen* Kunstverständigen werden theils aus der Kategorie der Bergbau-, theils aus der, der Landeskultur-Verständigen zu nehmen sein, was schon aus der Natur der obliegenden Beurtheilung und des hierüber abzugebenden Paares fliesst, und worauf auch der Schlusssatz des §. 102 hinweist, dass nämlich auch darüber zu entscheiden ist, auf wie lange die Grundüberlassung, z. B. bei Tagmassen (Saifenwerken) zu geschehen habe, was offenbar bergmännische Beurtheilung voraussetzt.

§. 102.

Ueber die gepflogene Verhandlung, bei welcher insbesondere auf die wegen Grundzerstückungen bestehenden Vorschriften Rücksicht zu nehmen ist, hat die politische Behörde nach Anhörung der Bergbehörde, sowohl in Ansehung der Grund-Ueberlassung überhaupt, als auch darüber zu entscheiden, auf wie lange dieselbe zu geschehen habe.

§. 103.

In der Entscheidung ist zugleich nach dem Befunde der Sachverständigen auch eine vorläufige Bestimmung über die Art und Grösse der Entschädigung zu treffen.

Demjenigen Theile, welcher sich mit dieser Bestimmung nicht zufrieden stellen will, bleibt zwar die Ergreifung des Rechtsweges vorbehalten, der Bergbau-Unternehmer ist aber, sobald er den Ablösungsbetrag gerichtlich erlegt, oder die jährliche Entschädigung pupillarmässig sichergestellt hat, sogleich auf die Grund-Ueberlassung zu dringen berechtigt.

Wenn die Vereinigung durch die in dem §. 101 angeordnete Erhebung nicht erzielt worden ist, so hat die Bergbehörde gutachtliche Anträge zu stellen, und die politische Behörde sowohl in Ansehung der Grund-Ueberlassung überhaupt, als auch deren Dauer zu entscheiden, und in dieser Entscheidung zugleich nach dem Befunde der Sachverständigen eine vorläufige Bestimmung über die Art und Grösse der Entschädigung zu treffen.

Letzterer Ausspruch über die Art und Grösse der Entschädigung ist nur eine vorläufige Bestimmung, gegen welche

sowohl dem Grund-Eigenthümer, als auch dem Bergbau-Unternehmer die Ergreifung des Rechtsweges vorbehalten bleibt. Gegen die, unter Anhörung der Bergbehörde von der politischen Behörde bezüglich der Grund-Ueberlassung überhaupt, als auch deren Dauer ergangene Entscheidung ist aber der Rechtsweg und zwar aus dem Grunde ausgeschlossen, weil der §. 98 die Verpflichtung zur Grund-Ueberlassung als Prinzip aufstellt. Auch durch den Eingang des 2. Absatzes des §. 103 wird dieses bewährt, welcher besagt, dass der Rechtsweg demjenigen Theile vorbehalten bleibt, welcher sich *mit dieser Bestimmung*, d. i. mit der Bestimmung über die *Art und Grösse*, nicht zufrieden stellen will.

Die Entscheidung über die Dauer der Grund-Ueberlassung — §. 102 — wird insbesondere bei den Tagmassen — §. 76 — stattfinden.

Wenn auch das Recht, zu verlangen, dass der Bergbau-Unternehmer den zu einer bleibenden Verwendung bedürftigen Grund eigenthümlich übernehme, nur dem Grund-Eigenthümer zusteht, so ist, wie bereits angedeutet wurde, vorauszusetzen, dass Letzterer die eigenthümliche Ueberlassung und Jener die eigenthümliche Uibernahme, gewiss nur in den seltensten Fällen verweigern werde, weil durch die eigenthümliche Uebernahme für beide Theile die sich jahrelang hinschleppende jährliche Entschädigung und der endlich eintretende heikle Fragepunkt über die Herstellung in den vorigen Stand beseitigt wird.

Die *Grösse* der Entschädigung — §. 103 — wird sich hauptsächlich nach der Bonität des benützenden Grundes, und nach den sonstigen dabei obwaltenden zu berücksichtigenden Umständen — §. 201 der allgem. Gerichts-Ordnung — zu bestimmen sein.

Die *Art* der Entschädigung kann z. B. den Erlag eines, die Entschädigung auf die bestimmte Zeitdauer ansprechenden Ablösungsbetrages oder eine jährlich zu berichtigende Entschädigungs-Summe zum Gegenstande haben.

Im ersteren Falle tritt die zu beobachtende Vorsicht ein, dass der geleistete Ablösungsbetrag ob dem, bis dahin unbelasteten Besitzthume des überlassenden Grund-Eigenthümers,

allenfallsigen künftigen Gläubigern gegenüber, zur grundbücherlichen Evidenz gelange. Ein solcher grundbedürfender Bergbau-Unternehmer hat ferner zu beachten, dass die auf dem ihm überlassenden Grunde allenfalls schon haftenden Gläubiger die an den Hypotheksbesitzer (Grundbesitzer) geleistete Ablösung nach der Analogie des §. 1102 des allg. b. G. B. zu respektiren nicht verpflichtet sind, obgleich sie weder die zeitliche, noch eigenthümliche Grundüberlassung vereiteln können, weil die Bergregalität — § 3 — dann die Bestimmung des §. 98 des Berggesetzes und des §. 365 des allg. b. G. B. auf allem Grund und Boden stillschweigend haftet, und ihre Rechte weder durch die eine noch andere Art der Grund-Uiberlassung gefährdet sind; indem in beiden Fällen die bei den Grundzerstückungen handzuhabenden Vorschriften auch auf die bereits haftenden Tabulargläubiger Rücksicht nehmen müssen; sonach der Bergbau-Unternehmer unter solchen Umständen für den bedürfenden Grund weder einen mehr als einjährigen Entschädigungsbetrag, noch den Kaufschilling für die eigenthümliche Uiberlassung ohne Verhandlung und Uibereinkommen mit den Tabulargläubigern, dem Grundeigenthümer auszahlen wird.

Die von dem Grund-Eigenthümer zu beachtende Vorsicht wird darin bestehen, dass er rücksichtlich der mit dem Bergbau-Unternehmer übereingekommenen oder von der Behörde bestimmten, von jenem zu leistenden jährlichen Entschädigung auf eine genügende Sicherstellung für den möglichen Fall fürdenke, dass nach Beendigung der zeitlichen Verwendung des zur Benützung überlassenen Grundes der vorige kulturmässige Zustand nicht hergestellt würde; worauf auch schon der §. 103 aufmerksam macht, welcher unter dem daselbst bezeichneten Umstände die pupillarmässige Sicherstellung der jährlichen Entschädigung fordert.

Wenn die bei Grundzerstückungen bestehenden Vorschriften, auf welche der §. 102 auch bei der Grundüberlassung an den Bergbau (d. h. bei der eigenthümlichen Uiberlassung, weil die zeitliche jenen Vorschriften nicht unterliegt) hinweist, in ihrem ganzen Umfange der Art handgehabt werden sollen, dass die *eigenthümliche* Uiberlassung einer Parzelle von einer nur aus 40 Metzen Grund bestehenden Ansässigkeit von der politischen

Behörde, trotz der national-ökonomischen Wichtigkeit des Bergbaues als unzulässig erklärt werden kann, so sind dadurch nicht nur den Bergbau-Unternehmern, sondern auch den Grund-Eigenthümern rücksichtlich der gegenseitig gewünschten eigenthümlichen Uibernahme und Uiberlassung des bedürfenden Grundes manche unangenehme, nachtheilige Verlegenheiten bereitet.

Es wäre nur noch zu bemerken, dass unter dem in den §§. 99, 101, 102, 103 gebrauchten Ausdrucke: „Grund - Uiberlassung“ nur die *zeitliche*, nicht aber die *eigenthümliche* zu verstehen ist, was auch für denselben in dem §. 27 - b vorkommenden Ausdruck gilt.

Durch die allenfallsige Ergreifung des Rechtsweges von Seite des, mit dem von der politischen Behörde ausgesprochenen und von dem Bergbau-Unternehmer gerichtlich erlegten Ablösungsbetrage, oder mit der pupillarmässig sicher gestellten jährlichen Entschädigung — §. 103 — unzufriedenen Grund-Eigenthümers wird der Bergbaubetrieb nicht aufgehalten, weil unter diesen Umständen sogleich auf die Grund - Uiberlassung gedrungen werden darf.

§. 104.

Die Setzung der Marksteine und der zur Vermessung der verliehenen Gruben- oder Tagmasse, zur Bezeichnung der Schurfbaue und ihrer Begrenzung über Tage erforderlichen Pflöcke ist jeder Grundbesitzer gegen Ersatz des verursachten Schadens zu dulden, und diese Gränzzeichen unverrückt zu lassen schuldig.

Nur auf den im §. 17 unter a), b), c) genannten Besitzungen, auf öffentlichen Strassen und Eisenbahnen, ist die Setzung solcher Zeichen unzulässig.

In Betreff der Respektirung der Marksteine von Seite der Grund-Eigenthümer wurden bisher unangenehme Erfahrungen gemacht. Diese Gränzzeichen verschwanden nicht selten, oder wurden auf einem andern, den Grund-Eigenthümer nicht genügenden Platze, allenfalls am Feldraine eingesetzt gefunden, trotz dem, dass die Grund-Eigenthümer für den einnehmenden Grundraum entschädiget waren.

Solchen Erscheinungen liegen theils Leichtsinn und Muthwille, theils die thatsächliche Handlung des Grund-Eigenthümers

zu Grunde, um allenfalls eine Unbequemlichkeit bei der Ackerrung u. s. w. zu beseitigen.

Wenn man erwägt, in welche beirrende, nachtheilige Situation hiedurch der Bergbauende gebracht werden kann, so dass er zur kostspieligen Erneuerung seiner Gränzen gezwungen wird, so wäre es gewiss wünschenswerth, dass auf die Nichtachtung, Verrückung oder Beseitigung der Marksteine bei geleistetem Schaden-Ersatze für deren Duldung (auch ohne böswillige Absicht gegen den Bergwerksbesitzer — §. 199 des Strafgesetzbuches) eine geeignete Ahndung von dem Gesetze angedroht würde.

§. 105.

Ueberlassung von Tagwässern.

Tagwässer, welche zum Bergbau-Betriebe nothwendig sind, müssen auch wider den Willen des Eigenthümers und an den Revierstöllner selbst von anderen Bergwerksbesitzern abgetreten werden, in soferne wasserpolizeiliche oder andere öffentliche Rücksichten nicht entgegen stehen, und die verlangte Wasser-Abtretung grössere national-ökonomische Vorthelle erwarten lässt.

Die Erhebung darüber hat nach den in Ansehung der Grundüberlassung gegebenen Vorschriften zu geschehen, und in der Entscheidung sind zugleich die Bedingungen festzusetzen, unter welchen dem Bergbau-Unternehmer das Wasserrecht zukommen soll.

Indem bis nun die für alle industrielle Thätigkeit nothwendige Lösung der Wasserrechts-Frage nicht erfolgt ist, so erscheint dieser §. für den Bergbau als eine besondere wohlthätige Verfügung, dass nämlich *Tagwässer* von dem Eigenthümer, auch wider dessen Willen zum Bergbaubetriebe (wozu selbstverständlich auch die Hilfsbaue und Revierstollen gehören — §. 5 et 41 —) abgetreten werden müssen. Dieser Verpflichtung unterliegen selbst die im Besitze von Tagwässern befindlichen Bergwerksbesitzer zu Gunsten der Revierstöllner.

Die Entscheidung über derlei Wasser-Uiberlassung hängt von polizeilichen und öffentlichen Rücksichten ab, wobei auch noch die Grösse der hieraus zu erwartenden national-ökonomischen Vorthelle in die Wagschale zu legen kömmt.

So wird z. B. eine derlei Entscheidung einer, nach ihrer örtlichen Lage wasserbedürftigen Gemeinde weder zu Gunsten

des Bergbaubetriebes überhaupt, noch auch speziell zu Gunsten eines Revierstöllners die *nöthigen* Tagwässer entziehen.

Die bei der Uiberlassung festzusetzenden Bedingungen können mannichfaltig sein, sie können

- a) die Entschädigung des Grundes, worüber die Wasserleitung stattfindet;
- b) die Art der Anlage hiezu in hydrotechnischer Beziehung;
- c) die Menge des ableitenden Wassers;
- d) die Zeit und Dauer der Ableitung u. s. w. zum Gegenstande haben.

Es wird nur noch zu bemerken sein, dass die Verpflichtung des Bergwerksbesitzers zur Uiberlassung der Tagwässer an den Revierstöllner sich auf die von jenem erschrottenen Grubenwässer, selbst wenn er sie zu Tag ausfliessen lässt, nicht erstreckt, wovon bei den §§. 128, 129, die Rede sein wird.

§. 106.

Vergütung der Bergschäden.

Für Beschädigungen an solchen Gebäuden, Wasserleitungen oder andern Anlagen, welche innerhalb eines Grubenfeldes erst nach dessen Verleihung ohne obrigkeitliche Baubewilligung errichtet worden sind, ist der Bergwerksbesitzer nicht verantwortlich.

Die Enthebung von einer Verantwortlichkeit des Bergwerksbesitzers für Beschädigungen an solchen Gebäuden, Wasserleitungen oder andern Anlagen, welche innerhalb eines Grubenfeldes erst *nach dessen* Verleihung *ohne behördliche Baubewilligung* errichtet worden sind, ist eine Konsequenz aus den §§. 17, 26, 40, 101. Denn sowohl die öffentlichen, als auch Privatrücksichten und Entschädigungs-Fragen müssen schon bei Schurfanlagen und bei den endlichen Verleihungen ausgetragen sein. Wenn nun innerhalb eines bereits verliehenen Grubenfeldes Gebäude oder andere Anlagen ohne behördliche Baubewilligung errichtet werden, so muss sich ein solcher unvorsichtiger, die Bauordnung umgehender Bauherr die aus dem Bergbaubetriebe allenfalls entstehenden Beschädigungen nur selbst zuschreiben; weil der Bergwerksbesitzer auf Grund der erhaltenen Grubenfeldverleihung im Besitze des verliehenen Raumes, durch spätere Handlungen und Unternehmungen eines Zweiten,

in diesem seinem erworbenen Rechte nicht mehr beschränkt werden darf. Gebäude und sonstige Anlagen, welche zur Zeit der Gruben-Verleihungen schon bestehen, werden ohnedies gelegentlich des Uibereinkommens zwischen dem Grundeigenthümer und dem Bergbau-Unternehmer rücksichtlich der Grund-Überlassung, oder bei der behördlichen Entscheidung hierüber die nothwendige Berücksichtigung finden. Für Beschädigungen an solchen Gebäuden und Anlagen ist der Bergwerksbesitzer verantwortlich. Gegen eine solche Verantwortlichkeit und Entschädigungspflicht kann sich jedoch der Bergwerksbesitzer dadurch verwahren, dass er bei der ihm, gemäss §. 185 über seinen Grubenbau obliegenden Anlegung und Fortsetzung von Markscheidekarten, die schon bei der Verleihung bestandenen Gebäude, Wasserleitungen und andere Anlagen nicht unbeachtet lässt; daher entweder jene unterirdischen Räume, über welchen sich Gebäude und sonstige Anlagen befinden, unberührt lässt, oder je nach der Beschaffenheit der Frist einen zweckmässigen, vollkommene Sicherheit gewährenden Bau, allenfalls mittelst Versetzungen, an jenen Stellen betreibt.

§. 107.

Will ein Grundbesitzer innerhalb verliehener Tagmasse eine Bauführung vornehmen, so ist dem Besitzer der Tagmasse durch die politische Behörde nach Anhörung der Bergbehörde eine angemessene Frist vorzuschreiben, binnen welcher er innerhalb des zum Bau bestimmten Raumes die verliehenen vorbehaltenen Mineralien zu gewinnen hat.

In dem Anbetracht, dass eine Bauführung nur einen mässigen Raum bedarf, und der Abbau der, innerhalb desselben befindlichen Mineralien — §. 76 — keinen besondern Schwierigkeiten unterliegt, so kann diese gesetzliche Bestimmung für den Tagmassner um so weniger als eine Belästigung angesehen werden, als die politische Behörde nach Anhörung der sachverständigen Bergbehörde die Frist zur Gewinnung der in dem, von dem Grundbesitzer angesprochenen Bau-Raume vorzuschreiben hat.

Fünftes Hauptstück.

Von dem Bergwerks - Eigenthume und den mit der Bergwerks - Verleihung verbundenen Rechten.

§. 108.

Die besonderen Bestimmungen, welche den Besitz und die Benützung des Bergwerks-Eigenthumes betreffen, beziehen sich:

1. auf die bürgerliche Einverleibung;
2. auf das Zusammenschlagen und die Zerstückung der Grubenmasse;
3. auf die bürgerliche Vereinigung des Bergwerks-Eigenthumes mit anderen liegenden Gütern;
4. auf die Evidenzhaltung des öffentlichen Buches;
5. auf das Zugehör der Bergwerke;
6. auf die Benützung der innerhalb des Gruben- oder Tagmasses vorkommenden, vorbehaltenen und nicht vorbehaltenen Mineralien;
7. auf die Benützung der Grubenwässer;
8. auf die Befugniß zu gewissen Bauführungen in der Grube und über Tage;
9. auf die Befugniß zur Ausübung gewerblicher Berechtigungen.

§. 109.

1. Gegenstand des Bergwerks-Eigenthumes.

Verliehene Grubenmasse (§. 63), Ueberscharen (§. 74), Hilfsbaue (§. 85) und Revierstollen (§. 90) sind unbewegliches Eigenthum, und Gegenstand der Eintragung in das Bergbuch. Wo und wie dasselbe zu führen ist, wird von besonderen Vorschriften bestimmt.

Nur die in dem §. 109 bezeichneten Gegenstände sind unbewegliches Eigenthum und demnach zur Eintragung in das Bergbuch geeignet. Darunter sind auch die *Antheile* eines Bergwerkes begriffen; d. h. von mehreren Miteigenthümern eines Bergwerkes kann auch jeder Theilhaber, jedoch unter der Beschränkung in dem Bergbuche an den Besitz seines Antheiles gebracht werden, dass dieser nicht weniger als den 16. Theil des Ganzen beträgt. — §. 135 — Ist jedoch ein solcher Antheil an dem Ganzen des Bergwerks-Eigenthumes kleiner, als der 16. Theil, d. i. sind der Antheilnehmer mehrere als 16, so übergehen solche Antheile in die Kategorie der Kuxe, und diese sind zur bergbücherlichen Eigenthums-Vorschreibung für die einzelnen Besitzer derselben nicht geeignet. — §. 140 —

Was der Ausdruck: „*Bergwerks-Eigenthum*“ in Bezug auf das Miteigenthum und auf Kuxe umfasst, wird bei §. 135 erörtert.

Die Bergbücher werden bei den gerichtsorganisationsmässig bestimmten Bergsenaten unter den bezüglichlichen gesetzlichen Normen geführt.

§. 110.

Revierstollen werden in dem Bergbuche auf dem Besitzblatte des Revierstöllners als Recht und die gegen den letztern von anderen Grubenbesitzern durch Vertrag übernommenen Verpflichtungen, auf deren durch diese Verpflichtungen getroffenen Besitzungen als Last eingetragen. Die Verpflichtungen der Besitzer später verliehener Grubenmasse, welche die Leistungen an den Revierstöllner schon durch die Erwerbung ihrer Masse auf sich nehmen (§. 96), enthalten ihre Verleihungs-Urkunden.

Durch die bücherliche Eintragung der von dem Ministerium erwirkten Concession wird das Recht des Revierstöllners auf einem eigenen Besitzblatte ersichtlich gemacht.

Die von den Grubenbesitzern gemäss §. 94 übernommenen Verbindlichkeiten werden auf den, durch jene Concession, resp. durch die vertragsmässig eingegangenen Verpflichtungen getroffenen Besitzungen der Bergwerksbesitzer als Last eingetragen.

Es dürfte wohl, obgleich dieser §. keine Erwähnung macht, selbstverständlich sein, dass auch diese Bergwerksbesitzer, die von dem Revierstöllner eingegangenen Verbindlichkeiten ob dem Besitzblatte desselben zur bücherlichen Sicherstellung zu bringen, berechtigt, ja angewiesen sind; und zwar aus der Betrachtung der §§. 94, 110, 177, 243. Denn es ist in keiner dieser Gesetzesstellen ausgesprochen, dass die von dem Revierstöllner gegenüber den bereits bestehenden Bergwerksbesitzern vertragmässig übernommenen Verpflichtungen in die Revierstollen-Concession aufgenommen werden; vielmehr findet die Aufnahme der Rechte und Verbindlichkeiten in die Revierstollen-Concession gemäss §. 94 nur dann statt, wenn es sich um künftige Erwerbungen von Grubenmassen innerhalb des Revierstollen-Gebietes handelt.

In diesen Fällen bedarf es auch keiner besondern Eintragung der Rechte und Verpflichtungen, von welchen der Revierstollen oder die spätern d. h. die nach der ursprünglichen Con-

cession ertheilten Gruben-Verleihungen getroffen werden, weil schon in der Revierstollen-Concession und in den Gruben-Verleihungs-Urkunden jene Rechte und Verbindlichkeiten enthalten sind.

§. 111.

Neu verliehene Grubenmasse können nach der Wahl des Erwerbers selbständig in dem Bergbuche eingetragen, oder einem daselbst schon eingetragenen Besitzthume zugeschrieben werden.

Zugemessene Ueberscharen (§. 74) und Hilfsbaue, welche einem Grubenbesitzer zu seinen eigenen Gruben bewilliget werden (§. 86), sind stets dem Hauptgute zuzuschreiben, gemeinschaftliche Ueberscharen (§. 74) und selbständige Hilfsbaue (§. 87) aber abgesondert einzutragen.

Wenn Jemand, der noch keine Bergentität — §. 109 — besitzt, Grubenmasse erwirbt, sei es aus der ursprünglichen Verleihung oder aus einem andern Erwerbungs-titel, so werden dieselben natürlich auf einem eigenen Besitzblatte für ihn neu vorgeschrieben. Ist derselbe aber schon in einem solchen Besitze, so ist es seiner Wahl überlassen, ob er die neue Erwerbung (neu erworbene Grubenmasse) selbstständig (nämlich als eine für sich selbstständig bestehende Berg-Realität) in dem Bergbuche einzutragen oder einem auf seinen Namen schon bergbücherlich eingetragenen Besitzthume zuzuschreiben wünscht.

Die gemäss §. 74 entweder Einem Bewerber oder mehreren sich vereinigten Anmeldern zugemessenen Ueberscharen, dann auch die einem Grubenbesitzer zu seinen *eigenen* Gruben bewilligten Hilfsbaue — §. 86 — dürfen nur dem Hauptgute d. i. den Grubenmassen jener Bergwerksbesitzer zugeschrieben, niemals aber als eine selbstständige Bergentität bergbücherlich eingetragen werden.

Dass Tagmassen — §. 76 — zu einer bergbücherlichen Vorschreibung nicht geeignet sind, weil sie das Gesetz — §. 109 — nicht als unbewegliches Eigenthum anerkennt, wurde bereits an einem frühern Orte erwähnt.

§. 112.

2. Zusammenschlagung der Gruben.

Abgesondert verliehene Grubenmasse oder Grubenfelder, können ohne Unterschied, ob sie dem nämlichen oder verschiedenen Besitzern gehören,

auf Ansuchen derselben zu einem einzigen grösseren Felde mit *Einem* Haupteinbau vereinigt (zusammengeschlagen) werden!

- a) wenn sie unmittelbar an einander gränzen;
- b) wenn durch die Vereinigung der Bergbau zweckmässiger betrieben werden kann.

Sind auf verschiedenen solchen Gruben verschiedene Hypothekarlasten, oder die nämlichen Lasten in anderer Ordnung eingetragen, so kann die Zusammenschlagung der Grubenfelder nur dann bewilliget werden, wenn die Zustimmung der Gläubiger und ihre Erklärung vorliegt, in welcher Ordnung die Lasten auf die vereinigte Besitzung zu übertragen seien.

§. 113.

Eine Zusammenschlagung darf auf das Doppelte der für einen Aufschluss nach §. 47 gestatteten Grubenfeld-Verleihung bewilliget werden.

Die Vereinigung (Zusammenschlagung) mehrerer Stein- und Braunkohlen-Grubenfeldmassen in Ein Grubenfeld bis höchstens zu 16 einfachen Grubenfeldmassen nach dem Patente vom 21. Juli 1819 unter Einem Haupteinbau, war bereits mit allerh. Entschliessung vom 28. März 1854, Finanz Minist. Verordnung vom 2. April 1854 unter gewissen Bedingungen genehmiget.

Das Berggesetz gestattet nun die Vereinigung abgesondert verliehener Grubenmasse oder Grubenfelder zu einem grösseren Felde mit Einem Haupteinbaue für *alle vorbehaltene* Mineralien und zwar ohne Unterschied, ob sie dem nämlichen oder verschiedenen Besitzern gehören, d. h. es ist eine Vereinigung (Zusammenschlagung) auch solcher Grubenfelder und Grubenmasse gestattet, welche, obgleich verschiedenen Besitzern gehörend, unmittelbar an einander gränzen.

Die Zusammenschlagung abgesondert verliehener Grubenmasse oder Grubenfelder ist nach diesem Gesetze zulässig, wenn diese

- a) unmittelbar aneinander gränzen;
- b) wenn durch die Vereinigung der Bergbau zweckmässiger betrieben werden kann.

Es ist diese Gestattung für den Bergwerksbetrieb immerhin eine begünstigende Erleichterung, weil dadurch die in dem §. 174 vorgeschriebene Schuldigkeit der einzelnen Bauhafthaltung entfällt.

Die Bedeutung des Ausdruckes: „Grubenmasse“ und „Grubenfelder“, welcher auch in dieser Gesetzesstelle gebraucht ist, wurde bereits bei §. 37 erörtert; woraus fliesst, dass nicht bloß abgesondert verliehene einzelne Grubenmasse, sondern auch abgesondert verliehene Grubenfelder, d. i. der Inbegriff mehrerer in der Verleihung begriffenen Grubenmasse — §. 34, 36, 47 — unter Einem Haupt-Einbau vereinigt werden dürfen.

Dass Tagmasse — §. 76 — von den Bestimmungen des §. 112 unerwähnt sind, fliesst aus der Art ihres Abbaues, und aus dem §. 176.

Von einer Zusammenschlagung von Tagmassen kann daher keine Rede sein.

Der 2. Absatz des §. 112 gedenkt der Hypothekar-Lasten, welche allenfalls auf den verschiedenen zusammenzuschlagenden Gruben oder auf denselben in verschiedener Rang-Ordnung haften.

Zur leichteren Verständigung möge nachstehendes Beispiel dienen.

Die Grubenmassen oder Grubenfelder x, y, z wollen zu einem grösseren Felde unter Einem Einbau vereinigt (zusammengeschlagen) werden.

Auf der Grubenmasse oder Grubenfelde x haften in erster Priorität zu Handen des A 1000 fl. Auf y zu Handen des B 500 fl. und auf z für C 800 fl. Auf y und z sind für A dieselben 1000 fl., jedoch im zweiten Satze (weil bereits 500 fl. und 800 fl. früher versichert sind) einverleibt. B und C haben auf x, y, z im dritten Satze (indem 1000 fl., 500 fl. und 800 fl. vorhergehen) jeder 400 fl. sicher gestellt. A, B, C haben auf diese Art eine Simultanhypothek an x, y, z mit ihren verschiedenen verbücherten Anforderungen in verschiedenen Rangordnungen.

Wenn nun die Vereinigung (Zusammenschlagung) solcher belasteter Grubenmasse oder Grubenfelder verlangt wird, so kann die Genehmigung hiezu nur dann ertheilt werden, wenn die Zustimmung der beispielweise angeführten Gläubiger A, B, C und ihre Erklärung vorliegt, in welcher Ordnung die Lasten auf die vereinigte Besitzung zu übertragen seien, weil durch

die Vereinigung der einzelnen Grubenmasse oder Grubenfelder zu einem Ganzen die simultane Sicherstellung in verschiedener Rangordnung aufgehoben würde.

Verweigern die Gläubiger ihre Zustimmung überhaupt, oder können sie sich rücksichtlich der Ordnungsübertragung ihrer Ansprüche nicht vereinigen, so kann einer Zusammenschlagung nicht stattgegeben werden.

Der auf den §. 47 verweisende §. 113 bedarf keiner Kommentierung. Die unter Einem Haupt-Einbau zu vereinigen gestattete höchste Anzahl beträgt acht Doppelmasse.

§. 114.

Der Bewilligung der Zusammenschlagung muss stets die Verhandlung nach den Bestimmungen der §§. 54 und 57 vorausgehen, bei welcher die Zulässigkeit der Gesuchsbewilligung (§. 112) zu erheben, und eine neue Lagerungskarte zu verfertigen ist.

Liegen die einzelnen zusammenzuschlagenden Grubenmasse im Amtsbezirke verschiedener Bergbehörden, so kann die Zusammenschlagung nur im Einvernehmen aller dieser Behörden bewilliget werden. Sollten dieselben nicht übereinstimmend entscheiden, so entscheidet hierüber die gemeinschaftliche Oberbehörde, welche zugleich das Bergbuch, in welches das vereinigte Ganze einzutragen ist, bestimmt.

Ist das Gesuch bewilliget, so wird mit Beziehung auf die ursprünglichen Verleihungen eine neue Verleihungs-Urkunde ausgefertigt und das Bergbuch berichtet.

Bevor einer Zusammenschlagung stattgegeben werden darf, muss nach dieser Gesetzesstelle eine bergbehördliche Amtshandlung, nämlich eine Lokalkommission (Freifahrung) vorhergehen. — §. 54. —

Dieses Erforderniss fliesst aus den Bestimmungen der §§. 44, 45 und 47.

Gemäss §. 47 2. Absatzes dürfen auf *Einen* Aufschluss, wenn er die daselbst bezeichnete Lage hat, bis zu vier Doppelmassen gelagert werden, bei welchen mit Ausnahme desjenigen Masses, in welchem sich der Aufschlagspunkt befindet — §. 45 — die Aufschliessung der abbauwürdigen Lagerstätte — §. 44 — nicht gefordert ist. Es wäre daher möglich, dass in den übrigen Massen, welche zu dem, mit dem Aufschlags-

punkte versehenen Masse zu verleihen gestattet sind, ein *vorbehaltenes* Mineral gar nicht vorhanden ist. Gemäss §. 114 muss aber dieses Vorhandensein als Bedingung der Zusammenschlagungs-Bewilligung nach Vorschrift des §. 54 nachgewiesen werden. Bei dieser nach §. 54 vorzunehmenden Lokalkommission werden nur die sub a) und d) des §. 54 vorgezeichneten Erhebungen zu pflegen sein, weil die sub b) und c) schon bei der ursprünglichen Massen-Verleihung erörtert und geordnet sein mussten.

Die Nothwendigkeit der Verfertigung einer neuen Lagerungskarte fliesst auch schon aus dem §. 50, weil in Eine derselben die *Anzahl* und Lagerung der Grubenmasse eingezeichnet sein muss. Wenn nun eine Zusammenschlagung der Massen bewilliget wird, so hat sich die *Anzahl* derselben, als vereinigt-grubenfeld geändert.

Der übrige, die bergbehördliche leicht verständliche Manipulation betreffende Inhalt des §. 114 bedarf keiner Kommentierung.

§. 115.

Zerstückung der Grubenmasse.

Ein einfaches Grubenmass darf nur dann räumlich getheilt werden, wenn jeder Theil desselben mit einem daran gränzenden selbständigen Grubenbesitze vereinigt wird.

Die auf der getheilten Grube haftenden Hypothekarlasten gehen auf die ganzen Besitzungen über, welchen die Theile zugeschrieben werden. Haften aber auf diesen bereits andere Lasten, oder in anderer Ordnung, so wird die Zustimmung der Hypothekargläubiger und die Erklärung derselben erfordert, auf welche Weise die Uebertragung ihrer Forderungen zu geschehen habe.

Aus der Formulirung des §. 115, welcher über die Theilung eines *einfachen* Grubenmasses Bestimmungen enthält, ergibt sich als selbstverständlich, dass Doppelmasse oder die aus mehreren Massen bestehenden Grubenfelder — §§. 34, 47 — unter der Bedingung, ohne einer Bewilligung zu bedürfen, räumlich getheilt, und auch an andere Erwerber, als blos an angränzende Grubenbesitzer überlassen werden können, dass de-

ren Fläche in der horizontalen Ebene 12,544 Quadrat-Klafter in der Form eines Rechteckes mit ewiger Höhe und Teufe (d. i. ein Grubenmass) beträgt. Diese, in dem §. 115 ausgesprochene Beschränkung ist zugleich eine Konsequenz des §. 72 zweiten Absatzes.

Mit dem, in dem §. 115 gebrauchten Ausdrucke: „*selbstständigen Grubenbesitze*“ ist zugleich ausgesprochen, dass die von einem *einfachen* Grubenmasse abgetrennte Parzelle nur mit einem daran gränzenden Grubenmasse oder Grubenfelde, nicht aber mit einem angränzenden *Hilfsbaue* — §. 88 — vereinigt werden darf.

Wenn auf dem Grubenbesitze, mit welchem die Vereinigung der von einem angränzenden einfachen Grubenmasse abgetrennten Parzelle beabsichtigt wird, keine Hypothekarlasten haften, so können dadurch die auf dem räumlich getheilten Grubenmasse bergbücherlich bestehenden Anforderungen an Sicherheit nur gewinnen. Wäre jenes aber nicht der Fall, so hat rücksichtlich der Hypothekargläubiger und deren Erklärung dasjenige einzutreten, was bereits bei §. 112 erörtert worden ist.

§. 116.

Der Zerstückungsplan muss der Bergbehörde zur Genehmigung vorgelegt, und, nachdem diese erfolgt ist, der Gerichtsbehörde zur Berichtigung des Bergbuches mitgetheilt werden.

Eine Verweigerung dieser Genehmigung dürfte sich wohl in sehr seltenen Fällen ergeben.

Durch die Berichtigung des Bergbuches werden die abgetrennten Parzellen dem neuen Erwerber zu seinem selbstständigen Grubenbesitze auf dessen Besitzblatte zu- und bei dem Besitzblatte des getheilten Grubenmasses abgeschrieben, damit insbesondere für allenfällige künftige Gläubiger keine Beirungen herbeigeführt werden.

§. 117.

3. Zu Tage liegende Bestandtheile des Bergwerks-Eigenthumes.

Alle Taggebäude, Werkstätten und Anlagen, welche zur Ausübung der verliehenen Bergbau-Berechtigung erforderlich sind, oder von dem Besitzer

des Werkes dazu bestimmt werden, haben mit demselben ein Ganzes auszumachen.

Die Widmung dieser Realitäten zu Bestandtheilen des Werkes muss sowohl in dem Bergbuche eingetragen, als in den Grund- oder anderen öffentlichen Büchern, worin sie etwa vorkommen, angemerkt werden.

Sind auf die letzteren Güter Hypotheken vorgemerkt, so kann die Vereinigung nur mit Zustimmung der vorgemerkten Hypothekargläubiger erfolgen. Sollten diese ihre Zustimmung dazu nicht ertheilen, so steht es dem Besitzer frei, entweder die vorgemerkte hypothecirte Schuld, oder den gerichtlich zu erhebenden Schätzungswerth derselben bei Gericht zu hinterlegen.

§. 118.

Welche andere, obgleich nicht unmittelbar zum Werksbetriebe dienenden unbeweglichen Güter der Bergbau-Unternehmer mit dem Werke benützen, und durch die Anmerkung in den öffentlichen Büchern zu einem Ganzen mit demselben vereinigen will, bleibt, insoferne die politischen Vorschriften nicht entgegenstehen, der Wahl des Besitzers überlassen, insoferne dieser Vereinigung die in dem öffentlichen Buche vorhandenen Eintragungen nicht im Wege stehen.

Im Falle Hypothekar-Forderungen darauf haften, hat die Bestimmung des §. 117 zu gelten.

§. 119.

4. Evidenzhaltung der öffentlichen Bücher.

Auf keine mit einem Bergwerke bücherlich vereinigte Realität (§§. 117, 118) darf, insolange die Vereinigung dauert, in den Grund- oder anderen öffentlichen Büchern, worin sie etwa vorkommt, in Beziehung auf den Besitz- oder Lastenstand eine Eintragung vorgenommen werden, und es erstrecken sich die in dem Bergbuche erfolgenden Eintragungen, auch auf die dem Werke darin zugeschriebenen, zu Tage liegenden Realitäten.

Unter den hier angedeuteten Taggebäuden, Werkstätten und Anlagen werden diejenigen zu verstehen sein, auf welche der §. 131 hinweist.

Der Bergbau-Unternehmer resp. Werksbesitzer kann auch noch andere, obgleich nicht unmittelbar zum Betriebe des Werkes dienende unbewegliche Güter hinzu widmen; z. B. Wohnhäuser, Behufs der wohnlichen Unterkunft des Arbeiter-Personale; einen Agrikulturbesitz zur Erzeugung von Lebensmitteln für dasselbe, was gemäss §. 131 e) et g) zulässig, d. i.

als ein aus der Bergwerks - Verleihung fließendes Recht anerkannt ist.

Alle solche zu den Bestandtheilen des Werkes gewidmeten Realitäten werden in dem Bergbuche dem Werke zugeschrieben, und überdiess diese Widmung auch in den Grund- oder andern öffentlichen Büchern, wenn sie in denselben bereits bürgerlich vorgeschrieben sind, angemerkt.

Die Zulässigkeit der Widmung solcher Realitäten zu einer Bergbau - Berechtigung, um mit derselben ein Ganzes auszumachen, ist jedoch von nachstehenden Bedingungen abhängig gemacht, dass

1. politische Vorschriften (über Grundzertheilung) nicht entgegenstehen;
2. die auf solchen Nichtbergentitäten vorgemerkten Hypothekargläubiger zu einer solchen Vereinigung ihre Zustimmung geben;
3. in den öffentlichen Büchern, in welchen diese Realitäten ihre Einlage haben, keine solche Eintragung vorhanden ist, welche der Vereinigung entgegensteht.

ad 2. Verweigern die auf solchen Nichtberg - Realitäten vorgemerkten Gläubiger ihre Zustimmung, so treten die bei den §§. 112, 115 erörterten Verhältnisse ein; dieser beabsichtigten Vereinigung darf also in der Regel nicht willfahren werden. Das Berggesetz hat aber zu Gunsten des Bergbaues, und um denselben gegen allenfälligen Eigensinn zu verwahren, eine zwingende Ausnahme festgesetzt, dass nämlich diese Hypothekargläubiger auf die Vereinigung ihrer Hypothek mit einem Werksbetriebe dann submittiren müssen, wenn der Hypotheks-Besitzer entweder die verhypothecirte Schuld, oder den gerichtlich zu *erhebenden* (nicht einen allenfalls aus früherer Zeit erhobenen) Schätzungswerth der zu vereinigenden Realität bei Gericht hinterlegt.

ad 3. Unter dem, in dem §. 118 vorkommenden Ausdrucke: „*Eintragungen*“ sind aber nicht die Forderungen der Hypothekargläubiger, sondern andere Vinkulirungen zu verstehen; weil von den Hypothekargläubigern in dem 3. Absatze des §. 118 abgesondert Erwähnung geschieht, und insbesondere letzterer Absatz, nebst den vorhandenen *Ein-*

tragungen, auch noch ausdrücklich auf die Hypothekar-Forderungen hinweist, daher jene unter diese nicht zu subsumiren sind.

Eine solche, die Vereinigung unzulässig machende, vorhandene Eintragung könnte z. B. darin bestehen, dass der dermalige Eigenthümer verpflichtet ist, die betreffende Realität nach einer gewissen Zeit an einen Zweiten in dem gewöhnlichen Benützungszustande entweder vertragsmässig, oder im Erbschaftswege zu überlassen; was gemäss §. 119 nicht möglich wäre, weil in den *Grundbüchern*, worin die Realität vorkömmt, weder in Beziehung auf den Lasten- noch auf den *Besitzstand* während jener Vereinigung eine Eintragung vorgenommen werden darf.

Von dem Zeitpunkte an, als eine solche Vereinigung, Zuschreibung zu dem Bergwerks-Betriebe erfolgt ist, sind die Funktionen des Grundbuches, in welchem die Nicht-Bergrealität vorkömmt, sistirt; es darf hierauf in diesem öffentlichen Buche keine Eintragung mehr stattfinden, sondern lediglich in dem Bergbuche, wo die Bergwerksentität, als eigentlicher Hauptbesitz vorgeschrieben ist. Alle von der Vereinigung an vorkommenden Belastungen treffen die Bergwerks- und die dazu gewidmete Realität, als nun ein Ganzes, mit den simultanen Folgen; d. h. jene haften auf diesem Ganzen in gleicher Rangordnung.

§. 120.

Sobald jedoch die Widmung solcher Realitäten (§§. 117, 118) zum Werksbetriebe aufhört, muss auch die Trennung von dem Werke in dem Bergbuche vorgenommen werden, und die Wiederherstellung der Rubriken über dieselben in den Grund- oder anderen öffentlichen Büchern, wohin sie ihrer Beschaffenheit nach gehören, mit allen in dem Bergbuche inzwischen darauf erfolgten Belastungen vor sich gehen.

Die Verhältnisse der Besteuerung werden durch diese Vereinigung oder Trennung nicht verändert.

Mit der in diesem §. unter dem bezeichneten Umstande vorgeschriebenen Trennung tritt nämlich die Wirksamkeit des Grundbuches über die mit dem Bergwerks-Betriebe vereinigt gewesene Realität wieder ein; das Besitzblatt über diese wird

wieder eröffnet, jedoch müssen auf demselben die in dem Bergbuche inzwischen erfolgten Belastungen in simultaner Eigenschaft ausgezeichnet werden.

Was die Besteuerung solcher verschiedenartiger Realitäten anbelangt, so kommt von denselben sowohl während ihrer Vereinigung, als auch nach ihrer Trennung, von den Grubenmassen die Massengebühr gemäss §. 215; von Taggebäuden — §. 117 — oder andern Realitäten — §. 118 — die Häuser- oder Grundsteuer nebst Zuschlägen, je nach dem verschiedenen Steuerkataster abgesondert zu entrichten.

Die in dem §. 215 angedeutete Massengebühr ist mittelst Finanz-Ministerialverordnung vom 4. October 1854 Nr. 267 des R. G. B. auf Grund der Allerh. Entschliessung vom 28. September d. J. auf sechs Gulden für jedes Grubenmass von 12,544 Quadrat-Klaftern, und jedes Tagmass von 32,000 Quadrat-Klaftern als Einheit angenommen, mit Beobachtung der in den §§. 217 und 218 vorkommenden Bestimmungen, definitiv festgesetzt.

Mit der Entrichtung der Massengebühr hören alle Zahlungen an Frist-, Quatember-, Grubenraut-Geldern oder derlei Gebühren von Bergwerksmassen (auch fixe Frohne genannt); endlich die Entrichtung sämmtlicher bisher unter dem Namen von Bergkameral- oder Berglehnstaxen bestandenen Gebühren auf.

§. 121.

5. Zugehör der Bergwerke.

Auf das Bergwerks-Zugehör findet eine abgesonderte Execution nicht Statt.

Als Zugehör jedes Bergwerkes sind insbesondere die bei demselben befindlichen, zum Betriebe desselben bestimmten Thiere, Maschinen, Werkzeuge und Geräthschaften, die vorhandenen Material-, Natural- und andere Vorräthe, und die noch nicht im kaufrechten Zustande nach der Beschaffenheit des Gewerbsbetriebes befindlichen Erze und Hüttenproducte anzusehen.

Diese Gesetzesstelle muss zur Vermeidung von unrichtigen Folgerungen mit dem §. 294 des allg. b. G. B. in Zusammenhang gebracht werden.

Die in dem §. 121 des Berggesetzes genannten Gegenstände sind nicht als ausschliessend bezeichnetes, sondern nur

erklärender Weise angeführtes Bergwerks-Zugehör anzusehen, weil sich diese Gesetzesstelle in dieser Beziehung des massgebenden Ausdruckes: „*insbesondere*“ bedient hat, nämlich insbesondere auf gewisse als Bergwerks-Zugehör anzusehende Gegenstände hingewiesen haben will. Es wird hievon auch bei §. 255 die Rede sein.

Als ein noch nicht im kaufrechten Zustande befindliches Hüttenprodukt würde beispielsweise der Vitriolstein, als Edukt aus dem Vitriolschiefer anzusehen sein.

Rücksichtlich der Erklärung, was als ein im kaufrechten Zustande befindliches Erz- und Hüttenprodukt anzusehen ist, enthält der §. 121 eine wichtige Bestimmung, gemäss welcher der kaufrechte Zustand je nach der *Beschaffenheit des Gewerbs-Betriebes* kategorisirt werden muss. Folgendes Beispiel dürfte diess verständlicher machen.

Für eine Mineral-Sudhütte, welche aus den Vitriolschiefer-Laugen Vitriolstein erzeugt, ohne sich mit dessen weiterer Verarbeitung zum Kaufmannsgute zu befassen, wird der Vitriolstein ein, im kaufrechten Zustande befindliches Hüttenprodukt sein, weil sie denselben nur bis zu dieser Phase produziert, um ihn in derselben zu verkaufen. Der bei den Sudhütten vorhandene Vitriolstein ist sonach weder nach §. 121 des Berggesetzes, noch nach §. 294 des allg. B. G. B. als *Zugehör* anzusehen.

Nach den Vorschriften der allg. Ger. Ord. §. 311 und 322 steht es dem Gläubiger bei der Exequirung seiner Forderung frei, auf das Vermögen seines Schuldners, bewegliches oder unbewegliches, zu greifen, woraus er seine Befriedigung zu erholen Willens ist.

Bei der Exequirung von Forderungen an Bergwerks-Besitzern hat der §. 121 eine, von der civilrichterlichen Exekution abweichende Ordnung getroffen.

Der Gläubiger eines Bergwerksbesitzers darf mit einem gegen diesen erwirkten Urtheile, oder mit einem, mit demselben eingegangenen gerichtlichen Vergleiche das in dem §. 121 des Berggesetzes und in dem §. 294 des allg. b. G. B. bezeichnete Zugehör *nicht* in Exekution ziehen. Er ist zwar berechtigt den ganzen Werksbetrieb §§. 40, 117, 118¹, 131,

nicht aber abgesondert das Zugehör zu exequiren, d. h. pfänden, abschätzen und feilbiethen zu lassen.

§. 122.

Anzeige jeder Uebertragung an einen neuen Besitzer.

Von jeder Besitzveränderung hat der Erwerber, auch wenn seine bücherliche Besitz-Anschreibung nicht sogleich geschehen kann, unter Vorlage der Erwerbs-Urkunde, binnen vierzehn Tagen nach der Uebnahme des Werkes, der Bergbehörde die Anzeige zu erstatten, welche davon die politische Behörde zum Behufe allfälliger Amtshandlungen in Kenntniss zu setzen hat.

Wenn der neue Besitzer gleich oder bald nach seiner Erwerbung das Werk übernimmt, so kann in manchen Fällen die ihm zur Anzeige an die Bergbehörde gestattete 14tägige Frist ablaufen, bevor die bücherliche Vorschreibung der Erwerbs-Urkunde vollzogen, und er diese Urkunde zurückerhalten hat. In solchen Fällen wird er von der Vorlage einer authentischen Abschrift jener Urkunde an die Bergbehörde Gebrauch machen müssen.

Auf die Nichtbefolgung dieser vorgeschriebenen Anzeige ist in dem §. 238 die Strafe ausgesprochen.

§. 123.

6. Mit der Bergwerks-Verleihung verbundene Rechte: a) In Ansehung der vorbehaltenen Mineralien.

Durch die Bergwerks-Verleihung erlangt der Besitzer derselben das ausschliessende Recht zur Gewinnung nicht nur der vorbehaltenen Mineralien derjenigen Art, wegen deren Aufschliessung ihm die Verleihung ertheilt wurde, sondern der vorbehaltenen Mineralien jeder Art, welche innerhalb der ihm verliehenen Gruben- oder Tagmasse vorkommen.

Die Verpflichtung zur Ablieferung der Rohproducte, an Gold und Silber in die landesfürstlichen Münzämter bleibt aufrecht. Die Art und Weise der Ablieferung wird durch besondere Gesetze geregelt.

Unter dem in dieser Gesetzesstelle gebrauchten Ausdrucke: „*Bergwerks-Verleihung*“ sind sowohl Gruben- als auch Tagmasse, einschliessig der Uiberscharen — §. 41 — zu verstehen; was schon an und für sich aus diesem §. und auch noch wörtlich aus dem Schlusse des 1. Absatzes desselben zu entnehmen ist.

Zur richtigen Erfassung des Sinnes dieser Gesetzesstelle muss insbesondere der Inhalt des §. 40 anher gezogen werden, woraus sich dann der Grundsatz ergibt, dass der Akt der Verleihung keine bestimmte Art der *vorbehaltenen* Mineralien, sondern einen gewissen Raum innerhalb einer bestimmten Begrenzung bis 12544 oder 32000 Quadratklaftern Flächenraum bei Grubenmassen in die ewige Teufe und Höhe, zum Gegenstande hat, d. h. alle in diesem Raume vorhandenen *vorbehaltenen* Mineralien — §. 3 — ist der mit einem solchen Raume Belehnte abzubauen berechtigt, abgesehen davon, dass die Verleihung auf ein einzelnes abgeschlossenes *vorbehaltenes* Mineral ertheilt wurde. Der z. B. auf Grund einer Eisenstein-Aufschliessung — §. 44 — Belehnte hat das Recht, die in demselben verliehenen Masse oder Grubenfelde wann immer aufschliessende Steinkohle, oder ein anderes *vorbehaltenes* Mineral abzubauen, ohne Rücksicht auf welches vorbehaltene Mineral die Verleihung ertheilt worden ist. Dasselbe Bewandniss hat es auch bei dem Abbaue verliehener Tagmasse.

In wieferne dieses Recht rücksichtlich der *Grubenbesitzer* eine Beschränkung erleidet, wurde bei §. 76 erörtert.

§. 124.

b) In Ansehung der nicht vorbehaltenen Mineralien.

Die durch den Bergbau-Betrieb gewonnenen, nicht vorbehaltenen Mineralien, darf sich der Bergwerksbesitzer nur in soferne ohne Entschädigung zueignen, als er derselben zu seinem Bergwerks- und dem damit verbundenen Hüttenbetriebe bedarf; ausser diesem Falle ist er verpflichtet, sie dem Grund-Eigenthümer anzubieten, unter dessen Oberfläche sie gewonnen werden. Diesem steht frei, sie gegen den Ersatz der Gewinnungs- und Förderungskosten an sich zu bringen. Erklärt sich aber dieser hiezu nicht binnen vier Wochen, so fallen sie dem Bergwerksbesitzer zu.

Zur Vermeidung einer unrichtigen Deutung des in diesem §. gebrauchten Ausdruckes: „*nicht vorbehaltene Mineralien*“ wird bemerkt, dass der Ausdruck: „*Mineralien*“ auf naturwissenschaftlicher Definition beruht, sonach darunter alle jene Naturkörper subsumirt werden müssen, welche nicht organisch und nicht belebt sind, weder organischen Bau, noch organisches Leben besessen haben, also auch alle Naturkörper, die als Bestand-

theile des festen Erdkörpers weder organische Gebilde, noch Auflösungen derselben sind. Bei dieser Erklärung fallen die von dem, vor dem 1. November 1854 giltigen Gesetze bezeichneten sogenannten Industrialgegenstände: Lehm, Thon, Gyps, Sand, Baustein etc. in die Kategorie der *nicht vorbehaltenen Mineralien*, über deren Gewinnung und Benützung in dieser und in den folgenden drei Gesetzesstellen die Bestimmungen enthalten sind.

Das den Bergwerksbesitzern in dem §. 124 zukommende Recht ist eigentlich schon ein Ausfluss der §§. 40 und 131, weil ihm, wie bereits bei §. 123 erwähnt, keine bestimmte Mineralialagerstätte, sondern ein gewisser Raum zugewiesen wurde.

Rücksichtlich der nicht vorbehaltenen Mineralien aber ist das Recht des Bergwerks-Besitzers hierauf dennoch einer billigen Beschränkung unterworfen; er darf sich dieselben nämlich nur in sofern ohne *Entschädigung* zueignen, als er ihrer zu seinem Bergwerks- und dem damit verbundenen Hüttenbetriebe bedarf, z. B. Lehm, Sand, taube Berge zum Vorsatz, Bau- und Gestellsteine etc.

Alle nicht vorbehaltene, gelegentlich des Bergbaues gewonnenen Mineralien aber, welche der Bergwerks-Besitzer zu seinem Bergwerks- und damit verbundenen Hüttenbetriebe nicht bedarf, muss er dem betreffenden Grundeigenthümer (unter dessen Oberfläche sie gewonnen werden) anbieten; über welche Anbietung sich dieser binnen 4 Wochen zu erklären hat, ob er sie gegen den Ersatz der Gewinnungs- und Förderungskosten an sich bringen wolle, widrigens sie dem Bergwerks-Besitzer ebenfalls ohne *Entschädigung* zufallen.

Für den Bergwerks-Besitzer wird es immerhin gerathen sein, über die von ihm dem Grundeigenthümer gemachte Anbietung sich irgend einen geeigneten Beweis, entweder auf ämtlichem Wege, oder durch Privat-Recipissirung zu verschaffen, um nicht durch eine Vergesslichkeit des Grundeigenthümers oder durch sonstige Tentationen mit diesem in eine Collision zu gerathen.

Der §. 124 bedient sich in seiner Formulirung des Ausdruckes: „zu seinem Bergwerks- und dem damit verbundenen Hüttenbetriebe.“

Hieraus fließt, dass der Bergwerks-Besitzer die gelegentlich seines Bergbaues gewonnenen, nicht vorbehaltenen Mineralien zwar zu *seinem* Bergwerks- und dem damit verbundenen Hüttenbetriebe sich ohne Entschädigung zueignen, nicht aber einem *andern* Bergwerks- und dem damit verbundenen oder einem abgesonderten Hüttenbetriebe überlassen darf. Würde jedoch der Grundeigenthümer von der ihm gegen Ersatz der Gewinnungs- und Förderungskosten gemachten Anbietung keinen Gebrauch machen, so kann der Bergwerksbesitzer mit diesen (nicht vorbehaltenen Mineralien) beliebig verfügen.

§. 125.

Dem Grund-Eigenthümer steht es frei, die in seinem Grunde vorkommenden nicht vorbehaltenen Mineralien zu bearbeiten, in so ferne als der Bergbau-Betrieb dadurch nicht gehindert wird.

Ueber die Zulässigkeit einer solchen Benützung durch Tag-Arbeiten entscheiden im Falle eines Streites die politischen Behörden im Einvernehmen mit den Bergbehörden gemeinschaftlich.

Die Bearbeitung nicht vorbehaltener Mineralien von Seite des Grund-Eigenthümers in seinem Grunde (versteht sich in demjenigen, dessen Raum zum Bergwerks-Betriebe verliehen ist) steht ihm mit der Beschränkung zu, als dadurch der Bergbau-Betrieb nicht gehindert wird. Derlei Hinderungen können mannigfaltig sein. Hiezu dürfte wohl auch eine solche Bearbeitung zu rechnen sein, durch welche an der Oberfläche bedeutende Vertiefungen, Gruben entstehen, in welchen sich Tagwässer ansammeln und die unter jenen gelegenen Bergbaue durch Bruch und Brand gefährdet sind.

Durch die in dieser Gesetzesstelle angeordnete Intervention der Bergbehörde im Falle eines Streites über die Zulässigkeit einer solchen Benützung nicht vorbehaltener Mineralien von Seite des Grundeigenthümers, ist der Bergbau in Schutz genommen.

§. 126.

Will der Grund-Eigenthümer innerhalb des Grubenbaues vorkommende Mineralien solcher Art benützen, so hat der Bergwerks-Besitzer die Wahl, ob er deren Gewinnung und Förderung gegen Ersatz der Kosten selbst be-

werkstelligen, oder dem Grund-Eigenthümer die Benützung seiner Grubenbaue und Förderungs-Vorrichtungen gegen angemessenes Entgelt (§. 195) gestatten wolle.

Während der §. 125 die Gewinnung von nicht vorbehaltenen Mineralien von Seite des Grundeigenthümers durch *Tag-Arbeiten*, (welche an der Oberfläche vorgenommen werden), zum Gegenstande hat, enthält der §. 126 über den Umstand Bestimmungen, wenn nämlich der Grund-Eigenthümer *innerhalb des Grubenbaues* nicht vorbehaltene Mineralien benützen will. Unter dem Ausdrücke: „*Mineralien solcher Art*“ sind nicht vorbehaltene Mineralien begriffen.

Vor Allem ist es selbstverständlich, dass diese Benützung gemäss §. 124 nur dann gestattet ist, wenn der Bergwerksbesitzer, als Herr der betreffenden unterirdischen Begränzung — §. 40 — von dieser Benützung keinen Gebrauch macht.

Das Recht des Bergwerks-Besitzers zur Verfügung in dem ihm verliehenen Masse oder Grubenfelde erscheint auch noch dadurch hervorgehoben, dass ihm die Wahl zusteht, ob er die Gewinnung und Förderung der innerhalb seines Grubenbaues vorkommenden, von dem Grundeigenthümer zur Benützung gewünschten nicht vorbehaltenen Mineralien gegen Ersatz der Kosten selbst bewerkstelligen, oder ihm die Benützung seiner Grubenbaue und Förderungs-Vorrichtungen gegen angemessenes Entgelt gestatten wolle.

Wählt der Bergwerks-Besitzer das Erste, so muss der Grund-Eigenthümer hierauf submittiren, ohne dass dieser die Benützung der Grubenbaue und Förderungs-Vorrichtungen des Bergwerks-Besitzers gegen Entgelt zu beanspruchen berechtigt ist.

Obgleich das achte Hauptstück des Berggesetzes nach seiner Aufschrift nur von den Verhältnissen der *Bergbau-Unternehmer unter sich* handelt, so sind doch auch die in dem §. 126 bezeichneten zwischen dem Grundeigenthümer und Grubenbesitzer vorkommenden Verhältnisse auf den §. 195 verwiesen.

Bewerkstelliget der Bergwerks-Besitzer (nach seiner Wahl) die Gewinnung und Förderung nicht vorbehaltener Mineralien innerhalb des Grubenbaues zu Handen des Grund-Eigenthü-

mers, so gebührt ihm der Kostenersatz nach dem 2. Absatze des §. 195.

Ueberlässt er aber dem Grund-Eigenthümer zu diesem Behufe die Benützung seiner Grubenbaue und Förderungs-Vorrichtungen, so gelten die in dem 1. Absatze des §. 195 ausgesprochenen Bestimmungen. Unter dem Ausdrucke des §. 126 „*Benützung seiner Grubenbaue*“ sind selbstverständlich nur die zugänglichen offenen Räume innerhalb des Grubenbaues gemeint.

§. 127.

Für eine Benützung nicht vorbehaltenen Mineralien mit Tagbauen, welche der Grund-Eigenthümer aus Rücksicht für den Bergbau unterlassen muss, gebührt diesem die Entschädigung nach den für die Grund-Ueberlassung gegebenen Vorschriften.

Diese Gesetzesstelle bezieht sich auf den §. 125, welcher die Zulässigkeit der Bearbeitung nicht vorbehaltenen Mineralien durch Tag-Arbeiten von Seite des Grund-Eigenthümers von den in demselben §. 125 bezeichneten Umständen abhängig macht. (Siehe die Kommentirung des §. 125).

§. 128.

7. c) Hinsichtlich der Benützung der Grubenwässer.

Auf Grubenwässer, welche der Bergbau-Unternehmer erschroten hat, bleibt demselben, auch wenn er sie zu Tage ausfliessen lässt, bis zu deren Vereinigung mit anderen beständigen Tagwässern, das Vorrecht der Benützung zum Behufe des Bergwerks- und Hüttenbetriebes sammt Zugehör vorbehalten.

§. 129.

Werden solche Grubenwässer von Anderen in Anspruch genommen, so ist der Bergwerks-Besitzer durch die Bergbehörde aufzufordern, binnen einer angemessenen Frist zu erklären, ob er dieselben im Laufe der nächsten fünf Jahre zum Bergbau-Betriebe verwenden wolle.

Erfolgt diese Erklärung binnen dieser Frist nicht, oder macht der Bergwerks-Besitzer von dem vorbehaltenen Rechte während der nächsten fünf Jahre keinen Gebrauch, so können die Gewässer auch Anderen zu was immer für Zwecke verliehen werden.

Zwischen Tagwässern und Grubenwässern — §§. 105, 128 — ist rücksichtlich ihrer Benützung ein weit greifender Unterschied.

Auf die von dem Bergbau-Unternehmer erschrotenen *Grubenwässer* bleibt diesem das Vorrecht vorbehalten, selbe bis zu deren Vereinigung mit andern *beständigen* Tagwässern, zum Behufe des Bergwerks- und Hüttenbetriebes sammt Zugehör, Maschinen etc. — §§. 40, 121, 131 — zu benützen; denn diese Wässer sind nur durch *seine* Anstrengungen und Arbeiten zu Tage (an die Oberfläche) gekommen.

Tagwässer müssen auch wider den Willen des Eigenthümers zum Bergbaubetriebe, und selbst von Bergwerksbesitzern an den Revierstöllner überlassen, abgetreten werden — §. 105 — Erschrotene *Grubenwässer* aber sind von einer solchen Beanspruchung ausgenommen, wenn sie der Bewerksbesitzer selbst (welcher sie erschroten hat) zu verwenden beabsichtigt.

Sollten dieselben aber unverwendet abfließen, so können sie auch von Andern in Anspruch genommen werden. Der Förgang würde folgender sein:

Ein solcher Bergwerksbesitzer kann durch die Bergbehörde zur Erklärung aufgefordert werden, worüber er sich binnen einer ihm gestellten angemessenen Frist zu erklären hat, ob er dieselben im Laufe der nächsten Jahre zum Bergbaubetriebe verwenden wolle. Erstattet er binnen der ihm von der Bergbehörde bestimmten Frist die abgeforderte Erklärung nicht, so können die von ihm erschrotenen Grubenwässer auch andern sich hierum zu was immer für einen Zweck Meldenden verliehen werden. Erklärt er aber über jene Aufforderung hievon selbst Gebrauch machen zu wollen, so darf mit seinen Grubenwässern für einen Andern keine Verleihung stattfinden, und er ist in seiner diessfalls abzugebenden Erklärung nicht gebunden, den Zeitpunkt zu bezeichnen, von welchem an er jene selbst zu verwenden beabsichtigt, nur darf er von der Zeit der von ihm abgegebenen Erklärung an gerechnet, die ihm gestattete fünfjährige Frist nicht verstreichen lassen, ohne die Grubenwässer wirklich verwendet zu haben, weil sein Vorrecht hierauf erloschen wäre und mit deren Verleihung an Andere vorgegangen

werden könnte. Er kann sonach auf Grund seiner abgegebenen Erklärung die Verwendung bis auf die letzte Zeit der fünfjährigen Frist hinausschieben, aber nicht darüber. Hat er innerhalb dieser fünf Jahre, von welcher immer einem Zeitpunkte an, von der Verwendung zum Bergwerks- und Hüttenbetriebe Gebrauch gemacht, so gebühren ihm die Grubenwässer auch noch ferner und so lange, als sie zum Bergwerks- und Hüttenbetriebe verwendet werden.

Sobald jedoch die Vereinigung der Grubenwässer mit *beständigen* Tagwässern als: Quellen-Abflüssen, Bächen, Flüssen vor sich gegangen ist, hört das in dem §. 128 dem Bergwerksbesitzer gewahrte Vorrecht auf.

Wenn auch dem Bergwerksbesitzer eine fünfjährige Frist gegeben ist, innerhalb welcher ihm — wenn er die diessfällige Erklärung abgegeben hat (§. 129) — vom ersten bis im fünften Jahre von den Grubenwässern Gebrauch zu machen oder nicht, das Recht zusteht, ohne dass dieselben während der Zeit ihrer nicht geschehenen Verwendung von einem Andern beansprucht werden können: so ist dadurch eine vertragsmässige Uebereinkunft zwischen Beiden nicht ausgeschlossen. Der Bergwerksbesitzer kann die Verwendung seiner Grubenwässer, wenn er jene affirmative Erklärung abgegeben hat, immerhin einem Andern aus Gefälligkeit oder gegen irgend eine Vergütung während der ihm zuständigen Frist überlassen.

§. 130.

Hat der Bergwerks-Besitzer dem Grund-Eigenthümer, über dessen Grund die Wässer abfliessen, zur Entschädigung dafür ein für alle Mal einen Betrag entrichtet, oder eine jährliche Zahlung zu leisten, so ist er berechtigt, von demjenigen, welcher die Wässer benützt, so lange die Benützung dauert, im *ersten* Falle die gesetzlichen Zinsen der im Capitale geleisteten Entschädigung, im *zweiten* Falle die Vergütung der jährlichen Leistung zu fordern.

Für Veränderungen in der Menge der aus dem Berge fliessenden Grubenwässer ist der Bergwerks-Eigenthümer nicht verantwortlich.

Sobald der Bergbauunternehmer in die Lage kömmt, unterirdische Wässer zu Tage zu fördern, tritt für ihn die Schuldigkeit ein, sich rücksichtlich der Entschädigung für den Grund, über welchen die Wässer abfliessen, mit dem Eigenthümer desselben zu vereinigen, und zwar entweder mittelst

Entrichtung eines Entschädigungsbetrages, ein für alle Mal, oder mittelst Leistung einer jährlichen Zahlung. Hätte nun beispielweise dieser Bergwerksbesitzer dem Grundeigenthümer ein für alle Mal eine Entschädigung von 40 fl. entrichtet oder hätte er ihm eine jährliche Zahlung von 3 fl. zu leisten, so müsste derjenige, welcher die von jenem erschrotenen Grubenwässer benützt, im ersten Falle 2 fl. als gesetzliche Zinsen der im Kapitale pr. 40 fl. geleisteten Entschädigung, im zweiten Falle aber die jährlichen 3 fl. dem Bergwerksbesitzer vergüten und zwar auch dann in dem einen oder andern vollen Betrage wenn sich die Menge der aus dem Berge fliessenden Grubenwässer verändern sollte, und vielleicht der ursprünglich beabsichtigten Bestimmung des Benützenden nicht entsprechen würde.

§. 131.

8., 9. d) In Ansehung der Art und Ausdehnung des Werksbetriebes.

Die Bergwerks-Verleihung berechtigt den Besitzer zugleich:

- a) zum weiteren Aufschluss der Mineral-Lagerstätten, und zum Abbaue der Mineralien innerhalb seines Feldes, Schächte, Gruben- und Tagbaue zu treiben;
- b) zur Gewinnung, Förderung, Aufbereitung und Zugutebringung der Mineralien, zur Wetterführung, (Zuleitung zum Athmen tauglicher Luft) und Wasserhaltung (Entleerung der Grubenbaue von den Wässern), Vorrichtungen, Maschinen und Werkstätten jeder Art zu errichten, unter welche letztere insbesondere die Erzmühlen und Qnetschwerke, Pochwerke, Schlemmwerke, Schmelzöfen, Amalgamirwerke, Quickmühlen, Erzröste, Koaksöfen, Extractions- oder Laugwerke, Krystallisationswerke und die Bergschmieden zu rechnen sind;
- c) zum Betriebe seiner Werksanlagen (lit. b) Teiche, Wasserwehren und Wasserleitungen herzustellen;
- d) zum Ab- und Zugange für Menschen und Thiere, und zur Zu- und Ablieferung der Bergwerks-Erfordernisse und Erzeugnisse, Wege, Stege, Brücken und Eisenbahnen, zum Abstürzen der geförderten Mineralien Haldenplätze anzulegen;
- e) zum Schutze der Bergbaue, der Maschinen, Materialien und Erzeugnisse, und zur Unterkunft der Arbeiter, Aufseher und Werksleiter unter Beobachtung der bestehenden Gesetze und Vorschriften, Gebäude aufzuführen;
- f) in seinen Werkstätten die zum Bergwerksbedarf erforderlichen Handwerke durch eigene Arbeiter zu betreiben;

g) das eigene Arbeiter-Personale, jedoch *ohne gewerbsmässigen Gewinn*, mit den nöthigen Lebensmitteln zu versehen.

ad a. Diese mit der Bergwerks-Verleihung verbundene Berechtigung fliesst auch schon aus den §§. 40, 76 und 123 (Siehe die Erläuterungen zu diesen §§.)

ad b. Vor Allem muss bemerkt werden, dass die in dieser Unterabtheilung vorkommende Aufzählung von Werkstätten keine taxative ist, d. h. dass dieselben nur beispielweise aufgezählt, und daher auch noch andere, als die hier genannten Werkstätten als ein Ausfluss der Bergwerksverleihungen zu betrachten sind. Es ist dieses aus dem in dieser §. Unterabtheilung b gebrauchten Ausdrucke: „*insbesondere*“ zu ersehen, dass sich das Gesetz nur einer beispielweisen Aufzählung bedient hat.

Nur wird der Grundsatz festzuhalten sein, dass die Aufbereitung und Zugutebringung der Mineralien in den verschiedenen hiezu bestimmten Werkstätten nicht über die Darstellung des Rohproduktes hinausgehen darf. Die Berechtigung zur weiteren Verarbeitung, z. B. des Roheisens, Schwefels, Vitriolsteines etc. ist nicht mehr in der Bergwerksverleihung — §. 131 — begriffen; diess ist schon eine industrielle Beschäftigung im engeren Sinne und die Concession hiezu gehört in das Bereich der Gewerbsbehörden.

Der §. 336 des Entwurfes eines Handels- und Gewerbegesetzes für den österreichischen Kaiserstaat enthält die Bestimmung, dass von demselben nicht berührt werden:

e. Die Montangewerbe und zwar:

Schmelzwerke jeder Art, welche die Gewinnung verkäuflicher Rohprodukte zum Zwecke haben, Amalgamir- und Sublimirwerke, Raffiniröfen zur Reinigung der aus den Schmelzwerken gewonnenen Rohprodukte; Eisen-, Kuppel- und Flamm-Oefen; Eisen-, Frisch- und Walzwerke (Eisen- und Stahlzerrenheerde, Puddlingsöfen); Gussstahlöfen, Stahl- und Raffinirwerke; Eisen-, Stahl-, Streck- und Blechwalzwerke und Hammerwerke dieser Art.

Dieser, dem allgemeinen Berggesetze freilich in der Zeit vorgegangene Entwurf würde mit jenem Grundsatz rücksichtlich der Concession der fraglichen Etablissements nicht im Einklange stehen.

ad c, d, e, f, g. Alle die sub. a bis einschliessig e aufgezählten Vorrichtungen, Anlagen, Maschinen und Werkstätten; dann die sub f und g bezeichneten Berechtigungen sind ein vom Gesetze erklärter Ausfluss des Bergwerks-Betriebes. Der Bergwerksbesitzer bedarf zur Ausübung derselben keiner abgesonderten Concession; sie ist schon in seiner Bergwerks-Verleihung begriffen. Nur hat er bei Herstellung von Gebäuden, Wasserwerken, Strassen, Brücken, Eisenbahnen, Maschinen, wozu auch die Dampfkesselproben gehören, und anderen Bauführungen über Tag (an der Oberfläche) die vorgeschriebene Baubewilligung der politischen Behörde einzuholen, und der Bergbehörde nach erfolgter Herstellung die Anzeige zu erstatten. — §. 133. — Bei dieser Baubewilligung handelt es sich nur um politisch polizeiliche Rücksichten; im Principe können derlei Bauten nicht versagt werden, sie bedürfen in dieser Rücksicht der politisch behördlichen Bewilligung nicht, weil das Recht zu ihrer Ausführung schon durch das Berggesetz mittelst der Bergwerks-Verleihung ertheilt worden ist.

Die Berechtigung sub f, nämlich die zum Bergwerksbedarf erforderlichen Handwerke durch eigene Arbeiter zu betreiben, ist mit den für die Fabriksbefugnisse bestehenden Bestimmungen analog, und auch der humanen Nothwendigkeit, zur Unterkunft der Arbeiter, Aufseher und Werksleiter, an den gewöhnlich isolirten Orten des Bergwerks-Betriebes, Gebäude aufzuführen, ist sub c — §. 131 willfahren.

Der sub g — 131 dem Bergwerks-Besitzer gestatteten Berechtigung: das eigene Arbeiter Personale, *ohne gewerbsmässigen Gewinn* mit den nöthigen Lebensmitteln zu versehen, wird dasselbe gewiss besonderen Dank wissen, wenn man erfahrungsmässig in Erwägung zieht, welche Vertheuerung alle Lebensmittel durch Zwischenhändler, und um so mehr an entlegenen, isolirten Orten erleiden. Der bemittelte Bergwerksbesitzer mit Billigkeits-Gefühl kann in dieser Beziehung für sein Arbeiter-Personale viel des Guten thun, es gegen mancherlei wucherische Handlungen verwahren. (Siehe auch die Erläuterung zu den §§. 117, 118, 119.)

§. 132.

Streitigkeiten über den Umfang und die Ausübung dieser Befugnisse entscheidet, in soferne sie nicht auf den Rechtsweg gehören, die Bergbehörde selbständig, oder, nach Beschaffenheit der Umstände, im Einvernehmen mit der betheiligten politischen, Gewerbs- oder anderen Verwaltungsbehörde.

Derlei Streitigkeiten können aus der Thatsache, oder aus einer vorkommenden Beschwerde hervorgerufen werden, dass z. B. die dem Bergwerks-Besitzer zu errichten gestatteten Werkstätten — b. §. 131 — die Gränzen ihrer Betriebsberechtigung überschritten, und dadurch in den Betriebsumfang anderer industrieller Etablissements eingreifen; dass der Betrieb der zum Bergwerksbedarf erforderlichen Handwerke, das Recht zur Versehung des *eigenen* Arbeiter-Personale mit den nöthigen Lebensmitteln — f et g §. 131 — überschritten, oder dass die Herstellung der sub c et d bezeichneten Vorrichtungen und Anlagen in einem überflüssigen Umfange und Richtung in Anspruch genommen werde.

§. 133.

Baubewilligung.

Zur Herstellung von Gebäuden, Wasserwerken, Strassen, Brücken, Eisenbahnen, Maschinen und anderen Bauführungen über Tag, hat der Bergwerks-Besitzer die vorgeschriebene Baubewilligung der politischen Behörde einzuholen, und der Bergbehörde nach erfolgter Herstellung die Anzeige zu erstatten.

Beabsichtigt der Bergwerks-Besitzer in der Grube, Maschinen, welche nicht von Menschenkräften betrieben werden, zu errichten, so hat er diesen der Bergbehörde vor deren Errichtung anzuzeigen.

Der 1. Absatz dieser Gesetzesstelle wurde bereits bei §. 131 besprochen.

Es fliesst aus der bei der Bergbehörde vorausgesetzten technischen Kenntniss, dass ihr bei der beabsichtigten Errichtung von solchen Maschinen in der Grube, welche nicht von Menschenkräften betrieben werden, vor deren Errichtung die Anzeige erstattet werde; weil nur sie insbesondere in der Beurtheilung kompetent erscheint, ob aus der Errichtung von solchen Maschinen, mit Rücksicht auf die Art und Weise der

Bergbauführung, der Formation des Gebirges etc. für Menschen und Eigenthum im polizeilichen Anbetrachte keine Gefahr zu befürchten ist.

Die Errichtungen von Maschinen in der Grube, welche von Menschenhänden betrieben, bedürfen der Anzeige an die Bergbehörde nicht. Bei diesen hat der Mensch die Regulirung, Stillstand etc. in seiner Macht, was bei jenen nicht so leicht und sicher möglich ist.

Sechstes Hauptstück.

Von dem gemeinschaftlichen Bergbau-Betriebe und den Gewerkschaften insbesondere.

§. 134.

Mit-Eigenthum an Bergwerken.

Bergwerke können von einzelnen oder mehreren physischen oder juristischen Personen in Gemeinschaft besessen und betrieben werden.

Ist in dem Gesuche um eine Bergwerks-Verleihung, welches von mehreren Personen zugleich angebracht wird, das Verhältniss der Antheile, welches zwischen ihnen bestehen soll, nicht angegeben, so erlangen alle durch die Verleihung *gleiche* Antheile.

Das gegenwärtige Gesetz unterscheidet, abweichend von dem alten, das *Miteigenthum* und die *Gewerkschaften* an Bergwerken.

Unter *juridischen* oder *moralischen* Personen sind Gemeinden, Korporationen etc. zu verstehen; das einzelne Individuum heisst *physische* Person.

Der in dem 2. Absatze dieses §. ausgesprochene Grundsatz findet sich auch über die Gemeinschaft des Eigenthums in dem allg. bürgerl. Gesetz-Buche (§. 839), auf welches der §. 136 des Berggesetzes verweist.

Wenn z. B. vier Personen um die Verleihung von Grubenmassen zugleich, d. i. mittelst eines und desselben Gesuches bittlich werden, ohne dass über das Verhältniss die Grösse ihrer Antheile in demselben ausgedrückt ist, so erlangen sie durch die Verleihung *gleiche* Antheile d. h. eine jede jener vier

Personen den imaginären vierten Theil des Ganzen. (Siehe auch die Komentirung des §. 53.)

Ein gleiches Bewandtniss hat es, wenn z. B. vier Personen ein Bergwerks-Eigenthum im Kaufs- oder Erbwege erwerben, ohne dass in den Erwerb-Urkunden die einzelnen Antheile bestimmt sind.

§. 135.

Gränzen der bücherlichen Theilbarkeit des Eigenthumes an Bergwerken.

Von mehreren Mit-Eigenthümern eines Bergwerkes kann zwar jeder Theilhaber auch in dem Bergbuche an den Besitz seines Antheiles gebracht werden, und denselben bücherlich an Andere sowohl veräussern als verpfänden.

Eine solche bücherliche Theilung des Bergwerks-Eigenthumes ist jedoch ohne Bewilligung der Bergbehörde nicht unter den sechzehnten Theil des Ganzen zulässig. Wo sie gegenwärtig in kleineren Antheilen besteht, darf eine weitere Theilung nicht gestattet, und sobald eine Vereinigung kleinerer Theile eintritt, ihre fernere Zerstückung unter ein Sechzehntel des Ganzen nicht mehr zugelassen werden.

Im Gegensatze zu dem bei dem §. 134 aufgeführten Beispiele würde ein von 17 Personen um eine Bergwerks-Verleihung eingebrachtes Gesuch, oder ein Kaufkontrakt von 17 Käufern in der Regel zurückzuweisen sein, weil eine *bücherliche* Theilung des Bergwerks-Eigenthums ohne Bewilligung der Bergbehörde nicht unter den 16. Theil des Ganzen zulässig ist. Es muss jedoch zur Vermeidung einer Beirrung bemerkt werden, dass die Zu- oder Unzulässigkeit einer solchen Theilung auf *Miteigenthum* nicht bloss von der Anzahl der erwerbenden Personen, sondern grundsätzlich davon abhängt, dass kein Antheil weniger als den 16. Theil des ganzen zu theilenden Bergwerkseigenthums beträgt.

Wenn z. B. A		8	Sechzehntel
B		4	„
C		2	„
D		1	„
E		1	Zwei u. Dreissigstel
F		1	„ „

aquiriren wollten, so würde dieses Verhältniss der Antheile ebenfalls unzulässig sein.

Von dieser allgemeinen Theilungs-Beschränkung ist jedoch eine *Ausname* gestattet, wenn nämlich die Bergbehörde aus besonders obwaltenden Rücksichten, z. B. eines grösseren Berg- und Hüttenwerks-Complexes, und der zu diesem Betriebe nöthigen Kapitalien die Theilung auch unter den 16. Theil des Ganzen für zulässig anerkennt; d. h. dass das betreffende Bergwerks-Eigenthum in kleinere Antheile als den 16. Theil des Ganzen getheilt werden darf, ohne dass die Errichtung einer Gewerkschaft — §. 137 — nothwendig ist.

Unter dem, in diesem §. 135 gebrauchten Ausdrucke: „*Bergwerks-Eigenthum*“ sind nicht nur Grubenmasse, Tagmasse, Uiberscharen, sondern auch alles dasjenige zu verstehen, was die §§. 111, 117, 118, 131 umfassen.

Jeder Miteigenthümer eines Bergwerkes kann in dem Bergbuche als Eigenthümer seines Antheiles vorgeschrieben werden; er kann denselben *bücherlich* an Andere veräussern und verpfänden.

Der gebrauchte Ausdruck: „*bücherlich*“ ist eben das besondere Merkmal, dass die gewerkschaftlichen Antheile (Kuxe) weder in dem bei der Berggerichtsbehörde geführten Bergbuche auf den Namen der einzelnen Kuxen-Besitzer vorgeschrieben, noch verpfändet werden dürfen, weil Kuxe die Eigenschaft beweglicher Sachen haben, und ihre Eigenthümer blos in dem bei der Bergbehörde geführten Gewerkenbuche verzeichnet, nicht aber auch in dem bei der Berggerichtsbehörde befindlichen Bergbuche an den Besitz gebracht sind. Das bücherliche Vermögen einer Gewerkschaft kann nur im Ganzen verpfändet oder sonst belastet werden. — §. 140, 141. —

Die Antheile von welchen die §§. 134, 135, 136 sprechen, heissen nicht Kuxe. Unter dieser Bezeichnung sind nur die gewerkschaftlichen Antheile — §§. 137, 140 — zu verstehen.

Das dem Miteigenthümer nach §. 135 gebührende Recht, seinen Antheil *bücherlich* an Andere veräussern zu dürfen, steht mit dem §. 115 in keinem Widerspruche, weil es sich in letzterer Gesetzesstelle um die *räumliche* Theilung, d. h. Abtrennung und Zuschreibung zu einem angränzenden selbstständigen Grubenbesitze handelt; während die Antheile des Miteigenthümers — §. 135 — bei dem Ganzen verbleiben, und

keine räumlich abgemessene, sondern nur imaginäre Theile desselben sind.

Wenn auch die Gesetzgebung den Besitz und Betrieb von Bergwerken durch eine grössere Anzahl von Betheiligten mittelst der Gewerkschaften — §. 140 — gestattet, so ist andererseits ihre Absicht unverkennbar, die bürgerliche Theilung des Bergwerks-Eigenthums, nämlich das Miteigenthum unter den 16. Theil nicht aufkommen zu lassen, und dieses Verhältniss wo es bereits besteht, bei sich ergebenden Gelegenheiten zu beheben und ferner nicht mehr zu gestatten — 2 Absatz des §. 135. —

Hieraus folgt zugleich, dass Associationen zu Schürfungen weder unter den §. 136 noch 140 subsumirt werden können; sondern dass derlei gesellschaftliche Unternehmungen dem Vereinsgesetze vom 26. November 1852 unterworfen sind, welches rücksichtlich der wünschenswerthen Auflebung des Associationsgeistes und der Aktienvereine die geeigneten Normen enthält.

Hier muss jedoch zur Vermeidung eines Missverständnisses beigefügt werden, dass zu den so eben bezeichneten Associationen nur dann in dem Sinne des Vereinsgesetzes die Bewilligung der Staatsverwaltung erfordert werde, wenn derlei Vereine:

- a) nach einer vorhinein verabredeten Gesellschaftsregel (Statuten) in der Art eingegangen werden wollen, dass der Eintritt in den Verein *ohne Beschränkung* auf die ursprünglichen Theilnehmer Jedermann, der die festgesetzten Bedingungen erfüllt, und sich der gesellschaftlichen Regel unterwirft, gestattet ist; die Anzahl der Gesellschaftsmitglieder mag vorhinein bestimmt sein, oder nicht;
- b) wenn sie Aktienvereine, d. h. solche Vereine sind, bei welchen das erforderliche Kapital *durch Aktien* d. i. durch bestimmte, mittelst der Erwerbungsarten des bürgerlichen Rechtes (Schenkung, Kauf, Erbschaft) übertragbare Theilbeträge an dem gesellschaftlichen Unternehmungsfonde, auf welche sich die Haftung der Theilnehmer beschränkt, aufgebracht werden sollen — §. 1. des Vereinsgesetzes. —

Hieraus fliesst, dass gesellschaftliche Unternehmungen zu Schürfungen, wenn in ihren Verträgen die hier sub a et b bezeichneten Bestimmungen nicht enthalten sind, von dem Vereinsgesetze nicht berührt werden, obgleich in dem §. 2-c desselben Gesetzes auch die Bergwerks-Unternehmungen genannt werden, weil sie nur dann diesem Vereinsgesetze unterworfen sind, wenn bei ihnen die Bedingungen a et b eintreten.

Bei dem gesellschaftlichen Bergbaue — §. 136 des allgemeinen Berggesetzes — findet das Vereinsgesetz keine Anwendung und gemäss §. 5 desselben Gesetzes auch nicht bei Bergbau-Unternehmungen auf Grundlage des Gewerkschaftsverbandes, weil der sub a et b bezeichnete Sachverhalt nicht obwaltet; ferner auch nicht bei Gewerkekammern, Bruderladen und Knappschaftskassen.

§. 136.

Rechtsverhältnisse der Mit-Eigenthümer.

Die Rechte der Theilhaber eines Bergwerkes, welches nicht weiter als bis zum sechzehnten Theile des Ganzen getheilt ist, sind sowohl unter einander, als dritten Personen gegenüber nach den allgemeinen Vorschriften über die Gemeinschaft des Eigenthumes und über Verträge zu beurtheilen.

Wollen Theilhaber dieser Art über den Bergbau-Betrieb Gesellschaftsverträge unter einander abschliessen, so sind diese der Bergbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Die Besorgnisse, welche die Bergbau-Industriellen rücksichtlich der Verweisung des Bergwerks-Miteigenthums auf die Vorschriften des allgemeinen bürgerl. Gesetz-Buches hegen, beziehen sich insbesondere auf dessen §§. 830, 831, 832, 834, 835, 843.

Das Miteigenthum (die Gemeinschaft) gründet sich — §. 825 des allgem. bürgerl. Gesetz-Buches —

- a) auf eine zufällige Ereignung,
- b) auf ein Gesetz,
- c) auf eine letzte Willenserklärung, oder
- d) auf einen Vertrag.

ad a. Die Gründung einer Gemeinschaft durch eine zufällige Ereignung ist bei Bergwerksobjekten nicht denkbar.

ad b. Wenn z. B. der Alleinbesitzer eines Bergwerkes oder ein Miteigenthümer von $\frac{4}{16}$ Antheilen mit Hinterlassung von vier Kindern ohne Testament stirbt; so gründet sich die Gemeinschaft des Nachlassgutes für die Erben in dem *Gesetze*, nämlich in der gesetzlichen Erbfolge.

Wenn verschiedene Bewerber um ein Grubenfeld dasselbe gemäss §. 53 des Berggesetzes gemeinschaftlich erhalten, so ist diese Gemeinschaft ebenfalls in dem *Gesetze* gegründet.

ad c. Ein Erblasser kann sein Bergwerks-Eigenthum zu gleichen oder in verschiedenen Antheilen (versteht sich nicht unter dem 16. Theil des Ganzen) mehreren Personen zum *Miteigenthum* erblich zuweisen.

ad d. Der Vertrag durch welchen eine Gemeinschaft (Miteigenthum) begründet wird, kann entweder gleich bei der Bergwerksunternehmung (Schürfung, Verleihung) oder auch später nachdem das Bergwerk bereits im Betriebe steht, zu Stande kommen. Die Vorschriften über eine durch Vertrag entstehende Gemeinschaft sind in dem 27. Hauptstücke des allg. bürgerl. Gesetz-Buches enthalten.

Nach §. 830 des allgem. bürgerl. Gesetz-Buches kann der Theilhaber die Aufhebung der Gemeinschaft verlangen, zwar nicht zur Unzeit oder zum Nachtheile der Uebrigen. Allein schon die Möglichkeit dieses Verlangens, und die sich hieraus ergebenden Verhandlungen und Erkenntnisse hierüber sind für die Miteigenthümer eine nicht zu verkennende lästige Eventualität.

Durch dieses, jedem Miteigenthümer gebührende Recht müssen sich die übrigen Theilhaber dem behördlichen Ausspruche über die elastischen Begriffe: „zur Unzeit oder zum Nachtheile der Uebrigen“ fügen und darauf gefasst sein, dass das ganze gemeinschaftliche Gut vermittelt gerichtlicher Feilbiethung verkauft, und der Kaufschilling unter die Theilhaber vertheilt werde — §. 843 des allgemeinen bürgerl. Gesetz-Buches. — Für das Emporkommen der hochwichtigen Bergbau-Industrie, als eines selbst von dem allgem. bürgerl. Gesetze bezeichneten Glücksgeschäftes — §. 1277 — dürfte in dem §. 136 des Berggesetzes keine Anregung liegen.

Die von einem Theilhaber eingegangene Verbindlichkeit zur Fortsetzung der Gemeinschaft erstreckt sich nur auf ihn, nicht auch auf seine Erben, — §. 831. — Auch die Anordnung eines Dritten, (z. B. eines Erblassers) wodurch eine Sache zur Gemeinschaft bestimmt wird, erstreckt sich nicht auf die Erben. — §. 832. —

Nach §. 834 können die überstimmten Theilhaber bei wichtigen Veränderungen, welche zur Erhaltung oder bessern Benützung des Hauptstammes vorgeschlagen werden, Sicherstellung für künftigen Schaden, oder wenn diese verweigert wird, den Austritt aus der Gemeinschaft verlangen.

Der §. 835 gestattet diessfalls, wenn sie nicht austreten wollen, und über die Entscheidung ob der Austritt zur Unzeit geschehe, neuerliche lästige Verhandlungen.

Die Erfahrung hat wohl schon manche Beispiele konstatirt, wie die rationellsten Pläne und Projekte den erwarteten Erfolgen der Rentabilität nicht entsprachen, weil es ausser dem Bereiche der menschlichen Berechnung liegt, welche neue Erfindungen, Verbesserungen auf dem Gebiete der Mechanik, Chemie und Physik, und welche mannigfaltige unvorgesehene geschäftliche Conjunkturen von grosser Tragweite hervortreten, und jene Projekte paralysiren oder vereiteln können.

Um jedoch diese hier bezeichneten, zu einem gemeinschaftlichen Bergwerksbetriebe gewiss nicht anregenden Verhältnisse einigermaßen zu moderiren, können die Miteigenthümer von der Abschliessung von Gesellschaftsverträgen Gebrauch machen, und mittelst dieser Verträge die in den citirten §§. 830, 831, 832, 834, 835, 843 enthaltenen Bestimmungen rücksichtlich der Aufhebung der Gemeinschaft; der Verbindlichkeit der Erben des Miteigenthümers zur Fortsetzung der Gemeinschaft; der Sicherstellung für künftigen Schaden bei der Vorname von wichtigen Veränderungen modificiren. Allein auch dieser Ausweg ist von beschränktem Umfange, weil er nur bei einer Bergbau-Unternehmung (Schürfung) oder bei der ursprünglichen Erwerbung eines Bergwerks-Objectes (Verleihung) eingeschlagen werden kann.

Die schon bestehenden Miteigenthümer eines Bergwerkes können zu einem solchen Gesellschaftsvertrage nicht gezwun-

gen werden, und gemäss §. 1208 des allgem. bürgerl. Gesetz-Buches sind nur die Erben eines selbst durch Gesellschafts-Vertrag verbundenen Miteigenthümers, nicht aber auch die Erbeserben zur Fortsetzung des gesellschaftlichen Verhältnisses verpflichtet.

Auch der 2. Absatz des §. 136 weist auf solche Gesellschaftsverträge hin, deren Giltigkeit jedoch von der Genehmigung der Bergbehörde abhängig ist.

Wenn man diesen, dann den in den §§. 87, 88, 137, und in noch anderen Gesetzesstellen des Berggesetzes ausgesprochenen Vorbehalt der bergbehördlichen Genehmigungen in Erwägung zieht, so ist damit den österreichischen Bergbau-Industriellen ein Zeugniß minorener Befähigung gegeben. Das allgemein bürgerl. Gesetz-Buch kennt derlei Beschränkungen, (Einholung von behördlichen Genehmigungen) der zur Eingehung von Verträgen berechtigter Personen nicht; nur gesetzwidrigen Verabredungen (einem sogenannten Löwen-Vertrage) tritt es mit dem §. 1196 entgegen, wenn gegen diese im Rechtswege protestirt wird. Derlei Bevormundungen sind kaum geeignet, Associationen zu grossartigen Bergbau-Unternehmungen, die doch der Geist des Berggesetzes im Auge hat, hervorzurufen.

Kapital und Intelligenz lassen sich nicht wohl am Gängelbände führen.

Uiber die in dem §. 193 der Bergbehörde verwahrte Bestätigung wird bei dieser Gesetzesstelle die Rede sein.

§. 137.

Gewerkschaften.

Soll das Mit-Eigenthum von Bergwerken in kleinere Antheile als zu einem Sechzehntel des Ganzen theilbar sein, so kann, falls nicht die Bewilligung (§. 135) von der Bergbehörde ertheilt worden ist, dieses nur durch die Errichtung einer Gewerkschaft (§. 138) geschehen.

Die Gründung einer Gewerkschaft muss der Bergbehörde angezeigt, in dem Bergbuche angemerkt, und die darüber errichtete Urkunde nach erfolgter Genehmigung derselben bei der Bergbehörde zu Jedermanns Einsicht eingetragen werden.

Wenn von der Bergbehörde die Theilung des Miteigenthumes von Bergwerken, nämlich unter den 16. Theil des

Ganzen, nicht bewilligt wird, so gewährt dieser §. der gesellschaftlichen Bergbaulust auf einem andern Wege, nämlich auf dem der Gewerkschaft eine bis auf 12800 reichende Antheils-Vertheilung — §. 140. — Auch dieses private gesellschaftliche Rechtsgeschäft d. i. der zwischen den gesellschaftlichen Bergbauunternehmern zu Stande gekommene Vertrag unterliegt der bergbehördlichen Genehmigung.

Der eine Gewerkschaft begründende und von der Bergbehörde genehmigte Vertrag wird in dem bei der Berggerichtsbehörde geführten Bergbuche vorgemerkt, (in welchem auch nur die das gewerkschaftliche Eigenthum belastenden Vormerkungen geschehen können) und bei der Bergbehörde in dem Gewerkenbuche — §. 141 — zu Jedermanns Einsicht eingetragen.

§. 138.

Begriff derselben.

Die Gewerkschaft ist ein Verein zum Bergbau-Betriebe, in welchem jeder Theilhaber sowohl für die Beiträge zu dem Betriebe des Geschäftes (die Zubusse) als für alle im Namen des Vereines gegen dritte Personen übernommene Verbindlichkeiten nur mit seinem Antheile an dem gemeinschaftlichen Vermögen haftet.

Wenn ein Theilhaber (Mitgewerke) mit der Entrichtung der auf seinen Antheil entfallenden Zubusse im Rückstande bleibt, und dieserwegen von der Gewerkschaft, oder wenn das ganze gemeinschaftliche Vermögen (das in kleinere als zu einem Sechzehntel des Ganzen getheilte Miteigenthum an Bergwerken) wegen Anforderungen dritter Personen, welche sie an dem gewerkschaftlichen Vermögen erworben haben, (eine Belastung der einzelnen Kuxe ist mit 1. November 1854 unzulässig §§. 140, 141 —) in Anspruch genommen, exequirt wird, so haftet in diesen Fällen jeder Mitgewerke nur mit seinem Antheile (Kuxen.)

Auf welche Art die ganze Gewerkschaft pflichtig gemacht wird, ist aus dem §. 146-4 zu ersehen.

Gemäss §. 166 ist aber ein Theilhaber, dessen Antheil wegen rückständigen Zubussen gerichtlich veräussert wurde und der Erlös nicht zureicht, oder wenn er seinen Antheil heimsagt,

nach §. 167 verpflichtet, die aufgelaufenen Gerichtskosten, aus seinem anderweitigen Vermögen zu ersetzen.

Das Verfahren rücksichtlich der belasteten einzelnen Kuxe ist in dem §. 169 vorgeschrieben.

§. 139.

In einer Gewerkschaft kommt, so lange sie dauert, jedem Theilhaber (Mitgewerken) nur ein Anspruch auf die Theilung des Ertrages zu. Jeder Theilhaber kann zwar seinen Antheil heimsagen (§. 167), an Andere übertragen, es ist aber weder er, noch einer seiner Nachfolger im Besitze desselben berechtigt, auf die Theilung des Hauptstammes des gewerkschaftlichen Vermögens, oder auf dessen Veräußerung zum Zwecke der Theilung zu dringen.

Die Bestimmung dieser Gesetzesstelle besteht eigentlich darin, dass die allgemeinen Vorschriften (des bürgerl. Gesetz-Buches) über die Gemeinschaft des Eigenthums, welchem zwar das Bergwerks-*Miteigenthum* unterliegt — §. 136 — auf das gewerkschaftliche Verhältniss keine Anwendung finden. Es ist daher weder ein Theilhaber (Mitgewerke) noch einer seiner Nachfolger in dem Kuxenbesitze (Käufer, Erbe) berechtigt, auf die Theilung des Hauptstammes des gewerkschaftlichen Vermögens, oder auf dessen Veräußerung zum Zwecke der Theilung zu dringen, d. h. die Aufhebung der Gemeinschaft zu verlangen — §. 830 des allgem. bürgerl. Gesetz-Buches. — Auch sind die Kuxenbesitzer, ihre Nachfolger (Käufer, Erben) nicht berechtigt, bei wichtigen Veränderungen welche zur Erhaltung oder besseren Benützung des Hauptstammes vorgeschlagen werden, — §. 834 des allgem. bürgerl. Gesetz-Buches — eine Sicherstellung für künftigen Schaden, oder wenn diese verweigert wird, den Austritt aus der Gemeinschaft (Gewerkschaft) zu verlangen.

§. 140.

Kuxe.

Die Antheile an dem gewerkschaftlichen Vermögen werden Kuxe genannt, und haben die rechtliche Eigenschaft beweglicher Sachen.

Eine Gewerkschaft darf nicht in mehr als in 128 Kuxe, und der Kux nicht in mehr als in hundert Theile getheilt werden.

Durch die nach dieser Gesetzesstelle zulässige Beantheiligung bis zum 12800. Antheile herab an einem gewerkschaftlichen Vermögen, ist einem derlei gemeinschaftlichen Unternehmen gewiss Spielraum genug gegeben. Ein 12800. Antheil aber darf nicht mehr getheilt, in dem Gewerkenbuche nicht vorgeschrieben werden.

Gemäss §. 165, 166 und 167 des allgemeinen Berggesetzes wird zwar der unter den darin bezeichneten Verhältnissen heimgesagte oder feilgebotene Antheil (selbst wenn er der 12800. Theil wäre) den übrigen Mitgewerken überlassen, eingewortet und in dem Gewerkenbuche verhältnissmässig zugeschrieben; allein dadurch wird die Zahl 12800 (selbst wenn die Gewerkschaft aus so vielen Theilen bestände) nicht vermehrt, sondern vermindert, weil dieser heimgesagte oder feilgebotene Theil zu dem ganzen gewerkschaftlichen Vermögen, d. h. zu den schon bestehenden Antheilen der Mitgewerken kömmt.

Zur Vermeidung einer Wiederholung wird sich auf die bei §. 7. vorkommende Erläuterung bezogen.

§. 141.

Ueber die Inhaber der Kuxe jeder Gewerkschaft wird nur bei der Bergbehörde eine Vormerkung (das Gewerkenbuch) geführt. Das bücherliche Vermögen einer Gewerkschaft kann nur im Ganzen verpfändet oder sonst belastet werden.

Eine Verpfändung oder sonstige Belastung der einzelnen gewerkschaftlichen Antheile ist schon an und für sich unmöglich, weil dieselben keine Einlage (Besitzblatt) in dem Bergbuche haben, sondern bloss in dem Gewerkenbuche vorgemerkt sind, was auch bereits bei §. 7. erörtert wurde.

Die Verpfändung, Belastung des gewerkschaftlichen bücherlichen Vermögens als eines Ganzen, kann also nur auf dem im §. 154 bezeichneten Wege, beziehungsweise durch die Gewerkschafts-Direktion und ihren Vorstand auf Grund der in dem Dienstvertrage enthaltenen Vollmacht — §. 145 — bewerkstelliget werden. Es ist auch die Einsicht dieses, sowohl bei der Bergbehörde als auch bei dem Bergbuche aufliegenden Dienstvertrages jedem Interessenten gestattet, um bei abzu-

schliessenden Geschäften den Umfang der Direktions-Berechtigung beurtheilen zu können. — §. 146. —

§. 142.

So lange die Uebertragung eines Kuxes an einen anderen Inhaber der Bergbehörde zur Eintragung desselben in das Gewerkenbuch nicht angezeigt worden ist, wird nur der dort eingetragene Inhaber als Mitgewerke angesehen.

Wer einen Kux übernimmt, haftet der Gewerkschaft mit demselben auch für die darauf ausständigen Beiträge.

Aus der Nichtherstellung der bücherlichen Ordnung bei Besitzveränderungen ergeben sich überhaupt mannigfaltige Uebelstände und Beeinträchtigungen.

Wenn der Erwerber eines Kuxes den Akt dieser seiner Aquisition bei der Bergbehörde Behufs der Eintragung auf seinen Namen in das Gewerkenbuch nicht anzeigt, so ist hiervon die geschäftliche Folge diese: Dass die Bergwerks-Ausbeute nur an den im Gewerkenbuche vorgemerkten Kux-Besitzer ausgezahlt, der neue Erwerber, als in diesem Buche nicht angemerkt, ignorirt wird.

Bei einer Zubussausschreibung hat es ein gleiches Bewandniss. Es muss daher sowohl dem Verkäufer, als auch dem Käufer, Zedenten und Zessionär eines solchen Bergwerks-Antheiles an der in dem §. 142 angedeuteten Anzeige gelegen sein.

Der Uibernehmer eines Kuxes haftet für die darauf ausständigen Beiträge, nur *mit demselben*, nicht aber auch mit seinem anderweitigen Vermögen. Nur wenn er es auf eine Feilbiethung dieses seines Antheiles wegen zu leistenden Beiträgen ankommen lässt, haftet er für die entstandenen Gerichtskosten, auch mit seinem übrigen Vermögen. — §. 166, 2. Abs. —

In Betreff solcher ausständiger Beiträge, d. i. des quantitativen Betrages derselben, kann der Kux-Uebernehmer (Käufer, Erbe) bei der gewerkschaftlichen Direktion resp. ihrer Rechnungsführung die geeignete Erkundigung einholen. Uiber die Belastung des gesamten gewerkschaftlichen Vermögens, worin die einzelnen Antheile enthalten sind, gibt dem Kux-Aquirenten das Bergbuch die verlässliche Auskunft.

§. 143.

Allgemeine Bestimmungen in Betreff der Gewerkschaften.

Für alle Gewerkschaften haben in der Regel die in den nachfolgenden Paragraphen (§§. 144—156) enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über die Einrichtung der Gewerkschaften zu gelten. Abweichungen von diesen Vorschriften müssen der Bergbehörde, und in soferne es sich um Gegenstände handelt, welche nicht den Bergbau selbst, sondern solche Angelegenheiten betreffen, auf welche nach den Vorschriften über gesellschaftliche Vereine überhaupt auch andere Behörden Einfluss zu nehmen haben, auch diesen zur Genehmigung vorgelegt, und zur öffentlichen Kenntniss bei der Bergbehörde eingetragen werden.

Die in den §§. 144 bis 156 enthaltenen Bestimmungen waren erfahrungsmässig bei den vordem errichteten Gewerkschaften grossen Theils in mangelhaftem Umfange und Form handgehabt.

Die Bestimmungen, welche nach diesem Gesetze — §. 146 — in den Dienstvertrag des gewerkschaftlichen Direktors aufgenommen werden müssen, machen es möglich, dass die Gewer kentage in der Regel nur alle drei Jahre (wenn nicht wichtige Fälle eintreten) abzuhalten sind — §. 149. — Es sind dadurch die sonst nöthig gewesenen kostspieligen Zureisen der Gewer ken zu den angeordneten Gewer kentagen, oft wegen Beschlussfassung geringfügiger Angelegenheiten beseitiget.

Den stimmfähigen Gewerken wird aber bei der Wahl eines mit solcher Vollmacht ausrüstenden Direktors rücksichtlich der Garantie für dessen Intelligenz und Moral eine besondere Vorsicht zu empfehlen sein, von welcher sie nicht nur gemäss §. 147 Gebrauch machen, sondern auch von diesen allgemeinen Vorschriften — §§. 144—156 — mit Genehmigung der Bergbehörde abweichende Bestimmungen treffen können, — §. 143 — welche je nach ihrem sich auf öffentliche Verhältnisse beziehenden Inhalte der betreffenden behördlichen Genehmigung zu unterziehen sein werden.

§. 144.

Wahl des Directors und Bestimmung der Firma.

Jede Gewerkschaft ist verpflichtet, eine Direction mit einem Vorstande zu bestellen, und die getroffene Wahl sowohl, als die Firma der Gewerk-

schaft der Bergbehörde anzuzeigen, welche darüber eine eigene Vormerkung zu führen, und Jedermann davon Einsicht und Abschriften zu ertheilen hat.

Die Gewerkschaften, als Vereine zum Bergbaubetriebe — §. 138 — haben die nächste Verwandtschaft mit Aktiengesellschaften; überhaupt mit Unternehmungen, welche auf Gesellschaftsverträgen beruhen. Bei gesellschaftlichen Handels- und Fabriks-Unternehmungen muss der Gesellschaftsvertrag und die Original-Firmazeichnung bei dem Handelssenate eingelegt, protokollirt werden.

Der §. 144 verpflichtet die Gewerkschaft zur *Anzeige* der Firma derselben. Allein da die, in dem Dienstvertrage des Gewerkschafts-Direktors enthaltene Vollmacht denselben auch zur Wechsel Ausstellung berechtigen kann — §. 146-4 — so dürfte anzunehmen sein, dass dessen Original-Firma-Zeichnung oder derjenigen Personen, welche hiezu ermächtigt sind — §. 147 — bei der Bergbehörde eingelegt werden müsse, worauf auch schon in dem §. 143 hingewiesen ist.

§. 145.

Vollmacht des Directors.

Die Vollmacht der Direction und ihres Vorstandes zum Abschlusse verbindlicher Geschäfte ist aus dessen Dienstvertrag zu beurtheilen, letzterer muss aber sowohl bei der Bergbehörde, als bei dem Bergbuche zu Jedermanns Einsicht vorliegen.

Durch diese gesetzliche Anordnung können die geschäftlichen Beziehungen insbesondere in den, in dem §. 146 sub 4 und 5 bezeichneten Richtungen nur gewinnen; weil bei beabsichtigenden Geschäfts-Anknüpfungen aus dem bei der Bergbehörde und bei dem Bergbuche zu Jedermanns Einsicht vorliegenden Dienstvertrage der gewerkschaftlichen Direktion und ihres Vorstandes der Umfang der Berechtigung von einzugehenden Geschäften schon beurtheilt werden kann.

§. 146.

In dem Dienstvertrage jedes Directors müssen genaue Bestimmungen enthalten sein :

1. über dessen Einfluss auf den Betrieb des Werkes;

2. über die Befugniss zur Aufnahme und Entlassung der Beamten, Aufseher und Arbeiter, und zur Bewilligung ihrer Gehalte, Löhnungen etc.;

3. über dessen Berechtigung zur Ertheilung von Dienst-Ordnungen und Instructionen zur Rechnungs-Revision und Erledigung;

4. über die Befugniss zum Ankaufe oder zum Verkaufe beweglicher oder unbeweglicher Sachen zur Preisbemessung, Creditsertheilung, Geldaufnahme und Rückzahlung, Wechselausstellung u. dgl.;

5. über die Befugniss zur Erwerbung neuer Bergbau-Berechtigungen, oder Auflassung der im Besitze der Gewerkschaft befindlichen;

6. über das Recht, die Pflicht und den Umfang der Gewerkschafts-Vertretung.

Zu dem Inhalte dieser einer Erläuterung überhaupt nicht bedürfenden, und schon in den vorhergehenden §§. angerufenen Gesetzesstelle wird nur bemerkt, dass die auf Grund der vormaligen gesetzlichen Bestimmungen entstandenen bergbücherlichen Verhältnisse der Kuxenbesitzer und ihre Gläubiger durch dieses allgemeine Berggesetz nicht berührt sind.

Dem aus früheren Gesetze herrührenden Mitgewerken ist sein Bergwerksantheil bergbücherlich vorgeschrieben, er konnte und kann ihn, als *unbewegliche Sache* verpfänden und belasten; gegen solche Antheile können alle exekutiven Schritte vorgenommen werden.

§. 147.

Bekanntmachung derselben.

Soll der Gebrauch der Vollmacht des Directors dritten Personen gegenüber wieder beschränkt, oder dieser allenfalls in der Ausübung einzelner Befugnisse an die Zustimmung anderer Personen gebunden sein, so muss dieses in seinem Dienstvertrage ausdrücklich angemerkt werden.

Dunkle, oder in solcher Art beschränkte Vollmachten, welche leicht zu Zweifeln Anlass geben können, oder durch welche der gesetzmässige Gang des Bergbau-Betriebes gehindert würde, dürfen nicht angenommen werden.

Der §. 146 schreibt nicht vor, dass dem Gewerkschafts-Direktor in dem ihm ertheilten Dienstvertrage über alle in dem §. 146-1 bis incl. 6. angedeuteten Angelegenheiten allein und selbstständig zu verfügen, ermächtigt werden müsse; sondern dass über diese Angelegenheiten gewisse Bestimmungen zu treffen sind. Beschränkungen, Vorbehaltungen kann die Ge-

werkschaft immerhin festsetzen, ihre Verbindlichkeit von der Zustimmung anderer Personen abhängig machen, nur muss alles dieses aus dem fraglichen Dienstvertrage ersichtlich sein, widrigens derselbe nicht angenommen werden darf. — §. 147. —

Die Randanmerkung zu diesem §. soll statt „Bekanntmachung derselben“ heissen „Abänderung derselben.“

§. 148.

Anzeige des Wohnortes, oder eines Bevollmächtigten, jedes Mitgewerken, im Bezirke der Bergbehörde.

Jeder Mitgewerke hat der Bergbehörde, wenn er innerhalb des Bezirkes derselben wohnt, seinen Wohnort, wenn er aber nicht in demselben Bezirke wohnt, einen daselbst wohnhaften Bevollmächtigten anzuzeigen, welcher seine Stelle zu vertreten hat, die Zubussen für ihn entrichtet, und an welchen alle Bekanntmachungen von Seite der Gewerkschaft sowohl, als der Behörden mit Wirksamkeit geschehen können.

Wird diese Anzeige unterlassen, so hat die Einschaltung der Bekanntmachungen in die, für öffentliche Kundmachungen in dem betreffenden Kronlande bestimmten Zeitungsblätter, die Stelle der Zustellung zu vertreten.

Durch die vorgeschriebene Bestellung und Anzeige eines Bevollmächtigten für den, in dem bergbehördlichen Bezirke nicht wohnenden Mitgewerken sind mannigfaltige mögliche Beschwerlichkeiten, Verzögerungen, Unkosten und Reklamationen aus Gelegenheit der Gewerkentage-Abhaltungen beseitiget. Es ist aber nach dem Inhalte dieses §. nicht nothwendig, dass dieser Bevollmächtigte am Sitze der Bergbehörde wohnhaft sei, sondern bloss innerhalb des bergbehördlichen Bezirkes. Die bei dieser unterlassenen Anzeige aus der Zeitungs-Einschaltung erwachsenden Kosten fallen natürlich dem betreffenden Mitgewerken zur Last.

Uiberdiess wird jedem solchen Mitgewerken an der Bestellung eines Bevollmächtigten im bergbehördlichen Bezirke gelegen sein, wenn man bedenkt, wie leicht eine, zu Folge §. 158 ergehende öffentliche Aufforderung selbst von einem aufmerksamen Zeitungsleser übersehen, daher der Antheil eines solchen abwesenden Mitgewerken gemäss §. 160 in Exekution gezogen werden kann, deren Kosten er zu tragen hat.

§. 149.

Gewerkentage.

Die gesetzliche Zusammenkunft der Gewerke heisst Gewerkentag, auf dem sie, als Gewerkschaft, ihre Beschlüsse durch Abstimmung fassen.

Gewerkentage müssen regelmässig alle drei Jahre an dem Sitze der Direction, oder dem sonst von der Gewerkschaft dazu bestimmten Orte, abgehalten werden. Auf Verlangen eines Drittheiles der Mitgewerke, oder wenn der Director oder die Bergbehörde es wegen wichtiger Fälle für nothwendig halten, sind auch ausserordentliche Gewerkentage anzuordnen. Der Bergbehörde steht auch frei, zu den Gewerkentagen einen Commissär abzuordnen, um von dem Gange der Geschäfte bei denselben Kenntniss zu erhalten.

Der in diesem §. gebrauchte Ausdruck „Drittheil der Gewerke“ muss im Zusammenhange des §. 154 verstanden werden, d. h. nicht nach der Personen-Anzahl der Mitgewerke, sondern nach dem Verhältnisse ihrer Verantheilung, den geringsten Antheil (bis 12,800) als Einheit angenommen.

Aus dieser Gesetzesstelle — §. 149 — ergibt sich ferner die Pflicht für die Gewerkschafts-Direktion, von jeder Gewerkentags-Einladung auch die Bergbehörde in Kenntniss zu setzen, damit dieselbe von dem Gange der Geschäfte — welche doch nur technischer und finanzieller Natur sein können — Kenntniss erhalte. Wir halten uns nicht für befähigt, die Nothwendigkeit dieser, gegenüber der Unternehmung der Intelligenz und des Kapitals zulässigen Intervenirung oder Kontrolle einzusehen und zu erörtern.

§. 150.

Einladung zu denselben.

Die Einladungen zu einem Gewerkentage hat die Direction zu besorgen, und wenigstens vier Wochen vor dem zur Berathung bestimmten Tage denjenigen Mitgewerken, welche ihren Wohnort in dem Bezirke der Bergbehörde angezeigt, oder einen Bevollmächtigten daselbst namhaft gemacht haben, schriftlich zuzustellen, die übrigen aber durch die Zeitungsblätter (§. 148) zum Erscheinen auffordern zu lassen. Die vorhinein bekannten Gegenstände der Verhandlung sind stets in der Einladung zu bezeichnen.

Durch die vierwöchentliche Frist ist dem Mitgewerken genügende Zeit gegönnt, um die, in den ihnen zugekommenen

Einladungen bekannt gegebenen Gegenstände in Ueberlegung zu nehmen.

§. 151.

Gegenstände der Berathung.

Auf den Gewerkentagen sind der Betriebsbericht des Directors, der Rechnungs-Abschluss und die Bilanz über die verflossenen Verwaltungsjahre und alle sonstigen wichtigeren Verwaltungs- und Betriebs-Angelegenheiten zur Berathung und Beschlussfassung zu bringen.

§. 152.

Vorsitz.

Den Vorsitz in der Versammlung führt, solange nicht ein eigener Obmann gewählt ist, der höchst Verantheilte, und unter gleich Verantheilten der älteste an Jahren. Der Obmann hat stets mitzustimmen.

Diese beiden §§. bedürfen keiner Kommentirung.

§. 153.

Stimmfähigkeit.

Stimmfähig ist jeder Mitgewerke, welcher persönlich, oder durch einen Bevollmächtigten erschienen ist. Nachträgliche, nach aufgehobener Sitzung abgegebene oder schriftliche Abstimmungen dürfen nicht zugelassen werden.

Der Mitgewerke ist demnach nicht berechtigt, über die ihm in dem Programme mitgetheilten Gegenstände seine Stimme *schriftlich* abzugeben. Es muss seine Stimmabgabe von ihm in eigener Person oder durch einen Bevollmächtigten bei dem Gewerkentage selbst geschehen, widrigens hierauf nämlich auf eine schriftliche keine Rücksicht genommen d. h. als nicht eingebracht angesehen wird.

Sobald die Sitzung aufgehoben worden ist, darf auch eine nachträgliche, selbst mündliche Abstimmung nicht mehr zugelassen werden.

§. 154.

Fassung der Beschlüsse.

In der Regel entscheidet die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmführer nach dem Verhältnisse ihrer Verantheilung, den geringsten Antheil als Einheit angenommen.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet diejenige Meinung, welcher der Vorsitzende beigetreten ist.

Handelt es sich aber um eine Veränderung der Vereins-Statuten oder um die Veräusserung entbehrlicher Theile des unbeweglichen Vermögens der Gewerkschaft, so ist zur Giltigkeit des Beschlusses die Zustimmung von wenigstens drei Viertheilen der anwesenden Stimmführer nach dem Verhältnisse ihrer Antheile erforderlich.

Die absolute Stimmenmehrheit wird z. B. bei 128 Antheilen durch die Zahl 65 gebildet. Von 100 ist die absolute Mehrheit 51.

Diese Stimmenmehrheit beruht aber nicht in der Kopfanzahl der betheiligten Mitgewerken, sondern in dem Verhältnisse ihrer Verantheilung. Hieraus folgt, dass ein Besitzer von 65 Kuxen selbst von 6300 Mitgewerken bei den Gewerkschafts-Beschlüssen nicht überstimmt werden kann. — §. 140. —

Wenn es sich aber um einen Gewerkschafts-Beschluss über die in dem 3. Absatze des §. 154 bezeichneten Angelegenheiten handelt, so ist hiezu eine grössere, als die absolute Stimmenmehrheit, nämlich die Zustimmung von wenigstens drei Viertheilen der am Werkentage anwesenden Stimmführer erforderlich.

In dem hier gebrauchten Ausdrücke: „*Stimmführer*“ sind nicht nur die Mitgewerken, sondern auch ihre Bevollmächtigten begriffen. — §§. 153, 156. —

Die Stimmenmehrheit wird aber auch in diesem Falle nur nach dem Verhältnisse der Verantheilung berechnet — §. 833 des allg. bürgerl. Gesetzbuches.

§. 155.

Die Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über das Recht der Ueberstimmten, Sicherstellung, oder die Aufhebung der Gemeinschaft (§. 838 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) zu fordern, findet auf Gewerkschaften keine Anwendung (§. 139).

Die Auflösung der Gewerkschaft oder die Veräusserung des Hauptstammes ihres Vermögens kann nur mit Zustimmung entweder aller oder wenigstens der Besitzer von drei Viertheilen aller Antheile der Gewerkschaft erfolgen. Im letzteren Falle ist jedoch darüber die Genehmigung der betreffenden Bergbehörde einzuholen.

An die Stelle des in dieser Gesetzesstelle unrichtig zitierten §. 838 des allg. b. G. B. hat der §. 834 zu treten.

Das Recht der Ueberstimmten nach §. 830 des allg. b. G. B. Sicherstellung oder die Aufhebung der Gemeinschaft zu fordern, gebührt nur den Bergwerks-Miteigenthümern — §. 136 — nicht aber auch den Mitgewerken, weil den letzteren gemäss §. 139 des allgem. Berggesetzes nur der Anspruch auf die *Theilung des Ertrages* zukömmt.

Die Auflösung der Gewerkschaft oder die Veräusserung des gewerkschaftlichen Vermögens ist unter zweierlei Umständen möglich, wenn nämlich:

- a) *alle* Besitzer der Gewerkschafts-Antheile, oder
 - b) wenigstens drei Vierttheile derselben ihre Zustimmung geben.
- Im letzteren Falle (b), wenn also nur drei Vierttheile einverstanden sind, muss jedoch, als zum Schutze des vierten Vierttheils der Mitgewerken die Genehmigung der Bergbehörde eingeholt werden.

§. 156.

Führung des Protokolls

Der Directionsvorstand hat für die Protokollführung zu sorgen, und solche zu überwachen, das Protokoll haben alle anwesenden Mitgewerken oder Bevollmächtigten derselben zu unterfertigen.

Die Führung des Protokolls geschieht durch ein geeignetes schreibkündiges Individuum.

§. 157.

Einbringung der Zubusse durch Ausschreibung des Directors.

Die auf dem Gewerkentage (§. 151) bestimmten Zubussen (§. 138) hat der Director im Sinne der gefassten Beschlüsse auszuschreiben, und in der festgesetzten Art und Zeit einzuheben.

Bei Bestimmung des Betrages der nothwendigen Zubusse ist natürlich der gemäss §. 151 von dem Direktor vorzulegende Rechnungsabschluss und die Ausführung allenfallsiger neuer Betriebs-Projekte massgebend. Die auf Grund des Gewerkentags-Beschlusses erfolgende Zubussen-Ausschreibung muss den auf die gewerkschaftlichen Antheile entfallenden Betrag und die Zeit seiner Einzahlung enthalten.

§. 158.

Einbringung der Zubusse durch gerichtliche Aufforderung.

Diejenigen Mitgewerken, welche der Ausschreibung des Directors nicht nachkommen, oder welchen dieselbe nicht in dem Bezirke der Bergbehörde zugestellt werden kann, sind auf Ansuchen des Directors von der Gerichtsbehörde mit Bestimmung einer Frist von vierzehn Tagen zu dem Erlage der Zubusse aufzufordern, und von dieser Aufforderung nach den Bestimmungen des §. 148 durch schriftliche Zustellung oder Einschaltung in die Zeitungsblätter zu verständigen.

§. 159.

Das Gesuch des Directors muss zu diesem Ende mit dem beglaubigten Auszuge aus dem Gewerkentags-Protokolle und mit der Bestätigung der Bergbehörde versehen sein, dass der Aufzufordernde als Mitgewerke eingetragen sei.

§. 160.

Einbringung der Zubusse durch executive Feilbietung der Antheile des säumigen Mitgewerken.

Nach fruchtlosem Verlaufe der Frist hat der Director wider den säumigen Mitgewerken um die executive Feilbietung seines Bergwerks-Antheiles anzusuchen.

Die Aufforderung derjenigen Gewerken, welche die Einzahlung der nach dem Gewerkentags-Beschlusse anrepartirten Zubussen innerhalb der festgesetzten Zeit zu leisten unterlassen haben, so wie auch derjenigen, welchen die Ausschreibung der Zubusse — §. 157 — in dem Bezirke der Bergbehörde nicht zugestellt werden kann, weil sie daselbst nicht wohnhaft und keinen Bevollmächtigten bestellt haben — §. 148 — geschieht mittelst der Gerichtsbehörde, welche von dem Direktor zu beanspruchen ist. Derselbe muss einem solchen, an die Gerichtsbehörde gerichteten Ansuchen einen beglaubten Auszug aus dem Gewerkentags-Protokolle (woraus die entfallende Zubusse, und die Zeit der Einzahlung ersichtlich ist) und die Bestätigung der Bergbehörde, dass der Aufzufordernde als Mitgewerke ist, beilegen.

An die, im bergbehördlichen Bezirke ohne Bevollmächtigte nicht wohnhaften Mitgewerken, geschieht die Aufforderung mit-

telst der Zeitungsblätter; an die übrigen mittelst schriftlicher Zustellung; wesswegen das Einschreiten des Direktors auch mit der nothwendigen Anzahl von Rubriken, Behufs der Verständigung der im bergbehördlichen Bezirke wohnhaften Restanten versehen sein muss.

Die den säumigen Gewerken gestattete Frist zur Einzahlung ist auf 14 Tage bestimmt; welche von der ihnen zugekommenen Aufforderung (den Tag der Zustellung ausgenommen) zu berechnen sind.

Allein auch bei Nichteinhaltung dieser Frist tritt der Verlust (Caducirung) der Kuxe nicht ein, sondern es muss die öffentliche Feilbiethung derselben veranlasst werden.

Bei der Aufforderung durch die Zeitungsblätter beginnt die Frist mit der ersten Einschaltung.

Wenn der Direktor von dem nach §. 160 zulässigen Mittel Gebrauch zu machen gedenkt — was er auch muss — hat er sich vor einer möglichen Voreiligkeit dadurch zu verwahren, dass er sich von der Datirung der von den aufgeforderten Gewerken rückgelangten Empfangscheine überzeuge und die Zeitungs-Einschaltung berücksichtige, widrigens er die Kosten eines verfrühten Einschreitens um die exekutive Feilbiethung — §. 160 — (wenn nämlich der, oder die rückständigen Gewerken innerhalb der ihnen gesetzlich gestatteten 14tägigen Frist die Zubussen entrichten würden) selbst zu tragen hätte.

§. 161.

Werden von dem Schuldner bis zur Feilbietung Einwendungen gegen die Richtigkeit der gestellten Forderung erhoben, und glaubwürdig bescheiniget, oder wird die geforderte Zubusse und der Betrag der aufgelaufenen Kosten gerichtlich erlegt, so ist der Anspruch der Gewerkschaft in das ordentliche Verfahren zu leiten, und mit der Feilbietung inzwischen inne zu halten.

Der Sistirung einer Feilbiethung von Bergwerks-Antheilen der in der Zubussentrichtung säumigen Gewerken muss unter zweierlei Umständen, welche diese Gesetzesstelle bezeichnet, statt gegeben werden; nämlich, entweder wegen erhobenen Einwendungen des Gewerken, oder wegen des von ihm geleisteten

gerichtlichen Erlages der Zubusse und Kosten, und deren glaubwürdigen Bescheinigung.

In beiden Fällen ist dann der Anspruch der Gewerkschaft in das ordentliche Verfahren zu leiten, d. h. diese muss gegen solche Gewerke im Rechtswege auftreten, die Forderung einklagen, und zwar gemäss §. 67 — b der Jurisdiktionsnorm vom 18. Juni 1850 bei den k. k. Berggerichtsbehörden. (Bergsenaten).

§. 162.

Bis zur Feilbietung steht es sowohl dem säumigen Schuldner, als jedem Theilhaber des Bergwerkes frei, die ausständige Zubusse und die Gerichtskosten zu entrichten.

Geschieht dieses, so hat es von der Feilbietung abzukommen.

Von der Feilbiethung eines wegen rückständiger Zubusse von der Gewerkschafts-Direktion exequirten Bergwerks-Antheiles hat es *abzukommen*, wenn entweder der restirende Gewerke, oder ein anderer Theilhaber des Bergwerkes — was ihm frei steht — die ausständige Zubusse und Gerichtskosten vor der vollzogenen Feilbiethung entrichtet. Letzterer wird aber dadurch nicht Eigenthümer des betreffenden Antheiles, sondern bloss Cessionär, Gläubiger jenes Mitgewerken mit demselben für diesen an Zubusse und Gerichtskosten bezahlten Betrage.

Ein analoges Rechtsverhältniss findet sich auch in dem §. 462 des allg. b. G. B.

Dem Mitgewerken, welcher die besagte Zahlung für den Schuldner leistet, (die Forderung der Gewerkschaft einlöst) muss natürlich der Direktor (die Gewerkschaft) den fraglichen Betrag in sein Eigenthum abtreten.

Dadurch wird aber das grundsätzliche Schuldverhältniss des schuldnerischen Mitgewerken nicht alterirt; derselbe haftet seinem neu eingetretenen Gläubiger rücksichtlich der eingelösten Zubusse eben nur ausschliessend mit seinem Bergwerks-Antheile — §. 138 des allg. Berggesetzes; — in Betreff der bis zur Einlösung der schuldigen Zubusse aufgelaufenen Gerichtskosten aber auch mit seinem übrigen Vermögen. — §. 166.

Ueber die Ansicht, ob es einem solchen einlösenden Theilhaber, wenn ihn sein Schuldner nicht befriediget, das gemäss

§. 160 dem Direktor (Gewerkschaft) gebührende Recht zusteht die Feilbiethung des Bergwerks-Antheiles seines Schuldners ohne vorhergegangenen gerichtsmässigen Schritten zu verlangen, lassen sich pro et contra Gründe anführen.

Wir glauben dieses privilegirte Recht dem einlösenden Mitgewerken abzusprechen; denn dieses gebührt nur dem Direktor gegen den säumigen Mitgewerken. Gegenüber dem einlösenden Theilhaber ist aber der Restant kein säumiger Mitgewerke, sondern jener hat sich freiwillig zum gewöhnlichen Privatgläubiger des Letzteren gemacht.

§. 163.

Die Feilbietung ist nach den Vorschriften der Gerichts-Ordnung vorzunehmen, doch darf kein Anbot unter dem Ausrufspreise angenommen werden, und der Meistbot muss bar erlegt werden.

Als Ausrufspreis hat der Betrag der schuldigen Zubusse und der beiläufigen Gerichtskosten zu gelten.

Das gemäss Postz. 43 des Stempel Patentes vom 9. Febr. 1850 auf 30 kr. Stempelbogen in dupplo einzureichende Ansuchen um die exekutive Feilbiethung muss nur dann mit gestempelten Rubriken (zu 6 kr.) versehen sein, wenn auf den feilzubietenden Bergwerks-Antheilen der alten Gewerkschaften (als im frühern Gesetze gegründet) Passiva haften — §. 169 — um diese betreffenden Gläubiger zu verständigen.

Der gegen die mit der Zubusse-Entrichtung säumigen Gewerken einzuleitende Exekutionszug beginnt, ausnahmsweise von dem civilgerichtlichen Verfahren mit der Feilbiethung (einer einzigen) als dritten Exekutionsgrad, welcher selbstverständlich nur bei der Berggerichtsbehörde angesucht und von dieser vollzogen werden kann.

Der erste Exekutionsgrad, nämlich die exekutive Einverleibung auf die seit der Wirksamkeit dieses neuen Gesetzes entstandenen Bergwerksantheile (Gewerkschaften) ist unmöglich, weil sie keine bergbücherliche Einlage haben.

Auch der zweite Exekutionsgrad, nämlich die exekutive Abschätzung des betreffenden Bergwerks - Antheiles ist nicht nothwendig, weil der §. 163 nur die Beobachtung der Vorschriften der Gerichts-Ordnung bei der Feilbiethung befiehlt,

was auch aus dem 2. Absatze dieses §. hervorgeht, indem als Ausrufspreis der Betrag der schuldigen Zubusse und der beiläufigen Gerichtskosten — ohne eines Schätzungswerthes zu erwähnen — zu gelten hat.

Ein Anboth unter dem Ausrufspreise darf nicht angenommen werden. Es erscheint zwar nirgends ausdrücklich ausgesprochen, was weiter zu geschehen hat, wenn der Anboth geringer als der Ausrufspreis ist, indem auch der §. 165 nur des Falles gedenkt, dass sich bei der Feilbiethung *kein* Kauflustiger meldet. Da denn aber mit solchen feilgebothenen Antheilen dennoch etwas verfügt werden muss, selbst wenn die Anbothe den Ausrufspreis nicht erreichen, d. h. wenn jene geringer als dieser sind, so muss man wohl unter dem Ausdrücke des §. 165: „*kein Kauflustiger*“ auch denjenigen Kauflustigen verstehen, dessen Anboth geringer als der Ausrufspreis ist; daher auch in einem solchen Falle diese Gesetzes-Stelle in Wirksamkeit treten wird. (Siehe die Erläuterung zu §. 169.)

§. 164.

Der versteigerte Antheil ist dem Ersteher einzuantworten, und hiervon auch die Bergbehörde zur Eintragung des Letzteren in das Gewerkenbuch von Amtswegen in Kenntniss zu setzen.

Aus dem erlegten Meistbote sind die Gerichtskosten und die bis zur Feilbietung fälligen Zubussen zu berichtigen, der etwa bleibende Rest ist dem ausgetretenen Mitgewerken zuzuweisen.

Von der Berggerichtsbehörde wird der versteigerte Antheil dem Ersteher (Meistbiether) eingewantwortet, und hievon die Bergbehörde von Amtswegen, d. h. ohne dass der Ersteiger darum ansuchen muss, verständiget, damit derselbe als neuer Theilhaber in dem Gewerkenbuche vorgeschrieben werde.

Die schuldige Zubusse wird bis zu dem Tage der Feilbietung in dem Verhältnisse des Betrages und der Einzahlungszeit (nach dem Gewerkentags-Beschlusse) berechnet. Die Ersterung (Meistbiethung) kann auch mit blosser Anbiethung des Ausrufspreises ohne Steigerung desselben — §. 163 — geschehen. Die Zuweisung des bleibenden Restes, nach Berichtigung

der Zubussen und Gerichtskosten, an den Gewerken findet bei §. 169 — 1. eine Ausnahme, wo nämlich vorher auch die Hypothekargläubiger bedacht werden müssen.

§. 165.

Meldet sich bei der Feilbietung kein Kauflustiger, so haben die übrigen Mitgewerken den feilgebotenen Antheil zu übernehmen und die darauf haftenden Zubussen zu bezahlen.

§. 166.

Zu diesem Ende hat ihnen das Gericht in Erledigung der Feilbietungstagsatzung diesen Antheil einzuantworten, die Bergbehörde aber, welche von Amtswegen hiervon in Kenntniss zu setzen ist, denselben in dem Gewerkenbuche sogleich verhältnissmässig zuzuschreiben und den früheren Mitgewerken zu löschen.

Die ausständige Zubusse hat der Director durch Ausschreibung von diesen Mitgewerken einzubringen. Für die entstandenen Gerichtskosten hat der ausgetretene Mitgewerke auch mit seinem übrigen Vermögen zu haften.

Wenn sich bei der Feilbiethung *kein* Kauflustiger, und auch kein solcher meldet, welcher einen, dem Ausrufspreise gleichen Anboth macht, so wird der feilgebothene Antheil den übrigen Mitgewerken von der Berggerichtsbehörde eingewortet, und von derselben auch die Bergbehörde von Amtswegen in Kenntniss gesetzt, damit sie ihnen jenen Antheil in dem Gewerkenbuche *verhältnissmässig* zuschreibe, und in demselben den frühern Mitgewerken mit diesem für ihn vorgemerkten Antheile lösche.

Diese abgängige Zubusse hat nun die Gewerkschaft selbst zu leisten, und zwar eben in demselben Verhältnisse, als den einzelnen Theilhabern der exequirte Antheil zugeschrieben wurde.

§. 167.

Heimsagung der Antheile.

Macht ein Mitgewerke von dem Rechte der Heimsagung seines Antheiles Gebrauch, was ihm bis zur erfolgten Feilbietung gestattet ist (§. 139), so fällt dieser den übrigen Mitgewerken zu, und die ausständige Zubusse

muss von denselben, die etwa aufgelaufenen Gerichtskosten müssen aber von dem Heimsagenden übernommen werden.

Die Heimsagungs-Erklärung ist entweder dem Director oder unmittelbar der Bergbehörde zu übergeben, und die Zu- und Abschreibung des erledigten Antheiles nach den oben angeführten Bestimmungen (§. 166) vorzunehmen.

Wenn es einem Theilhaber beliebt, aus dem gewerkschaftlichen Verhältnisse zu treten, so steht ihm dieses jederzeit frei. Er hat nur *rechtzeitig* die bei dem Gewerkentage bestimmte Zubusse zu entrichten, und es kann dann natürlich von einem Ersatze der aufgelaufenen Gerichtskosten keine Rede sein, weil unter diesem Umstande eine Veranlassung zu einer exekutiven Feilbiethung nicht vorhanden ist. Die Zuschreibung des freiwillig heimgesagten Antheiles erfolgt nach der Vorschrift des §. 166.

§. 168.

Anwendung dieser Vorschriften auf die bestehenden Gewerkschaften.

Die hier gegebenen Vorschriften (§§. 138—167) sind auch auf die bereits bestehenden Gewerkschaften anzuwenden. Die Bergbehörden haben daher dieselben im Einvernehmen mit der Gerichtsbehörde zur Berichtigung ihrer gesellschaftlichen Bestimmungen, zur Wahl ihres Directors und ihrer Firma, und zur Vorlage der Urkunden hierüber zu verhalten, damit dieselben genehmiget, in dem Bergbuche angemerkt und zur öffentlichen Kenntniss bei der Bergbehörde eingetragen werden können.

Dieser §. wird bei der Erläuterung der mittlerweile erschienenen Justiz-Minist. Verordnung vom 13. December 1854 Nr. 314 des Reichsgesetzblattes besprochen werden.

§. 169.

Rechte der Hypothekar-Gläubiger einzelner Theilhaber an denselben

In soferne bei den schon bestehenden Gewerkschaften die einzelnen Theilnehmer in dem Bergbuche an den Besitz ihrer Antheile geschrieben, und diese mit Schulden belastet sind, müssen:

1. im Falle der Antheil eines solchen Mitgewerken wegen rückständigen Zubussen im Executionswege feilgeboten werden soll (§§. 158—166), vor der angeordneten Feilbietung auch die Hypothekargläubiger verständiget werden, und der bei der Versteigerung erzielte Meistbot ist, in soweit davon

nach Berichtigung der Zubusse und der Executionskosten etwas übrig bleibt, denselben zuzuweisen.

Sollte aber der erübrigende Rest des Meistbotes zur Befriedigung der Hypothekargläubiger nicht zureichen, oder meldet sich bei der Feilbietung kein Kauflustiger, so geht der in Execution gezogene Antheil in dem *ersten* Falle an den Ersteher, in dem *letzteren* Falle aber an die Mitgewerken kostenfrei über.

2. Wird ein mit Hypothekarschulden belasteter Antheil eines Mitgewerken heimgesagt, so haben die übrigen Mitgewerken mit demselben auch die darauf haftenden Lasten zu übernehmen. Es steht ihnen aber frei, anstatt dessen wegen der rückständigen Zubusse die executive Feilbietung nach den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes anzusuchen.

Die exekutive Feilbiethung von Antheilen (Kuxen) solcher Gewerkschaften, welche schon vor diesem allgem. Berggesetze bestanden haben, kann unter zweierlei Umständen statt finden:

1. wenn der Mitgewerke in der Entrichtung der Zubussen säumig ist, weil gemäss §. 168 die Vorschriften des neuen Gesetzes — §. 160 — auch auf die bereits bestehenden Gewerkschaften anzuwenden sind.
2. Wenn ein auf dem, für den Mitgewerken bergbücherlich vorgeschriebenen Antheile vorgemerakter Hypothekargläubiger auf Grund eines rechtskräftigen Urtheils oder Vergleiches die executive Feilbiethung erwirkt.
3. Wenn ein mit Hypothekarschulden belasteter Antheil eines Mitgewerken heimgesagt wird.

ad 1. In diesem Falle, nämlich wegen Rückstandes der ausgeschriebenen Zubussen ist das schnelle exekutive Verfahren mittelst sogleicher einziger Feilbiethung zulässig; nur müssen hiervon die allenfallsigen Hypothekargläubiger, wie bei dem andern civilgerichtlichen Verfahren, verständigt werden.

ad 2. Wenn auch gemäss §. 168 die thatsächlichen Verhältnisse der alten Gewerkschaften sich den neuen Bestimmungen — §§. 138—167 unterziehen müssen, so ist durch diese das Recht der auf den alten Kuxen bergbücherlich versicherten Gläubiger dennoch aufrecht bestehend; nämlich, derlei Antheile auf dem gewöhnlichen civilgerichtlichen

Wege, mittelst Durchführung der drei Exekutionsgrade (exekutive Einverleibung, Abschätzung und Feilbiethung bei drei Terminen) zu exequiren. — §. 268—

Ergibt sich aus einer Feilbiethung der mit Schulden behafteten Kuxen, dass nach Berichtigung der Zubussen und der Exekutionskosten der oder die Hypothekargläubiger entweder gar nicht oder nicht zur Gänze zur Zahlung gelangen, so wird dieser ganze oder theilweise Betrag gelöscht, und der exequirte Antheil geht an den Ersteher *lastenfrei* über. (In dem 3. Absatze des §. 169 heisst es unrichtiger Weise: „kostenfrei“).

Es liegt daher in dem Interesse dieser Hypothekargläubiger, bei einer derlei Feilbiethung, von welcher sie verständigt werden müssen, zu interveniren, weil die Erfahrung lehrt, dass Entitäten bei öffentlichen Auktionen bisweilen wegen Mangel an Kauflustigen unter dem Werthe hintangegeben werden.

Für die Exekutionskosten bleibt der exequirte Kuxenbesitzer unter allen Umständen verbindlich, und es können dieselben aus seinem anderweitigen Vermögen einbringlich gemacht werden. Aber auch die nach den alten berggesetzlichen Bestimmungen erworbenen Rechte der auf den vormaligen Kuxen sicher gestellten Gläubiger erstrecken sich — wenn sie aus dem Feilbiethungsakte nicht zur Befriedigung gelangen — auf das anderweitige Vermögen eines solchen Schuldners.

Die von Amtswegen vor sich gehende Löschung solcher nicht zur Zahlung gelangten Hypothekarlasten fliesst nur aus der gesetzlichen lastenfreien Einantwortung des exequirten Bergwerks-Antheils an den Ersteher, befreit aber den Schuldner von seiner Verpflichtung gegen seinen Gläubiger *nicht*, d. h. die Gläubiger desselben, wenn sie auch bei dieser durchgeführten Exekution mit ihrer Anforderung ganz oder theilweise leer ausgehen, sind berechtigt, sich an dessen anderweitiges, gegenwärtig oder künftig besitzendes Vermögen zu halten.

ad 3. Nach dem Inhalte des 4. Absatzes des §. 169 haben die Mitgewerken, die auf dem heimgesagten Antheile haftenden Lasten zu übernehmen; jedoch steht es ihnen auch frei, anstatt dessen, wegen der rückständigen Zubusse die exekutive Feilbiethung desselben anzusuchen.

Die Formulirung dieser Gesetzesstelle könnte leicht zu einem Missverständnisse führen; denn es können ja auch Fälle eintreten, dass der Mitgewerke seinen Antheil zu einer Zeit heimsagt, wo er mit gar keiner Zubusse im Rückstande haftet, dass also wegen eines solchen Rückstandes die exekutive Feilbiethung nicht begehrt werden darf. Allein man muss dennoch annehmen, dass den Mitgewerken eines solchen belasteten, ihnen heimgefallenen Antheiles auch dann zustehe, wenn auch hievon eine Zubusse nicht rückständig ist, weil eines Theils die hierauf haftenden Gläubiger in ihren Rechten nicht verletzt werden, und weil insbesondere den übernehmenden Gewerken nicht zugemuthet werden kann, solche belastete Kuxe bei dem ganzen Werkskomplexe bestehen zu lassen, was offenbar nur geeignet wäre, einen umfangreichern Betrieb und die allenfallsige Aufbringung von Mitteln hiezu hintanzuhalten.

Es wird sich nur noch die Frage aufwerfen: welcher Ausrufspreis bei einer solchen Feilbiethung zu bestimmen ist?

Vielleicht dürften die beiläufigen Gerichtskosten — §. 163 — dann die Tabularlasten, nebst Vorbehalt der Zinsen und allenfallsigen frühern Exekutionskosten anzunehmen sein, was überhaupt bei einem solchen exzeptionellen Exekutionsakte, dem keine Schätzung vorherging, ganz unentscheidend ist.

Die aus Gelegenheit eines solchen Exekutionsaktes aufgelaufenen Kosten treffen, wenn der erzielte Kaufschilling hiezu unzureichend ist, oder wenn kein Anbot erfolgt, nicht die Gewerkschaft, sondern müssen an dem ursprünglichen Schuldner und Hypotheksbesitzer angesprochen werden, was auch dann Platz greift, wenn ein Antheil wegen rückständigen Zubussen feilgeboten wird. — §. 166, 167 und 268.

Am Schlusse dieses Hauptstückes wird nur noch nachstehende Betrachtung beigefügt:

Es sind Stimmen laut geworden, welche in der gesetzlichen Verfügung, dass nämlich mit Beginn der Wirksamkeit des allg. Berggesetzes die einzelnen Bergwerks-Antheile (Kuxe) nicht mehr belastet, d. i. hierauf keine Schulden kontrahirt werden können, dem Kredite des Bergbaues nahe getreten sei, weil der Mitgewerke vordem in der Lage war, bei irgend einer ihn

getroffenen Geldklemme unter Hypothekseinschaltung seiner Kuxe sich zu behelfen.

Dieser Ansicht glauben wir entgegen zu treten, und geradezu das Gegentheil zu behaupten; denn der Gewerkschaftsbetrieb als ein Ganzes, wird damals wenn er Betriebskapitalien bedarf, um so weniger Kredit finden, je mehr die einzelnen Antheile bereits belastet sind.

Aus obiger Vorschrift ist zu erkennen, dass das schon bei der Erwerbung von Bergbau-Berechtigungen — §§. 22, 31, 36 — aufgestellte Princip — um grössere Kräfte aufzurufen und willfährig zu machen — auch bei den gewerkschaftlichen Verhältnissen in Geltung erhalten wurde.

Siebentes Hauptstück.

Von der Bauhafthaltung der Bergbaue und von den Bergbau-Fristungen.

§. 170.

Erfordernisse der Bauhafthaltung.

Jeder Besitzer eines Freischurfes (§. 22) oder verliehenen Bergbaues (§. 41) ist verpflichtet, denselben bauhaft zu erhalten.

Zur Bauhafthaltung wird erfordert, dass der unternommene Tag- oder Grubenbau:

- a) gegen jede Gefahr für Personen und Eigenthum möglichst gesichert sei, und
- b) den Vorschriften gemäss (§§. 174 u. s. f.) in stetem Betriebe erhalten werde.

Der Verpflichtung zur Bauhafthaltung sind die Besitzer der Freischurfe, der Grubenmasse, Uiberscharen, Tagmasse, Hilfsbaue und Revierstollen unterworfen.

Dass auch der Freischurf von dieser Verpflichtung betroffen ist, erscheint nur als eine nothwendige Folge seiner bevorzugten Ansprüche, und insbesondere als eine Abwehr gegen eine mögliche Feldsperre im grossen Umfange, welche mit Erwirkung mehrerer Freischurfe (mit einem Halbmesser von 224 Wiener Klafter) einen bedeutenden Landestheil umfassen, und andere Bergbau-Unternehmungslustige ausschliessen könnte.

Auf Schürfungen in einem Schurfgebiete — §. 15 — ist die Bauhafthaltungs-Verpflichtung nicht ausgedehnt, weil ein

solches Schurfrecht kein *ausschliessendes* Recht zum Schürfen in dem betreffenden Gebiete begründet, und in demselben mehreren Personen gleichzeitig Bewilligungen zum Schürfen ertheilt werden können. Nach Verlauf der einjährigen Frist, ohne deren angesuchte Verlängerung, sind dieselben erloschen. Eine Feldsperre ist somit ausgeschlossen.

Unter dem Ausdrucke: „*Bauhafthaltung*“ ist nicht blos der in dem §. 174 vorgeschriebene stete Arbeitsbetrieb, sondern auch die Sicherung gegen jede Gefahr für Personen und fremdes Eigenthum zu verstehen. — §. 170 — a —

Wenn sich auch diese Gesetzesstelle auf die gewöhnlichen Schürfungen in einem Schurfgebiete nicht bezieht, und hievon auch der §. 235 keine Erwähnung macht, so dürfte es dennoch selbstverständlich sein, dass auch ein solcher Schürfer nach den polizeilichen Vorschriften eines jeden civilisirten Staates verpflichtet ist, bei seinen Schurfarbeiten für die Sicherung gegen jede Gefahr für Personen und Eigenthum zu sorgen, daher auch dasjenige zu befolgen haben wird, was der §. 171 vorschreibt.

§. 171.

a) Sicherung gegen Gefahren für Personen und Eigenthümer.

Unter die erforderlichen Sicherheitsmassregeln (§. 170, lit. a) gehört insbesondere :

- a) die verlässliche Einfriedung aller Tag-Einbaue gegen das Hineinstürzen von Menschen und Thieren ;
- b) die zureichende Versicherung brüchiger oder bruchgefährlicher Grubenbaue jeder Art ;
- c) die angemessene Unterbühnung über zehn Klafter tiefer Fahrschächte, die gehörige Versicherung der Fahrten (Leitern, Stiegen, Tretten), die tägliche Untersuchung und Versichernng der Fahrkünste und Fahrmaschinen ;
- d) die Beseitigung solcher Werkzeuge, deren Anwendung die Sicherheit der Arbeiter wesentlich gefährdet ;
- e) die besondere Aufmerksamkeit auf brandgefährliches Grubengefälle und die unverzügliche Anwendung der Brandversicherungs- oder Löschungs-Vorkehrungen ;
- f) die Vorsorge für eine entsprechende Wetterführung ;

- g) die Anwendung bewährter gehörig versorgter Sicherheitslampen in Gruben mit schlagenden Wettern.

§. 172.

Massregeln und Strafen bei Ausserachtlassung derselben.

Alle Vergehen und Uebertretungen gegen die Sicherheit der Personen und des Eigenthumes durch Ausserachtlassung der nöthigen Vorsichten in Bergwerken sind an dem Schuldtragenden, es möge dieses der Eigenthümer, ein Beamter oder Untergebener sein, nach den Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzbuches (§§. 335, 336, lit. g), 431, 432, 458, 459) zu bestrafen.

Der in dem 1. Absatze des §. 171 gebrauchte Ausdruck: „insbesondere“ gibt Aufschluss, dass nämlich in den sub a bis g ausgesprochenen Bestimmungen nicht alle diejenigen Sicherheitsmassregeln begriffen sind, welche sub a des §. 170 verlangt werden; dass es also noch eine andere Ausserachtlassung geben kann, welche ebenfalls ahndungswürdig ist. Es ist diess auch aus dem Inhalte der in dem §. 172 angerufenen §§. des allgemeinen Strafgesetzbuches vom 27 Mai 1852 zu ersehen, deren wörtlicher Inhalt hier zu dem Ende beigefügt wird, um eines abgesonderten Nachschlagens zu entheben. Auch der §. 240 des allgemeinen Berggesetzes enthält noch Geldstraf-Bestimmungen, wegen Nichtgenügeleistung rücksichtlich der vorgeschriebenen Sicherheits-Massregeln, nämlich für diejenigen Fälle, wenn den Bergwerksbesitzern kein persönliches, zum Verfahren nach den allgemeinen Strafgesetzen geeignetes Verschulden zur Last fällt.

- §. 335 : Jede Handlung oder Unterlassung, von welcher der Handelnde schon nach ihren natürlichen, für Jedermann leicht erkennbaren Folgen, oder vermöge besonders bekannt gemachter Vorschriften, oder nach seinem Stande, Amte, Berufe, Gewerke, seiner Beschäftigung, oder überhaupt nach seinen besonderen Verhältnissen einzusehen vermag, dass sie eine Gefahr für das Leben, die Gesundheit oder körperliche Sicherheit von Menschen herbeizuführen, oder zu vergrössern geeignet sei, soll, wenn hieraus eine schwere körperliche Beschädigung (§. 152) eines Menschen erfolgte, an jedem Schuldtragenden als Uibertretung mit Arrest von einem bis zu sechs Monaten; dann aber, wenn hieraus

der Tod eines Menschen erfolgte, als Vergehen mit strengem Arreste von sechs Monaten, bis zu einem Jahre geahndet werden.

§. 336. Die Vorschrift des vorstehenden §. ist insbesondere in Anwendung zu bringen, wenn der Tod, oder die schwere körperliche Verletzung aus einem der nachstehenden Ver schulden eingetreten ist:

- a) durch unvorsichtiges Unterhalten von brennenden Kohlen in verschlossenen Räumen.
- b) Durch Ausserachtlassung der nöthigen Vorsichten bei Wasserfahrten.
- c) Durch Nichteinhaltung der in Beziehung auf Dampfschiffe, Dampfmaschinen und Dampfkessel gegebenen Vorschriften, oder sonst nöthigen besondern Vorsichten;
- d) durch Unvorsichtigkeit bei Schwefelräucherungen und Anwendung von Narkotisirungsmitteln.
- e) Durch Nichtanbringung von Warnungszeichen bei Aufstellung von Fangeisen, Schlingen, Wolfsgruben und Selbstgeschossen;
- f) durch Ausserachtlassung der besondern Vorschriften über Erzeugung, Aufbewahrung, Verschleiss, Transport und Gebrauch von Feuerwerkskörpern, Knallpräparaten, Zündhütchen, Reib- und Zündhölzchen, und allen durch Reibung leicht entzündbaren Stoffen, Schiesspulver und explodirenden Stoffen (Schiessbaumwolle), insbesondere auch dadurch, dass derlei Gegenstände heimlich den Frachten der Postanstalten oder Eisenbahnen beige packt werden;
- g) durch Nichtbeachtung der bei dem Betriebe von Bergwerken vorgeschriebenen Vorsichten.

§. 431: Ueberhaupt lassen sich die Uebertretungen, wodurch die körperliche Sicherheit verletzt werden kann, nicht sämtlich aufzählen. Es soll daher jede der in den §§. 335 bis 337 bezeichneten Handlungen oder Unterlassungen auch dann, wenn sie keinen wirklichen Schaden herbeigeführt hat, als Uebertretung mit einer Geldstrafe von fünf bis fünfhundert Gulden, oder mit Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten geahndet werden.

§. 432: Wenn jedoch eine bei dem Betriebe von Eisenbahnen oder von andern im §. 85 lit. c) bezeichneten Werken oder

Unternehmungen, oder bei dem Staats-Telegraphen angestellte Person in ihrem Dienste ein Verschulden dieser Art begeht, so ist immer auf strengen Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten, und bei sehr erschwerenden Umständen bis auf sechs Monate zu erkennen, je nach dem Masse als ein höherer Grad von Fahrlässigkeit erwiesen wird, eine Gefahr für mehrere Menschen entstanden ist, mehrere Verletzungen zugefügt wurden, oder sonst etwa ein grösserer Schaden erfolgt ist.

§. 458: Wer eine entstehende Feuersbrunst zu verheimlichen sucht, oder wenn sie bei ihm entsteht, sie anzuzeigen unterlässt, soll für diese Uebertretung nach Verschiedenheit des Ortes und der grössern oder kleinern aus der Verheimlichung entstandenen Gefahr mit einer Geldstrafe von zehn bis hundert Gulden belegt werden.

§. 459: Nebst den in den vorhergehenden Paragraphen insbesondere aufgezählten Fällen sind überhaupt auch alle andern Handlungen und Unterlassungen, von welchen sich eine Feuersgefahr leicht voraussehen lässt, als: bei offenem Lichte Flachs oder Hanf brechen, in der Nähe von Häusern und Scheuern schiessen oder Feuerwerk abbrennen, die Nichtbeobachtung der insbesondere vorgeschriebenen Vorsichten, hinsichtlich des Aussprühens von Funken aus den Lokomotiven auf Eisenbahnen bei den Fahrten der Eisenbahnzüge durch oder in der Nähe von Ortschaften, hinsichtlich der Anlegung von Gebäuden in der Nähe von mit Dampfkraft betriebenen Eisenbahnen u. dgl. als Uebertretungen, und nach dem Masse zu bestrafen, als sie mit den vorausgeschickten Fällen mehr oder minder übereinstimmen.

§. 173.

Die Bergbehörde hat im Falle der Wahrnehmung eines sicherheitswidrigen Zustandes, nach Umständen mit Zuziehung von Kunstverständigen, die Art der Abstellung desselben und die Frist zur Vornahme der Letzteren zu bestimmen, oder diese nöthigenfalls auch sogleich auf Kosten des Bergwerks-Besitzers anzuordnen.

Die Abstellung eines sicherheitswidrigen Zustandes kann entweder von der Bergbehörde selbst, ohne Zuziehung von Kunstverständigen, oder auf Grund des Befundes derselben angeordnet werden. Der Bergbehörde steht es auch zu, in diesen beiden Fällen nicht nur die Art der Abstellung des sicherheitswidrigen Zustandes, und die Frist hiezu zu bestimmen, sondern auch diese Abstellung nöthigenfalls *sogleich* auf Kosten des Bergwerks - Besitzers anzuordnen. In dieser Beziehung wird jedenfalls die Hoffnung und Erwartung von Seite der Bergbauenden hervortreten, dass nämlich die technische Betriebs-Ueberwachung nicht in eine deprimirende Bevormundung übergehe, und dass man denselben nicht Ereignisse inculpieren werde, welche ferne von einer Vernachlässigung in unbezwinglichen tellurischen physikalischen Erscheinungen beruhen.

§. 174.

b) Steter Betrieb : 1. In Freischürfen und Grubenmassen.

Zum steten Betriebe (§. 170, lit. b) jedes Baues in Freischürfen sowohl, als in verliehenen Grubenmassen oder Feldern wird erfordert, dass derselbe an jedem in dem Berg-Revire üblichen Arbeitstage durch eine achtstündige Arbeitszeit mit der nach der Beschaffenheit des Ortes und dem Zwecke des Betriebes erforderlichen Anzahl von Arbeitern belegt sei. In verliehenen Grubenmassen muss zugleich mindestens jeder Haupt-Grubenbau stets fahrbar erhalten werden, der Abbau aber möglichst vollkommen, und auf solche Weise geschehen, dass der weitere Aufschluss nicht unnöthiger Weise verhindert, oder erschwert werde. Als eine gesetzwidrige Verhinderung oder Erschwerung des weiteren Aufschlusses ist es insbesondere anzusehen, wenn von einem Bergwerks-Besitzer oder von anderen Personen mit Vorwissen des Bergwerks-Besitzers das Vorkommen vorbehaltener Mineralien absichtlich unkenntlich gemacht oder sonst verborgen wird.

Die nach den vormaligen Bergordnungen zulässige, den Bergbau allen Kredits beraubende Freimachung der Bergwerkszechen ist durch diese Gesetzesstelle im Zusammenhange mit dem §. 243 beseitigt. Die Erfahrung hat Beispiele konstatirt, dass Freimachungen auf unehrenhaftem Wege herbeigeführt wurden, um sich der Hypothekargläubiger zu entledigen.

Die Entziehung der Bergbauberechtigung ist nach dem allg. Berggesetze nur auf eine wiederholte und beharrliche Ver-

nachlässigung der in den §§. 170, 171, 174, 175, 176, 177, 183 bezeichneten Vorschriften als höchste Ahndung, nach vorhergegangenen fruchtlosen Geld-Strafen ausgesprochen. (Siehe das 13. Hauptstück dieses Berggesetzes.)

Von den *üblichen* Arbeitstagen, deren der §. 174 erwähnt, werden ausgenommen sein: Die Sonn- und gebotenen Feiertage des christlichen Ritus, die Feier der Provinzial-Landespatrone und wohl auch der Tag der heil. Barbara, als übliches Fest der Bergmanns-Patronin, an welchen Tagen der Bergbau-Unternehmer, beziehungsweise seine Leute von der Bergarbeit, ohne gegen den §. 174 verstossen zu haben, dispensirt sein werden.

Der stete Betrieb muss an den üblichen Arbeitstagen auch durch eine *achtstündige* Arbeitszeit, mit der nach Beschaffenheit des *Ortes* und *dem Zwecke des Betriebes* erforderlichen Anzahl von Arbeitern belegt sein.

Darunter wird zu verstehen sein, dass der Stollenbetrieb wenigstens mit *einem* und der Schachtbau wenigstens mit *zwei* Arbeitern, Häuer und Förderer, belegt sein muss.

Unter dem vorgeschriebenen *möglichst* vollkommenen Abbaue wird ein bergtechnischer Bau mit Rücksicht auf die Gattung des Minerals gemeint sein.

Was die nothwendige liberale Kontrollirung desselben anbelangt, so wird sich auf die Erläuterung des §. 173 bezogen; womit jedoch nicht vielleicht eine solche Nachsichtigkeit beansprucht werden darf, aus welcher sich Verantwortungen wegen Gefahr für Personen und Eigenthum ergeben können.

§. 175.

Kann ein Bau örtlicher Hindernisse wegen nicht betrieben, sondern muss ihm mittelst eines anderen Baues Hilfe gebracht werden; so genügt die Betreibung des Hilfsbaues allein, wenn dieser gehörig belegt (§. 177) und zugleich in dem Hauptbaue die vorgeschriebene Sicherheit erhalten wird.

Hilfsbaue zu Freischürfen dürfen insbesondere nicht über 224 Klafter vom Freischurfszeichen entfernt sein, und müssen in der Richtung gegen dasselbe getrieben werden.

Doch kommen solchen Hilfsbauten, obwohl sie bei gehöriger Erhaltung auch von späteren Erwerbern des Feldes nicht gestört werden dürfen, die Rechte eines Freischurfes nicht zu.

Unter dem Ausdrucke „*Bau*“ sind Freischürfe, Gruben- und Tagmassen-Bau, Hilfsbaue und Revierstollen begriffen.

Gewöhnliche Schürfungen in einem Schurfgebiete gehören nicht hieher. Ob diese etwas, und wie viel sie während ihrer ersten Frist — §. 16 — leisten, hat nur für den Fall eine Folge, wenn sie eine weitere Frist begehren; sonst aber liegt das Quantum ihrer Leistung lediglich in ihrem eigenen Interesse, weil sie keinen Bergbaulustigen zu beschränken vermögen. — §. 21. —

Wenn man den Wortlaut des 2. Absatzes des §. 175 mit dem in den §§. 86—89 aufgestellten Grundsatz vergleicht, so dringt sich die Frage auf, warum der §. 175 eines Hilfsbaues beim Freischurfe erwähnt, welcher nicht ausserhalb dessen Gränzen angelegt werden darf; indem doch jeder Bergbau-Unternehmer zur Anlage von Stollen und Schächten innerhalb seiner Gränzen berechtigt ist. Ein Hilfsbau, welcher nicht über 224 Klafter vom Freischurfszeichen entfernt angelegt, und in der Richtung gegen dasselbe getrieben werden will, befindet sich doch offenbar innerhalb der Gränzen des Freischurf-Raumes.

Allein eben diese Vorschrift ist für den Freischürfer von darum begünstigend, weil gemäss 3. Abs. dieses §. derlei Hilfsbaue, wenn sie gehörig erhalten werden, auch von spätern Erwerbern des Feldes — §§. 34, 36, 37 — nicht gestört werden dürfen; daher dem Freischürfer, selbst wenn in seiner Nähe ein Anderer früher verleihungsfähig wird, immerhin jener Hilfsbau zu Nutzen wird, weil er (Freischürfer) selbst in dem äussersten Falle einer gänzlichen Umstellung seines Freischurf-Raumes aus diesem nicht ganz verdrängt werden kann.

§. 176.

2. In Tagmassen.

Für jeden District, in welchem Tagmasse bestehen, hat die Bergbehörde nach Vernehmung der Gewerken, mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse, zu bestimmen:

- a) wann die Bearbeitung der Tagmasse in jedem Jahre beginnen, und wie lange sie dauern muss;
- b) welche mindeste Betriebsleistung dem Besitzer zur Pflicht gemacht werde.

Diese Bestimmungen sind nach erfolgter Bestätigung durch die vorgesetzte Bergbehörde öffentlich kund zu machen.

Die Bestimmung:

- a) wann die Bearbeitung der Tagmasse in jedem Jahre zu beginnen hat, und wie lange sie dauern muss, und
- b) welche mindeste Betriebsleistung dem Besitzer zur Pflicht zu machen ist, wird sich aus dem Parere der Sachverständigen regeln.

ad a. Wird Rücksicht zu nehmen sein auf die geografische und topische Lage, wobei natürlich die hiernach sich ergebenden Verhältnisse des Klima massgebend sind.

ad b. Wird das Gutachten von Bergbau-Verständigen der Bergbehörde zur Grundlage ihres Antrages dienen, worüber dann, nach erfolgter Bestätigung von Seite der vorgesetzten Behörde (Oberbergbehörde) die öffentliche Kundmachung der a et b getroffenen Bestimmungen geschieht.

§. 177.

3. In Hilfsbauen und Revierstollen.

Die pflichtmässige Leistung in eigenen oder selbständigen Hilfsbauen und Revierstollen wird durch die, bei der Concession derselben, festgesetzten Bedingungen bestimmt (§§. 87, 94).

Das *Quantum* der Leistung, *die Art* und *Zeit* derselben ist entweder in den betreffenden Verträgen stipulirt, oder in den behördlichen Concessionen bestimmt, daher für diese eine anderweitige gesetzliche Vorschrift nicht nothwendig. (Siehe die Erläuterungen zu §. 87 et 94).

§. 178.

Massregeln hinsichtlich der Beobachtung des steten Betriebes: 1. In Freischürfen.

Ueber den Erfolg des Betriebes und die gemachten Aufschlüsse in jedem Freischurfe, er mag in einem Gruben- oder Tagbau, oder in einem Bohrloche bestehen, muss der Bergbehörde binnen vierzehn Tagen nach Ablauf jeden halben Jahres die Nachweisung geliefert werden; unterbleibt dieses, so hat die Bergbehörde dem Freischürfer zwei weitere Fristen von vier zu vier Wochen zur Lieferung der Nachweisung zu bestimmen. Wie die unterbliebene Nachweisung des Freischürfers zu strafen sei, bestimmt der §. 241.

Der Inhalt dieser Gesetzesstelle bedarf keiner Komentirung ; nur wird bemerkt, dass der Freischurf zu Bergbau-Fristungen d. h. zu Dispensationen von dem steten Betriebe — §. 174 — nicht berechtigt ist, weil dieses nur den verliehenen Grubenmassen in dem §. 182 zugestanden wird.

Auf die in dem §. 180 angedeuteten Hindernisse kann sich zwar auch der Freischürfer beziehen, aber die Uiberwindung, die Beseitigung derselben wird ihm nur als steter Betrieb angerechnet werden können.

Auch muss noch beigefügt werden, dass der Freischürfer, so wie der Schürfer in einem Schurfgebiete, trotz der Nachweisung des steten Betriebes, und der ihm allenfalls von der Bergbehörde vorgezeichneten Betriebsleistung, sein Freischurfrecht nach der Vorschrift des §. 16 fristen muss.

§. 179.

Findet die Bergbehörde die angegebene Leistung offenbar ungenügend oder nicht glaubwürdig, oder wird eine Anzeige über Unterlassung des vorgeschriebenen steten Betriebes (§. 174) von anderen berechtigten Schürfern, die dadurch in der Sicherstellung oder Erweiterung ihrer Schurfrechte gehindert werden, oder von dem Grundbesitzer erhoben, welchem die Benützung seines Grundes zwecklos entgeht, so hat die Bergbehörde die Erhebungen darüber zu pflegen, zu denselben, wenn es einer der Betheiligten verlangt, zwei unbefangene Kunstverständige beizuziehen (§. 56), und hiernach die mindeste Leistung zu bestimmen, welche der Schürfer künftig von halb zu halb Jahr nachzuweisen schuldig ist.

Von dieser Anordnung wird nur der Freischürfer, nicht aber auch der Schürfer in einem Schurfgebiete betroffen.

Zu den Betheiligten, welche wegen Unterlassung des steten Betriebes auftreten, d. h. bei der Bergbehörde beschwerdsam werden können, gehören andere berechnigte interessirte Schürfer und die Grundbesitzer, welchen letzteren die Benützung ihres Grundes zwecklos entgeht.

Auf die Ausserachtlassung der in diesem §. bestimmten Anordnung ist die Strafe in dem §. 242 ausgesprochen.

Die Beziehung von Kunstverständigen geschieht nur über Verlangen der besagten Betheiligten.

§. 180.

Kommt der Freischürfer dieser Leistung nicht nach, ohne sich durch unvorhergesehene und unvermeidliche Hindernisse glaubwürdig rechtfertigen zu können, so ist ihm bei der Verfallung in die Strafe für das nächste Halbjahr anzutragen, die vorgeschriebene Leistung von Monat zu Monat auszuweisen.

Dieser § bedarf keiner Komentirung.

§. 181.

Verfällt ein Freischurf (§. 179) durch Entziehung oder Zurücklegung der Bergbau-Berechtigung in das Freie, und wird derselbe von einem anderen berechtigten Schürfer wieder in Besitz genommen, so hat die Bergbehörde nach erhaltener Anzeige hievon (§. 22) demselben sogleich die den Verhältnissen gemässe halbjährige Leistung vorzuschreiben.

Diese Anordnung findet ihre Begründung und Nothwendigkeit in der Berücksichtigung, um eine Feldsperre, die sich der des Freischurfes verlustig Erklärte schon zu Schulden kommen liess, nicht ferner andauern zu lassen; daher dem neuen Besitzer Alles dasjenige zur Pflicht zu machen ist, was der eben wegen dessen Nichtbefolgung bestrafte Vorgänger zu leisten hatte.

§. 182.

2. In verliehenen Bergbauen, Fristungen.

Kann der vorgeschriebene stete Betrieb des Baues (§. 170, lit. b) in verliehenen Grubenmassen wegen nachzuweisender äusserer ungünstiger Verhältnisse, z. B. wegen Verkehrsstockung, oder wegen innerer Betriebshindernisse im Grubenbaue selbst, nicht stattfinden, so kann die Bergbehörde dem Besitzer angemessene Fristen ertheilen.

Diese sollen jedoch im Ganzen nicht weiter, als auf Ein Jahr ausgedehnt werden. Verlängerungen über diese Dauer dürfen nur nach wiederholter sorgfältiger Erhebung aller Betriebsverhältnisse ertheilt werden. Auch wird der Besitzer durch die Fristung in keinem Falle der Pflicht enthoben, für die Erhaltung des Baues in sicherem, und nach den Bestimmungen des §. 174 befahrbarem Stande zu sorgen.

§. 183.

Ereignisse, welche den Betrieb eines Bergbaues für längere Zeit unthunlich machen, haben die Wirkung einer Fristung, sie müssen aber binnen

acht Tagen der Bergbehörde angezeigt werden, und diese hat entweder die Erhebung des Vorfalles an Ort und Stelle anzuordnen, oder dem Bergwerks-Besitzer aufzutragen, von Zeit zu Zeit über den Fortgang und Erfolg der Arbeiten zum Wiederbetriebe des Baues die Anzeige zu erstatten.

Die in dem §. 182 ausgesprochene Verpflichtung bezieht sich ausschliesslich auf verliehene Grubenmasse. Die Fristung derselben kann sich auf Grund eingetretener *äusserer* ungünstiger Verhältnisse, oder innerer Betriebshindernisse erbeten werden.

Zu den ersteren dürften insbesondere gerechnet werden: eingetretene Geschäftsstockung, Mangel an Absatz; eingetretene Geldkrisen durch Konkurse, von welchen der Bergwerksbesitzer als Gläubiger getroffen wird, und welche ihn in zeitweilige Verlegenheit bezüglich seines Betriebskapitals setzen können; Todesfälle dieser Besitzer oder der Werksleiter etc.

Einem solchen Besitzer kann es billiger Weise nicht zugemuthet werden, dass er bei ungünstigen Konjunkturen und bei dem Mangel an Absatz, Massen von geförderten Mineralien anhäufe, in denen ein todttes Kapital ruht. Bei dem mineralischen Brennstoffe (allen Arten von Stein- und Braunkohle) ist diess absolut unmöglich; denn aus der Grosskohle würde Kleinkohle, und aus dieser Kohlenkleie, Kohlenlösche werden.

Was die innern Betriebshindernisse anbelangt, so ist in zugleichiger Erwägung des §. 183 nicht abzusehen, worin dieselben bestehen sollten; weil man unter dem in dem §. 183 gebrauchten Ausdrucke: „Ereignisse, welche den Betrieb eines Bergbaues für längere Zeit unthunlich machen“ auch Grubenbrände, Wasser- und Wetternoth, Grubenbrüche subsumiren kann, und bei solchen Ereignissen nicht eine Fristung, sondern lediglich eine binnen 8 Tagen zu erstattende Anzeige vorgeschrieben ist, welche die Wirkung einer Frist hat.

Auf die Unterlassung einer solchen Anzeige ist die Strafe in dem §. 243 ausgesprochen.

Nur die Aufstellung von Maschinen oder die Anlegung von Eisenbahnen (leichteren Förderungs-Verrichtungen) in den Grubenbauen könnte zu den fraglichen Betriebshindernissen gerechnet werden, jedoch nicht im streng gerechtfertigten Sinne, weil dadurch der Betrieb im Bergbaue eigentlich nicht unterbrochen, sondern dennoch ein steter ist. — §. 174. —

Der §. 182 gestattet eine Fristung im Ganzen bis zu einem Jahre, woraus zu schliessen ist, dass diess in Theilzeiträumen gestattet werde. Wenn mit denselben die Jahresfrist erschöpft ist, hat bei einem jedesmaligen weitem Fristgesuche die sorgfältige Erhebung aller Betriebsverhältnisse von Seite der Bergbehörde einzutreten. Die bewilligte Fristung enthebt aber nicht von der Verbindlichkeit für die Erhaltung des Baues in sicherem und nach den Bestimmungen des §. 174 befahrbarem Stande zu sorgen.

Die diessfälligen Kommissionskosten dürften nach dem Principe dieses Berggesetzes den Fristwerber *nicht* treffen.

Es wäre nur noch zu bemerken, dass die §§. 174, 182 und 183 auf den Betrieb der in dem §. 131—b angedeuteten mit der Bergwerksverleihung berechtigten Etablissements keine Anwendung finden.

§. 184.

Wird in Tagmassen Grubenbau betrieben, so gelten auch hinsichtlich der Fristen die Bestimmungen für den Grubenbau.

Ausserdem finden Fristbewilligungen zum Betriebe des Baues in Tagmassen nur dann Statt, wenn derselbe durch örtliche Hindernisse unthunlich gemacht wird.

Bei Tagmassen berechtigen äussere ungünstige Verhältnisse — §. 182 — zu einer Fristung *nicht*, sondern lediglich örtliche Hindernisse, Elementarereignisse, Ueberschwemmungen etc.

§. 185.

Pflicht zur Anlage von Grubenkarten.

Jeder Bergwerks-Besitzer ist verpflichtet:

Sobald Nebenbaue, in welche ein Grubenbau sich verzweigt, eine Ausdehnung von mehr als hundert Klaftern erreichen, darüber genaue Markscheidekarten anzulegen, und darauf alle Baue so nachzutragen, dass jede weitere Ortserstreckung von mehr als fünfzig Klaftern auf der Karte dargestellt erscheint.

Der Bergbehörde steht die Einsicht und Abzeichnung dieser Karte zur Berichtigung der Revierkarten und lediglich zum Amtsgebrauche jederzeit frei, wobei sich jedoch in den letzteren auf die Darstellung der verliehenen Masse und der darin aufgeschlossenen Lagerungsverhältnisse zu beschränken ist.

Durch diese Vorschrift erlangt der Bergwerksbesitzer eine entsprechende nothwendige Evidenz über seinen Grubenbau, welche ihn überdiess vor einem möglichen Uiberbaue und den hieraus entstehenden Entschädigungs-Rechtstritten zu verwahren geeignet ist.

Mit der in dem 2. Absatze dieses §. angeordneten Gestattung der Einsicht und Abzeichnung der Markscheidekarten ist jedoch eine Beschränkung verbunden, dass diess nämlich *nur* zum *Amtsgebrauche* der Bergbehörde, zur Berichtigung der Revierkarten geschehen darf. Diese Beschränkung erscheint als eine analoge Diskretion, wie sie bei den Geschäften (Büchern) des Handels- und Industriemannes beobachtet wird. —

§. 186.

Und zur Lieferung statistischer Betriebs-Nachweisungen.

Jeder Bergwerks-Besitzer hat der Bergbehörde über die gewonnenen Mineralien, die daraus erzeugten Rohprodukte, den hiezu verwendeten Brennstoff, den Werth der Produkte, die Zahl und Eigenschaft ihrer Arbeiter und deren Familien und andere Betriebsverhältnisse, die verlangten Nachweisungen unweigerlich zum Amtsgebrauche zu liefern.

Das heisst jeder Bergwerks-Besitzer ist zur unweigerlichen Lieferung statistischer Nachweisungen verpflichtet, welche die Bergbehörde über die gewonnenen Mineralien, die daraus erzeugten Rohprodukte, den hiezu verwendeten Brennstoff, den Werth der Produkte, die Zahl und Eigenschaft seiner Arbeiter und dessen Familien und über andere Betriebsverhältnisse, als einen Anhaltspunkt zur Beurtheilung des Umfanges und der staatswirthschaftlichen Bedeutung des Bergwesens, von ihm verlangt.

§. 187.

Gesetzmässige Verwaltung jedes Bergbaues.

Jeder Bergbau-Unternehmer ist der Bergbehörde für die Beobachtung der Berggesetze bei dem Betriebe seines Baues verantwortlich. Diese Verpflichtung wird auch durch die Verpachtung des Werkes nicht aufgehoben mit Vorbehalt des nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche zustehenden Regresses.

Dasselbe gilt für die im Bergbuche eingetragenen Mit-Eigenthümer eines gemeinschaftlichen Bergbaues (§. 136), welche für die Erfüllung der denselben obliegenden Pflichten zur ungetheilten Hand zu haften haben.

Die in dem 1. Absatze dieser Gesetzesstelle enthaltene Vorschrift erinnert an den §. 172.

Für die Beobachtung der Berggesetze, in so weit sie den Baubetrieb betreffen, ist der Bergbau-Unternehmer selbst dann verantwortlich, wenn das Werk verpachtet wäre. Es könnten gegen denselben gemäss §. 243 et 244 wegen Nichterfüllung der in den §§. 174, 171—a und 173 ausgesprochenen Anordnungen Geldstrafen verhängt, und selbst mit der Entziehung der Bergbau-Berechtigung vorgegangen werden.

Wenn es sich aber um Vergehen und Uibertretungen gegen die Sicherheit der Person und des Eigenthumes handelt, die der §. 172 bezeichnet und welche in das Bereich der Straf-Justiz gehören, dann erlischt für den Bergbauunternehmer, gleichviel ob er das Werk selbst (in eigener Regie) betreibt oder verpachtet hat, die diessfällige Verantwortlichkeit. Die auf die Nichtbeachtung der Berggesetze geahndeten Strafen, welche in dem §. 187 gemeint sind, enthält das 13. Hauptstück §§. 235 bis 250.

Obschon die Verpachtung eines Bergbaues zu den sehr exceptionellen Erscheinungen gehört, so wäre sie doch absolut unmöglich gemacht, wenn der Verpächter für die, dem Pächter, dessen Beamten oder Untergebenen allenfalls zur Last fallenden Vergehen und Uibertretungen gegen die Sicherheit der Person und des Eigenthums verantwortlich sein sollte.

Für die Beobachtung der Berggesetze in dem Sinne des §. 187 sind auch die Miteigenthümer eines gemeinschaftlichen Bergbaues — §. 136 — verantwortlich, und zwar zur ungetheilten Hand; d. h. Einer für Alle und Alle für Einen (in solidum).

Die einzelnen Mitglieder einer Gewerkschaft (Mitgewerken) sind von dieser Verantwortlichkeit nicht getroffen, sondern der ganze Werkskomplex — §§. 138, 140, 141. —

§. 188.

Anzeige des Bevollmächtigten hierzu.

Bergbau-Unternehmer, welche nicht in dem Bezirke der Bergbehörde wohnen, haben derselben einen in diesem Bezirke wohnhaften Bevollmächtigten anzuzeigen, welcher die Verwaltung zu besorgen hat. Diese Vorschrift gilt auch für Gewerkschaften, deren Director ausser dem Bezirke der Bergbehörde wohnt.

Andere Theilhaber eines von Mehreren betriebenen Bergbaues (§. 136) haben, ohne Rücksicht auf ihren Wohnort, stets einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten in dem Bezirke der Bergbehörde zu bestellen.

Einen Bevollmächtigten, welcher in dem Bezirke der Bergbehörde wohnhaft ist, muss sowohl der Bergbau-Unternehmer, (als alleiniger Eigenthümer) als auch der Direktor einer Gewerkschaft der Bergbehörde anzeigen, wenn der Eine oder der Andere in dem Bezirke der Bergbehörde nicht seinen Wohnsitz hat.

Die Theilhaber eines Bergwerkes aber — §. 136 — müssen, wenn sie auch in dem Bezirke der Bergbehörde wohnhaft sind, einen Bevollmächtigten der Bergbehörde eben so namhaft machen, als wenn sie ausser diesem Bezirke domiziliren würden.

Es wurde bereits an einer andern Stelle bemerkt, dass ein solcher Bevollmächtigter eben nicht am Sitze der Bergbehörde, sondern nur in deren Bezirke domiziliren müsse.

Unter dem, in diesem §. gebrauchten Ausdrucke: „*Bergbau-Unternehmer*“ sind auch die Mitgewerken (Kuxenbesitzer §. 140) begriffen, weil sie der §. 148 zu derselben Schuldigkeit der Bevollmächtigung anweist.

Die Nichtbeobachtung des §. 188 ist in dem §. 239 gehandelt.

§. 189.

Wenn ein Bergbau-Unternehmer stirbt, in Concurs geräth, oder unter Curatel gesetzt wird, hat das zuständige Gericht die Bergbehörde hievon in Kenntniss zu setzen, und ihr den bestellten Verwalter des Werkes namhaft zu machen.

Es fliesst aus dem Rechte und der Schuldigkeit der Bergbehörden, als Verwaltungsorgane, zur Aufsicht über den gesetz-

mässigen Betrieb des Bergbaues — §. 6 — dass ihnen das zur Verwaltung des Bergbaues berechnigte Individuum angezeigt werde. Wenn nun in Folge der in diesem §. bezeichneten Ereignisse eine solche Veränderung vor sich geht, so muss hievon die Bergbehörde von dem zuständigen Gerichte in Kenntniss gesetzt werden.

Unter dem in diesem §. gebrauchten Ausdrucke: „*Bergbau-Unternehmer*“ sind nicht blos Grubenmassen-Besitzer, sondern auch die Tagmassner, Freischürfer, Revierstöllner und Hilfsbau-Unternehmer begriffen.

Da den Gerichten die Schranken ihres Wirkungskreises bekannt sind, so ist es nicht nothwendig, den Bergbauenden hierüber Andeutungen zu machen. Jedoch wird es im Interesse der Letzteren sein, zu wissen, in welchen Angelegenheiten sie die Berggerichtsbarkeit (die mit dem k. k. Landes-resp. Kreisgerichten verbundenen Bergsenate) in Anspruch zu nehmen haben.

Gemäss §. 67 der Jurisdiktionsnorm vom 18. Juni 1850 ist der Bergsenat eines Landesgerichtes, ohne Rücksicht auf den sonstigen Gerichtsstand der Person innerhalb seines Gerichtssprengels und zwar nach der Ortslage des Bergbau-Objectes, oder wenn dasselbe bereits im Bergbuche eingetragen ist, nach Massgabe des letzteren zuständig in allen Streitsachen:

1. über dingliche Rechte in Betreff eines Bergbau-Objectes, oder eines durch das Gesetz als sein Zugehör erklärten Gegenstandes.

Als Bergbau-Objecte sind anzusehen: von der Bergbehörde bewilligte Schurf-oder Muthungsbaue, verliehene Bergbaue, gesetzlich konzessionirte Erzmühlen, Bergschmieden-, Poch-und Waschwerke, Schmelzhütten, Amalgamir- Vitriol- und Alaun-Sudwerke, Hoch- und Kuppelöfen (Eisengiessereien) Frischhütten (Zerrenn- und Frischfeuer, Puddlings- und Schweissöfen, dann Hämmer- und Walzwerke) Guss-Stahlöfen, Stahl-Raffinerien (Stahlgärbefeuer), Eisen- und Stahl-Blechwalzwerke, Eisen-und Stahl-Streck- und Zaimhämmer, welche Centnergut erzeugen.

2. Uiber die Benützung der unter 1. benannten Bergbau-Objecte;

3. über das Alter im Felde bei Bergwerksverleihungen;
 4. über die Aufforderung zur Feldesstreckung (Lagerung des Grubenmasses mit bestimmter Begränzung);
 5. über die Begränzung, Vermarkung (Verlochsteinung) der Grubenfelder;
 6. über Ausbeuten und Zubussen von Berg- und Hüttenwerken;
 7. über Retardats-Erklärungen;
 8. über Freierklärungen (Verfallenheit) von Bergbauberechtigungen;
 9. über Erbstollengebühren, oder sonstige Schacht- und Stollenabgaben;
 10. über Entschädigung für, in fremde Grubenfelder geführte Hilfs- und Aufschlussbaue;
 11. über Entschädigung für die Mitbenützung fremder Grubengebäude, Wasserlösungs-Wetterführungs- und Förderungsvorrichtungen;
 12. über die Bruderladen, wegen deren Verwaltung, wegen rückständiger Beiträge, wegen sonstiger Verpflichtungen derselben gegen die Bruderladengenossen;
 13. über Beschädigungen an Berg- und Hüttenwerken, welche aus einer Vernachlässigung der Vorschriften des Berggesetzes, oder aus einer Uibertretung der Strafgesetze entstehen;
 14. über das Eigenthum oder die Benützung von Grubenwässern;
 15. über Gesellschaftsverträge rücksichtlich des Betriebes der Benützung oder Verwerthung gemeinschaftlicher Bergbaue und Hüttenwerke;
 16. über die Belastung oder Entlastung montanistischer Entitäten in dem Bergbuche;
 17. über die Verwaltung und Rechnungsführung zwischen Bergwerks-oder Hüttenbesitzern und ihren Beamten oder Bevollmächtigten, rücksichtlich der unter 1. benannten montanistischen Entitäten sammt Zugehör.
- §. 68. Das Bergbuch ist bei den Bergsenaten zu führen; auch steht ihnen der sonstige Wirkungskreis der vollen Real-Gerichtsbarkeit über Bergbau-Objekte zu.
- §. 69. In Besitzstörungsfällen, welche Bergbau-Objekte betreffen, ist ohne Rücksicht auf das Bergbuch, in welchem sie ein-

getragen sind, das Bezirksgericht zuständig, in dessen Sprengel das bezügliche Objekt gelegen ist.

§. 70. In Streitsachen aus Lohn- und Dienstverträgen ist die Zuständigkeit des Gerichtes auch in jenen Fällen, in welchen ständige Bergwerksarbeiter betheiligt sind, nach dem allgemeinen Grundsatz zu beurtheilen. Die Civiljurisdictions-Norm vom 20. November 1852, deren Wirksamkeit mit der Wirksamkeit der neu zu organisirenden Bezirksämter und der übrigen Gerichtsbehörden beginnt, lautet in dieser Beziehung nachstehend:

§. 65. Die zur Ausübung der Berggerichtsbarkeit bestimmten Gerichtshöfe erster Instanz entscheiden innerhalb ihres Sprengels in allen Streitsachen:

1. über dingliche Rechte auf Bergwerke und deren Zugehör, worunter nicht nur alle von der Bergbehörde bewilligten Schurf- oder Muthungs-Baue und verliehenen Bergbaue sondern auch alle diejenigen Taggebäude, Grundstücke und Anlagen zu rechnen sind, welche zur Gewinnung und Aufbereitung der Mineralien bestimmt, oder sonst als ein Ganzes mit dem Werke verbunden sind und benützt werden;
2. über die Benützung solcher Werke und deren Zugehör;
3. über das Alter im Felde bei Bergwerksverleihungen;
4. über die Aufforderung zur Feldesstreckung (Lagerung des Grubenmasses mit bestimmter Begränzung);
5. über die Begränzung, Vermarkung (Verlochsteinung) der Grubenfelder;
6. über Ausbeuten und Zubussen von Berg- und Hüttenwerken
7. über Retardats-Erklärungen;
8. über Frei-Erklärungen (Verfallenheit) von Bergbauberechtigungen;
9. über Erbstollengebühren, oder sonstige Schacht- und Stollen-Abgaben;
10. über Entschädigung für die Mitbenützung fremder Gruben, Gebäude, Wasserlösungs- Wetterführungs- und Förderungs-Vorrichtungen;
11. über Entschädigung für in fremde Grubenfelder geführte Hilfs- und Aufschlussbaue;

12. über die Bruderladen, wegen deren Verwaltung, wegen rückständiger Beiträge, und wegen der Verpflichtungen derselben gegen die Bruderladengenossen;
 13. über Beschädigungen an Berg- und Hüttenwerken, welche aus einer Vernachlässigung der Vorschriften der Berggesetze entstehen;
 14. über das Eigenthum oder die Benützung von Grubenwässern;
 15. über Gesellschaftsverträge hinsichtlich des Betriebes, der Benützung oder Verwerthung gemeinschaftlicher Bergbaue und Hüttenwerke;
 16. über die Verwaltung und Rechnungsführung zwischen Bergwerksbesitzern und ihren Beamten oder Bevollmächtigten über den Betrieb des Werkes und dessen Zugehör.
- §. 66. Die zur Ausübung der Gerichtsbarkeit in Bergbau-Angelegenheiten bestimmten Gerichtshöfe erster Instanz haben auch das Bergbuch über die in ihrem Sprengel gelegenen Bergwerke und deren Zugehör zu führen, und die übrigen Amtshandlungen der Realgerichtsbarkeit über dieselben auszuüben.
- §. 67. In Streitigkeiten über Besitzstörungen, welche Bergbau-Objekte betreffen, und wobei es sich nur um die Erörterung des letzten faktischen Besitzstandes handelt, entscheidet das Bezirksgericht, in dessen Sprengel die Besitzstörung vorgefallen ist.
- §. 68. Streitigkeiten aus dem Dienstvertrage zwischen den Werksbesitzern und den Berg-Arbeitern entscheidet, auch wenn die letztern bleibend aufgenommen sind, das Bezirksgericht.

Achtes Hauptstück.

Von dem Verhältnisse der Bergbau-Unternehmer unter sich.

§. 190.

Gegenseitige Hilfeleistung.

Jeder Bergbau-Unternehmer ist verpflichtet, sobald er von Unglücksfällen in benachbarten Bergwerken Kenntniss erhält, alle seine verfügbaren Arbeiterkräfte so weit es ohne Gefährdung seines eigenen Bergbaues möglich ist, gegen mässige Vergütung zur Hilfe anzubieten.

Der in dieser Gesetzesstelle angeordnete, in jedem civilisirten Staate gebührliche Humanitäts-Akt wird um so gewisser willfährige Befolgung finden, als Jedem dieser Verpflichteten die Möglichkeit vorschweben kann, von gleichen Unglücksfällen betroffen zu werden, und der schleunigen Hilfe benachbarter Bergwerke zu bedürfen. Ja er kann bei den nachbarlichen Unglücksfällen z. B. bei Grubenbränden, sein eigenes Werk gefährdet sehen.

§. 191.

Bergbau - Dienstbarkeiten.

Jeder Bergbau-Unternehmer hat ferner die Pflicht, so weit sein eigener Bergbau nicht dadurch leidet, oder gefährdet wird, gegen angemessenes Entgeld:

- a) den benachbarten Bergbau-Berechtigten die Mitbenützung seiner Stollen, Schächte, Förderungs-, Wetterlösungs- oder Wasserhebe-Maschinen, Berg- und Schienenwege, Brücken und Stege zu gestatten;
- b) zum vortheilhafteren Betriebe des Baues in fremden Gruben in seinem Felde einen Hilfsbau anlegen, oder zu anderen Gruben gehörige, oder selbständige Hilfsbaue (§§. 85—89) durch seine Grubenmassen treiben zu lassen.

Die durch einen Hilfsbau im fremden Felde gewonnenen vorbehaltenen Mineralien gehören dem Eigenthümer des Feldes, und sind demselben gegen Ersatz der Förderungskosten auszufolgen.

Das allgemeine österreichische Berggesetz hat, wie aus mehreren §§. desselben, und auch aus diesem hervorleuchtet, nebst dem Interesse der Bergbau-Unternehmer (der Einzelnen) auch das Allgemeine, dessen Beförderung bedacht.

Der §. 191 verhängt zwar über den Bergbau zum Nutzen und Frommen des einen oder des andern gewisse gesetzliche Dienstbarkeiten, jedoch mit der billigen Moderation, dass diese Berechtigungen nur dann in Ausübung gebracht werden dürfen, insofern der verpflichtete Bergbau (welcher die betreffende Servitut gestatten soll) dadurch nicht leidet, oder gefährdet wird. Sollte gegen diese Vorschützung eines Schadens oder Gefahr von dem, eine Bergbau-Dienstbarkeit beanspruchenden Bergbau-Unternehmer protestirt, somit ein hieraus entstehender Nachtheil oder Gefahr in Abrede gestellt werden, so hat gemäss

§. 194 die bergbehördliche Entscheidung einzutreten, welcher die geeigneten Erhebungen vorherzugehen, und dabei zu erörtern sein wird, ob durch die ansprechende Servitut nicht vielleicht die Arbeit in der dienen sollenden Grube, die Förderung, Wasserlösung etc. gehindert, oder die Grubenzimmerung (Versicherung) die Leistungsfähigkeit der Maschinen etc. in Gefahr gesetzt würden.

Die gesetzlichen Berg-Servituten sind sub a und b dieser Gesetzesstelle bezeichnet. Sie können entweder durch Vertrag — §. 193 — oder durch Entscheidung der Bergbehörde — §. 194 — gegründet werden.

Gemäss 4. Absatzes des §. 191 muss der Hilfsbau-Unternehmer im fremden Felde dem Besitzer des letzteren die gewonnenen vorbehaltenen Mineralien gegen Ersaz der *Förderungskosten* ausfolgen. Die Kosten der *Gewinnung* kommen dem Besitzer der Gruben, durch welche der Hilfsbau getrieben wird, ohne Vergütung zu Guten.

§. 192.

Kein Unternehmer eines Hilfsbaues ist berechtigt, von dem ihm bei der Verleihung vorgezeichneten Betriebsplane abzuweichen, oder Flügelörter (Seitenbaue) anzulegen, um einer anderen Grube Hilfe zu bringen, so lange es der Besitzer dieser Grube nicht verlangt. Wird jedoch der Seiten- oder abweichende Einbau mit Zustimmung des Besitzers der hilfsbedürftigen Grube ausgeführt, so hat dieser auch die Kosten dafür zu tragen.

Weigert sich der Besitzer des Hilfsbaues einen solchen nothwendigen Seitenbau zu treiben, so ist der Besitzer der hilfsbedürftigen Grube berechtigt, ihn auf eigene Kosten vorzunehmen.

Die hier bezeichnete Beschränkung des Hilfsbau-Unternehmers fliesst aus dem §. 87, hat jedoch auf den Revierstöllner gemäss §§. 95, 96 keine Anwendung.

§. 193.

Entstehung derselben: Durch Vertrag.

Kommt über die Einräumung einer der im §. 191 erwähnten Bergbau-Dienstbarkeiten zwischen den Betheiligten ein Uebereinkommen zu Stande, so ist dasselbe der Bergbehörde vorzulegen, welche es nach gepflogener Erhebung sowohl hinsichtlich der Nothwendigkeit, als der Angemessenheit des

Entgeldes zu bestätigen (§. 197), und der Gerichtsbehörde zur Eintragung in das Bergbuch mitzutheilen hat.

In dieser Gesetzesstelle ist abermals eine Beschränkung derjenigen Personen enthalten, welche nach dem allgemeinen Civilrechte, ohne eine behördliche Ratifikation zu bedürfen, Verträge zu schliessen, berechtigt sind.

Allein dieser hier fragliche Bestätigungsvorbehalt hat einen speziellen triftigen Grund für sich. Denn gemäss §. 197 sind solche von den Parteien eingegangene und von der Bergbehörde bestätigte Verträge auch gegen die Hypothekargläubiger des dienenden und des herrschenden Gutes (desjenigen, welches die Servitut gestattet, und desjenigen, welches sie ausübt) wirksam; und nach §. 268 geniessen die bei Einräumung von Bergbau-Dienstbarkeiten stipulirten Leistungen eine Bevorzugung, d. h. eine frühere Rangordnung vor den Pfandgläubigern.

Der §. 193 sorgt daher gleichsam für die Rechte und resp. für die Sicherheit solcher Gläubiger, und dadurch auch mittelbarer Weise für die Gewinnung und Erhaltung des Kredites des Bergbaues.

Von diesen Gesichtspunkten aus erscheint die hier in Rede stehende Beschränkung als gerechtfertiget und begründet. Ohne den Vorbehalt der bergbehördlichen Bestätigung jener Verträge, könnten die Kontrahenten sowohl über die *Nothwendigkeit* von Bergbau-Dienstbarkeiten, als über die *Angemessenheit des Entgeldes* hiefür heraustreten, und auf diese Weise die bergbücherlichen Gläubiger gefährden — §§, 197, 268 —.

Für wohlarrangirte Besitzer von lastenfreien Bergbau-Unternehmungen wird zwar der beschränkende §. 193 immerhin in einem andern Lichte erscheinen; allein in einem allgemeinen Gesetze können einzelne Zustände und Verhältnisse keine exceptionelle Anerkennung finden, und zwar um so weniger, als letztere einer möglichen Aenderung unterliegen.

§. 194.

Durch Entscheidung der Bergbehörde.

Können sich die Betheiligten nicht vereinigen, so hat die Bergbehörde über die Verpflichtung zur Uebernahme der Dienstbarkeit und den Umfang derselben zu entscheiden, den Betrag der Vergütung aber, vorläufig unter

Vorbehalt des Rechtsweges, allenfalls mit Zuziehung von Kunstverständigen zu bestimmen.

Wenn die Bergbehörde über die *Verpflichtung* zur Uibernahme der Dienstbarkeit, und über den *Umfang* derselben entschieden hat, was in erster, zweiter oder dritter Instanz geschehen kann, so ist die Ergreifung des Rechtsweges in dieser Angelegenheit unzulässig; nur rücksichtlich des Betrages der *Vergütung* kann er ergriffen werden. Es ist übrigens wohl selbstverständlich, dass die bergbehördliche Entscheidung auch auf die Abweisung solcher angesprochener Servituten aus den bei §. 191 angeführten Gründen lauten kann.

Einer andern aufgetauchten Ansicht, als ob nämlich auch über die *Verpflichtung* und den *Umfang* der Dienstbarkeit der Rechtsweg offen stehe, können wir nicht beipflichten, weil sonst der §. 191 überhaupt anders formulirt sein würde; denn der *Vorbehalt des Rechtsweges* kann sich gemäss dieser Formulirung nur auf den Betrag der Vergütung beziehen. Es wird dies auch noch durch den Inhalt des §. 197 begründet, welcher von den über die Gestattung von Dienstbarkeiten *gefällten Erkenntnissen der Bergbehörden* erwähnt.

Ein solches bergbehördliches Erkenntniss wäre eine offenbare Illusion, wenn trotz demselben der Rechtsweg rücksichtlich desselben Fragepunktes offen stünde.

In denjenigen Fällen, wo den Parteien die Ergreifung des Rechtsweges verwahrt ist, erscheint die Administrativbehörde nur als Organ zum Vergleichsversuche; sie ist dann zur eigentlichen Entscheidung, zur Fällung eines Erkenntnisses, nicht berechtigt, sondern hat die Parteien lediglich zu bescheiden, dass sie den Gegenstand im Rechtswege austragen mögen.

§. 195.

Bestimmung des Entgeldes.

Für die Mitbenützung von Stollen, Schächten, Förderungs-, Wetterlösungs- oder Wasserhebe-Maschinen hat der Besitzer des dienenden Werkes auf einen verhältnissmässigen Beitrag zu den Betriebs- und Erhaltungskosten und auf einen Hilfszins Anspruch, der jedoch zehn Percent der dem herrschenden Gute erweislich erspart werdenden Betriebskosten nicht übersteigen soll.

Die Beförderung von Bergbau-Erzeugnissen oder Bedürfnissen auf fremden Bergwerks-Eisenbahnen, Kanälen, oder anderen Transport-Anstalten, muss dem Besitzer des dienenden Werkes auf sein Verlangen selbst überlassen, und ihm dafür die Vergütung nach seinen eigenen Transportkosten mit Hinzuschlagung von höchstens 50 Percent derselben, für Anlagekosten und ausserordentliche Ereignisse geleistet werden.

Das Entgeld, welches der 1. Absatz des §. 191 dem dienenden Bergbau zuerkannt wissen will, besteht:

- a) in einem verhältnissmässigen Beitrage zu den Betriebs- und Erhaltungskosten des dienenden Werkes;
- b) in einem Hilfszinse für dasselbe;
- c) bei Beförderung auf Transport-Anstalten in der Vergütung des Aufwandes nach den eigenen Transportkosten, und *nebst-dem* in einem 50 pCt. Zuschlage zu denselben.

Vor Allem muss bemerkt werden, dass in den, in diesem §. angedeuteten Entgeldes-Gebühren das *Maximum* derselben ausgesprochen ist, welches in den betreffenden bergbehördlichen Erkenntnissen nicht überschritten werden darf; dass also dieses Entgeld auf Grund der obwaltenden Umstände auch in einem *mindern* Betrage bemessen, anerkannt werden kann.

ad a) Wenn das dienende Werk z. B. 300,000 Centner, und das herrschende 100,000 Centner mittelst der Schächte des ersteren fördert, oder wenn ersteres seine Wasserhebe-Maschine durch 16 Stunden zur Lösung der eigenen Wässer, und durch 8 Stunden zur Hebung aus dem herrschenden Werke anwendet; so hat im ersten Falle das herrschende Werk den 4. Theil, und im zweiten Falle den 3. Theil zu den Betriebs- und Erhaltungskosten beizutragen.

ad b) Nebst diesem Beitrage (ad a) hätte das herrschende Werk in den angeführten zwei Fällen auch noch einen Hilfszins an das dienende Werk mit *höchstens* 10 pCt. von demjenigen Betrage zu entrichten, welchen das herrschende Werk dadurch erspart, dass es die beispielweise bezeichnete Förderung oder Wasserlösung nicht selbst besorgen muss. Würde eine solche jährliche Kosten-Ersparung (beispielweise angeführt) 5000 fl. betragen, so entfielen als Hilfszins die Summe von 500 fl.

ad c) Bei dieser Beförderung ist nach dem Gesetze eine Alternative gestattet. Der Besitzer des dienenden Werkes ist berechtigt, die Förderung der Bergbau-Erzeugnisse des herrschenden Werkes selbst zu besorgen, oder diese Besorgung dem letzteren zu überlassen. Dieses muss sich der Wahl des dienenden Werkes fügen.

Effektuiert letzteres die Beförderung, so gebührt ihm die Vergütung in dem Verhältnisse seiner eigenen Transportkosten und nebstdem ein *höchstens* 50 pCt. Zuschlag zu denselben für Anlagekosten und ausserordentliche Ereignisse.

Würde jedoch das herrschende Werk mit Zustimmung des dienenden, die Beförderung auf seine eigenen Kosten besorgen, so entfielen zwar die Transportkosten; der rechnungsmässige *höchstens* 50 pCt. Zuschlag aber müsste immerhin geleistet werden.

Aus dem Inhalte des §. 191 im Zusammenhange mit dem §. 195 ergibt sich noch eine weitere Folgerung, dass nämlich zum vortheilhafteren Betriebe des Bergbaues fremder Gruben in den Feldern der Freischürfer, Gruben- und Tagmassner Hilfsbaue angelegt, oder durch dieselben zu andern Gruben gehörige oder selbständige Hilfsbaue insoferne *ohne einem Entgelde* getrieben werden können, als der eigene Bau dadurch nicht leidet oder gefährdet wird. (Siehe den Schluss der Erläuterung des §. 191).

§. 196.

Verantwortung für Schaden bei Ausübung derselben.

Im Falle eines bei Ausübung der Bergbau-Dienstbarkeit zugefügten Schadens, verantwortet der Besitzer des herrschenden Gutes nicht nur sein eigenes, sondern auch das Verschulden seiner Untergebenen.

Es fliesst aus der Natur eines solchen konzedirten Betriebes, dass der Besitzer des *herrschenden* Bergbaues nicht nur für sein eigenes Verschulden, sondern auch für das seiner Untergebenen, (Beamten, Diener, Arbeiter) wodurch dem dienenden Bergbaue ein Nachtheil zugefügt wird, verantwortlich ist; denn an den genannten Untergebenen würde der Regress des Beschädigten grösstentheils unmöglich, erfolglos sein. Wenn aber die Handlung oder Unterlassung, wodurch ein

Schaden zugefügt wird, in das strafgerichtliche Bereich gehört, so bleibt zwar der Besitzer des herrschenden Bergbaues für den von seinen Untergebenen zugleich verursachten materiellen Schaden verantwortlich; die Uibertretung des Strafgesetzes aber wird blos an dem persönlichen Uibertreter geahndet; was auch den Besitzer treffen kann, wenn er entweder Thäter oder Mitschuldiger wäre. (Siehe die Erläuterung zu §. 172).

§. 197.

Wirkung in Beziehung auf die Hypothekargläubiger.

Die von der Bergbehörde bestätigten Verträge (§. 193) über Bergbau-Dienstbarkeiten, und die von derselben darüber gefällten Erkenntnisse sind auch gegen die Hypothekargläubiger des dienenden und herrschenden Gutes wirksam.

Unter Beziehung auf die Erläuterung zu §. 193 wird hier noch beigefügt, dass zu den, von der Bergbehörde gefällten Erkenntnissen auch die gemäss §. 194 in Betreff des *Vergütungs-Betrages* im Rechtswege ergangenen Urtheile gegen die Hypothekargläubiger des dienenden und herrschenden Gutes (Bergbaues) gehören, obgleich der §. 197 der letzteren nicht erwähnt.

§. 198.

Zusammentreffen auf Durchschlägen.

Kommen Bergwerksbesitzer mit ihren Grubenbauen auf offenen Durchschlägen zusammen, so haben sie sogleich unter Vermittlung eines Markscheiders zu bestimmen, wo in diesem Durchschlage sich die beiderseitige Massengränze befinde, und diese auf geeignete und dauerhafte Weise zu bezeichnen.

Im Falle eines Streites hat die Bergbehörde auf Ansuchen des einen oder des anderen Theiles den beeideten Markscheider zur Ermittlung der Massengränze abzuordnen, und von dem Erfolge beide Theile zu verständigen. Bis zur Entscheidung hat jeder Theil seinen Bau am Durchschlage einzustellen, die Durchschlagsstrecke aber auf seiner Seite aufrecht und fahrbar zu erhalten.

Wenn sich die Bergwerksbesitzer in dieser Angelegenheit über die beiderseitige Massengränze vereinigen, so steht es denselben frei, zur geeigneten und dauerhaften Bezeichnung dieser

Gränzen sich eines beliebigen Markscheiders zu bedienen. Kömmt aber ein solches privatives Einverständniss nicht zu Stande, und wird sonach die Autorität der Bergbehörde von dem einen oder dem andern Theile angerufen, so hat diese einen *beeideten* Markscheider zur Ermittlung der Massengränze abzuordnen, und von dem Erfolge beide Theile zu verständigen. Bis dahin, d. i. bis zur Entscheidung muss jeder Theil seinen Bau am Durchschlage einstellen, die Durchschlagsstrecke aber auf seiner Seite aufrecht und fahrbar erhalten, unter den sonstigen in dem §. 246 bestimmten Straffolgen.

§. 199.

Bei offenen Durchschlägen in Revieren, wo besondere Statuten bestehen, oder in Grubenmassen, welche bereits nach älteren Gesetzen verliehen wurden, sind, insoferne die Revierstatuten oder die Berggesetze, nach welchen die Verleihung erfolgte, besondere Vorschriften enthalten, die dort angegebenen Bestimmungen zu beobachten.

Diese mit Rücksicht auf den Artikel II. des kais. Einführungs-Patentes exzeptionelle Gesetzesstelle, welche bei den eintretenden bezüglichlichen Gränz-Streitfällen auf die ältern Berggesetze (Bergordnungen) verweist, wird nur bei dem, nach altem Berggesetze verliehenen, oder auf besondern Revierstatuten beruhenden *Gangbergbaue* zur Geltung kommen. Die diesfälligen Erhebungen und möglichst gütlichen Begleichungen werden auf Grund dieser älteren Gesetze und Statuten vorzunehmen, und wenn Ausgleichungen nicht zu Stande kommen, die Partien auf den Rechtsweg zu verweisen sein.

Bei sich ergebenden offenen Durchschlägen in den nach dem letzten Grubenmassen-Patent vom 21. Juli 1819 verliehenen Massen kann die Ermittlung der Gränze für den Markscheider nicht wohl eine Schwierigkeit biethen.

Neuntes Kapitel.

Von dem Verhältnisse der Bergwerks-Besitzer zu ihren Beamten und Arbeitern.

§. 200.

Dienstes - Ordnung.

Ueber die Dienstverhältnisse des Aufsichts- und Arbeitspersonales muss bei jedem Werke eine Dienst-Ordnung verfasst, von der Bergbehörde mit Zuziehung von Sachverständigen sorgfältig geprüft, nach erfolgter Genehmigung bekannt gemacht, und in den Arbeiter-Werkstätten stets angeschlagen werden.

In dieselbe gehören insbesondere die Bestimmungen:

- a) über die verschiedenen Classen der Arbeiter und Aufseher, und deren Dienstverrichtungen, sowie über die örtlich verschiedenen Bestimmungen der Verwendung von Weibern und Kindern am Bergbau, mit Rücksicht auf die physischen Kräfte und die gesetzliche Unterrichts-Theilnahme bei Letzteren;
- b) über das Verhältniss zwischen den Arbeitern und Aufsehern;
- c) über die Zeit und Dauer der Arbeit;
- d) über das Betragen in und ausser dem Dienste;
- e) über die üblichen Ablöhnungsverhältnisse;
- f) über die Gebühren im Falle der Erkrankung und Verunglückung;
- g) über die Geld- und Arbeitsstrafen bei Uebertretung der Dienst-Ordnung;
- h) über die Fälle, in welchen das Dienstverhältniss sogleich aufgelöst werden kann.

Es ist aus dem in dieser Gesetzesstelle gebrauchten Ausdrucke: „bei jedem Werke“ zu ersehen, dass in der vorgeschriebenen Verfassung der Dienst - Ordnung keine centralisirende Absicht liegt, sondern dass dabei immerhin lokale Verhältnisse ihre Berücksichtigung finden dürfen, d. h. dass in diesen Dienst-Ordnungen eben nicht gleiche sondern auch verschiedenartige Bestimmungen enthalten sein können. Jedoch wird die Bergbehörde nach Zuziehung von Sachverständigen es vielleicht selten für nothwendig finden, in einem und demselben Rayon von Bergbau-Betrieb (Revier) verschiedenartige, von einander abweichende Dienst-Ordnungen zu genehmigen, weil die in

demselben obwaltenden, bei diesen Bestimmungen massgebenden Verhältnisse und Umstände eben keine Verschiedenheit darbieten werden.

Es ist aus demselben §. zu ersehen, dass durch die in den Abtheilungen sub a bis h bei der Entwerfung und Genehmigung von Dienst-Ordnungen angedeuteten Bestimmungen nicht alle Momente erschöpft sind, welche dabei je nach den besonderen örtlichen Verhältnissen berücksichtigungswürdig sein können; d. i. derlei Dienst-Ordnungen können nebst den sub a—h nur *insbesondere* angedeuteten Bestimmungen auch noch andere und mehrere enthalten.

Dadurch, dass die genehmigte Dienst-Ordnung in den Arbeiter-Werkstätten stets angeschlagen (kundgemacht) sein muss, wird dieselbe für den Dienstgebenden und Dienstsuchenden zum stillschweigenden Dienstvertrage. Beide Theile übernehmen damit stillschweigend die in demselben enthaltenen Rechte und Verpflichtungen.

Ungeachtet dessen aber sind besondere Dienstverträge gemäss §. 201 nicht ausgeschlossen.

Zu den an und für sich deutlichen Bestimmungen a—h ist nur zu bemerken, dass durch die sub a et c in Rücksicht der Verwendung von menschlichen, physischen Kräften der Humanität Rechnung getragen, und die Theilnahme der Kinder an dem gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichte berücksichtigt wird. In Betreff der Ablohnungsverhältnisse —e— werden die Gedinglöhne vor den Schichtenlöhnen den Vorzug verdienen; denn in jenen liegt für den fleissigen Arbeiter der materielle Gewinns-Antrieb, um seine Kräfte auf die grösst mögliche Weise anzuwenden.

Die dienstordnungswidrige Verwendung von Kindern ist mittelst des §. 247 geahndet.

Uiberhaupt sind die in dem §. 200 angedeuteten Bestimmungen gewiss geeignet, die insbesondere in der Letztzeit gelockerten Verhältnisse der Arbeiter gegenüber ihren Dienstgebern in jene Schranken zu weisen, welche jedem Unternehmen und um so mehr einem so grossartigen Industriezweige nur förderlich sein können.

§. 201.

Dienst - Aufkündigung.

In soferne durch Dienstverträge oder durch die Dienst-Ordnung nicht andere Bestimmungen getroffen werden, können Beamte und Aufseher nur nach einer dreimonatlichen, Arbeiter nach einer vierzehntägigen Aufkündigungsfrist aus dem Dienste austreten, oder entlassen werden.

Für den Fall, als in der Dienst-Ordnung oder in den Dienstverträgen rücksichtlich der Frist der Dienstes-Aufkündigung keine Bestimmung getroffen wäre, gilt für Beamte und Aufseher eine dreimonatliche und für Arbeiter eine vierzehntägige; d. h. es ist hiezumal der Beamte, Aufseher und Arbeiter, als auch der Dienstherr ohne Angabe einer Ursache aus dem Gesetze berechtigt, wenn auch die in den §§. 202, 203, 205, bezeichneten Gründe nicht obwalten; weil diese zur *sogleichen* Entlassung, oder zum *sogleichen* Austritte ohne Aufkündigung das Recht geben.

§. 202.

Entlassung aus dem Dienste ohne Aufkündigung.

Beamte, Aufseher oder Arbeiter, welche eines Verbrechens, eines aus Gewinnsucht entsprungenen, oder der öffentlichen Sittlichkeit zuwiderlaufenden Vergehens oder einer dergleichen Uebertretung schuldig erkannt werden, oder welche sich eines Vergehens oder einer Uebertretung gegen die Sicherheit der Person, der Ehre, oder des Eigenthumes ihres Dienstherrn nach dem allgemeinen Strafgesetze schuldig gemacht haben, können von demselben des Dienstes *sogleich* entlassen werden, wenn auch in dem Dienstvertrage oder der Dienst-Ordnung diessfalls eine andere oder auch gar keine Bestimmung enthalten sein sollte.

Wegen *jeden* Verbrechens, es sei von den benannten Personen aus was immer für einer bösen Absicht, in was immer für einer Richtung und gegen wen immer verübt worden, können dieselben des Dienstes *sogleich* entlassen werden.

Wenn es aber solche Handlungen betrifft, deren sich die genannten Personen schuldig gemacht haben, welche von dem Strafgesetze als Vergehen und Uibertretungen kategorisirt sind, so kann wegen denselben die *sogleiche* Dienstes-Entlassung nur dann Platz greifen, wenn solche Vergehen oder Uibertretungen aus Gewinnsucht entsprungen, oder der öffentlichen Sitt-

lichkeit zuwiderlaufend sind; oder auch, wenn das Vergehen oder die Uibertretung die Sicherheit der Person, der Ehre oder des Eigenthumes des *Dienstherrn* betrifft.

Die sogleiche Dienstes-Entlassung tritt unter allen den vorstehend besagten Umständen auch dann ein, selbst wenn die Dienst-Ordnung oder Dienstverträge andere diessfällige Bestimmungen enthalten würden.

Wenn die genannten Personen z. B. einer schweren Verwundung (überhaupt eines Verbrechens) schuldig erkannt werden, oder wenn sie sich auch nur eines Diebstahls-Vergehens (oder Uibertretung) *gegen wen immer* schuldig gemacht haben, so treten die Folgen der sogleichen Aufkündigung ein. Würde aber jenen Personen ein Vergehen oder eine Uibertretung gegen die Sicherheit der Person, der Ehre oder des Eigenthumes gegen *eine andere Person*, als gegen die *des Dienstherrn* zur Last fallen, so ist diess kein Grund zu einer sogleichen Dienstes-Entlassung.

§. 203.

Auf gleiche Weise können, ohne vorhergegangene Aufkündigung, diejenigen sogleich entlassen werden, welche sich in Beziehung auf Treue, Fleiss und den Vorgesetzten schuldige Achtung und Gehorsam wesentlicher Pflichtverletzung schuldig machen, welche ein mit ihrem Dienste unverträgliches Nebengeschäft betreiben, oder von den in ihrem Dienste erlangten Kenntnissen der Werksverhältnisse einen ihrem Dienstherrn schädlichen Missbrauch gemacht haben.

Die in dieser Gesetzesstelle bezeichneten Momente sind heikler Natur und Beurtheilung.

Es ist nicht zu verkennen, dass mit der in dem §. 202 gemachten Aufzählung von strafbaren Gesetzwidrigkeiten nicht alle diejenigen Ordnungswidrigkeiten bezeichnet sind, durch welche die sozialen Verhältnisse zwischen dem Dienstherrn und Arbeiter dennoch äusserst unangenehm, erschwert, ja unmöglich gemacht werden können. Die Erfahrung über den rationalen und moralischen Bildung-Zustand gibt hierüber Zeugnis. Die Lösung eines solchen Dienstverhältnisses kann in mannigfaltigen, noch andern Fällen für den Dienstherrn wünschenswerth, nothwendig sein.

Das Gegentheil von *Treue* ist Untreue, welche jedoch als solche schon dem Strafgesetze verfallen ist. Wer soll hierüber, dann über den Nichtfleiss (Nachlässigkeit) und über die Nichtleistung der den Vorgesetzten schuldigen Achtung und Gehorsam — als wesentliche Pflichtverletzungen — das Schuldig aussprechen?

Nach den Prinzipien der österreichischen Justiz darf es der vermeintlich getroffene Theil nicht sein.

Gemäss §. 200—h können zwar in die Dienstordnung (wohl auch in die Dienstverträge) diejenigen Fälle aufgenommen werden, in welchen das Dienstverhältniss sogleich aufgelöst werden kann. Allein der hierüber absprechende Richter ist nicht namhaft gemacht.

Wenn eine von den in dem §. 202 bezeichneten Personen sich z. B. zu einem Kommissionair zum Verschleisse von gleichen oder einschlägigen Rohprodukten eines fremden Werkes hergeben wollte, so würde diess ein in dem §. 203 verpöntes Nebengeschäft sein, und auch der Verrath (Entdeckung) der besondern vortheilhaften Werksbetriebs - Geheimnisse wird dazu gehören.

§. 204.

Gesetzwidrige Verabredungen der Arbeiter.

Wie Verabredungen der Berg- und Hüttenarbeiter, um durch Weigerung der Arbeit, Widersetzlichkeit im Dienste, oder andere Mittel einen höheren Lohn, oder andere Bedingungen zu erzwingen, und die Aufwieglung hiezu zu bestrafen sei, bestimmen die Vorschriften des Strafgesetzbuches (§. 481).

Die österreichische Gesetzgebung hat zur Wahrung des allgemeinen Besten es für nothwendig erachtet, eines solchen passiven Widerstandes schon in dem Strafgesetze vom Jahre 1803 und auch in dem vom Jahre 1852 zu gedenken.

England befolgt bei solchen Vorkommnissen (Strikes) ein anderes Princip. Man lässt sie daselbst, insofern sie nicht in Excesse gegen Eigenthum und Person ausarten, widerstandslos gewähren, indem die Regierung dieses ihr Gewährenlassen als ein Gegengewicht gegen den Versuch betrachtet, die socialistische Neigung auf gewaltsame Weise zur Geltung zu bringen. Eben auf diesem Wege, nämlich bei der Passivität der Regierung

wird der Verlauf für solche Excedenten ein empfindlicher, und sie kommen überhaupt auch immer mehr und mehr zu der Uiberzeugung, dass sie gegen die Macht des Kapitals, als ihren vermeintlichen Feind, fruchtlos ankämpfen, und dass dasselbe dennoch ihr bester Freund ist.

Der in dieser Gesetzesstelle angerufene §. 481 des Strafgesetz-Buches lautet:

„Verabredungen von Berg- und Hüttenarbeitern, um sich durch gemeinschaftliche Weigerung zu arbeiten, oder durch andere Mittel einen höhern Tag- oder Wochenlohn, oder andere Bedingungen von ihren Arbeitsgebern zu erzwingen, sind Uibertretungen, und an den Rädelsführern mit verschärftem Arreste von acht Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen; auch sind dieselben, je nachdem sie Inländer oder Ausländer sind, aus dem Kronlande oder aus dem ganzen Reiche abzuschaffen.“

Das allgemeine Berggesetz macht zwar von dem möglichen Falle, dass Berg- und Hüttenwerksbesitzer Verabredungen treffen würden, um eine Lohnes-Herabsetzung zu bewirken, keine Erwähnung; allein der §. 479 desselben Strafgesetz-Buches vom 27. Mai 1852 enthält den analogen Ausspruch:

„Verabredungen von Gewerbsleuten, Fabriks- oder Arbeits-Unternehmern oder Dienstgebern, um eine Umänderung in den Arbeits- oder Lohnverhältnissen zu erwirken, oder um den Preis einer Arbeit zu ihrem eigenen Vortheile herabzusetzen . . . sind als Uibertretungen zu bestrafen.“

§. 180. „Die Urheber solcher Verabredungen sind nach der grösseren oder minderen Wichtigkeit des Gegenstandes mit strengem Arreste von einem bis zu drei Monaten . . . zu bestrafen. Die Strafe der übrigen Mitschuldigen ist verschärfter Arrest von drei Tagen bis zu einem Monate, je nachdem jedem derselben eine stärkere Mitwirkung zur Last fällt.“

§. 205.

Fälle des Dienstaustrittes ohne Aufkündigung.

Auch können wegen Misshandlungen, welche Aufseher und Arbeiter, oder wegen herabwürdigender Behandlung, welche Beamte von ihren Vorge-

setzten erleiden, wegen Versagung der bedungenen Verpflegung, unterlassener Entrichtung des Lohnes zur bestimmten Zeit, und anderer wesentlicher Vertrags-Verletzungen die Arbeiter, Aufseher oder Beamten, in Folge einfacher Meldung aus dem Dienste treten.

Bei dieser Gesetzesstelle wird sich die Frage aufdringen, wer unter dem Ausdrucke „*Vorgesetzte*“ gemeint ist. Man muss wohl annehmen, dass darunter sowohl der Beamte, als auch der Bergbau-Unternehmer zu verstehen sei.

Gegenüber dem Aufseher und Arbeiter ist der Beamte der *Vorgesetzte* derselben. Eine von diesem an jenen verübte Misshandlung würde zum Dienstaustritte ohne Aufkündigung berechtigen, weil der Dienstherr für seinen Beamten verantwortlich, jedoch nur in dieser speziellen Beziehung; denn rücksichtlich der Ehrenbeleidigung und Misshandlung im *strafgerichtlichen* Bereiche bleibt nur der Misshandelnde verantwortlich. Aber auch dem Bergbau-Unternehmer kann eine Misshandlung an dem Aufseher und Arbeiter zur Last fallen. Dass unter dem Ausdrucke: „*Vorgesetzte*“ auch der Bergbau-Unternehmer gemeint ist, geht aus der weiten Bestimmung hervor, dass auch der herabwürdigenden Behandlung erwähnt ist, welche *Beamte* von ihren *Vorgesetzten* erleiden. Der *Vorgesetzte* des Beamten kann in dieser Beziehung nur sein Dienstherr als Bergbau-Unternehmer sein.

§. 206.

Pflicht des Bergwerks-Besitzers zur Abrechnung mit dem Personale.

Jeder Bergbau-Unternehmer ist schuldig, mit seinem Aufsichts- und Arbeitspersonale wenigstens vierteljährig, bei dem Dienstesaustritte aber sogleich Abrechnung zu pflegen; wegen Forderungen, welche der Dienstherr an einen Arbeiter zu stellen hat, darf er ihm den Austritt aus dem Dienste nicht versagen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Abrechnung *muss wenigstens* vierteljährig, sie kann jedoch auch in kürzeren Zeiträumen geschehen.

Auf diese Nichtbefolgung ist die Strafe in dem §. 248 bestimmt.

Da der Dienstherr wegen den an seine Arbeiter zu stellen

habenden Forderungen denselben den Austritt aus dem Dienste nicht versagen darf, so ergibt sich hieraus, in Rücksicht auf die in dem §. 201 zulässige Aufkündigungsfrist die selbstverständliche, von dem Bergbau-Unternehmer (Dienstherrn) zu beobachtende Vorsicht, bei den üblichen Vorschüssen die sonstige Zahlungsfähigkeit (Vermögensumstände) derselben nicht ausser Acht zu lassen.

§. 207.

Befreiung der Löhnungen vom Beschlag und Execution.

Auf den Geding oder Schichtenlohn der Bergarbeiter findet weder gerichtliches Verbot noch Execution Statt.

Vor Allem muss bemerkt werden, dass dieser §. in seiner Formulirung nachträglich berichtigt wurde, und also lautet:

„Auf den Geding, nämlich Gedinglohn der Bergarbeiter findet weder gerichtliches Verbot noch Execution Statt.“

Schichtenlohn ist derjenige, welcher für die nach der Zeitdauer geleistete Arbeit; Gedinglohn aber der, welcher nach Mass der geleisteten Arbeit entrichtet wird.

Die Befreiung vom gerichtlichen Verbote und Exekution bezieht sich daher nur auf den Geding- nicht aber auch auf den Schichten-Lohn.

§. 208.

Ausfertigung der Entlassscheine.

Jedem Bergarbeiter oder Aufseher, ist bei seinem Austritte ein Abkehrschein (Entlassschein) auszufertigen, in welchem die Arbeiterclasse, in welche er gehört, die Bruderlade, welcher er einverleibt ist, und die Zeit, seit welcher er in dieselbe eingezahlt hat, endlich der Tag des Ein- und Austrittes aus dem Dienste, angeführt werden muss.

Arbeiter oder Aufseher, welche irgend einmal auf einem österreichischen Bergwerke gedient haben, dürfen ohne Entlassschein von keinem Bergwerks-Besitzer in den Dienst aufgenommen werden.

Der erste Absatz dieses §. bedarf keiner Erklärung. Bei dessen zweiten Absatze wäre zu bemerken:

Wenn Jemand bei einem Bergwerksbesitzer petirt, um

als Bergarbeiter oder Aufseher in Dienst aufgenommen zu werden, so muss er, wenn er auf einem österreichischen Bergwerke gedient zu haben angibt, einen Entlassschein (Abkehrschein) besitzen, widrigens ihn kein Bergbesitzer unter sonstiger Strafe von Fünf bis Fünfzig Gulden — §. 248 — in den Dienst aufnehmen darf, und weil bei einem derlei Ausweislosen vorausgesetzt werden muss, dass er sein voriges Dienstverhältniss, der Dienstordnung oder dem Dienstvertrag zuwider gebrochen hat.

Hieraus ergeben sich noch andere Folgerungen. Würde ein solcher Ausweisloser sein voriges, auf einem österreichischen Bergwerke bestandenes Dienstverhältniss verschweigen, so wird ihn natürlich kein Bergwerksbesitzer als ein in die Kategorie der Bergarbeiter oder Aufseher gehöriges Individuum ansehen, sondern ihn nur zu der Klasse der gewöhnlichen Taglohn-Arbeiter zählen dürfen, weil er eine Bergarbeiter-Klasse — 1. Absatz des §. 208 — nicht nachweisen kann.

Es ist auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass ein Bergarbeiter oder Aufseher, welcher seinen, auf einem österreichischen Bergwerke gehaltenen Dienst ordnungswidrig, sonach ohne Entlassschein (Abkehrschein) verlassen und wieder Dienst gefunden hat, (sei es gegen die Vorschrift des 2. Absatzes des §. 208 oder als eingeschlichener Taglohn-Arbeiter) von dem vormaligen, ihm Dienst gegebenen Bergwerke mittelst mündlicher oder schriftlicher Verständigung und Nachweisung entlarvt, und sonach aus seinem wieder erlangten Dienste entfernt werden kann.

Der Bergbau-Industrie wird diese gesetzliche Anordnung, als eine in die dienstlichen Verhältnisse die gebührende und nöthige Achtung bringende Massregel, unverkennbar förderlich sein.

§. 209.

Mannschaftsbuch.

Bei jedem Werke ist über alle Bergarbeiter und Aufseher ein ausführliches Mannschaftsbuch zu führen; dieses muss der Berg- und politischen Behörde, so oft es verlangt wird, vorgelegt werden.

Es ist zwar in diesem Berggesetze auf die Nichtbefolgung dieser Anordnung keine Strafe ausgesprochen; jedoch wird

die Bergbehörde, um dem Gesetze Achtung zu verschaffen, berechtigt sein, jene Vorschrift allenfalls mit arbiträren Geldstrafen befolgen zu machen.

Zehntes Hauptstück.

§. 210.

Pflicht zur Errichtung von Bruderladen.

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bergarbeiter, sowie ihrer Witwen und Waisen, sollen Bruderladen (Knappschaftscassen oder Versorgungsanstalten) bestehen.

Jeder Bergwerks-Besitzer ist daher verpflichtet, entweder bei seinem Werke für die selbstständige Errichtung einer solchen zu sorgen, oder sich darüber nach Genehmigung der Bergbehörde mit anderen Bergwerks-Besitzern zu vereinigen.

Wenn auch dieser §. nur der hilfsbedürftigen *Bergarbeiter*, ihrer Wittwen und Waisen erwähnt, so geht aus den §§. 208, 211 offenbar hervor, dass hiezu auch die Aufseher und ihre Angehörigen gerechnet sind.

Die Statuten für jede Bruderlade (Knappschaftskassa) bedürfen der bergbehördlichen Genehmigung, und wenn Bergwerksbesitzer sich rücksichtlich gemeinschaftlicher Errichtung von welchen Kassen vereinigen wollen, ist eine vorläufige abgesonderte bergbehördliche Genehmigung hiezu vorgeschrieben.

§. 211.

Pflicht zum Eintritt in dieselben.

Jeder bei einem Bergwerke aufgenommene Aufseher oder Bergarbeiter ist verpflichtet, der Bruderlade des Werkes, bei welchem er dient, als Mitglied beizutreten, und zu derselben den festgesetzten Beitrag zu leisten.

Der festgesetzte Beitrag ergibt sich aus §. 213—b.

§. 212.

Bruderladen-Statuten.

Für jede Bruderlade müssen von dem Eigenthümer oder der Direction des Bergwerkes, unter Mitwirkung eines von dem Arbeitspersonale zu wäh-

lenden Knappschafts-Ausschusses, eigene Statuten entworfen, und den Bergbehörden zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden.

Von schon bestehenden Instituten dieser Art kann die Bergbehörde Einsicht nehmen und selbe einer Prüfung unterziehen.

Die anbefohlene Beiziehung eines von dem Arbeiterpersonale gewählten Knappschafts-Ausschusses zu der Entwerfung der Statuten gründet sich in der billigen Berücksichtigung, dass das Arbeiterpersonale es ist, welches die Beiträge zu leisten, und den Umfang der eingehenden Verpflichtungen, und die anderweitigen, in diese Statuten — § 213 — aufzunehmenden Vorschriften zu berücksichtigen hat.

Dass die Intelligenz des Eigenthümers des Bergwerkes, oder dessen Direktors diesen Statuten-Entwürfen die entsprechende Richtung zu geben hat, ist im §. 212 angedeutet.

§. 213.

Die Statuten müssen die Vorschriften enthalten:

- a) Ueber die Anlage der Bruderlade-Matrikeln, und die Erhaltung derselben im richtigen Stande, sowie über die Bedingungen der Aufnahme in die Bruderlade;
- b) über die Grösse der Beiträge und die Art ihrer Einzahlung;
- c) über die Regeln zur Bestimmung des Masses der Unterstützungen aus der Bruderlade;
- d) über die Bedingungen, unter welchen der Anspruch auf Unterstützung erworben wird und verloren geht, z. B. durch auch nur zeitweiligen Austritt aus der Bergarbeit überhaupt;
- e) über die Art und Weise der Sicherstellung und Verwaltung des Vermögens der Bruderlade, die Haftung für dieselbe, der Prüfung und Erledigung der Rechnungen;
- f) über den Einfluss, welchen das Arbeitspersonale darauf zu nehmen hat;
- g) über das Verhältniss mehrerer vereinigten Bruderladen unter einander;
- h) über die Verfügung mit dem Vermögen für den Fall der Erlöschung des Bergwerkes, für welches die Bruderlade gegründet war.

In diesen statutenmässigen Vorschriften ist administrativen Ansichten und Beschlüssen Rechnung getragen.

Ueber die Punktationen a—h dieses §. liessen sich mancherlei Andeutungen und Ansichten geben, allein es würde

diess überflüssig und fruchtlos sein, weil jene grösstentheils von örtlichen und geschäftlichen Verhältnissen abhängen.

Nur ad d wäre zu bemerken, dass der Verlust des Anspruches auf Unterstützung dann unbillig erscheinen müsste, wenn der zeitweilige Austritt des Bergarbeiters wegen Mangel an Bergwerksbeschäftigung erfolgt ist.

Dieselben Vorschriften — a bis h — enthält auch der Entwurf eines Handels- und Gewerbe-Gesetzes — §. 315 — für den österreichischen Kaiserstaat rücksichtlich der Fabriks-Bruderladen.

Auf die Wichtigkeit der Bestimmung sub. e wird in der Erläuterung ad 3 des §. 268 hingewiesen.

§. 214.

Besitzer von Bergwerken, bei welchen eine gesetzmässig eingerichtete Bruderlade noch nicht besteht, sind bis zur Errichtung derselben verpflichtet, ihren erkrankten oder verunglückten Arbeitern wenigstens diejenige Hilfe zu leisten, welche nach den allgemeinen Gesetzen den Dienstherrn gegen ihre Dienstleute obliegt.

Die bis jetzt von den Bergwerks-Besitzern beobachtete Humanität liess ihren erkrankten oder verunglückten Arbeitern die unentgeltliche ärztliche Hilfe nebst Medikamenten zu Theil werden. Rücksichtlich der sogenannten Kranken-Schichten enthalten die alten Berggesetze besondere Verordnungen.

Am Schlusse dieses Hauptstückes ist nur noch beizufügen, dass unter der Benennung: „*Bergarbeiter*“ nicht bloss die bei dem Grubenbaue, sondern auch die bei den Aufbereitungs- und Hüttenwerken, wie sie der §. 131 bezeichnet, im Dienste stehenden Arbeiter verstanden sind.

Eilftes Hauptstück.

Von den Bergwerks-Abgaben.

§. 215.

Massengebühr.

Jedes verliehene Bergwerksmass unterliegt der periodischen Entrichtung einer Gebühr, welche halbjährig für jedes verliehene Grubenmass von 12.544

Quadrat-Klaftern und für jedes Tagmass von 32.000 Quadrat-Klaftern Grundfläche; für solche Grubenmassen hingegen, welche ein grösseres oder kleineres Mass halten, sowie von Ueberscharen, nach Verhältniss des Flächen-Inhaltes desselben bemessen wird; diese Gebühr heisst Massengebühr.

Der Bergbau wird von zweierlei Abgaben getroffen:

- a) von der Massengebühr, als einer festen (bestimmten) und
- b) von einer veränderlichen, nämlich von der Bergwerksfrohne (sonst Zehnt genannt).

Dass dem Bergbaue durch die, schon in der Erläuterung zu dem §. 120 bezeichnete Massengebühr, im Vergleiche der vormaligen Quatembergelder, eine Erleichterung zugegangen ist, kann um so weniger verkannt werden, als auch noch überdiess die sonstigen Frist- und Grubenrait-Gelder, oder derlei Gebühren, und alle unter dem Namen von Bergkameral- oder Berglehnstaxen bestandenen Gebühren behoben sind. Insbesondere kömmt diese Erleichterung den alten kleinen Massen zu Gute. (Siehe die Erläuterung zu Artikel VI.)

Aus der Stylisirung des §. 215 geht zugleich hervor, dass *jedes* verliehene Bergwerkmass, ohne Unterschied, ob es in Fristen oder im Betriebe, in Ausbeute oder Zubusse steht, der Massengebühr unterliegt.

Der §. 215 bedient sich der Ausdrücke: *Bergwerksmass*, *Tagmass* und *Grubenmass*.

In dem Ausdrücke: *Bergwerksmass* ist sowohl das Gruben- als auch das Tagmass begriffen. Unter *Grubenmass* aber ist nicht zugleich das *Tagmass* zu verstehen.

Hilfsbaue und Revierstollen — §. 85—90 — gehören nicht hieher, unterliegen daher als solche einer Massengebühr nicht.

Die ziffermässige Massengebühr richtet sich quotientaliter nach dem Flächeninhalte des Bergwerks-Objectes, nämlich der verschiedenen grösseren oder kleineren Masse. Auch die Uiberschare unterliegen je nach ihrem Flächeninhalte (analog mit dem alten Gesetze) der verhältnissmässigen Gebührenentrichtung.

Aus der Formulirung dieses §. 215 ergibt sich mit Rücksicht auf die darin hervorgehobenen, oben besagten dreierlei Ausdrücke der unbillige Schluss: dass Tagmasse, wenn sie auch weniger als den für sie zulässigen Flächen-Inhalt von 32000

Quadrat-Klaftern haben, dennoch die Massengebühr eines ganzen Masses entrichten müssen. Denn die zweite Abtheilung dieses §. spricht nur von Grubenmassen und Uiberscharen; nur für diese beiden ist der Quotient des Flächeninhaltes zulässig. Uiberschare sind bei Tagmassen ohnediess ausgeschlossen, nicht denkbar; (siehe die Erläuterung zu §. 71) und zu den *Grubenmassen*, deren die 2. Abtheilung des §. 215 rücksichtlich des quotientalen Flächen-Inhaltes erwähnt, dürfen die Tagmasse nicht gezählt werden. — §. 41. —

Wird aber in dieser Gesetzesstelle das quotientale Verhältniss auch auf Tagmasse ausgedehnt sein — was sich logisch gedacht als konsequent darstellt, und auch in den Vollzugsvorschriften zu diesem Gesetze ausgesprochen ist — in der grammatikalischen Auslegung dieses §. kann es nicht gefunden werden.

§. 216.

Die Massengebühr ist halbjährig vorhinein in den Monaten Juni und December jeden Jahres der Bergbehörde unfehlbar zu entrichten.

Diese Gesetzesstelle bedarf keiner Erläuterung.

§. 217.

Bei Grubenmassen, bei welchen nur die Höhe und Breite begränzt, die Erstreckung in das Feld (Länge) aber in die ewige Gränze geht (unbegränzt ist), ist die Massengebühr nach demjenigen Flächenmasse zu berechnen, welches sich aus der Multiplication der Breite mit der Höhe, beide in Klaftern ausgedrückt ergibt. Die sogenannten Längenmassen, welche eine wechselnde Schermbreite und unbestimmte Teufe (Länge und Höhe) haben, sind hinsichtlich der Massengebühr den einfachen Grubenmassen (§. 215) gleich zu halten.

In dem §. 215 ist der allgemeine Grundsatz ausgesprochen, dass die Massengebühr für solche *Grubenmasse*, welche ein grösseres oder kleineres Mass halten, (12544 Quadrat-Klafter als Einheit angenommen) nach Verhältniss des Flächeninhaltes zu entrichten kömmt. Dadurch ist bei den Grubenmassen rücksichtlich der Massengebühr-Entrichtung ein gleiches Verhältniss hergestellt, so dass nun z. B. die nach dem Patente vom Jahre 1805 auf Flötzbergbau mit einer Länge von 224 und

einer Breite von 112 Klaftern verliehenen Masse, gegenüber denen nach dem Patente vom Jahre 1819 verliehenen, die doppelte Massengebühr, nämlich für 25088 Quadratklafter Flächeninhalt zu entrichten haben, während im Gegentheile auf die vor dem Jahre 1805 in einem kleinern Flächeninhalte erworbenen Grubenmasse die mindere quotientale Massengebühr entfällt.

Es wäre übrigens wohl überflüssig, alle die Flächeninhalte der verschiedenen Grubenmasse in verschiedenen Provinzen (der alten, neueren und neuesten) hier numerisch namhaft zu machen, weil sie dem betreffenden Besitzer derselben ohnediess bekannt sind, und die Bergbehörde hiernach jene Gebühr abfordern wird.

Tagmasse. Gemäss der Patente vom 28. September 1804 und vom 23. März 1805 war sowohl der Flächeninhalt als auch die Form derselben festgesetzt. Ihre Länge betrug 500 Klft. ihre Breite 200 „
daher ein Flächenmass von 100000 Qklf.

Nach der allerhöchsten Entschliessung vom 2. März 1837 ist bei der Massenverleihung auf Saifenwerke (Tagmasse) eine Ausnahme zwar nicht in Betreff des Flächen-Inhaltes pr. 12544 Quad.-Klafter, sondern nur bezüglich der geradlinigen Auflagerung gestattet.

Der §. 77 des allgemeinen Berggesetzes bestimmt die Verleihbarkeit eines Tagmasses *bis* zu dem Flächenmasse von 32000 Wiener Quadrat - Klaftern. (Siehe auch die Erläuterung zu diesem §.)

§. 218.

Bei besonderen Bergbau-Berechtigungen, welchen keine nach den Berg-Ordnungen bestimmten Grubenmasse zu Grunde liegen, steht den Besitzern frei, die Massengebühr bis zu der vorgeschriebenen Regulirung des Feldes entweder nach der geometrischen Fläche des Letzteren, oder nach jener Ausdehnung zu entrichten, welche dem höchsten gesetzlichen Massen-Umfange für eine Verleihung gleichkommt.

Diese Gesetzesstelle findet schon durch den §. 270 eine theilweise Erklärung.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche wurden nämlich

Bergbauberechtigungen auf unregelmässige Gebirgsflächen, Reviere- und Landestheile, also nicht auf Grubenmasse nach Vorschrift der Berg-Ordnungen verliehen. Das höchste Mass derselben beträgt, 1,667.982 Quadrat-Klafter (6 Quadratkilometer). Solchen Bergbauberechtigten ist es freigestellt, insolange das Feld nicht regulirt ist, die Massengebühr entweder nach der geometrischen Fläche ihres Feldes, oder nach jener Ausdehnung zu entrichten, welche dem höchsten gesetzlichen Massen-Umfange für eine Verleihung gleichkommt.

Gemäss §. 47 begreift der höchste gesetzliche Massen-Umfang 8 Grubenmasse, (4 Doppelmasse) bei Stein- und Braunkohlen, und 4 Grubenmasse für alle anderen vorbehaltenen Mineralien. Ein solcher Bergbau-Privilegirter kann sonach, je nachdem es ihm finanziell vortheilhafter erscheint, die Massengebühr von so viel Mal 12544 Quadratklaftern (8 Grubenmassen) für sein ganzes privilegiertes Bergbau-Terrain entrichten. Im letztern Falle wird er in desto grösserem Vortheile sein, je mehr sich dieses Terrain dem Flächeninhalte von 1,667.982 Quadrat-Klaftern nähert, oder demselben gleich ist.

§. 219.

Bergwerks-Frohne.

Die Bergwerks-Frohne bleibt aufrecht. Sie wird nach einem besonders zu regelnden Massstabe von aus der Grube oder ihrem Zugehör (§§. 117, 131) gewonnenen vorbehaltenen Mineralien berechnet, die entfallende Frohne aber nach einem mit Rücksicht auf die Betriebs-Verhältnisse zu ermittelnden zeitweiligen Ablösungspreise in Geld entrichtet werden.

Der Ausdruck : „*Bergwerksfrohne*“ ist unverkennbar ein sachgemässer, weil diese, nicht wie der vormalige Bergwerks-Zehnt, den 10. Theil des gewonnenen Bergwerks-Produktes begreift.

Der in dieser Gesetzesstelle erwähnte, die Bergwerksfrohne regelnde Massstab ist bereits mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. September 1854 (Finanzministerial-Verordnung vom 4. October 1854) erfolgt.

Der wörtliche Inhalt derselben wird hier beige fügt :

In Gemässheit der, mit Allerhöchster Entschliessung vom 28.

September 1854 ertheilten Ermächtigung, wird in Ausführung der §. §. 215—219 des, mit dem kais. Patente vom 23. Mai 1854 kundgemachten allgemeinen Berggesetzes und zur gedeihlicheren Ordnung der, bis nun bestandenen Bergwerks-Abgaben verordnet, wie folgt:

§. 1.

Mit dem Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen Berggesetzes wird die, in dem §. 215 desselben vorgezeichnete jährliche Massengebühr mit Sechs Gulden für jedes Grubenmass von 12544 Quadrat-Klaftern und jedes Tagmass mit 32000 Quadrat-Klaftern als Einheit genommen, nach Vorschrift des §. 216 des allgemeinen Berggesetzes, und mit Beobachtung der in den §. §. 217 und 218 dieses Gesetzes vorkommenden Bestimmungen bemessen.

§. 2.

Die Entrichtung der Massengebühr von jedem verliehenen Bergwerksmasse findet ohne Unterschied Statt, das Bergwerk, zu welchem sie gehören, möge im Betriebe oder in Baufristung, im Ertrage oder in Einbusse stehen.

Bergbau-Concessionen, §. §. 85, 90 des allgemeinen Berggesetzes, sind von dieser Abgabe frei.

§. 3.

Mit der Entrichtung der Massengebühr hören alle Zahlungen an Frist-, Quatember-, Grubenrait-Geldern oder derlei Gebühren von Bergwerksmassen (auch fixe Frohne genannt), endlich die Entrichtung sämtlicher bisher unter dem Namen von Bergcammeral- oder Berglehenstaxen bestandenen Gebühren auf.

§. 4.

Wo derlei Gebühren von Grubenmassen an Bruderladen oder allgemeine Revierskassen zur Bestreitung gemeinschaftlicher Reviersauslagen eingezahlt werden, oder in Zukunft zu diesem Ende eingeführt werden sollen, hängt die Beibehaltung oder neue Einführung derselben von den Bestimmungen über die Bruderladen (§. 210 des allgemeinen Berggesetzes) und der Revierstatuten (§. §. 274, 275 des allgemeinen Berggesetzes) ab.

§. 5.

Die Abgabe der Bergwerksfrohe (§. 219 des allg. Berggesetzes), hat mit dem Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen Berggesetzes nach folgenden Bestimmungen zu geschehen :

a) Von allen jenen vorbehaltenen Mineralien, welche in der Form, wie sie aus den Bergbauen oder Tagmassen genommen wurden, oder mit unwesentlicher Veränderung derselben in Verkehr gesetzt werden, wie z. B. Crudo-Gold, Bleiglänze zur Töpferglasur, Anthrazite, Schwarz- und Braunkohlen, Graphit, Erdharze udgl., ist die Frohe mit Fünf vom Hundert der zu Tage geförderten Mineralien, nach dem Verkaufswerthe derselben an dem Bergwerke, beim Gold und Silber nach ihrem gesetzlichen Einlösungswerthe im Gelde zu entrichten.

b) Von dieser Abgabe sind jene Mengen der geförderten mineralischen Brennstoffe (§. 3 des allgemeinen Berggesetzes) befreit, welche zur Maschinenfeuerung bei dem Grubenbaue jenes Bergwerkskomplexes verwendet werden, innerhalb welchem sie gewonnen wurden.

c) Von jenen vorbehaltenen Mineralien, welche nur nach wesentlicher Veränderung ihrer Form oder Darstellung gewisser nutzbarer Bestandtheile derselben durch Amalgamation, Destillation, Sublimation, Extraktion, Schmelzung, Auslaugung, Cementation oder dgl. zum Verkehrsgegenstande werden, z. B. als Metall, Schwefel, Alaun, Vitriol udgl., ist die Bergwerksfrohe mit Drei vom Hundert der erzeugten Rohprodukte, nach dem Verkaufswerthe derselben am Hüttenwerke, beim Gold und Silber nach ihrem gesetzlichen Einlösungswerthe im Gelde abzuführen.

d) Von jenen vorbehaltenen Mineralien, welche Behufs ihrer vorerwähnten Umgestaltung in das Ausland ausgeführt werden wollen, ist die Bergwerksfrohe nach den unter a) vorgezeichneten Bestimmungen zu entrichten.

§. 6.

Dort, wo die Entrichtung der Bergwerksfrohe an einzelne Privatpersonen, sie mag unter was immer für einem Namen bestehen, bis nun nicht gesetzlich aufgehoben worden ist, haben die Berechtigten noch so lange im Fortbezuge derselben nach dem neuen Ausmasse zu verbleiben, bis die Schadloshaltung ausgemittelt ist.

§. 7.

Die Berechnung und Einhebung der gesetzlichen Bergwerksfrohne von Gold und Silber erfolgt bei der Einlösung dieser edlen Metalle für den Staat von den hierzu bestimmten öffentlichen Aemtern.

§. 8.

Der Werth der geförderten vorbehaltenen Mineralien oder der hieraus dargestellten Bergwerks-Produkte ergibt sich aus dem Verkaufspreise derselben am Berg- oder Hüttenwerke.

Werden diese Mineralien oder Produkte nicht am Werke, sondern an entfernteren Plätzen verkauft, so hat der erhobene Marktpreis nach Abschlag der Transportkosten zum Absatzorte als Grundlage der Bewerthung zu dienen.

Findet jedoch ein Verkauf des geförderten Minerals oder Rohproduktes gar nicht Statt, sondern wird dasselbe von dem Producenten selbst verwendet, verbraucht oder weiter verarbeitet, so ist der Werth durch anderwärtige Ankaufspreise desselben Produktes am Verbrauchsorte, oder durch die Verkaufspreise bei anderen benachbarten Werken zu ermitteln; wenn aber auf keine dieser Arten der Werth zu erheben sein sollte, der eigene wahre Gestehungspreis des Bergwerksbesitzers mit Zuschlag von 5 Pzt. zum Anhalte zu nehmen.

§. 9.

Die Bemessung der Bergwerksfrohne erfolgt auf Grundlage von Frohnausweisen, über deren Form und Inhalt die erforderlichen Bestimmungen erfließen werden.

Diese Frohnausweise hat jeder Bergwerksbesitzer oder dessen Bevollmächtigter (§. 188 des allg. Berggesetzes) längstens binnen 14 Tagen nach Ablauf jeden Vierteljahres bei derjenigen Bergbehörde zu überreichen, in deren Bezirk das frohnpflichtige Berg- oder Hüttenwerk liegt.

§. 10.

Unterbleibt innerhalb dieser Frist die Ueberreichung des Frohnausweises, so hat die Bergbehörde dieselbe im Sinne der §§. 224 und 250 mit Strafandrohung und Strafbemessung zu betreiben. Bleibt beides ohne Wirkung, oder wiederholen sich die Fälle der Vernachlässigung dieser Vorschrift, so steht der Bergbehörde zu, die nöthigen

Erhebungen zur Verfassung eines ämtlichen Frohnausweises auf Kosten des säumigen Bergwerksbesitzers an Ort und Stelle zu veranlassen.

Zu diesem Ende hat die Bergbehörde das Recht, durch ihren Abgeordneten in die Erzeugungs-Verwendungs- und Verkaufsbücher, sonstige Register oder Werksrechnungen Einsicht nehmen, die Betriebsverhältnisse erheben, die Werksbeamten, Aufseher oder Arbeiter vernehmen zu lassen, und nach diesen Daten die Frohne zu bemessen.

§. 11.

Die Prüfung der Frohnausweise, sowohl rücksichtlich der Form, als der Vollständigkeit des Inhaltes, obliegt der Bergbehörde, welche damit mit aller Beschleunigung vorzugehen, und im Falle von Bedenken und Zweifeln sich die erforderlichen Aufklärungen und Nachweisungen vorlegen zu lassen hat.

Wird diesen Aufträgen der Bergbehörde nicht, oder nicht genügend entsprochen, so kann dieselbe nach Weisung des §. 10 weiter das Amt handeln.

§. 12.

Auf Grund der geprüften und richtig gestellten Frohnausweise bestimmt die Bergbehörde die Frohnbeträge; welche jeder Frohnpflichtige für das abgelaufene Vierteljahr zu entrichten hat, und setzt denselben hiervon mittelst eines Abfuhrsauftrages in die Kenntniss.

§. 13.

Beschwerden gegen Frohnbemessungen der Bergbehörden sind nach Vorschrift der §§. 230, 231 des allgemeinen Berggesetzes anzubringen, sie haben jedoch keine aufschiebende Wirkung, sondern geben im Falle eines günstigeren höheren Erkenntnisses nur das Recht, den Rückersatz der ungebührlich bezahlten Frohne ansprechen zu können.

§. 14.

Absichtliche Verkürzungen des Frohngefälles sind mit dem dreifachen Betrage der versuchten oder erfolgten Verkürzung, und wenn letztere nicht ziffermässig erhoben werden kann, mit einer Geldstrafe von Zehn bis Hundert Gulden zu ahnden.

§. 15.

Auf die Einbringung der Massen- und Frohngebühren haben die über die Einbringung der direkten Steuern bestehenden Vorschriften Anwendung zu finden.

§. 16.

Abgaben, welchen Bergwerke nach den Gesetzen über Einkommensteuer, dann über Gebühren von Rechtsgeschäften, Urkunden, Schriften u. s. w. unterliegen, bleiben durch gegenwärtige Verordnung unberührt.

Das Princip der Verpflichtung zur Bergwerksfrohnne enthält viererlei Hauptbestimmungen oder Kathegorisirungen, nämlich : in dem §. 5 sub a c d und in dem 3. Absatze des §. 8. Von dieser Verpflichtung wird theils der *Bergwerks-* theils der *Hüttenwerks-*Betrieb betroffen.

Die Entrichtung geschieht im Gelde, nicht mehr in natura.

Der Bergwerks-Betrieb hat sich nach §. 5-a; der Hüttenwerks-Betrieb nach §. 5-c zu richten.

Bei dem §. 5-a sind folgende Gesetzes-Ausdrücke : „*in der Form*“ wie sie (nämlich die Mineralien) aus den Bergbauen oder Tagmassen gewonnen wurden ; dann „*mit unwesentlicher Veränderung derselben,*“ (nämlich der Form) und „*in Verkehr gesetzt werden*“ insbesondere zu beachten.

Zur Vermeidung einer weitläufigen theoretischen Umschreibung möge nachstehende praktische Darstellung dienen.

Die aus den Bergbauen gewonnene Steinkohle hat dadurch, dass sie von dem allenfallsigen Zwischenmittel des Schieferthones geschieden wurde, eben so wenig ihre *Form wesentlich* verändert, als wenn Bleiglanz, Graphit u. s. w. von den sie umgebenden oder einschliessenden nutzlosen Theilen getrennt werden mussten.

Alle diejenigen vorbehaltenen Mineralien also, *welche in Verkehr gesetzt werden*, ohne dass es nothwendig war, nach ihrer Gewinnung, ihre *Form* auf irgend eine Weise *wesentlich* zu verändern, sind sub a des §. 5 subsumirt, unterliegen der Bergwerksfrohnne mit fünf vom Hundert nach dem Verkaufswerthe derselben am Bergwerke im Gelde, und es müssen hierüber die $\frac{1}{4}$ jährigen Frohnansweise eingebracht werden.

Werden derlei Mineralien (a des §. 5) nicht am Werke, sondern an entfernten Orten verkauft, so ist sich nach dem 2. Absatze des §. 8 zu richten.

Werden sie aber nicht in Verkehr gesetzt, so treten die Bestimmungen des §. 5—b und des 3. Absatzes des §. 8 ein. Bei ihrem Exporte in das Ausland findet eine weitere (wiederholte) Verfrohnung nicht Statt (§. 5—d).

In die Unterabtheilung sub c des §. 5, wo der Gesetzes-Ausdruck: „*Rohprodukte*“ nicht übersehen werden wolle, sind alle anderweitigen vorbehaltenen Mineralien, auf welche nicht sub a hingewiesen ist, zu subsumiren. Es sind dies alle diejenigen, welche *nur* nach *wesentlicher* Veränderung ihrer *Form* oder Darstellung gewisser nutzbarer Bestandtheile derselben u. s. w. zum *Verkehrsgegenstande* werden.

Der Begriff: „*Verkehrsgegenstand*“ ist hier von dem Gesetze in einem engern Sinne, als im gewöhnlichen Sprachgebrauche genommen. Dieser anerkennt alles Dasjenige für verkehrsfähig, was irgend einen Werth hat und veräusserlich ist; nicht so aber diese Gesetzesstelle; denn z. B. Alaun- und Vitriolschiefer, Schwefelkies, Bleierz, Eisenerz u. s. w. haben Werth und sind veräusserlich, werden aber von diesem Gesetze (mit Ausnahme des Bleiglanzes) als Verkehrsgegenstände nicht angesehen.

Die sub a und die sub c des §. 5 bezeichneten Mineralien müssen daher von einander wohl unterschieden werden.

Wenn Schwefelkies bei seiner Gewinnung aus den Letten geschieden, wenn das Eisenerz geröstet oder gepocht, wenn das Bleierz u. s. w. (den Bleiglanz ausgenommen) von den, mit demselben vermengten nutzlosen Theilen gereinigt (durch Pochen, Schlemmen); wenn der aus dem Bergbaue in grössern Stücken gewonnene Vitriolschiefer, Behufs dessen schnellerer Zersetzung in den Halden, zerkleinert wird: so ist an der *Form* dieser vorbehaltenen Mineralien keine *wesentliche Veränderung* vor sich gegangen.

Sie gehören aber ungeachtet dessen *nicht* zu den, in dem §. 5—a bezeichneten Mineralien; sie unterliegen einer 5⁰/₁₀₀ Bergwerksfrohn *nicht*, und sind *als solche*, so wie alle diejenigen, welche nur auf dem sub c des §. 5 angedeuteten Wege zum

Verkehrsgegenstände werden, einer Bergwerksfrohe *nicht* unterworfen. Ihre ausnahmsweise Frohnpflichtigkeit tritt nur unter den sub d des §. 5 obwaltenden Umständen ein, wenn sie nämlich Behufs ihrer Umgestaltung in das Ausland ausgeführt werden wollen.

Die Schuldigkeit der Bergwerksfrohe von den Mineralien dieser Kategorie (§. 5—c) beginnt erst mit jener Phase, als aus denselben das erste Produkt auf den sub c angedeuteten Wegen, z. B. aus dem Schwefelkiese Schwefel, aus dem Eisenerze Roheisen, aus dem Vitriolschiefer Vitriolstein, aus Bleierzen Blei (mit Ausnahme des Bleiglanzes) hergestellt wird.

Unter dem sub c des §. 5 gebrauchten Ausdrücke: „*Rohprodukte*“ sind nicht die geförderten Mineralien, als Urprodukte, sondern die hier besagten, aus diesen Mineralien gewonnenen ersten Erzeugnisse zu verstehen; was überhaupt aus diesem Gesetze, und speziell aus dem §. 8 hervorgeht, in welchem der geförderten vorbehaltenen Mineralien, *und* der hieraus dargestellten Rohprodukte erwähnt ist.

Die Meinung, als ob von den sub c bezeichneten Mineralien, wie sie aus den Bergbauen oder Tagmassen als Urprodukte, ohne irgend einer mit ihnen oben ad c angedeuteten Weise vorgenommenen Veränderung oder Umgestaltung kommen, die 3 pCt. Bergwerksfrohe zu entrichten sei, erscheint als eine unrichtige. Dass diess nicht der Fall ist; dass also Eisenerz, Schwefelkies, Bleierz (ausschliesslich des Bleiglanzes) Vitriolschiefer u.s.w. *als solche* der 3 pCt. Bergwerksfrohe nicht unterliegen, wird insbesondere damit begründet, dass sich sonst die Gesetzgebung

1. in dem Absatze c des §. 5 statt des Ausdruckes: „*Verkaufswerth*“ des Wortes: „*Ankaufswerth*“ bedient haben würde.
2. dass es in dem Absatze a des §. 5: „*an dem Bergwerke*“ in dem Absatze c aber: „*am Hüttenwerke*“ heisst.
3. Laut §. 5—a wird die Bergwerksfrohe von den *zu Tage geförderten Mineralien*; gemäss c desselben §. aber mit Drei vom Hundert der *erzeugten Rohprodukte* bemessen.

Unter Rohprodukten sind also nicht die *geförderten Mineralien* zu verstehen, denn sonst hätte sich der Gesetzgeber desselben Ausdruckes (Mineralien) wie ad a bedient..

4. In dem 1., 2. und 3. Absatze des §. 8 sind nebst dem Ausdrucke: „*Mineralien*“ auch noch die Ausdrücke: „*Produkte*, *Rohprodukte*, *Bergwerksprodukte*“ gebraucht, welche Ausdrücke als überflüssig erscheinen würden, wenn unter letzteren die sub c angedeuteten Mineralien verstanden werden sollten, weil sie schon in dem Ausdrucke: „*Mineralien*“ begriffen wären.

Der in diesen 3 Absätzen des §. 8 vorkommende Ausdruck: „*Mineralien*“ ist eben absichtlich als Gegensatz zu den Produkten (Bergwerks-Produkten) gebraucht, und umfasst *nur* die ad a des §. 5 gemeinten Mineralien, nicht aber die ad c desselben §. angedeuteten. Letztere sind rücksichtlich der Frohnpflicht als exempt anzusehen; an ihre Stelle tritt das aus ihnen geschaffene *frohnpflichtige Produkt*.

Diese Erzeugungs-Phase ist aber in bestimmten Grenzen gehalten. Sie reicht rücksichtlich der Frohnpflicht nur so weit, als sie nicht in das spezielle Industrie-Bereich eingreift, den Begriff von Rohprodukt nicht überschreitet, nicht das sogenannte Kaufmannsgut herstellt. Darum werden Frisch- und Walzwerke, Eisen- und Stahlzerrenherde, Gussstahlöfen, Stahl- und Raffinirwerke, Eisen-, Stahl-, Streck- und Blechwalzwerke und Hammerwerke dieser Art; Salz-, Salpeter-, Schwefelsäure, Oleum (Nordhäuser Säure) erzeugende Fabriken einer Bergwerksfrohn nicht unterliegen.

Diese Pflicht trifft nur diejenigen Schmelzöfen, welche Roheisen und Gusswaaren, Blei, Zinn u. s. w.; dann die Hüttenwerke, welche Vitriolstein, Alaun, Vitriol, Schwefel u. s. w. als Rohprodukte darstellen.

Unter die Kategorie des Roheisens ist selbstverständlich auch die bei dem Schmelzprozesse hervorgebrachte flüssige Masse, aus welcher unmittelbar Gusswaaren dargestellt werden, zu subsumiren, und daher in den Frohnanzeigen das Roheisen, die Gusswaaren und die andern hier angedeuteten Rohprodukte *quantitativ* und nach ihrem *Verkaufswerthe* am Hüttenwerke anzugeben.

Rücksichtlich derlei Gusswaaren ergibt sich aber noch ein besonderes Raisonement.

Da von dem Gesetze nur das Rohprodukt mit der Bergwerksfrohn belegt ist, eine Gusswaare, obgleich sie unmittel-

bar bei dem Schmelzprozesse dargestellt wird, schon als ein Verkehrsgegenstand (Kaufmannsgut) erscheint, (§. 5—c); so sind z. B. die in bestimmten Formen mit Fugen erzeugten Roheisen-Platten, alle gusseiserne Geschirre, Maschinen und Maschinen-Bestandtheile u. s. w. — als aus dem ersten Schmelzprodukte, nämlich aus der in Weissglühhitze stehenden flüssigen Roheisen-Masse dargestellt — nicht mehr das eigentliche Rohprodukt, sondern die flüssige Masse ist es, an deren Stelle die Gusswaare (Gusswerk) getreten ist.

Hieraus fliesst, dass zwar alle Gusswaare (Gusswerk) in den Frohnausweisen *quantitativ* angeführt werden muss, der *Verkaufswerth* aber (§. 5—c) auf den Werth des in diesen Gusswaaren enthaltenen Rohproduktes (Roheisens) zurückzuführen ist; weil mit der Herstellung eines Gusses auch noch Akte der speziellen Industrie, als z. B. die Anfertigung komplizirter, kostspieliger Gussformen, Modelle u. s. w., wodurch der Werth des Rohproduktes erhöht wird, verbunden sind, auf welche aber das Gesetz keine Frohne gelegt wissen will.

In Betreff der Bleierze wird derselbe Grundsatz wie bei allen andern Erzen, aus denen erst das Rohprodukt auf den sub c des §. 5 angedeuteten Wegen geschaffen werden muss, anzuwenden sein. Auch sie unterliegen als solche einer Frohnabgabe nicht, weil sie nach dem Gesetze nur ein Mineral, aber kein Rohprodukt (§. 5—c) sind.

Nur macht hievon der Bleiglanz eine Ausnahme, weil er, (was schon seine Benennung: „Verschleiss-Erze“ selbst andeutet) sogleich nach seiner Gewinnung aus dem Bergbaue, ohne wesentliche Veränderung seiner Form, nach einer blossen Handscheidung, ein Verkehrsgegenstand, (Kaufmannsgut) ist, (§. 5—a).

Die dritte Bestimmung über die Bergwerksfrohne ist sub d des §. 5 enthalten: dass nämlich von den sub c des §. 5 bezeichneten Mineralien, wenn sie Behufs ihrer eben daselbst angedeuteten Umgestaltung in das Ausland ausgeführt werden wollen, die Bergwerksfrohne mit Fünf vom Hundert nach dem Verkaufswerthe derselben am Bergwerke, im Gelde entrichtet werden muss.

Eisen-, Blei-, Zinn-, Kupfer- u. s. w. Erze; Vitriolschiefer,

Schwefelkies u. s. w. haben daher vor ihrer Ausfuhr in das Ausland, Behufs ihrer weitem Umgestaltung, eine 5 pCt. Bergwerksfrohn zu entrichten. Von einer Zollentrichtung gegen die Gränzen der Zollvereinsstaaten sind diese Mineralien befreit. Der Bleiglanz aber, als zu dieser Kategorie nicht gehörig, ist auch gegen diese Gränzen zollpflichtig. (Abtheilungszahl 39 des allg. österreichischen Zolltarifes vom 8. Dezember 1853).

Gemäss §. 5 — b sind von der Bergwerksfrohn befreit: *jene* Mengen der geförderten mineralischen Brennstoffe (alle Arten von Stein- und Braunkohlen) *welche* zur Maschinenfeuerung bei dem *Grubenbaue* jenes Bergwerks-Complexes verwendet werden, *innerhalb* welchem sie gewonnen wurden.

Hieraus fliesst leicht verständlich, dass der mineralische Brennstoff zur Maschinenfeuerung *nur* bei dem Grubenbaue z. B. Behufs der Wasserlösung, Mineralförderung, *nicht* aber auch bei dem Betriebe von Maschinen bei Werkstätten frohnfrei ist; weil bei diesen, resp. bei der Herstellung des bloß einer 3 pCt. Bergwerksfrohn unterliegenden Rohproduktes auch diese Kosten bereits berücksichtigt, d. i. eingerechnet sind; während mittelst der fraglichen Maschinen die Förderung des mit 5 pCt. pflichtigen Minerals, als Urstoff, ermöglicht wird.

Aus der Textirung derselben Gesetzesstelle ergibt sich ferner: dass der mineralische Brennstoff zur Maschinenfeuerung *nur* dann frohnfrei ist, wenn er innerhalb des Bergwerks-Complexes, wo er verwendet wird, auch gewonnen wurde. Hiernach wird die Stein- und Braunkohle, welche der Besitzer derselben zur Feuerung einer z. B. bei *seinem* Steinkohlen- oder Eisenstein-Bergbaue bestehenden Dampfmaschine verwendet, die Frohnfreiheit nicht geniessen, wenn letztere Bergbaue nicht zu demjenigen Bergwerks-Complexe gehören, *innerhalb* welchem jenes Brennmaterial gewonnen wurde, obgleich diese Verwendung bei dem *Grubenbaue* geschieht.

Der in dieser Finanz-Ministerial-Verordnung gebrauchte Ausdruck: „*Bergwerks-Complex*“ kommt in dem allgemeinen Berggesetze nirgends vor. Im deutschen Sprachgebrauche versteht man unter *Complex* etwas Zusammengesetztes, mehrere Dinge in sich Fassendes, was auf die §§. 117, 118, 111 und 112 des allgemeinen Berggesetzes hindeutet.

Es ist daher in Bezug des §. 5—b der angerufenen hohen Ministerial-Verordnung für den Bergwerksbesitzer von besonderer Wichtigkeit, seine Bergwerks-Entitäten gemäss §. 111 zu einem ganzen Complexe bergbücherlich vorschreiben zu lassen, um die bergfrohnfreie Verwendung des mineralischen Brennstoffes bei seinen Grubenbauen zu geniessen.

In dem §. 8 ist die vierte Kathégorisirung der Bergwerksfrohne ausgesprochen.

Unter dem, in diesem §. gebrauchten Ausdrücke: „*Mineralien*“ sind alle diejenigen zu verstehen, welche in dem §. 5—a angedeutet werden; von diesen kömmt, je nach dem Verkaufspreise derselben am Bergwerke die 5percentige Bergwerksfrohne zu entrichten.

Die aus solchen Mineralien dargestellten *Bergwerks-Produkte* — §. 5 - c — sind eben nach ihrem Verkaufspreise am Hüttenwerke mit 3 pCt. frohnpflichtig.

Werden aber die Mineralien nicht am Bergwerke, oder die Bergwerks-Produkte nicht am Hüttenwerke, sondern vielleicht in hiezu bestimmten Niederlagen verkauft, so gibt der erhobene Marktpreis, jedoch nach Abschlag der Transportkosten zu diesem Absatzorte, den Massstab zur Frohnbemessung.

Wenn z. B. der in die Niederlage zu N. N. gelieferte Schwefel pr. 1 Zentner im Marktpreise mit 8 fl. steht, und auf die Transportkosten pr. 1 Zentner 40 kr. entfallen, so kömmt von den erübrigenden 7 fl. 20 kr. die 3percentige Frohne mit $13\frac{1}{5}$ kr. zu entrichten.

Zum 3. Absatze des §. 8.

Der Fall, dass der Preis des Minerals oder des Rohproduktes auf keine der in diesem Absatze angedeuteten Arten zu ermitteln wäre, wird wohl äusserst selten eintreten. Wenn es aber dennoch Statt findet, so würde der Werth damit zu ermitteln sein, dass zu den Gestehungskosten des *Bergwerks-Besitzers* noch 5 Perzent hinzugeschlagen werden, und von diesem sich ergebenden Gesamtbetrage die Bergwerksfrohne berechnet wird.

Wenn z. B. die Gestehungskosten von 100 Zentnern des *Minerals* x auf 10 fl. zu stehen kommen, so wären 5 Perzent,

daher 30 kr. zuzuschlagen, und nun von 10 fl. 30 kr. die 5perzentige Bergwerksfrohe mit 31½ kr. zu entrichten.

Die weitem Gesetzesstellen jener allerhöchsten Entschliesung — §. 9 bis 16 — bedürfen keiner Commentirung.

Zwölftes Hauptstück.

Von der Oheraufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und den Verfahren bei denselben.

§. 220.

Pflicht der Oheraufsicht.

Zufolge der den Bergbehörden zustehenden Oheraufsicht über den Bergbau-Betrieb, haben dieselben über die Erfüllung der Pflichten zu wachen, welche das Berggesetz den Bergbau-Unternehmern auferlegt, und in allen Fällen einzuschreiten, in welchen die Erhaltung des Bergbaues oder dessen Beziehungen zu öffentlichen Rücksichten besondere Vorkehrungen erfordern.

§. 221.

Alle hiezu erforderlichen Untersuchungen sind von Amtswegen zu pflegen. Insbesondere sind die Bergbehörden verpflichtet:

- a) alle Bergwerke ihres Bezirkes von Zeit zu Zeit durch Abgeordnete untersuchen, und sich über den Befund Bericht erstatten zu lassen;
- b) durch ihre Abgeordneten Einsicht, jedoch unter strenger Wahrung des Amtsgeheimnisses, in die Betriebspläne und Karten zu nehmen, und die Revierskarten (§. 185) hiernach berichtigen zu lassen;
- c) alle Verfügungen zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Befolgung der Vorschriften des Berggesetzes zu sichern;
- d) im Falle des Eintrittes gefährlicher Ereignisse, welche um sich zu greifen, und dadurch dem Bergbau im Allgemeinen nachtheilig zu werden drohen, oder wegen welcher sie von einzelnen Betheiligten zur Hilfe aufgefordert werden, die örtliche Untersuchung zu pflegen, und im Falle die, von der Betriebsleitung getroffenen Anstalten nicht genügen, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Von den Kosten derjenigen Commissionsreisen, welche aus der, von den Bergbehörden handhabenden Oheraufsicht erwachsen, werden die Bergbau-Unternehmer nicht getroffen, sie

haben hierauf nichts beizutragen, weil derlei Untersuchungen von *Amtswegen* gepflogen werden.

Diese Befreiung würde aber dann aufhören, wenn die in dem §. 224 bezeichneten Umstände vorhanden sind.

Welche Individuen als Abgeordnete zu derlei Untersuchungen gewählt werden sollen — §. 221—a — ist in dem Gesetze nicht ausgesprochen; nur die Vollzugsvorschriften deuten auf das Institut der vormaligen Berggeschwornen hin. Aber auch unbefangene und vertrauenswürdige Bergbeamte von Staats- und Privatbergwerken können — wie die Vollzugsvorschriften besagen — zu örtlichen Untersuchungen abgeordnet werden, wenn dabei eine Kosten- und Zeitersparniss verbunden, der Abzuordnende seiner Aufgabe gewachsen, und gegen denselben von Seite der Bergwerks-Besitzer ein Bedenken nicht erhoben worden ist.

Zu den gefährlichen Ereignissen, welche um sich greifen und dadurch dem Bergbau im Allgemeinen nachtheilig zu werden drohen — §. 221—d, werden z. B. Grubenbrände gehören.

§. 222.

Bei Ereignissen im Bergbau-Betriebe, welche die Sicherheit der Personen, Gebäude, Grundstücke, Heilquellen, Brunnen oder andere Anlagen gefährden, hat die Bergbehörde die erforderlichen Sicherheitsmassregeln, in der Regel mit Beiziehung der politischen Behörde, anzuordnen. Bei Gefahr im Verzuge jedoch hat die nähere, oder die früher in die Kenntniss des Ereignisses kommende Behörde, mit Beiziehung der erforderlichen Sachverständigen, die unaufschieblichen Anstalten zur Rettung und Sicherheit zu treffen, über die weiteren Vorkehrungen aber das vorgeschriebene Einvernehmen zu pflegen.

Ereignisse, welche die Sicherheit der Personen und des Eigenthums gefährden, können mannigfaltig sein z. B. der drohende Einsturz von über dem Grubenbaue befindlichen Gebäuden, Wegen, Chausséen, der wirkliche Einsturz derselben; Verschüttungen der Arbeiter in der Grube; die Ableitung der Brunnen durch das Fortschreiten der Stollen, Strecken und Orte u. s. w. Zur Hilfeleistung bei derlei Unglücksfällen sind die Bergbau-Unternehmer gemäss §. 190 verpflichtet.

§. 223.

Jeder Werksleiter oder dessen Stellvertreter ist verpflichtet, Ereignisse dieser Art der nächst gelegenen politischen oder Bergbehörde sogleich anzuzeigen.

Auf die Nichtbefolgung dieser gesetzlichen Anordnung ist die Strafe in dem §. 249 bestimmt.

§. 224.

Um den Vollzug der Anordnungen zu sichern, welche von den Bergbehörden in Ausübung der Oberaufsicht über den Bergbau-Betrieb getroffen werden, sind dieselben berechtigt, in soferne eine, binnen einer entsprechenden Zeitfrist wiederholte Ermahnung ohne Erfolg bleibt, angemessene Geldstrafen zu verhängen, oder wenn die Unfähigkeit des Werkleiters die Sicherheit oder den Fortbestand des Bergwerkes gefährdet, bis zur Behebung dieses Uebelstandes von Seite des Bergwerks-Besitzers auf Gefahr und Kosten desselben, einen sachverständigen Werksleiter aufzustellen, und im Falle der Nothwendigkeit zur Ausführung ihrer Anordnungen sich Behufs der Anwendung der Zwangs-Massregeln an die politische Behörde zu wenden.

Die Wichtigkeit des Gegenstandes bringt es mit sich, dass der bergbehördlichen Verfügung auch der wirkliche Vollzug werde.

Der §. 250 ahndet die Nichtbefolgung mit einer Geldstrafe von 10 bis 100 Gulden. Die zulässige Entfernung eines unfähigen Werksleiters ist in dem §. 224 ausgesprochen.

§. 225.

Bergbehörden.

Zur Handhabung dieses Gesetzes bestehen:

- a) in erster Instanz die Berghauptmannschaften entweder unmittelbar oder mittelbar durch exponirte Berg-Commissäre;
- b) in zweiter Instanz die für einzelne Kronländer oder für mehrere derselben gemeinschaftlich aufgestellten Ober-Bergbehörden;
- c) in dritter Instanz das Finanzministerium.

§. 226.

Verfahren der Behörden über Gesuche der Parteien

Gesuche der Parteien können bei den Bergbehörden, in soferne Ausnahmen nicht ausdrücklich festgesetzt sind, sowohl schriftlich als mündlich angenommen werden.

Im letztern Falle muss stets ein Protokoll aufgenommen werden.

Siehe die Erläuterung zu §. 15.

§. 227.

Hinsichtlich der Verrechnung der Fristen.

Alle in dem Berggesetze vorgeschriebenen Fristen laufen ununterbrochen fort, nur wenn der letzte Tag einer Frist auf einen Sonn- oder gesetzlich anerkannten Feiertag fällt, läuft die Frist erst mit dem nächsten Werktag zu Ende.

Zur leichtern Verständlichung dieses §. möge folgendes Beispiel dienen :

Wenn Jemanden am 16. Juni eine Entscheidung zugestellt wurde, gegen welche er einen Rekurs zu ergreifen beabsichtigt, und zu dessen Einbringung sich eine Frist erbittet, so muss diess — weil der 16. Juni als Zustellungstag abgeschlagen wird — längstens am 16. Juli Nachmittags 5 Uhr geschehen, weil nur bis zu dieser Stunde das Einreichungs-Protokoll zur Eingaben-Annahme berechtigt ist, und eine Eingabe nach diesem Schlusse erst am nächsten Tage präsentirt und exhibirt werden darf.

Würde aber der 16. Juli auf einen Sonn- oder *gesetzlich anerkannten* Feiertag fallen, so kann diese Eingabe auch noch am 17. Juli, als in offener Frist, eingebracht werden. Es ist wohl selbstverständlich, dass, wenn ein Sonn- und unmittelbar hierauf ein oder zwei Feiertage eintreten würden, immerhin die Frist erst mit dem hierauf *nächstfolgenden Werktag* zu Ende geht. (Diesen Grundsatz enthält auch die allgemeine Wechsel-Ordnung vom 25. Jänner 1850.)

Hieraus fliesst, dass die Befolgung wass immer für eines Auftrages, Erkenntnisses auch mit dem letzten Tage der Frist geschehen könne.

Wenn nun das bei offener Frist eingebrachte Gesuch von der Bergbehörde dem Fristwerber z. B. am 28. Juli zugestellt, und die gebetene Frist (30tägige — §. 231 —) bewilligt ist, so läuft dieselbe nicht vom 28. Juli, sondern ununterbrochen von dem letzten Tage der vorhergegangenen Frist, nämlich vom 17. oder 18. oder, wenn selbst ein Sonn- und zwei Feiertage eingetreten wären, vom 20. Juli.

Die allgemeine Gerichtsordnung schreibt im civil-gerichtlichen Verfahren dasselbe vor (Hofdek. v. 14. November 1791 und 13. Februar 1795.)

Wurde die Frist verabsäumt, so erfolgt natürlich die Abweisung des Fristgesuches.

Gemäss §. 227 muss aber der Feiertag, welcher in die Frist nicht eingerechnet wird, ein *gesetzlich anerkannter* sein. Zur Vermeidung einer Wiederholung wird sich auf die Erläuterung zu §. 174 bezogen.

§. 228.

In Straffällen.

Das Strafverfahren über alle Uebertretungen des Berggesetzes, und das Erkenntniss darüber nach Einvernehmung des Beschuldigten, kommt der Bergbehörde zu.

Uiber jede Uibertretung des Berggesetzes muss der betreffende Beschuldigte rücksichtlich der ihm inculpirtten Handlung oder Unterlassung von der Bergbehörde vor ihrer Erkenntniss-Fällung um seine allenfallsige Rechtfertigung einvernommen werden. Greift eine derlei Handlung zugleich in das strafgerichtliche Bereich, so beginnt auch noch der Wirkungskreis des Letztern. (Siehe die Erläuterung zu §. 2.)

§. 229.

Von jeder Verhängung einer Strafe ist entweder der Bergbau-Unternehmer selbst, oder der von demselben der Bergbehörde angezeigte Bevollmächtigte (§§. 188, 189) in Kenntniss zu setzen.

§. 230.

Recurs gegen die Entscheidungen der Bergbehörden.

Gegen jedes Erkenntniss oder jede andere Entscheidung der Bergbehörden, kann die Beschwerde an die Ober-Bergbehörde ergriffen werden, und gegen eine abändernde Entscheidung der Letztern steht der Recurs an das Finanzministerium offen. Das Ministerium kann auch aus wichtigen Gründen den Recurs gegen gleichlautende Entscheidungen zulassen.

In der Regel kann die Beschwerde gegen Erkenntnisse oder andere Entscheidungen der Bergbehörde erster Instanz nur an

die Oberbergbehörde ergriffen werden, wenn nämlich diese die Amtshandlung der ersteren bestätigt hat. Nur aus wichtigen Gründen ist aber selbst gegen gleichlautende Entscheidungen ein ausserordentlicher Rekurs an das hohe Finanzministerium zugelassen.

Hat aber die Ober-Bergbehörde die Entscheidung oder das Erkenntniss der ersten Instanz abgeändert, so steht der Rekurs an die dritte Instanz (Finanzministerium) ohne einem Vorbehalte zu Gebote.

§. 231.

Jeder Rekurs muss binnen dreissig Tagen nach Zustellung der in Beschwerde gezogenen Entscheidung bei der ersten Instanz angebracht werden.

Erstreckungen der Recursfrist sind nur in besonders wichtigen Fällen von der Bergbehörde zu bewilligen.

Recurse gegen Vorkehrungen zur Beseitigung von Gefahren für Personen und Eigenthum und gegen Anordnungen von Erhebungen über solche Umstände, welche leicht der Veränderung unterliegen, haben keine aufschiebende Wirkung.

Die in dem 2. Absatze dieses §. bezeichnete Ausschliessung vom Rekurse liegt in der Dringlichkeit der Sache; weil es sich um Folgen handeln kann, die zu entschädigen, menschliche Kräfte und Vermögen nicht im Stande sind.

§. 232.

Vollzug der Erkenntnisse.

Der Vollzug der Erkenntnisse der Bergbehörde ist, in so weit es nach Beschaffenheit der Umstände erforderlich ist, im Wege der politischen Behörden durch die den Letzteren zustehenden Zwangsmittel, und nöthigenfalls im gerichtlichen Wege zu bewirken.

Gegen Militär-Personen ist der Vollzug von Straf-Erkenntnissen durch die Militär-Behörden einzuleiten.

Wenn die Partei den bergbehördlichen Auftrag nicht befolgt, und vielleicht auch eine Betreibung dieserwegen fruchtlos war, so hat die Bergbehörde die der Bezirksbehörde zustehenden Zwangsmassregeln in Anspruch zu nehmen, d. h. sie hierum Behufs des Vollzuges anzugehen; jedoch nur dann, wenn in dem Erkenntnisse nicht andere Folgen enthalten sind,

zu deren Verhängung sie schon kraft des Berggesetzes berechtigt ist. Von dem gerichtlichen Wege wird die Bergbehörde Gebrauch zu machen in der Lage sein, wenn es sich in ihrer Entscheidung um eine Anforderung handelt; wo dann die Finanz-Prokuratur, in Vertretung der Aerarialrechte, berufen erscheint.

§. 233.

Geldstrafen.

Die verhängten Geldstrafen sind bei der Bergbehörde zu erlegen, und fließen in die Bruderlade, zu welcher das Werk des Bestraften gehört. Bis zur Errichtung der Bruderladen wird die Bergbehörde für die Verwahrung der Strafgeelder Sorge tragen.

§. 234.

Kosten des Verfahrens.

Die Kosten für Untersuchungen, welche eine Strafe zur Folge haben, hat der Verurtheilte, die Kosten für Verhandlungen in Angelegenheiten der Parteien, haben in der Regel jene Parteien zu tragen, welche die Verhandlung veranlasst haben; jedoch steht der Bergbehörde zu, nach Umständen das Verhältniss zu bestimmen, in welchem die Parteien diese Kosten zu tragen haben.

Dreizehntes Hauptstück.

§. 235.

Ueber die Strafen gegen die Uebertretung der Vorschriften des Berggesetzes.

Welche nachtheiligen Rechtsfolgen die Ausserachtlassung einzelner Vorschriften des Berggesetzes nach sich ziehe, und in wieferne das allgemeine Strafgesetz auf Verbrechen und Vergehen, welche bei dem Bergbau-Betriebe vorkommen können, in Anwendung zu kommen hat, ist an den betreffenden Orten dieses Gesetzes angedeutet; solche Uebertretungen desselben aber, die hierin als besonders strafbar bezeichnet sind, unterliegen den im gegenwärtigen Hauptstücke vorgeschriebenen Strafen.

Der §. 224 droht auf die Nichtbeobachtung der bergbehördlichen Anordnungen Geldstrafen an, welche aber in einem be-

stimmten Masse nicht vorgeschrieben, sondern je nach den obwaltenden, mehr oder weniger erschwerenden Umständen in einem *angemessenen* Betrage zu verhängen sind.

In dem 13. Hauptstücke aber finden sich sowohl die strafbaren Uibertretungen der berggesetzlichen Vorschriften, als auch die auf deren Nichtbefolgung geahndeten Strafen der Art ausgesprochen, dass nur diese bezeichneten Uibertretungen mit den hierauf gesetzten Strafen zu belegen sind.

Auch bei diesen Uibertretungen können mehr oder weniger erschwerende Umstände vorhanden sein, wesswegen auch das Gesetz der strafenden Bergbehörde einen Spielraum von dem niedrigsten bis zu dem höchsten Strafsatze gestattet. Unter oder über die im Gesetze angedrohten Strafsätze zu greifen, ist die Bergbehörde nicht berechtigt.

Dass der Bergbau-Unternehmer ohne Unterschied, ob er das Werk in eigener Person leitet, oder durch Beamte und Aufseher leiten lässt oder in Pacht gegeben hat, für die Ausserachtlassung einzelner Vorschriften des Berggesetzes verantwortlich bleibt, wurde bereits bei dem §. 187 erörtert. (Siehe die Erläuterung hiezu). Es ist diess auch eine natürliche Consequenz aus dem Rechte des Bergbau-Unternehmers, seine Bediensteten selbst und unabhängig zu wählen.

Eine einzige Ausnahme von diesem Grundsatz, dass nämlich der Berg-Dienstherr nicht für seine Diener verantwortet, enthält der §. 223; wo der Werksleiter oder dessen Stellvertreter wegen unterlassener Anzeige gefährlicher Ereignisse mit Strafe bedroht ist — §. 249. —

Es wurde bereits an einer andern Stelle erörtert, dass für Handlungen und Unterlassungen, welche in das strafgerichtliche Gebiet gehören, nur der Thäter persönlich verantwortlich ist — §. 172. —

§. 236.

Strafe des unbefugten Bergbaues.

Unbefugter Bergbau-Betrieb ist von der Bergbehörde an dem Schuldigen mit einer Geldstrafe von fünf bis hundert Gulden C. M. und im Falle der Wiederholung oder anderer besonders erschwerender Umstände, bis zu zweihundert Gulden C. M. zu bestrafen.

Diese Gesetzesstelle bezieht sich auf die §§. 14 und 272

§. 237.

Der unbefugten Mineralien-Verwendung.

Schürfer, welche über die aus ihren noch nicht verliehenen Schurfgebieten oder Schurffeldern gewonnenen vorbehaltenen Mineralien ohne vorläufige Bewilligung der Bergbehörde verfügen, unterliegen einer Geldstrafe, welche dem Werthe der verwendeten oder veräusserten Mineralien gleichkommt.

Lässt sich dieser nicht bestimmen, so hat die Bergbehörde auf eine Strafe von fünf bis hundert Gulden C. M. und im Falle der Wiederholung oder besonders erschwerender Umstände bis zu zweihundert Gulden C. M. zu erkennen.

Ist aus dem §. 20 abgeleitet.

§. 238.

Der unterlassenen Anzeige mittelbarer Bergwerks-Erwerbungen.

Bergwerks-Besitzer, welche die im §. 122 vorgeschriebene Anzeige von der mittelbaren Erwerbung eines Bergwerkes verabsäumen, verfallen in eine Strafe von zehn bis hundert Gulden.

§. 239.

Der unterlassenen Aufstellung eines Bevollmächtigten.

Bergbau-Unternehmer, welche der Pflicht, einen Bevollmächtigten auf die im §. 188 vorgeschriebene Weise aufzustellen, binnen drei Monaten vom Eintritte der Wirksamkeit dieses Gesetzes an gerechnet, oder bei Ertheilung neuer Bergbau-Berechtigungen von dem Zeitpunkte derselben nicht nachkommen, sind durch Geldstrafen von fünf bis fünfzig Gulden dazu anzuhalten. Ist binnen drei Monaten nach dieser Strafverhängung der Bevollmächtigte nicht ernannt und angezeigt, so wird ein Sachverständiger von der Bergbehörde bestellt, welcher auf Gefahr und Kosten des säumigen Bergbau-Unternehmers die Geschäfte seines Bevollmächtigten zu besorgen hat.

§. 240.

Der verabsäumten Sicherheits-Vorkehrungen beim Bergbaue.

Gegen Bergwerks-Besitzer, welche den Vorschriften des §. 171 über die Sicherheits-Massregeln beim Bergbau-Betriebe nicht Genüge leisten, hat

die Bergbehörde, auch wenn denselben kein persönliches zum Verfahren nach den allgemeinen Strafgesetzen geeignetes Verschulden zur Last fällt, eine Strafe von zehn bis hundert Gulden, in wiederholten Fällen aber bis zweihundert Gulden zu verhängen, und bei Gefahren von grösserem, aus fortgesetzter oder ausgedehnter Vernachlässigung entstandenen Umfange nach Umständen auf die Entziehung der Bergbau-Berechtigung zu erkennen.

§. 241.

Der unterlassenen Arbeits-Nachweisung bei Freischürfen.

Freischürfer, welche der Bergbehörde die im §. 178 vorgeschriebene Anzeige über den Erfolg ihres Betriebes zu machen verabsäumen, sind mit fünf bis fünfzig Gulden, nach Ablauf der zweiten Frist mit zwanzig bis hundert Gulden, und wenn auch die weitere Frist von vier Wochen erfolglos bleibt, mit der Entziehung des Freischurfes zu strafen.

§. 242.

Der nicht geleisteten vorgeschriebenen Arbeit bei denselben.

Unterbleibt bei einem Freischurfe die von der Bergbehörde für ein Halbjahr nach §. 179 vorgeschriebene Betriebs-Leistung, oder die Nachweisung derselben, so unterliegt der Freischürfer einer Strafe von fünf bis fünfzig Gulden, und wenn er die weiters für jedes Monat bemessene Leistung nicht rechtzeitig nachweist, einer solchen von zwanzig bis hundert Gulden. Wird der Vorschrift der Bergbehörde aber noch ferner nicht Genüge geleistet, so hat die Entziehung des Freischurfes zu erfolgen.

§. 243.

Strafe der Unterlassung des gehörigen Betriebes in verliehenen Bergbauen.

Wird der vorgeschriebene stete Betrieb des Baues in Grubenmassen (§§. 174, 175) oder in Tagmassen, während der Zeit, da diese bearbeitet werden sollten (§. 176), unterbrochen, ohne dass eine Fristung dazu erwirkt worden wäre, oder erfolgt er nicht mit der erforderlichen Belegung, wird von einem Ereignisse, welches denselben durch längere Zeit unthunlich macht, die vorgeschriebene Anzeige nicht erstattet (§. 183) oder wird in selbstständigen Hilfs- oder Revierstollen nicht dasjenige Mass der Arbeit geleistet, welches bei der Concession derselben zur Bedingung gemacht worden ist (§. 177), so verfällt der Unternehmer in eine Strafe von fünf bis fünfzig Gulden.

In Fällen wiederholter oder fortgesetzter Vernachlässigung ist auf eine

Geldstrafe von fünfzig bis hundert Gulden C. M. zu erkennen, und wenn auch diese fruchtlos bleibt, mit der Entziehung der Bergbau-Berechtigung vorzugehen.

§. 244.

Gegen Bergwerks-Besitzer, welche, dem §. 174 zuwider, unterlassen wenigstens ihren Haupt-Grubenbau in gutem und fahrbarem Stande zu erhalten, oder welche den Abbau auf unvollkommene, oder solche Weise betreiben, dass der weitere Aufschluss dadurch unnöthiger Weise erschwert oder verhindert wird, ist ausser den, in dem §. 173 vorgeschriebenen Massregeln zur Abstellung der wahrgenommenen Gebrechen auf Geldstrafen von zehn bis hundert Gulden, in Fällen der Wiederholung oder fortgesetzter und ausgedehnter Vernachlässigung aber, bis zweihundert Gulden C. M. und nach Umständen selbst auf die Entziehung der Bergbau-Berechtigung zu erkennen.

§. 245.

Der Grubenkarten-Anlage oder der Abgabe statistischer Rapporte.

Jede Vernachlässigung der, in dem §. 185 enthaltenen Vorschriften über die Anlage und Ergänzung der Grubenkarten, sowie über die Vorlage der statistischen Ausweise ist mit fünf bis fünfzig Gulden zu ahnden.

§. 246.

Strafe des verbotenen Baues auf Durchschlägen.

Bergwerks-Besitzer, welche der in dem §. 198 vorgezeichneten Verpflichtung zur Einstellung des Baues auf Durchschlägen in fremde Grubengebäude und zur Fahrbar-Erhaltung seiner Durchschlagsstrecke nicht nachkommen, unterliegen einer Strafe von zehn bis hundert Gulden.

§. 247.

Strafe der verbotenen Verwendung von Kindern.

Die dienstordnungswidrige Verwendung von Kindern zieht eine Strafe von Ein bis fünfzig Gulden nach sich.

§. 248.

Strafe der unterlassenen Abrechnung mit dem Arbeitspersonale.

Einer Geldstrafe von fünf bis fünfzig Gulden unterliegt der Bergwerks-Besitzer, wenn er die vierteljährige Abrechnung mit seinem Aufsichts- und

Arbeitspersonale, oder bei dem Dienst-Austritte desselben unterlässt (§. 206), und einer Strafe von fünf bis fünfzig Gulden für jeden Bergarbeiter, den er ohne den im §. 208 vorgeschriebenen Abkehrschein in die Arbeit aufgenommen hat.

§. 249.

Strafe der unterlassenen Anzeige von Unglücksfällen.

Gegen Werksleiter oder deren Stellvertreter, welche die in dem §. 222 bezeichneten gefährlichen Ereignisse der nächst gelegenen politischen oder Bergbehörde alsogleich anzuzeigen unterlassen (§. 223), ist mit einer Strafe von zehn bis hundert Gulden vorzugehen.

§. 250.

Besondere Strafen.

Wenn besonderen rechtskräftig gewordenen Aufträgen, welche die Bergbehörden in Ausübung der Oberaufsicht über alle Bergbaue erlassen, von einem Bergwerks-Besitzer binnen der nach §. 224 einzuräumenden Frist nicht nachgekommen wird, so kann derselbe mittelst einer Geldstrafe von zehn bis hundert Gulden dazu verhalten werden.

Da in den vorstehenden 13 Paragrafen die einschlägigen Gesetzesstellen angerufen sind, und letztere bereits besprochen wurden, so bedarf es hier keiner weiteren Erörterung mehr.

Vierzehntes Hauptstück.

Von der Erlöschung, Entziehung und Zurücklegung der Bergbau-Berechtigungen.

§. 251.

Erlöschung der Schurfberechtigungen.

Ist eine Schurfbewilligung durch den Ablauf der Zeit, auf welche sie ertheilt oder verlängert wurde, erloschen, oder wird sie von dem Schürfer vor Ablauf der Zeit zurückgelegt, so erlöschen alle in Folge derselben erworbenen Freischurfs- und andere Bergbau-Berechtigungen, ohne dass hiezu ein besonderes Erkenntniss erforderlich wäre.

§. 252.

Ebenso erfolgt die Erlöschung, wenn der Schürfer einen Schurfbau aufgibt, oder durch rechtskräftiges Erkenntniss zur Strafe desselben verlustig erklärt wird.

Diese zwei Gesetzesstellen bedürfen, um nicht in Inconsequenzen zu gerathen, wobei es sich um wichtige Prioritätsrechte handeln kann, wohl beachtet zu werden.

Die Schurfbewilligung in einem *Schurfgebiete* — §. 15 — erlischt nach einem Jahre — §. 16, — wenn sie nicht verlängert wurde, von selbst, ohne dass es dieserwegen eines Erkenntnisses der Bergbehörde bedarf; es wird von dieser die Löschung in dem Schurfbuche *brevi manu* vorgenommen. Es steht aber einem solchen Schürfer selbstverständlich auch frei, seine Schurfbewilligung vor Ablauf der einjährigen Zeit zurückzulegen. Nach Ablauf der einjährigen Frist erfolgt die Löschung durch die Bergbehörde von Amtswegen, wenn auch der Schürfer rücksichtlich seines Vorhabens gar nichts veranlasst.

Die Erlöschung des *Freischurfes*, von welchem der §. 252 handelt, erfolgt, wenn der Freischürfer seinen Schurfbau aufgibt, oder wenn er aus den in den §§. 241, 242 bestimmten Ursachen, desselben verlustig erklärt wird.

Im Zusammenhange mit der kurz gehaltenen, auf streng logische Ausdrucks-Begriffe basirten Formulirung der §§. 14, 15, 21 und 22 ergibt sich folgendes Raisonement.

Jeder Schurflustige ohne Ausnahme, ob er es bloß auf ein Schurfgebiet — §. 15 — oder auf einen Freischurf (bestimmtes Schurffeld) — §. 22 — absieht, ist verpflichtet, sein Gesuch nach Vorschrift des §. 15 zu instruiren, und bei der *betreffenden* Bergbehörde (Berghauptmannschaft oder Bergkommissariat) einzureichen. Der §. 22 (als ein Ausfluss des §. 15) darf daher nicht dahin verstanden werden, als ob ein Freischurflustiger sein diessfälliges Gesuch sogleich, und ohne Anführung der in dem §. 15 angeordneten Daten, und ohne die darin gestellte Bitte um Schurfbewilligung, auf die Erwerbung eines bestimmten Schurffeldes mit der Anzeige des Punktes (genau angezeigten), an welchem er einen Schurfbau zu beginnen, und das Schurfzeichen zu setzen beabsichtigt, stellen dürfe.

Die obige nach dem Gesetze richtige Auffassung hat

aber — wie verlautet — eine irrige Auslegung in anderer Richtung hervorgerufen.

Man ist nämlich der irrigen Ansicht, dass auch der Freischurflustige vorerst ein Gesuch nach §. 15 um die allgemeine Schurfbewilligung in einem Schurfgebiete einbringen müsse, und erst dann, wenn er die Bewilligung hiezu erhalten, und vielleicht bereits mit Schurfarbeiten begonnen hat, um ein ausschliessendes Recht auf ein bestimmtes Schurffeld (Freischurf) ansuchen dürfe. Er *kann* zwar auf diese Art vorgehen, aber er *muss* nicht — §. 23; — sondern er ist nach dieser Gesetzesstelle, wenn er die sogleiche Erwirkung eines Freischurfes vorzieht, berechtigt, sein Einschreiten an die Bergbehörde z. B. folgendermassen zu stellen:

„N. N. Bergwerksbesitzer, wohnhaft in N. N. (oder N. N. Schichtmeister, wohnhaft in N. N. in ausgewiesener beiliegender Vollmacht) beabsichtigt auf dem Felde Nr. top. x, dem N. N. und zu der Katastralgemeinde N. N. gehörig, Kreis N. N. politischer Bezirk N. N. auf vorbehaltene Mineralien zu schürfen, und bittet um Schurfbewilligung. Zugleich bittet er um das ausschliessliche Recht auf ein bestimmtes Schurffeld; meldet zu diesem Behufe den Punkt an, an welchem er den Schurfbau zu beginnen, und das Schurfzeichen zu setzen beabsichtigt; nämlich auf derselben bezeichneten Grundparzelle, 30 Wiener Klafter von dem, an deren südlichen Raine stehenden wilden Apfelbaume entfernt, gegen Nordost nach Kompassstunde 3.“

Die letzt besagte irrige Ansicht dürfte vielleicht durch das Formular IV der Vollzugsvorschriften zu dem allgemeinen Berggesetze hervorgerufen worden sein.

Allein dieses Formular betrifft nur eine solche Freischurfs-Anmeldungsbestätigung, wo der Schürfer in einem Schurfgebiete es erst später, vielleicht nach geognostischen Resultaten, für geeignet erachtet hat, um einen Freischurf anzusuchen, was ihm gemäss §. 23 zusteht. Jene Bestätigung (Formular IV) dürfte in dem andern Falle lauten. „Auf Grundlage der Schurfbewilligung und der zugleich in diesem Gesuche geschehenen Freischurf-Anmeldung u. s. w.“, weil der §. 23 ausdrücklich gestattet, dass der beabsichtigte Schurfbau auch unmittelbar mit dem

Gesuche um Ertheilung der Schurfbewilligung selbst verbunden werden kann. (Siehe auch die Erläuterung zu §. 23.)

Es fließt hieraus ferner, dass auch der Freischurf — selbst wenn er nicht freiwillig zurückgelegt oder aus Strafe entzogen wurde — erlischt, wenn die ursprüngliche Schurfbewilligung, worauf er sich gründet, wie eben erörtert wurde, mittelst Fristung nicht aufrecht erhalten wurde.

Wenn Jemand eine Schurfbewilligung über ein Gebiet — §. 15 — erwirkt, so ist er allerdings berechtigt, innerhalb desselben so viele Freischurfbaue anzulegen, als das Areale desselben zulässt; ja noch mehr, er kann sogar mit einem oder dem andern seiner Schurfbaue den einen oder den andern Theil seiner Freischürfe überlegen. Würden jedoch in demselben Schurfgebiete nach Zulass des §. 21 mehrere Personen das Schurfrecht ausüben und von dem Freischurfrechte Gebrauch machen, so tritt dann die Vorschrift des §. 31 ein.

Würde nun der Inhaber einer Schurfbewilligung auf ein *Gebiet*, innerhalb welchem er Freischurf-Bewilligungen erwirkte, und sie auch vorschriftsmässig — §§. 241, 242 — betreibt, die Frist eines Jahres — §. 16 — verstreichen lassen, so wären nebst der allgemeinen Schurfbewilligung auch die sich hierauf gründenden Schurfbaue, selbst unter den sonstigen Straffolgen des §. 236 erloschen.

Es ergibt sich daher als unzulässig, die blossen Freischurfrechte fristen zu wollen; es ist absolut nothwendig, die hierauf Bezug nehmende Schurfbewilligung zu verlängern.

Dass allgemeine Schürfer, welche mit ihren Sucharbeiten in einen Freischurfkreis fallen, dieselben nicht mehr fortsetzen dürfen, wenn es der Freischürfer nicht gestattet, erscheint als eine weitere Folgerung und wurde auch schon vordem erwähnt.

Der §. 251 ruft unwillkürlich die Erinnerung auf den Erlass des vormaligen hohen Ministeriums für Landescultur und Bergwesen vom 20. März 1851 (Nr. 73 des Reichsgesetzblattes) hervor.

Durch diese Anordnung erhielt es von den, wegen versäumter Angabe der Lagerung der Feldmassen zu erlassenden Strafbetreibungen sein Abkommen, und es sollten von den Berg-Kamerallehensbehörden derlei nicht gefristete Muthungen

von Amtswegen gelöscht und der Muther hievon verständiget werden. Ueber ein späteres Einschreiten des Muthers war eine derlei ungefristet gebliebene Muthung als eine neue zu behandeln, und musste allenfallsigen mittlerweile erworbenen älteren Rechten nachstehen.

Mit diesem hohen Ministerial-Erlasse schien nun den Missbräuchen mit alten Muthungen Einhalt gethan zu sein. Allein aus Gelegenheit eines ergriffenen Recurses interpretirte die oberste Behörde den zitirten Erlass vom 20. März 1851 wunderbarer Weise dahin: dass derlei nicht gefristete Muthungen nur dann als erloschen anzusehen sind, wenn sie in den Muthungsbüchern wirklich gelöscht worden sind. Durch diese Auslegung wurde das Gesetz und die Rechte der Parteien von der Willkühr der Lehnbehörden abhängig gemacht, ob sie nämlich derlei ungefristete Muthungen in Evidenz halten oder sie überhaupt löschen *wollten*.

In dem §. 251 des allgemeinen Berggesetzes scheint eine schärfere Präcision zu herrschen, weil, wie er sich ausdrückt, nach Ablauf der Zeit alle (in Folge der Schurfbewilligung) erworbenen Freischurfs- und andere Bergbau-Berechtigungen, ohne dass hiezu ein besonderes Erkenntniss erforderlich wäre, erlöschen. Diese Erlöschung von Rechten wird nun nicht mehr von dem Umstande abhängen, ob die Bergbehörde die Löschung in dem Schurfbuche wirklich vollzogen hat, oder nicht.

§. 253.

Erlöschung der Verleihung der Gruben- und Tagmassen: a. durch Entziehung derselben.

Ist rechtskräftig auf die Entziehung verliehener Gruben- oder Tagmassen erkannt, so hat die Bergbehörde die Veräusserung derselben durch executive Schätzung und Feilbietung einzuleiten.

§. 254.

Die Schätzung und Feilbietung erstreckt sich jedoch nicht nur auf die verliehenen Gruben- und Tagmasse und die in denselben bestehenden Versicherungs-Vorrichtungen (§. 260), sondern auch auf alle zum Werksbetriebe

nothwendigen Taggebäude, Grundstücke und Anlagen, nebst den erforderlichen Werkzeugen, Geräthschaften und anderem Zugehör.

Der Werth dieser Gegenstände, deren Expropriation der Besitzer gestatten muss, ist jedoch in der Schätzung nicht nur mit der Bergbau-Berechtigung im Ganzen anzuschlagen, sondern es ist jederzeit auch zu erheben und abgesondert anzuführen, welchen Schätzungswerth dieselben für sich allein und ohne alle Verbindung mit der Bergbau-Berechtigung haben würden.

Auf die in dem §. 87 bezeichneten Hilfsbaue und die Revierstollen — §. 90 — findet die exekutive Schätzung und Feilbiethung keine Anwendung. Diese Concessionen erlöschen bei ihrer Auflassung oder Entziehung von selbst, und ebenso die allenfalls hierauf haftenden Ansprüche; weil die Erwerbung solcher Concessionen nur unter den, in dem §. 88 dann §. 92 bis 96 enthaltenen Bestimmungen zulässig ist.

Mit der Auflassung oder Entziehung der besagten Concessionen sind sowohl die Rechte der Besitzer derselben, als auch der allenfallsigen bergbücherlichen Gläubiger oder sonstiger Prätendenten erloschen. (Siehe auch die Erläuterung zu §. 97.)

Was aber die in dem §. 86 bezeichnete Hilfsbau-Concession anbelangt, so fällt dieselbe ebenfalls in die Exekution, weil sich der §. 254 auch auf das Zugehör erstreckt, und ein solcher Hilfsbau gemäss §. 86 als Zugehör erklärt ist.

Die Nothwendigkeit, dass jederzeit auch erhoben, und abgesondert angeführt werde, welchen Schätzungswerth die über Tage gelegenen Bestandtheile des Werkes haben, fliesst aus dem §. 259.

Gemäss §. 253 hat die Bergbehörde die exekutive Schätzung und Feilbiethung einzuleiten; d. h. sie hat, sobald ihr Erkenntniss auf die Entziehung rechtskräftig geworden ist, bei der Berggerichtsbehörde um die Vornahme jener Exekutionsakte anzusuchen.

§. 255.

Entstehen bei der Entziehung Zweifel über die Art und Menge der erforderlichen Beilasse, so hat die Bergbehörde nach vorläufiger Erhebung an Ort und Stelle mit Beiziehung der nöthigen Sachverständigen darüber zu entscheiden.

Dem Eigenthümer steht jedoch auch frei, eine grössere Menge von Zugehör bei dem Werke zu lassen und mit demselben der Feilbietung zu unterziehen.

Bei der Bestimmung über die Art und Menge des Beilasses wird wohl der Umfang des Werkes, dessen bisherige oder künftig als sachgemäss und rationell sich darstellende Betriebsweise den richtigen Anhaltspunkt geben und eine Ablehnung unnützer, nicht entsprechender Maschinen, überflüssiger Gebäulichkeiten und Grundstücke — §§. 117, 118 — immerhin angezeigt sein; weil die Lust und Konkurrenz zur Wiederaufnahme, Fortsetzung des Werksbetriebes unter Anforderung von grossen Geldmitteln sogleich beim Beginne des Betriebes, gewiss sehr abträglich sein würde.

Dieses hier aufgeführte Raisonement gründet sich auf den ersten Absatz des §. 255. Allein durch den 2. Absatz derselben Gesetzesstelle kann es behoben werden, weil es dem exequirten Eigenthümer auch freisteht, eine grössere Menge von Zugehör bei dem Werke zu lassen, und mit demselben der Feilbiethung zu unterziehen.

Es mag freilich einem solchen Eigenthümer in den meisten Fällen konveniren, sich verschiedenen Zugehörs zu entledigen, das für ihn, ohne Werksbesitz, zwecklos erscheint.

Allein im Zusammenhange mit dem §. 259 dürften die auf einem solchen exequirten Werke haftenden Gläubiger gefährdet sein; weil, wie so eben erwähnt, nur wenige Kauflustige auf ein mit überflüssigem und untauglichem Zugehör versehenes Werk schon bei dessen Wiederaufnahme namhafte Summen verwenden werden. Und wenn nun für das ganze Werk sammt allem dem von dem exequirten Eigenthümer belassenen Zugehöre (2. Absatz des §. 255) sich kein Kauflustiger meldet, oder als Kaufschilling nicht einmal der Werth angeboten wird, welchen die in die Schätzung einbezogenen, über Tage gelegenen Bestandtheile des Werkes und dessen Zugehör für sich allein, und ohne Verbindung mit der Bergbau-Berechtigung besitzen: so hat die Bergbehörde die verliehenen Gruben- und Tagmasse für aufgelassen, und die Bergbau-Berechtigung für erloschen zu erklären. Die auf derselben (Bergbau-Berechtigung) haftenden Hypothekarlasten werden gelöscht, dieselbe kann weiter ver-

liehen werden, und die bürgerliche Haftung erstreckt sich lediglich auf die über Tage gelegenen Gebäude, Grundstücke und Anlagen. — §. 261. — Die Bergbau-Berechtigung mit ihren darin angebrachten Vorrichtungen an Grubenmauerung, Grubenzimmerung, Versatzkästen, Verdämmungen und anderen Versicherungsmitteln, auf welche die darleihenden Gläubiger, in Berücksichtigung des sonstigen Zugehöres einen nicht unbedeutenden Werth gelegt haben mögen, ist von darum werthlos geworden, weil ein Kauflustiger von einem überflüssigen kostspieligen Zugehöre nicht zugleich Gebrauch machen wollte oder nicht konnte.

Der mittelst der Beseitigung der vormaligen Freimachung der Bergwerke beabsichtigte Kredit des Bergbaues ist in Rücksicht der hier gemachten Erörterung offenbar einigermassen paralisirt.

§. 256.

Für die unveränderte Bewahrung der Bestandtheile des Werkes, welche der Feilbietung unterliegen, und deren Zugehör, bleibt der Besitzer inzwischen verantwortlich; doch steht der Bergbehörde auch frei, die gerichtliche Sequestration derselben zu bewirken.

Zur Bewirkung einer Sequestration können mannigfaltige Gründe vorhanden sein, als: Unvermögenheit, Ungeeignetheit, Abwesenheit des Besitzers. Auch den bergbücherlichen Gläubigern wird das Recht der Sequestrirung nach Massgabe der allgemeinen Gerichtsordnung zustehen.

§. 257.

Nach vollzogener Schätzung ist auf Antrag der Bergbehörde von dem Gerichte die öffentliche Feilbietung unter Vorladung der etwa vorhandenen Hypothekargläubiger nach den Vorschriften der Gerichtsordnung anzuordnen. Zur Vornahme derselben ist jedoch nur ein Termin von wenigstens dreissig und höchstens sechzig Tagen mit der Bestimmung festzusetzen, dass das Werk bei demselben nöthigenfalls auch unter der Gesamtschätzung, jedoch nicht unter dem Werthe der, der Expropriation unterzogenen, zu Tage liegenden Bestandtheile des Werkes und dessen Zugehöres veräussert werden würde.

§. 258.

Im Falle der Veräusserung sind aus dem erzielten Meistbote zuerst die Kosten des Verfahrens über die Entziehung der Bergbau-Berechtigung

und die Executionskosten, und hierauf die etwa bestehenden Gläubiger mit ihren Pfand- und Vorrechten zu befriedigen, der Rest aber dem austretenden Besitzer zu erfolgen.

§. 259.

Meldet sich bei der Feilbietung kein Käufer, oder wird als Kaufschilling nicht einmal der Werth angeboten, welchen die in die Schätzung einbezogenen, über Tage gelegenen Bestandtheile des Werkes und dessen Zugehör (§. 254) für sich allein und ohne Verbindung mit der Bergbau-Berechtigung besitzen, so hat die Bergbehörde die verliehenen Gruben- und Tagmasse für aufgelassen, und die Bergbau-Berechtigung für erloschen zu erklären.

Diese drei Gesetzesstellen bedürfen theils keiner Kommentirung, theils wurden sie schon berührt. Was den in dem §. 258 gebrauchten Ausdruck: „*Vorrechte*“ anbelangt, so sind darunter die Vorrechte derjenigen Gläubiger zu verstehen, welche in dem §. 268 sub 1 bis inclusive 4 aufgezählt sind. Sollte der in dem §. 259 gedachte Fall, nämlich eine Feilbiethung ohne Erfolg eintreten, so würde rücksichtlich des Kosten-Ersatzes die Analogie des Schlusssatzes des §. 166 eintreten. (Siehe die Erläuterung zu §. 265).

§. 260.

Hiedurch fallen diese Masse mit allen dazu gehörigen Gruben- und Tagbauen und den darin angebrachten Vorrichtungen an Grubenmauerung, Grubenzimmerung, den Versatzkästen, Verdämmungen und anderen Versicherungsmitteln ins Freie und können weiter verliehen werden. Die Bergbehörde hat daher nicht nur die Löschung derselben in ihren eigenen Vormerkbüchern vorzunehmen, sondern auch durch die Gerichtsbehörde zu bewirken, dass dieselben in dem Bergbuche gelöscht und die Hypothekargläubiger von der Erlöschung ihrer Pfandrechte darauf verständiget werden.

Zugleich ist die Auflassung in den Revierkarten zu bezeichnen, öffentlich bekannt zu machen und die Ortsgemeinde davon in Kenntniss zu setzen.

Bei diesem §. wäre nur zu bemerken, dass der Ausdruck: *weiter verliehen*, auf das 3. Hauptstück des allgemeinen Berggesetzes und insbesondere auf den §. 44 und die folgenden Gesetzesstellen verweist; woraus fließt, dass, nachdem die Gruben- und Tagmasse *ins Freie* gefallen sind, die nachbarlichen

Bergbau-Berechtigungen, als nun ältere Rechte, von den ihnen gebührenden Berechtigungen — §§. 35, 36, 47 — gegenüber den ins Freie erklärten Massen, Gebrauch machen können.

§. 261.

Alle über Tage gelegenen Gebäude, Grundstücke und Anlagen dagegen und das übrige Zugehör bleiben ein Eigenthum des bisherigen Besitzers und die darauf erworbenen Pfandrechte bleiben unverändert.

Es ist jedoch für die Berichtigung der öffentlichen Bücher, und daher dort, wo Grundbücher bestehen, für die Wiederherstellung der Rubriken über diese Realitäten in denselben mit allen in dem Bergbuche darauf eingetragenen Lasten zu sorgen.

Auch bleibt der Besitzer für den Ersatz der durch das gepflogene Verfahren entstandenen Kosten verantwortlich.

Wenn bei der executiven Feilbiethung kein Käufer sich gemeldet, oder auch nicht einmal den in dem §. 259 erwähnten Werth angeboten hat, so fällt die Bergbau-Berechtigung ins Freie; die in dem §. 261 bezeichneten Entitäten aber bleiben ein Eigenthum des bisherigen Besitzers, und die darauf erworbenen Pfandrechte unverändert. Auch das *übrige Zugehör*, nämlich dasjenige, welches der Eigenthümer — 2. Absatz des §. 255 — der Feilbiethung nicht unterzogen hat (z. B. Maschinen) bleibt sein Eigenthum; denn nur dasjenige, was der §. 260 bezeichnet, fällt mit den Gruben- und Tagmassen ins Freie.

Wenn jedoch ein auf der Bergbau-Berechtigung und deren Zugehör — §§. 117, 118 — sicher gestellter Gläubiger Exekution führt, so gibt es keine Ausscheidung; es ist dann der ganze Komplex sammt allem, wie immer gearteten Zugehöre — §. 121 — des allgemeinen Berggesetzes und §. 294 des allgemeinen bürgerlichen Gesetz-Buches — der exekutiven Feilbiethung verfallen.

§. 262.

Jeder Gewerbs- oder andere Geschäftsbetrieb, welchen der Besitzer früher nur in Folge seiner Bergbau-Berechtigung auszuüben berechtigt war, ist demselben für die Zukunft unter den in diesem Gesetze, dann in den Gewerbs- und politischen Gesetzen gegen unbefugten Bergbau- oder Gewerbsbetrieb festgesetzten Strafen verboten.

Um nicht alle die Gewerbs- und Geschäftszweige anzuführen, auf welche dieser §. hindeutet, wird auf den §. 131 verwiesen, dass nämlich darunter alle diejenigen Berechtigungen zu subsumiren sind, welche letztere Gesetzesstelle sub b bis g bezeichnet. Die Berechtigungen ad a sind schon mit dem Verluste der Bergwerks-Verleihung erloschen.

§. 263.

b) Durch Auflassung.

Erklärt ein Bergwerks-Besitzer seine Gruben- oder Tagmasse auflassen zu wollen, so ist über diese Erklärung, welcher die Verleihungs-Urkunde beigelegt werden muss, wenn auf dem Werke keine Hypothekarlasten eingetragen sind, mit der Löschung der Masse und Berichtigung der öffentlichen Bücher und Revierekarten vorzugehen.

§. 264.

Ist das Werk mit Schulden belastet, so müssen vor der Löschung die Hypothekargläubiger durch die Berggerichts-Behörde in Kenntniss gesetzt werden, dass ihnen freistehe, binnen sechzig Tagen die gerichtliche Schätzung und Feilbietung zu begehren, und diese ist, wenn auch nur ein Gläubiger darum ansucht, nach den Bestimmungen der §§. 254—258 vorzunehmen.

Diese zwei Gesetzesstellen sind in ihrem Zusammenhange ohne eine Erläuterung verständlich. Die Hypothekargläubiger haben nur, wenn sie die Exekutionsführung beabsichtigen, die 60tägige Frist nicht zu übersehen, weil nach Ablauf derselben der Freifall und die Löschung der Massen erfolgt.

§. 265.

Ist binnen der festgesetzten Frist die Schätzung und Feilbietung nicht angesucht worden, oder ist eine Feilbietung ohne zureichenden Erfolg geblieben (§. 259), so ist hinsichtlich der Löschung der Bergbau-Berechtigung und der Berichtigung der öffentlichen Bücher nach den Bestimmungen der §§. 260—262 vorzugehen.

Die Kosten der Schätzung und Feilbietung müssen in diesem Falle von denjenigen Gläubigern getragen werden, welche um dieselbe angesucht haben.

Derjenige Gläubiger, welcher die Exekution begehrte, muss zwar in dem Falle, dass die Feilbiethung ohne zureichenden Er-

folg — §. 259 — geblieben ist, die Kosten der Schätzung und Feilbiethung tragen; jedoch bleibt ihm auf das anderweitige Vermögen eines solchen Exekuten der Regress.

§. 266.

Vor der Löschung eines Bergwerks-Besitzes sind stets die zur öffentlichen Sicherheit nothwendigen Vorkehrungen in dem aufgelassenen Baue im Einvernehmen mit der politischen Behörde zu bestimmen, und von dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten auszuführen.

Diese Verpflichtung fließt aus politisch-polizeilichen Rücksichten.

§. 267.

Bergbau-Berechtigungen mögen auf was immer für eine Art erlöschen, so müssen alle Karten, Zugbücher und Handzeichnungen, welche sich auf den entzogenen oder aufgelassenen Bau allein beziehen, der Bergbehörde zur Verwahrung übergeben werden.

Die Einsicht und Abzeichnung dieser Karten steht jedem neuen Aufnehmer des Baues frei.

Der Zweck dieser Anordnung liegt in dem 2. Absatze dieses §., um nämlich dem neuen Aufnehmer Anhaltspunkte zu dem künftigen Werksbetriebe zu liefern.

Am Schlusse dieses Hauptstückes werden noch einige Reflexionen beigefügt.

In der Erläuterung der §§. 97, 254 wurde die Ansicht zu begründen versucht, dass die auf selbstständigen Hilfsbauen und Revierstollen, als bergbücherlichen Entitäten haftenden Tabularlasten bei ihrer Auflässigkeit — §. 97 — zugleich erlöschen, ohne dass diese Hypothekargläubiger von dem §. 264 Gebrauch zu machen, berechtigt sind.

Es dringt sich zwar dieser Schluss immerhin als eine Anomalie des in dem allgemeinen Berggesetze herrschenden Principes auf; allein die §§. 253, 254, 260, 263 sprechen nur von *Gruben-* und *Tagmassen*, nicht aber auch von Hilfsbauen und Revierstollen, als Bergwerks-Concessionen, da doch dieser viererlei Bergbau-Berechtigungen in dem §. 41 namentlich erwähnt ist; (Uiberscharen lassen sich allerdings unter die Grubenmassen subsumiren) und man findet in diesem Berggesetze nir-

gends, dass sich dasselbe statt Gruben- oder Tagmassen des Ausdruckes Bergwerks-Concession, Hilfsbau oder Revierstollen bedient, oder diese Ausdrücke irgend verwechselt hat.

Der §. 123 der Vollzugsvorschriften zu dem allgemeinen Berggesetze tritt aber mit einer anderen Gesetzesauslegung und zwar des Inhaltes hervor: dass nämlich der §. 264 auch auf die selbstständigen Hilfsbaue und Revierstollen anzuwenden komme. (In diesem §. 123 ist der §. 71 unrichtig citirt; es soll wohl §. 76 heissen).

Mit den §§. 97, 264 kann diese besagte Auslegung nie und nimmer begründet werden, und es muss wahrlich die Erwartung eine sehr gespannte sein, wie nämlich im Falle eines Rekurses diese in den Vollzugsvorschriften gegebene Interpretation von der Berg-Behörde motivirt werden wird; da doch die blosser Berufung auf die Vollzugsvorschriften nicht genügt, weil diese keine gesetzliche Kraft haben.

Ferner wäre zu bemerken, dass unter den in den §§. 253, 263 bezeichneten *Tagmassen* (welche nämlich der Schätzung und Feilbiethung unterzogen werden können) *nur* diejenigen zu verstehen sind, welche, wie der §. 76 besagt, ein *Zugehör* der Verleihung ausmachen. Andere selbstständige Tagmasse aber erlöschen eben so wie die Schurfbewilligungen und Freischürfe gemäss §§. 251, 252.

Wir fügen nun mit Bezug auf die Erläuterungen zu den §§. 97, 254 die Schlussbemerkung bei, dass es in der Erwägung, dass selbstständige Hilfsbaue und Revierstollen einen Gegenstand des Bergbuches bilden, einer rechtlichen Gebarung immerhin entspricht, dass die §§. 253, 264 auch auf diese zwei Bergwerks-Concessionen ihre Anwendung finden — im Gesetze aber ist es nicht ausgesprochen — und zwar nur allein von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, weil sie ein bergbücherliches *Reale* sind, und die allenfalls hierauf haftenden Ansprüche eludirt würden. Der Werth derselben erscheint ganz unentscheidend; denn Freischürfe können oft einen grösseren Werth, als derlei Concessionen oder als Grubenmasse haben, und doch erlöschen sie auf die in den §§. 251, 252 angedeutete Weise.

Fünfzehntes Hauptstück.

Von den Pfand- und Vorrechten auf Bergwerke und deren Zugehör
in den Fällen der Execution und des Concurses.

§. 268.

In Fällen der Execution auf Bergwerke sind aus dem erzielten Meistbote, nach Abzug der Kosten für die Schätzung, allfällige Sequestrirung und Veräußerung des Gutes und denjenigen, welche durch das Verfahren zur Bestimmung der Rang-Ordnung unter den Pfandgläubigern und zur Vertheilung des Meistbotes unter dieselben entstehen, zuerst folgende Gläubiger, und zwar in der hier aufgeführten Ordnung mit gesetzlichem Pfandrechte zu befriedigen:

1. Der Staatsschatz mit seinen Forderungen an Massengebühren und an der Bergfrohe bis auf drei Jahre vor dem Erkenntnisse über die Veräußerung;

2. Die Arbeiter der Berg- und Hüttenwerke rücksichtlich ihrer Forderungen an Arbeitslohn, soferne dieselben nicht über Ein Jahr von dem Erkenntnisse über die Veräußerung des Gutes rückständig sind;

3. Die Forderungen der Knappschafts- oder Bruderladen hinsichtlich der, von den Arbeitern zwar entrichteten, oder denselben an dem Lohne abgezogenen, aber nicht in der Casse erlegten, oder in derselben abgängigen Beträge;

4. Die nicht über Ein Jahr von dem Erkenntnisse über die Veräußerung des Gutes ausständigen Forderungen an Erb- und Revierstollen-Gebühren und anderen Beiträgen zu Revier-Anstalten, an Wasser-Schacht- und Gestängsteuern und anderen jährlichen Leistungen für eingeräumte Bergbau-Dienstbarkeiten.

Erst nach der Befriedigung dieser Forderungen folgen die übrigen Pfandgläubiger in der Ordnung, in welcher sie ihr Pfandrecht erworben haben.

Wenn man diese Gesetzesstelle mit den §§. 253, 258, 264 im Zusammenhange betrachtet, so erhält der §. 268 die Bedeutung, dass unter der, in diesem §. fraglichen Exekution nur diejenige zu verstehen ist, welche unter den, in den §§. 253, 258, 264 bezeichneten Umständen Platz greift, nicht aber eine solche Exekution, welche von einem Tabulargläubiger, ohne das Vorhandensein der in den besagten drei §§. obwaltenden Ursache, durchgeführt wird. Denn es liesse sich kein Grund auffinden,

warum rücksichtlich der Exekution, resp. deren Kosten bei Bergwerksentitäten ein von dem civilgerichtlichen Verfahren abweichendes Benehmen Statt finden sollte. — §. 2. —

Bei der civilgerichtlichen Exekution geniessen die Exekutionskosten nur diejenige Rangordnung, welche die exequirende Forderung selbst hat, und zwar diejenigen bis zu dem Feilbiethungsakte, weil die von diesem Punkte beginnenden von dem Meistbiether getragen werden.

Unter den in dem §. 268 erwähnten *gesetzlichen* Pfandgläubigern sind die sub 1 bis incl. 4 genannten Prätendenten zu verstehen; und es dürfte ferner behauptet werden können, dass dieselben Vorrechte (1—4) nur gegen diejenigen Tabulargläubiger Platz greifen, welche erst seit der Wirksamkeit des allgemeinen Berggesetzes auf Bergentitäten das Pfandrecht erwirkt haben.

ad 2. Unter den Hüttenarbeitern sind nur diejenigen zu verstehen, welche in den, in dem §. 131—b bezeichneten Etablissements beschäftigt sind.

ad 3. Das in dieser Unterabtheilung gewahrte Vorrecht würde den Kredit des Bergbaues sehr zu gefährden, geeignet sein, weil dieser bevorzugte Anspruch weder nach Betrag, noch Zeit beschränkt ist. Denn es könnten sehr namhafte, durch mehrere Jahre für die Knappschafts- oder Bruderladen den Arbeitern abgezogene, jedoch dahin nicht eingelegte Gelder zur bevorzugten Berichtigung aus dem Kaufschillinge angesprochen werden. In dieser Beziehung hat der §. 213—e möglichst fürgesorgt.

§. 269.

Auf gleiche Weise sind im Falle eines Concurses, in welchem sich ein Berg- oder Hüttenwerk befindet, aus dem Kaufschillinge für dasselbe und aus dem Ertrage, welchen es seit der Eröffnung des Concurses abgeworfen hat, von den bücherlich eingetragenen Hypothekar-Gläubigern die oben angeführten gesetzlichen Pfand-Forderungen in der dort angeführten Ordnung (§. 268) und zwar die unter 1 angeführten, in soferne sie nicht über drei Jahre, die unter 2. und 4. angeführten, aber in soferne sie nicht über Ein Jahr vor Ausbruch des Concurses rückständig sind, zu befriedigen.

In diesem §. soll es auf der 3. Zeile statt des Wörtchens von *vor* heissen.

Sechzehntes Hauptstück.

Uebergangs-Bestimmungen.

§. 270.

Behandlung der bestehenden besonderen Bergbau-Berechtigungen.

Bergbau-Berechtigungen, welche nicht auf Grubenmasse nach Vorschrift der Bergordnungen, sondern nur auf unregelmässige Gebirgsflächen, Reviers- und Landestheile verliehen worden sind, die im lombardisch-venetianischen Königreiche ertheilten Bergbau-Investituren und die für gewisse Districte und auf unbestimmte Mineralien ertheilten ausschliesslichen Schurf-Berechtigungen, werden zwar in dem vollen Umfange ihrer Verleihung aufrecht erhalten, dieselben müssen jedoch binnen sechs Monaten nach eingetretener Wirksamkeit dieses Gesetzes bei der Bergbehörde angemeldet, und unter Vorlage der Verleihungs-Urkunden und genauer Terrainskarten der Bestätigung des Finanzministeriums unterzogen werden.

Hiebei wird das Ministerium zugleich bestimmen, in wieferne die Berechtigten den übrigen Vorschriften des Berggesetzes Genüge zu leisten verpflichtet seien, und welche Folgen die Ausserachtlassung dieser Verpflichtung nach sich ziehen solle.

Die angestrebte und in allen Zweigen durchführende Einheit des Reiches bringt es mit sich, dass alle unregelmässigen Terrains-Occupationen, seien es Schurfberechtigungen oder Verleihungen, dem allgemeinen, in diesem Berggesetze ausgesprochenen geregelten Zustande zugeführt werden.

Es fliesst aber aus der Natur der Sache, dass solche abweichende Verhältnisse nur allmählig dem allgemeinen Gesetze akkomodirt werden.

Der 2. Absatz des §. 270 lässt auch noch die Berechtigung offen, anderweitige vom allgemeinen Berggesetze abweichende Bestimmungen z. B. rücksichtlich der Bauhafthaltung, Massengebühr u. s. w. zu beanspruchen.

Die §§. 271, 272 gewähren zur Anmeldung und zu Fristen einen genügenden Zeitraum.

§. 271.

Zur Nachweisung der angemeldeten Berechtigungen können von der Bergbehörde angemessene Fristen bewilliget werden, welche jedoch zwei Jahre vom Tage der Anmeldung nicht übersteigen dürfen.

Erfolgt die Anmeldung nicht in der vorgeschriebenen Zeit, werden die Beweismittel nicht binnen der dazu bewilligten Frist vorgelegt, oder werden sie von dem Ministerium nicht für rechtsbeständig anerkannt, so ist der Anspruch erloschen und es kann nur eine neue Verleihung nach Vorschrift dieses Gesetzes angesucht werden.

§. 272.

Innerhalb des von dem Finanzministerium anerkannten Reviers, hat sich der Berechtigte binnen zwei Jahren nach erhaltener Verständigung von der Anerkennung zum Betriebe des Abbaues, eine oder mehrere Gruben- oder Tagmasse nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zumessen, und die Mappirung und Verpflockung derselben vornehmen zu lassen. Nach Verlauf dieser Frist ist der Abbau ohne diese Zumessung, oder ausser dem zugemessenen Felde als unbefugter Bergbau-Betrieb anzusehen (§. 236). Der übrige Theil des verliehenen Gebietes, dessen Gränzverpflockung die Bergbehörde nach Erforderniss anordnen kann, bleibt dem Berechtigten als ausschliessliches Schurfgebiet, ohne besondere Verpflichtung zur Bearbeitung vorbehalten.

§. 273.

Besondere Bergbau-Berechtigungen, deren Dauer auf eine gewisse Zeit beschränkt ist, erlöschen bei Ablauf der letzteren von selbst, und dürfen nicht verlängert werden. Das vorbehaltene Gebiet wird durch die Erlöschung bergfrei, und kann von Jedermann erworben werden.

Die Inhaber der früheren besonderen Berechtigungen können daher Schurfräume, Gruben- oder Tagmasse darin nur durch neue Erwerbung nach den Vorschriften dieses Gesetzes erlangen.

§. 274.

Errichtung der Revier-Statuten.

Zur Errichtung der Revier-Statuten (§. 43) für diejenigen Reviere, für welche abweichende Bestimmungen hinsichtlich der Verleihung der Grubenmasse nothwendig sind, haben die Bergwerks-Besitzer daselbst binnen

sechs Monaten nach der Wirksamkeit dieses Gesetzes einen Ausschuss von wenigstens drei und höchstens sieben Mitgliedern zu wählen.

Sollte die Wahl eines solchen Ausschusses binnen der festgesetzten Zeit, ungeachtet der Aufforderung von Seite der Behörde nicht erfolgen, so hat die letztere zur Verfassung des Entwurfes der Statuten, Vertrauensmänner auf Kosten der Reviers-Gewerken zu bestimmen.

§. 275.

Der gewählte Ausschuss, oder die anstatt desselben bestellten Vertrauensmänner, haben mit einem Abgeordneten der Bergbehörde eine genaue Uebersichtskarte des ganzen geschlossenen Bergreviers zu entwerfen, die daselbst bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Verleihung der Grubenmasse mit den etwa für nothwendig erachteten Abänderungen in Form eines Statutes zusammenzustellen, und beides der Bergbehörde vorzulegen. Diese wird nach genauer Prüfung ihre Anträge darüber dem Finanzministerium überreichen, das nach Massgabe seines Wirkungskreises vorzugehen hat.

Nach erfolgter Bestätigung (von Seite des Ministeriums) ist das Statut unter Aufbewahrung einer gleichlautenden Ausfertigung desselben und der Uebersichtskarte in dem Kronlande öffentlich kundzumachen.

In der von dem Gesetze gestatteten Bildung von Revierstatuten liegt unverkennbar ein mächtiger Keim zur Entwicklung und zum hoffnungsvollsten Gedeihen des Bergbaues. In diesen Statuten ist die ausnahmsweise von dem allgemeinen Berggesetze abweichende, auf örtlichen Verhältnissen beruhende Form und Grösse der Bergwerks-Masse, die Bestimmung der Abbauwürdigkeit der Freischürfe, der Anlage von Hilfsbauen und Revierstollen u. s. w. zugelassen, nicht minder auch der Impuls gegeben, um gemeinschaftliche Anlagen von Wasserleitungen, Strassen-Förderbahnen, Maschinen, Aufbereitungs- und Schmelzwerken, Krankenhäusern u. s. w. ins Leben zu rufen.

Insbesondere werden Revierstatuten von den oberungarischen und siebenbürgischen Bergwerks-Besitzern aus Rücksicht der eigenthümlichen Grubenmasse und ihrer besondern Erwerbsart beansprucht werden.

Ob nicht auch in einem Gangbergbau-Revier Revierstatuten erwünscht sein werden, muss der Beurtheilung der Berg-

bau-Unternehmer nach ihrer erworbenen Geognosie über das betreffende Terrain anheimgestellt bleiben. Im Allgemeinen liesse sich bemerken, dass selbst der schmälste Breite - Raum (56 Klafter) eines Grubenmasses noch überflüssig erscheint; (selbstverständlich, wenn nicht ein starkes Fallen aus der Stunde, ein Kreuzen der Gänge zu befürchten ist) und auch die Erwerbung von zwei Massen — §. 34 — nicht abhilft, um einen Gang in weiterer Länge abbauen zu dürfen, resp. die Verleihung zu erlangen, weil diese zwei Massen mit den längsten Seiten aneinander gelagert werden müssen; sonach an der Länge nichts gewonnen werden kann.

§. 276.

Allen denjenigen Bergbau-Unternehmern, welche bei Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes giltige Schurfbewilligungen, Muthungen, Vormerkungen auf Bohrfunde oder Fristungen erwirkt haben, wird, von diesem Zeitpuncte angefangen, eine Frist von drei Monaten ertheilt, binnen welcher sie, ohne Gestattung einer Verlängerung, die Schurfbewilligungen und Fristungen neu anzusuchen, die Muthungen aber zur Freifahrung und Verleihung nach diesem Gesetze zu bringen haben, widrigenfalls dieselben mit allen nach den früheren Gesetzen damit verbundenen Wirkungen von selbst erloschen wären.

§. 277.

Während der Dauer dieser Frist kommen den älteren Schurf- und Muthungsbauen gegen neue Ansitzer alle Rechte zu, welche den Freischürfern nach diesem Gesetze gebühren.

Die Bauhafthaltung solcher Werke ist während dieser Frist nach den älteren Gesetzen zu beurtheilen.

Wenn die in dem §. 276 bezeichneten Bergbau-Unternehmer die dreimonatliche Frist verstreichen lassen, d. h. nicht mit letztem Jänner 1855 die nach den früheren Gesetzen erwirkten Schurfbewilligungen und Fristungen neu ansuchen und die Muthungen nicht bis dahin zur Freifahrung und Verleihung nach diesem Gesetze (13. Hauptstück) bringen, so wären ihre Berechtigungen mit allen nach den früheren Gesetzen damit verbundenen Wirkungen von selbst erloschen, und werden nach

der Analogie des §. 251 ohne Erlassung eines besonderen Erkenntnisses *brevi manu* von der Bergbehörde gelöscht.

Während dieser dreimonatlichen Frist, welche nicht erstreckt werden darf, kommen den besagten Bergbau - Berechtigungen gegen allenfallsige *neue Ansitzer* die den Freischürfern nach diesem Gesetze gebührenden Rechte zu; — §. 277 — d. h. neue Ansitzer können bis auf 224 Klafter Entfernung rückgewiesen werden — §§. 22, 31.

Ist anschliessendes freies Feld vorhanden, so ist die Erwirkung eines Freischurfes angezeigt, weil ihm die §§. 34, 36, 37 zu Statten kommen, und er nicht von dem §. 279 abhängt, welcher ihm nur *wo möglich* ein Grubenmass sichert.

Würden aber solche Bergbau - Berechtigungen (wirkliche oder vorgemerkte Muthungs - oder Schurfbaue) nicht in dem durch das allgemeine Berggesetz vorgeschriebenen Masse von einander entfernt sein, so hat das Alter im Felde den Vorzug bei der Wahl des Schurfraumes, jedoch mit der Beschränkung, *jedem* benachbarten Schurf- oder Muthungsbaue *wo möglich* wenigstens Ein Grubenmass frei zu lassen. — §. 279.

Es wird zwar der zur Wahl des Schurfraumes Erstberechtigte, um dem Nachbar wenigstens ein Grubenmass frei zu lassen, seinen Schurfkreis nicht über taubes Feld, oder über ein Terrain legen, welches unter ein Tagwässer - Niveau fällt; aber vorsätzlich darf er ihm alles Feld nicht entziehen, sondern muss ihm, wenn es möglich ist, wenigstens einen Raum für ein Grubenmass frei lassen.

Das Erkenntniss über diese fragliche *Möglichkeit* wird auch nicht dem erstberechtigten Schurfraums-Wähler allein zustehen, sondern vielleicht in manchen Fällen von Sachverständigen ausgesprochen werden müssen.

Aus diesen vorstehenden Bestimmungen fliesst für diese betreffenden Bergbau - Unternehmer, um sich möglichst ihre Rechte zu verwahren, nachstehendes zu beobachtende Benehmen.

Die Besitzer der zur Freifahrung und Verleihung (13. Hauptstück) noch nicht entsprechend vorbereiteten Muthungen hätten für diese ihre Muthungspunkte Freischürfe zu erwirken.

Ein Gleiches wäre auch für die Besitzer von den nach früherem Gesetze erhaltenen Schurfbewilligungen angezeigt,

wenn sie nach ihren bisherigen Schürfungsergebnissen in der Lage sind, einen solchen Fixpunkt zu wählen und anzuzeigen; versteht sich, unter den, in der Erläuterung zu §. 252 angedeuteten Vorsichten, worauf auch der §. 276 hindeutet.

Durch dieses Verfahren können sich diese Bergbau-Unternehmer einen ausschliesslichen Schurfbereich wahren, indem ihnen gemäss §. 277 innerhalb der bestimmten Frist gegen *neue Ansitzer* die Rechte der Freischürfer gebühren, welche sie auf diese Weise auch über die drei Monate, also auf die Zukunft ausdehnen können.

In Betreff der nach früherem Gesetze erwirkten Muthungen und Schurfbewilligungen, resp. ihrer gegenseitigen Prioritäten (Alter im Felde), wenn nämlich die Legung von Schurfbereichen für dieselben wegen Mangel an Terrain nicht *unbedingt* möglich ist, tritt die Bestimmung des §. 279 ein.

Zur Vermeidung von Zweifeln und irrigen Folgerungen wird rücksichtlich der §§. 277, 279 Nachstehendes bemerkt:

Das allgemeine Berggesetz benennt den Rayon einer allgemeinen Schürfung mit dem Ausdrucke: „*Schurfgebiet*“ — §. 15; — den Freischurf aber (bestimmtes Schurffeld) mit der Bezeichnung: „*Schurfbau*“ — §. 23. —

Diese zweierlei Ausdrücke sind in diesem Berggesetz nirgends verwechselt; nur in den §§. 277, 279 ist von Schurfbauen die Rede, welche aber nicht diejenige Bedeutung haben können, welche die §§. 22, 23 andeuten; weil die früheren Gesetze einen Schurfbau mit den in den letzteren zwei §§. bezeichneten Rechten nicht gekannt haben. Der in den §§. 277, 279 gebrauchte Ausdruck: „*Schurfbaue*“ dürfte sonach unrichtig gewählt sein, weil darunter nur die nach früherem Gesetze erwirkten allgemeinen Schurfbewilligungen verstanden werden können.

§. 278.

Den Besitzern von Muthungen oder Muthungs-Vormerkungen auf Bohrlöcher, welche bis zur Wirksamkeit dieses Gesetzes als fündig angegeben wurden, bleiben alle Rechte vorbehalten, welche ihnen in den darüber ausgefertigten Vormerkscheinen zugesichert worden sind.

Doch haben sie dieselben binnen drei Monaten nach diesem Zeitpunkte

anzumelden, und binnen sechs Monaten vom Tage der Anmeldung die Arbeiten zum Aufschlusse, nach den in diesem Gesetze gegebenen Vorschriften über Schurfbaue in Angriff zu nehmen, und gesetzmässig zu betreiben.

Ueber alle Muthungsbaue dieser Art hat die Bergbehörde eine eigene Vormerkung zu führen, und über die Erfüllung der Verpflichtungen hinsichtlich derselben zu wachen.

Alle jene Muthungen und Verleihungen auf Steinkohlen, welche auf Grundlage der Allerhöchsten Entschliessungen vom 30. Juni 1842 und 16. Februar 1849 für den Staat vorbehalten wurden, dann die bei Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes in dem Grossherzogthume Krakau, dem Staate schon zustehenden Kohlengruben oder Tagmassen, bleiben demselben ohne der Verpflichtung zur Bauhafthaltung nach §. 170, lit. b), oder zur Muthscheins- und Schurfrechts-Verlängerung vorbehalten.

Die Bergbehörden haben hierüber besondere Vormerkungen zu führen.

Die in dieser Gesetzesstelle bezeichneten Muthungen oder Muthungs-Vormerkungen auf *Bohrlöcher* unterscheiden sich von andern Muthungen, die nicht mittelst Bohrarbeit erwirkt worden sind. Sie müssen zwar auch binnen drei Monaten von der Wirksamkeit des allgemeinen Berggesetzes gerechnet, angemeldet werden, auch ihnen kommen während dieser Frist gegen allfallsige neue Ansitzer die Freischurfs-Rechte — §. 277 — zu Guten; allein sie geniessen vom Tage jener Anmeldung auch noch eine Frist von sechs Monaten, bevor sie die Arbeiten zum Aufschlusse nach den über *Schurfbaue* (Freischürfe) gegebenen Vorschriften zu beginnen und zu betreiben haben.

Würde die dreimonatliche Anmeldefrist verabsäumt, so erfolgt die Löschung nach §. 251. Würden die Aufschliessungsarbeiten nicht nach den für Freischürfe bestehenden Vorschriften geleistet, so treten die auf deren Unterlassung bestimmten Folgen ein. (Siehe auch die Erläuterung zu §. 22).

Gemäss §. 131 — c der Vollzugs-Vorschriften muss die Bergbehörde derlei *angemeldete* Muthungen und Vormerkungen auf fündig gewordene Bohrlöcher in der Eigenschaft als Freischürfe von Amtswegen vormerken.

Der weitere Inhalt des §. 278 bedarf keiner Commentirung.

§. 279.

Bei wirklichen oder vorgemerkten Muthungsbauen, und bei Schurfbauen, welche nicht in dem durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Masse von einander entfernt sind, steht zwar dem Aelteren im Felde, und zwar dem Muther vor dem blossen Schürfer die Wahl des Schurfraumes nach dem neuen Gesetze zu, doch soll hiebei jedem benachbarten Schurf- oder Muthungsbaue, wo möglich, wenigstens Ein Grubenmass freigelassen werden.

Dieser §. wurde bereits mit dem §. 277 in Zusammenhang gebracht.

§. 280.

In Revieren, für welche eigene Revier-Statuten (§. 274) in Antrag gebracht werden, bleiben die bisher bestandenen Vorschriften über Muthungs- und Schurfbaue unverändert, bis über das Revier-Statut entschieden ist.

Gemäss §. 276 müssen Muthungs- und Schurfbaue binnen 3 Monaten vom 1. November 1855 gerechnet unter den Folgen ihrer Löschung neu angesucht werden. Nach §. 274 muss Behufs der Errichtung von Revierstatuten ein Ausschuss binnen 6 Monaten gewählt werden; zu Folge §. 281 aber bleiben in Revieren, für welche eigene Revier-Statuten in Antrag gebracht werden, die bisher bestandenen Vorschriften über Muthungs- und Schurfbaue unverändert, bis über das Revier-Statut entschieden ist.

Hieraus fliesst für die Bewerber um Revier-Statuten die selbstverständliche Vorsicht und Schuldigkeit, noch vor Ablauf der besagten dreimonatlichen Frist ihr Vorhaben der Revier-Statuten-Errichtung der Bergbehörde anzuzeigen.

§. 281.

Behandlung der bestehenden Hütten- und anderer Concessionen.

Alle bis zur Wirksamkeit dieses Gesetzes erworbenen Waschwerks-, Hütten-, Hammerwerks- und Walzwerks-Concessionen, Wasserrechte und andere von den Bergbehörden erlangten und in die öffentlichen Bücher bereits eingetragenen Befugnisse bleiben unverändert.

Berechtigungen dieser Art, welche in das Bergbuch noch nicht eingetragen sind, müssen jedoch binnen sechs Monaten von der Wirksamkeit

dieses Gesetzes bei der zuständigen Behörde neuerlich angesucht werden, widrigenfalls sie als erloschen angesehen sein würden.

Diese Gesetzesstelle steht mit dem Art. V des kaiserl. Kundmachungs-Patentes und mit dem §. 131 im Zusammenhange.

Alle diejenigen Concessionen, welche bis zur Wirksamkeit des allgemeinen Berggesetzes (31. October 1854) in den Bergbüchern bereits eingetragen waren, bleiben unberührt; selbst wenn es solche sind, die nicht schon aus der Bergwerks-Verleihung (§. 131) fliessen, sondern vom 1. November 1854 in das Bereich der zur Leitung der Gewerbe-Angelegenheiten und Fabriken bestellten Behörden gehören würden. Diese Berechtigungen müssen, wenn sie bis 31. October nicht zur Verbücherung gebracht worden waren, nun bei der Gewerbsbehörde binnen 6 Monaten, vom 1. November 1854 gerechnet, neuerlich angesucht werden, widrigens sie als erloschen anzusehen sein würden. Binnen derselben Frist müssen auch (wie die Vollzugsvorschriften aussprechen) die älteren bis 1. November 1854 nicht zur Verbücherung gebrachten Concessionen, selbst wenn es solche sind, die nach dem neuen Gesetze aus der Verleihung fliessen (§. 131) bei der Berghauptmannschaft angemeldet, zugleich die politische Baubewilligung (über Gebäulichkeiten am Tage) beigeschlossen und erklärt werden, mit welchem bereits bücherlich eingetragenen Bergwerke sie ein Ganzes ausmachen sollen.

Auch die nicht aus dem §. 131 fliessenden Concessionen können in dem Bergbuche zwar nicht als selbstständiges Bergbuchs-Objekt, aber als ein untrennbarer Bestandtheil eines Bergwerkes — §§. 117, 118 — gewidmet und vorgeschrieben werden. In diesen Fällen wird die Gewerbsbehörde den Akt an das zuständige Berggericht zur geeigneten Amtshandlung zu leiten haben.

Uiber alle nicht schon aus der Bergwerks-Verleihung fliessenden Concessionen — §. 131 — hört auch die Beaufsichtigung von Seite der Bergbehörden auf — Art. V. des kaiserl. Kundmachungs-Patentes und §. 1 der Handels-Ministerial-Verordnung vom 8. November 1854 (Reichsgesetz-Blatt Nr. 290 Seite 1110). — Der Inhalt dieser Ministerial-Verordnung ist am

Schlusse der Erläuterungen des allgemeinen Berggesetzes wörtlich beigelegt, und mit einigen Bemerkungen begleitet.

§. 282.

Vormerkung älterer Gruben- und Tagmasse.

Bergwerks-Besitzer, deren Gruben- oder Tagmasse bei Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes noch nicht verlochsteinet (vermarktet) sind, können von jedem benachbarten Schurf-Unternehmer oder Bergwerks-Besitzer zur Vermarkung ihrer Masse durch die Bergbehörde aufgefordert werden.

(In dieser §. Ueberschrift soll es statt Vormerkung heissen: Vermarkung.)

Da gemäss §. 64 jedes nach dem allgemeinen Berggesetze verliehene Feld (wenn nicht Revier-Statuten etwas Anderes bestimmen) längstens binnen Einem Jahre vermessen und über Tage verlochsteint werden muss, wozu die Einleitung von der Bergbehörde von Amtswegen zu treffen ist — §. 65; — so erscheint der §. 282 als eine nothwendige Anordnung, damit auch die vor der Wirksamkeit des neuen Gesetzes erworbenen Gruben- und Tagmasse, und zwar über Aufforderung eines jeden benachbarten Schurf-Unternehmers oder Bergwerks-Besitzers durch die Bergbehörde zur Vermarkung gelangen.

Dem zur Vermarkung Aufgeforderten werden aber immerhin seine allenfallsigen Einwendungen freistehen; denn wenn z. B. der Aufgeforderte darzuthun vermag, dass die ihm nach altem Gesetze innerhalb dreier fortlaufender Kompassstunden zustehende Massen-Lagerung den benachbarten Bergwerksbesitzer offenbar nicht beeinträchtigen kann, dieser sonach nicht ein unmittelbarer Anrainer ist; so wird seine Protestation gegen eine solche, mit namhaften Kosten verbundene kommissionelle Amtshandlung nicht unberücksichtigt bleiben können.

§. 283.

Anwendbarkeit des Berggesetzes auf ältere Berechtigungen.

Uebrigens unterliegen alle bereits erworbenen Gruben- und Tagmasse sowohl, als diejenigen Hüttenwerke, welche auf Grundlage der erhaltenen Bergwerks-Verleihung nach diesem Gesetze den Besitzer zum Betriebe der-

selben berechtigen, den Bestimmungen desselben, soferne darin für ältere Berechtigungen nicht besondere Ausnahmen festgesetzt sind.

In soferne bereits erworbene Rechte Anderer nicht im Wege stehen, können ältere Gruben- und Tagmasse zu jeder Zeit nach Vorschrift dieses Gesetzes umlagert werden.

Gemäss dieser Gesetzesstelle unterliegen alle nach früherem Gesetze erworbenen Gruben- und Tagmasse dem mit 1. November 1854 in Wirksamkeit tretenden neuen Gesetze, und eben so auch diejenigen Hüttenwerke, welche bei jenen Massen (Bergwerken) im Betriebe stehen; diese jedoch nur dann, wenn sie zu der in dem §. 131 bezeichneten Kategorie gehören, d. i. ein gesetzliches Zugehör der Bergwerks-Verleihung sind. Welche Werke hiezu zu rechnen sind, wurde bereits an andern Stellen dieser Erläuterungen deutlich erörtert.

Die in dem §. 283 angedeutete Ausnahme, dass nämlich die vor dem 1. November 1854 erworbenen Bergwerks-Berechtigungen nicht dem neuen, sondern dem alten Gesetze unterliegen, erscheint in dem §. 286.

Gemäss §. 283 muss die besondere Ausnahme *darin* d. h. in dem neuen Gesetze (allg. Berggesetz) festgesetzt sein, und diese Ausnahme ist auch in dem §. 286 ausdrücklich enthalten, indem der darin gebrauchte Ausdruck: nach *diesen* Gesetzen sich auf den vorstehenden Ausdruck: nach den *älteren* Berggesetzen bezieht.

Zur Umlagerung der ältern Gruben- und Tagmasse nach Vorschrift des neuen Gesetzes können für deren Besitzer mannigfaltige Beweggründe obwalten; z. B. auch dieser, um sich für ein in seinen Massen enthaltenes taubes oder nicht bauwürdiges Feld der Massengebühr zu entledigen.

Für die nach dem Patente vom 21. Juli 1819 erworbenen Grubenmasse wird überdiess die ewige Teufe gewonnen. Ältere Rechte müssen natürlich respektirt werden, und die über Verleihungen bestehenden Vorschriften werden auch bei einem solchen beabsichtigten Akte ihre Geltung haben.

§. 284.

Rechte der Grund-Eigenthümer in Ansehung früherer nicht vorbehaltenen Mineralien.

In denjenigen Kronländern, in welchen einzelne der nunmehr als vorbehalten erklärten Mineralien, wie z. B. die Steinkohlen, bisher ein Zugehör des Grund-Eigenthumes ausgemacht haben, steht den Grund-Eigenthümern und deren Rechtsnachfolgern noch durch fünf Jahre vom Tage der Wirksamkeit dieses Gesetzes angefangen, frei, jeden Anderen, welcher sich nicht bereits im Besitze befindet, von der Benützung derselben auszuschliessen, und den Bau auf solche Mineralien selbst zu betreiben, wobei sie bloss zur Versicherung desselben gegen Gefahren für Personen und Eigenthum verpflichtet werden. Dieselben Begünstigungen stehen durch fünf Jahre von der Wirksamkeit dieses Gesetzes Jenen zu, welche vor derselben ein Steinkohlenlager ohne das Eigenthum der Oberfläche erworben haben, worüber sie sich vor der betreffenden Bergbehörde binnen Einem Jahre nach der Wirksamkeit dieses Gesetzes auszuweisen haben.

§. 285.

Wollen sich die Grund-Eigenthümer die Berechtigung zum Baue auf solche Mineralien auch für die Zukunft sichern, so haben sie noch vor Ablauf der Begünstigungsjahre nach Vorschrift dieses Gesetzes bei der Bergbehörde anzusuchen.

Das in dem §. 284 bezeichnete Verhältniss obwaltet in Ungarn, Kroatien, Slavonien, in Siebenbürgen, im Temescher Banate und in der Militairgränze.

A. Dort steht es den Grund-Eigenthümern und deren Rechtsnachfolgern, als Erben, Käufern, Geschenknehmern frei, noch durch fünf Jahre vom 1. November 1854 gerechnet, jeden Anderen, welcher sich nicht bereits im Besitze befindet, von der Benützung der ein Zugehör des Grund-Eigenthümers ausmachenden (nun vorbehaltenen) *Mineralien* auszuschliessen. Diese Grund-Eigenthümer sind während der fünf Jahre an die Befolgung des allg. Berggesetzes nur in soweit gebunden, dass der Baubetrieb gegen Gefahren für Personen und Eigenthum gesichert erhalten werden muss.

B. Dieselbe Frist kömmt auch denjenigen zu Statten, welche vor dem 1. November 1854 ein *Steinkohlenlager* ohne das Ei-

genthum der Oberfläche erworben haben; nur müssen sie sich hierüber vom 1. November 1854 binnen Einem Jahre bei der Bergbehörde ausweisen.

Das ad A besagte Recht der Grund-Eigenthümer beruht in dem Grundeigenthume und kann während der fünf Jahre ausgeübt werden.

Das ad B bezeichnete Recht musste aber schon vor dem 1. November 1854 erworben worden sein.

Nach Ablauf dieser Begünstigungsjahre tritt das allgemeine Berggesetz in Wirksamkeit und die Erwerbung für die Zukunft kann nur nach diesem Gesetze erlangt werden.

Zwischen den sub A et B angedeuteten Berechtigungen enthält der §. 284 rücksichtlich des zu verwahrenden Minerals eine ausdrückliche Unterscheidung. Die Berechtigung ad B umfasst lediglich *Steinkohlenlager*, während ad A dem Grund-Eigenthümer nicht bloss Steinkohle, sondern auch andere einzelne nunmehr als vorbehalten erklärte *Mineralien* gegen jeden andern Unternehmer durch fünf Jahre gesichert sind.

Es ist auch der in derselben Gesetzesstelle gebrauchte Ausdruck: „*von der Benützung auszuschliessen*“ zu berücksichtigen, woraus nämlich fließt, dass auf einem solchen bevorzugten Grunde Schurfbewilligungen und Freischürfe von Fremden mit Bewilligung der Bergbehörde ertheilt werden können, weil der Grund-Eigenthümer jeden Anderen nur von der *Benützung* der fraglichen Mineralien auszuschliessen berechtigt ist.

Allein es bleibt immer eine unausweichliche Vorsicht und Nothwendigkeit für einen derlei Unternehmer, sich mit dem Grund-Eigenthümer rücksichtlich seiner künftigen Bergbau-Erfolge abzufinden, weil der Grundeigenthümer während seiner fünf Begünstigungsjahre ohne diese Rechtsverabredung gegen die künftige Verleihung protestiren könnte.

§. 286.

Rechte aus früheren Erbstollen-Verleihungen.

Die Besitzer von Erbstollen, welche nach den älteren Berggesetzen verliehen worden sind, bleiben im Besitze ihrer, nach diesen Gesetzen, oder durch Verträge bereits erworbenen Rechte gegen die Besitzer aller Grubenmasse, welche in dem erbstollenpflichtigen Reviere schon bestehen, oder künftig verliehen werden.

Die Erbstöllner sind jedoch verpflichtet, ihre Berechtigung binnen sechs Monaten nach dem Beginne der Wirksamkeit des Berggesetzes durch die Verleihungs-Urkunden darzuthun, und die Bergbehörde hat für die Eintragung der in denselben gegründeten Rechte und Verbindlichkeiten in dem Bergbuche, sowohl bei den Erbstollen als bei den verpflichteten Grubenmassen zu sorgen.

Hierüber entstehende Streitigkeiten, deren Entscheidung ausser dem Wirkungskreise der Bergbehörde liegt, sind auf den Rechtsweg zu verweisen.

Der §. 286 wurde bereits im Zusammenhange mit dem §. 283 behandelt, und es wird nur noch zu bemerken sein, dass die Bergbehörde, wenn die Erbstöllner ihre Berechtigung mittelst der Verleihungs-Urkunden darthun, für die Eintragung der in denselben gegründeten Rechte und Verbindlichkeiten in dem Bergbuche von Amtswegen zu sorgen hat.

**Verordnung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und
öffentliche Bauten vom 8. November 1854,**

giltig für alle Kronländer, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches, Dalmatiens und der Militärgränze,

über die Errichtung und den Betrieb von solchen Hütten- und Hammerwerken, zu denen die Berechtigung nicht schon durch die Bergwerksverleihung ertheilt wird, und den diessfälligen Einfluss der allgemeinen Gewerbsbehörden.

Mit Bezug auf Artikel I und V und §. 131 des allgemeinen Berggesetzes vom 23. Mai 1854 (Reichsgesetzblatt, Nr. 146) und auf die Verordnung vom 25. Februar 1850 (Reichs-Gesetzblatt, Nr. 147) wird verordnet:

§. 1.

Vom 1. Dezember 1854 angefangen, wird die Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe aller Hammer- und Hüttenwerke, zu denen die Berechtigung nicht schon den Bergwerksbesitzern durch die Bergwerksverleihung auf Grund des §. 131 des allgemeinen Berggesetzes zusteht, durch die zur Leitung der Gewerbe-Angelegenheiten bestellten Behörden ertheilt. An die letzteren geht auch die Beaufsichtigung aller nicht mehr von den Bergwerksbehörden zu verleihenden Hammer- und Hüttenwerke über. Der bisherige Einfluss der Bergbehörden auf dieselben hat aufzuhören.

Die hier einschlägige Erläuterung kömmt bereits bei Ar-

tikel V des kaiserl. Einführungs-Patentes zu dem allgemeinen Berggesetze, dann auch bei den §§. 131, 283 desselben vor.

§. 2.

Die erwähnten Hütten- und Hammergewerbe sind als Kommerzial- (konzessionirte) Gewerbe zu betrachten, zu deren Errichtung und Betrieb eine behördliche Bewilligung (Konzession) nothwendig ist. Die Bewilligung wird nur einer bestimmten Person ertheilt, und es ist weder die Verpachtung noch eine andere privatrechtliche Uebertragung derselben an dritte Personen gestattet.

Zur Ertheilung der Bewilligung sind in der ersten Instanz die Kreis- (Komitats-) Behörden und die Magistrate der den Statthaltereien (Landesregierungen) unmittelbar untergeordneten Städte berufen.

Das bei Verleihung von Gewerben überhaupt, und von Kommerzial-Gewerben insbesondere bestehende Princip, dass nämlich die Verleihung nur der bestimmten Person gilt, ist auch auf die erwähnten Hütten- und Hammergewerbe ausgedehnt.

Von der in diesem §. verbotenen Verpachtung oder andern privatrechtlichen Uebertragung ist die Ausnahme rücksichtlich älterer Konzessionen in dem §. 7. enthalten.

§. 3.

Es finden auf diese Gewerbe, in soweit die gegenwärtige Verordnung nicht eine Ausnahme enthält, alle für Gewerbe überhaupt und für Kommerzial- (konzessionirte) Gewerbe insbesondere bestehende Gesetze und Vorschriften Anwendung, auch werden bei denselben die besonderen, bei Feuer und Wasserwerken geltenden Rücksichten zu beachten sein. Die Nachweisung, dass der Bedarf an Brennstoff gedeckt ist, wird nicht gefordert.

Die bisher über solche Unternehmungen in den verschiedenen Kronländern in den Hütten- und Hammerwerk-Ordnungen, Innungsvorschriften und anderen Gesetzen enthaltenen Bestimmungen, in soferne sie den hier §§. 1, 2, 4, 5, 6 aufgestellten Grundsätzen nicht widersprechen, bleiben bis zur Erlassung anderer gesetzlicher Anordnungen oder Vorschriften in Kraft.

Die in dieser Gesetzesstelle angedeutete Ausnahme von den allgemeinen Gewerbsgesetzen und Vorschriften ist aus dem §. 4 ersichtlich, dass nämlich die Bewilligung zur Errichtung

und zum Betriebe der in Rede stehenden Hütten- und Hammerwerke auch an solche Personen ertheilt werden kann, welche die gewerbliche Befähigung hiezu nicht nachzuweisen vermögen; jedoch sind dieselben verpflichtet, den Betrieb unter die Leitung eines befähigten Werkführers zu stellen, welcher Vorschrift auch die vor dem 1. November 1854 erworbenen Konzessionen gemäss §. 7. 2. Absatz unterliegen, wenn deren Eigenthümer oder Pächter die gesetzliche Befähigung dazu nicht besitzen.

Es ist diese Ausnahme auch nur eine Analogie von andern grösseren Geschäfts-Betrieben und Fabriken, bei welchen der Unternehmer eben nicht die persönliche gewerbliche Befähigung besitzt; ja es ist diess eine nationalökonomische Nothwendigkeit, um dem grossen Kapitale einen Impuls zu industriellen Unternehmungen zu geben, wobei es sich nicht um die materielle Arbeitsleistung, sondern um die Zuwendung von Vermögenskräften handelt.

Zu dem 2. Absatze dieses §. ist zu bemerken, dass alle, über die besagten Hammer- und Hüttenwerke in den Hütten- und Hammerwerks-Ordnungen, Innungsvorschriften und andern Gesetzen der verschiedenen Kronländer enthaltenen Bestimmungen bis zur Erlassung anderer gesetzlicher Anordnungen nur in soferne in Kraft bleiben, als sie den in den §§. 1, 2, 4, 5, 6 aufgestellten Grundsätzen nicht widersprechen. Was aus diesen früheren gesetzlichen Anordnungen mit den bezeichneten fünf §§. nicht übereinstimmt, ist vom 1. Dezember 1854 ungültig.

Es wurde in der Erläuterung zu §. 131 des allgemeinen Berggesetzes erwähnt, dass die in dem §. 336—e des Handels- und Gewerbe-gesetz-Entwurfes aufgezählten Montangewerbe, (unter welchen eben die in dem §. 3. der Ministerial-Verordnung bezeichneten Hütten- und Hammerwerke zu verstehen sind) von dem künftigen Gewerbe-Gesetze nicht berührt werden. Diese Ausscheidung findet nun in dem Schlusse desselben §. 3. ihre Erklärung, weil nämlich für diese Werke die Erlassung anderer gesetzlichen Anordnungen oder Vorschriften bevorsteht.

§. 4.

Die Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe eines solchen Hütten- und Hammergewerbes können auch solche Personen erhalten, welche die ge-

werbliche Befähigung nicht nachzuweisen vermögen, doch sind dieselben verpflichtet, den Betrieb unter die Leitung eines befähigten Werkführers zu stellen.

Wurde bereits bei §. 3 besprochen.

§. 5.

Die Inhaber eines Hütten- oder Hammergewerbes geniessen die Rechte des Inhabers einer Fabrik, und dort, wo gesetzlich ein Unterschied zwischen einfachen und Landesfabriken besteht, die Rechte der Inhaber einer Landesfabrik, sowohl in Beziehung auf den Betrieb der zur vollkommenen kaufrechtlichen Darstellung (Hervorbringung) ihres Gewerbs-Erzeugnisses nöthigen Nebengewerbe, als in Beziehung auf die Aufnahme, Verwendung und Freisprechung von Lehrlingen und Hilfsarbeitern. Andererseits haben sie auch die den Fabriks- und beziehungsweise Landesfabriks-Inhabern diessfalls obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Um sämmtlicher Vorrechte der Fabrikanten theilhaftig zu werden, können die Inhaber von Hütten- und Hammergewerben, wenn die gesetzlichen Bedingungen vorhanden sind, gleich anderen Gewerbsleuten die Verleihung eines Fabriks- oder beziehungsweise eines Landesfabriksbefugnisses erlangen.

In den Kronländern des österreichischen Kaiserstaates bestehen bekanntlich zweierlei Fabriks-Befugnisse, nämlich: einfache Fabriksbefugnisse und förmliche Landes-Fabriks-Befugnisse.

Mit der Inhabung eines Hütten- oder Hammergewerbes sind die in diesem §. 5. bezüglich der dabei nothwendigen Nebengewerbe und des Arbeiter-Personals bezeichneten Rechte verbunden, ohne dass es nothwendig ist dieserwegen ein förmliches Landesfabriks-Befugniss zu erwirken.

Mit dem letztern Befugnisse sind ausser dem so eben berührten Rechte, noch andere Vorrechte verbunden, als: der Firma-Gebrauch: „k. k. privilegierte Fabrik“; die Aufstellung des k. k. Adlers bei den Fabriksgebäuden, die Führung desselben in dem Fabrikssiegel, dann das Recht, ausser dem Verkaufe bei Hause und in einem Verschleissgewölbe, auch in allen Provinzial-Hauptstädten, nach vorläufiger Anmeldung bei der betreffenden Landesstelle, Niederlagen zu errichten und in denselben den Verkauf im Grossen und im Kleinen zu betreiben.

Einfache Fabriksbefugnisse sind zur Errichtung von Niederlagen in den Provinzial-Hauptstädten nicht berechtigt, sondern dürfen nur an ihrem Betriebsorte ein einziges Verschleissgewölbe eröffnen. Der zur Wohnung eines solchen Befugten gehörige Verschleiss-Laden ist jedoch als öffentliches Gewölbe nicht anzusehen.

Nur ausnahmsweise kann solchen einfachen Fabriks-Befugten zur Errichtung von Niederlagen in einer Provinzial-Hauptstadt die Bewilligung zu Theil werden, wenn nämlich ihre Erzeugnisse sich durch Neuheit, vorzügliche Güte oder Preiswürdigkeit auszeichnen.

Gemäss Patenten vom 29. Dezember 1781 ist es den Eisenhammerwerken erlaubt worden, das Zentnergut bei ihren Werken und auf Jahrmärkten in und ausser Landes, wo sie immer wollen, in beliebigen Preisen zu verkaufen, und zur Erleichterung des Fabrikanten und des Publikums an mehreren Orten Verkaufslager zu eröffnen, und das Zentnergut im Grossen an Jedermann abzusetzen. Das Patent vom 8. November 1782 stellt es Jedermann frei, sowohl in der Residenz, als auch in allen übrigen Städten und Orten der Monarchie Eisenlager zu eröffnen, und in solchen alle Gattungen von geformten und ausgearbeiteten Eisen im Grossen und im Kleinen zu verkaufen. Dieses letztere Recht ist dermalen nur ein Zugehör der Handlungskonzessionen. (Auf dem Lande für die förmlichen Handlungen, in den Hauptstädten auch für Klassenhandlungen).

Indem der 1. Absatz des §. 5 den Inhabern von Hütten- und Hammergewerben die Rechte des Inhabers einer Fabrik (z. B. die Befreiung vom Zunftszwange) zugesteht, jedoch von den Vorrechten förmlicher Landesfabriks-Befugnisse ausdrücklich nur die Begünstigung rücksichtlich der Nebengewerbe und des Arbeiter-Personals hinzugibt, in dem 2. Absatze aber darauf hingewiesen ist, dass sie der sämtlichen Vorrechte der Fabrikanten nur dadurch theilhaftig werden können, wenn sie, bei dem Vorhandensein der gesetzlichen Bedingungen, die Verleihung eines Fabriks-, beziehungsweise Landesfabriks-Befugnisses erlangen, so muss wohl angenommen werden, dass ihnen aus dieser ihrer Gewerbe-Inhabung nur die allgemeinen aus einer Fabriks-Konzession, nicht aber auch die aus einer förmlichen

Landes-Fabriks-Befugniss fließenden Rechte (Eröffnung von Niederlagen etc.) zustehen, und somit auch die citirten zwei Patente alterirt sind.

Zur Erklärung dieser Alternative muss noch bemerkt werden, dass für Wien und die westlichen Provinzen des Kaiserstaates die besagten zwei Arten von Fabriks-Befugnissen bestehen; in den östlichen Kronländern aber nur Eine Art von Fabriksbefugnissen, welche mit den Landesfabriks-Befugnissen der westlichen Kronländer, dem Umfange ihrer Rechte nach, übereinstimmen.

§. 6.

Die nicht mit einem eigenen Bergwerksbetriebe verbundene Errichtung eines *Aufbereitungs-* oder *Hüttenwerkes*, welches den Zweck hat, die Mineralien anderer Bergwerksbesitzer zu verarbeiten, ist von den Gewerbebehörden nur nach Einvernehmung der Behörde zu gestatten.

Unter dem in diesem §. gebrauchten Ausdrucke: „*Aufbereitungs-Werke*“ sind diejenigen zu verstehen, welche der §. 131 des allg. Berggesetzes als einen Ausfluss der Bergwerks-Verleihung bezeichnet, welche aus dem Urprodukte, nämlich aus den vorbehaltenen Mineralien das Rohprodukt (Roheisen, Schwefel; Vitriolstein etc.) darstellen (hervorbringen).

Hüttenwerke sind diejenigen industriellen Anlagen, in welchen aus dem Rohprodukte das Kaufmannsgut, der zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unmittelbar geeignete Gegenstand geschaffen wird. (Geschmiedetes Eisen, Eisengusswaare, Schwefelsäure, Phosphor etc.)

Es ist von nun an z. B. die Errichtung von Schmelzwerken (Hochöfen etc.) oder von Mineralsudhütten auch demjenigen gestattet, welcher einen Eisenstein-Vitriolschiefer-Schwefelkies-Bergbau nicht besitzt, er somit das betreffende Mineral (Urprodukt) solcher Bergwerks-Besitzer verarbeiten würde.

Die Bewilligung hiezu ertheilt die Gewerbsbehörde nach Einvernehmung der Behörde — was wohl: *Bergbehörde* heissen soll.

Aus der Stilisirung dieses §, insbesondere aus dem Ausdrucke: *verarbeiten* lassen sich zweierlei Verhältnisse denken:

a) Dass der Unternehmer von *Aufbereitungs-* oder *Hütten-*

werken die Verarbeitung der Mineralien anderer Bergwerks-Besitzer oder ihrer Rohprodukte für dieselben gegen Vergütung der vertragsmässig stipulirten Kosten bewerkstelliget, oder

b) dass er die von den Bergwerks-Besitzern aquirirten Mineralien auf eigene Rechnung in das Rohprodukt verwandelt, und hieraus, oder auch aus dem von anderen Werken angekauften Rohprodukten das Kaufmannsgut darstellt (erzeugt.)

Beispielweise wird der Unternehmer eines Hochofens berechtigt sein, die von einem Eisenstein-Bergwerks-Besitzer gewonnenen Erze auf dessen Rechnung gemäss Vertrag zu schmelzen, in das Roheisen-Produkt zu verwandeln, oder auch aus dem, von dem Bergwerks-Besitzer aquirirten Eisenerze auf eigene Rechnung das Roheisen (Rohprodukt) herzustellen. Dem Hüttenwerks-Besitzer steht das Recht zu, nicht nur aus dem fremden, sondern auch aus demjenigen Roheisen, welches er aus dem auf eigene Rechnung angekauften Eisenerze erzeugt hat, das weitere Kaufmannsgut herzustellen.

Das Vorbild der Verhältnisse ad a finden wir in den alten Bergordnungen.

§. 7.

Denjenigen Inhabern der von den Bergbehörden ertheilten und am 1. November 1854 noch giltigen Hütten- und Hammerwerks-Konzessionen, welche berechtigt waren, diese Konzession an dritte Personen zu verpachten, oder sonst privatrechtlich zu übertragen, bleibt dieses Recht unter den durch die Konzession gegebenen Bedingungen aufrecht.

Für die vordem erworbenen, und am 1. November 1854 noch giltigen Hütten- und Hammerwerks-Konzessionen bleibt die Berechtigung der Verpachtung an dritte Personen oder die sonstige privatrechtliche Uebertragung derselben aufrecht. Das in dem §. 2 ausgesprochene Verbot findet auf diese Konzessionen keine Anwendung; jedoch unterliegen dieselben der Verpflichtung, ihren Betrieb unter die Leitung eines befähigten Werkführers zu stellen, wenn der Eigenthümer oder Pächter die *gesetzliche* Befähigung dazu nicht besitzt.

Verordnung des Justizministeriums vom 13. December 1854,

wirksam für alle Kronländer, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches, Dalmatiens und der Militärgränze,

wodurch den, zur Ausübung der Berggerichtsbarkeit bestimmten Gerichtsbehörden Vollzugsvorschriften zur Anwendung der §§. 138—167 des allgemeinen Berggesetzes vom 23. Mai 1854, Nr. 146 des Reichs-Gesetz-Blattes auf die bereits bestehenden Gewerkschaften ertheilt werden.

Da zu Folge des §. 168 des allgemeinen Berggesetzes vom 23. Mai 1854, Nr. 146 des Reichs-Gesetz-Blattes, die in dem sechsten Hauptstücke desselben enthaltenen Vorschriften über Gewerkschaften (§§. 138 — 168) auch auf die bereits bestehenden Gewerkschaften angewendet und die Verhältnisse dieser letzteren nach Massgabe dieser Vorschriften geordnet werden sollen, so hat das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium hierüber folgende Bestimmungen zu erlassen befunden:

§. 1.

Jede Bergbehörde hat die in ihrem Bezirke bereits bestehenden Gewerkschaften im Einvernehmen mit der Gerichtsbehörde, nöthigenfalles unter Anwendung des §. 224 des Berggesetzes, aufzufordern, binnen einer zu bestimmenden angemessenen Frist die zur Berichtigung ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse nach Massgabe der Bestimmungen des neuen Berggesetzes gefassten Beschlüsse über ihre Statuten sowohl, als über die Wahl des Di-

rectors und der Firma mit den dazu gehörigen Urkunden vorzulegen, damit dieselben nach erfolgter Prüfung und Genehmigung in dem Bergbuche angemerkt und zur öffentlichen Kenntniss bei der Bergbehörde eingetragen werden können.

§. 2.

Hierbei sind diejenigen Gewerkschaften, deren einzelne Theilhaber gegenwärtig in dem Bergbuche rücksichtlich ihrer Antheile an den Besitz geschrieben sind, insbesondere auch zur Beibringung der Erklärung aufzufordern, ob die Führung der Vormerkung über die Inhaber der Kuxe, dem §. 141 des Berggesetzes gemäss, ausschliesslich an die Bergbehörde übertragen und daher die Besitzanschreibung der einzelnen Theilnehmer in dem Bergbuche gelöscht werden solle, oder ob die Gewerkschaft auf der Fortführung des Besitzstandes der Kuxe in dem Bergbuche beharre.

§. 3.

Bei der Leitung dieses Geschäftes sind die Gewerkschaften über die Erleichterung, welche dem Verkehre mit den Kuxen durch die Ausscheidung der letzteren aus dem Bergbuche und durch die Ausfertigung zur Veräusserung als bewegliches Vermögen geeigneter Kuxscheine gewährt wird, gehörig zu belehren und darauf aufmerksam zu machen, dass ihnen, im Falle sie die Fortführung des bergbücherlichen Besitzstandes über die einzelnen Kuxe vorziehen, dieses dem §. 135 des Berggesetzes gemäss zwar unbenommen bleibe, die Gerichts- und Bergbehörden aber die Befolgung der eben daselbst zur künftigen Beschränkung der Theilung der Antheile getroffenen Bestimmungen genau zu überwachen haben werden.

§. 4.

Erklärt sich bei der Berathung die erforderliche Stimmenmehrheit der Besitzer von den Viertheilen aller Antheile der Gewerkschaft (§. 154 des Berggesetzes) dafür, dass die Vormerkung über die Inhaber der Kuxe ausschliesslich an die Bergbehörde übertragen werden soll, so ist von dem Gerichte anzuordnen, dass in dem Bergbuche die Besitzanschreibung der einzelnen Theilnehmer gelöscht und die Gewerkschaft als Gesamtheit in demselben an den Besitz gebracht oder in solchem belassen werde.

§. 5.

Sind auf den Antheilen einzelner Theilnehmer einer solchen Gewerkschaft Schulden oder andere Lasten eingetragen, so ist über diese schon eingetragenen Lasten das Bergbuch bis zu deren Erlöschung noch fortzuführen, auf den Kuxscheinen solcher Theilnehmer aber vor der Hinausgabe an die letzteren der Bestand dieser Schulden oder Lasten von dem Gerichte anzumerken.

Die bücherliche Eintragung neuer Schulden oder anderer Lasten findet auch auf solche Antheile nicht weiter Statt. Den Besitzern der letzteren steht aber frei, dieselben unbeschadet der auf den Kuxscheinen angemerkten bücherlichen Lasten gleich anderen beweglichen Sachen zu veräußern und zu verpfänden.

§. 6.

Wird in Rücksicht der noch bestehenden bücherlichen Lasten solcher Kuxe von dem Gerichte eine weitere bücherliche Uebertragung oder andere Eintragung, oder eine Löschung bewilliget, so ist hievon der im Gewerkenbuche eingetragene Inhaber des Kuxes mittelst der Bergbehörde zu verständigen.

Wird ein Kux dieser Art, wegen rückständiger Zubussen in Execution gezogen oder von dem Inhaber heimgesagt, so ist sich in Rücksicht der Verständigung der bücherlich eingetragenen Gläubiger nach der Vorschrift des §. 169 des Berggesetzes zu benehmen.

§. 7.

Alle in Vollziehung des §. 168 des Berggesetzes zur Berichtigung der Statuten und des Bergbuches rücksichtlich der schon bestehenden Gewerkschaften zu überreichenden Eingaben der Parteien, so wie die Acte und Ausfertigungen der Gerichts- und Bergbehörden, sind stempel- und gebührenfrei.

Aus dem §. 5 dieser Vollzugs-Vorschriften ist abermals zu ersehen, dass das nach dem allgemeinen Berggesetze geschaffene gewerkschaftliche Verhältniss für die Mitgewerken bequemer, und rücksichtlich der Uebertragung und Belastung der Kuxe, als beweglichen Sachen, minder kostspielig ist.

Einige aus den Vollzugs-Vorschriften geschöpfte Nachträge.

Zu der Erläuterung des §. 16 des allgemeinen Berggesetzes.

Eine Verlängerung bereits abgelaufener (erloschener) Schurfbewilligungen ist unstatthaft; wird aber vor Ablauf derselben darum angesucht, so hat die Bergbehörde aus ihren Protokollen oder Vormerkbüchern zu erheben, ob der Bewerber innerhalb seines Schurfgebietes bereits einen oder mehrere Freischürfe angemeldet habe, in welchem Falle jede weitere Verlängerung der Schurfbewilligung ohne Anstand zu bewilligen ist.

Tritt diese Voraussetzung nicht ein, so hat die angesuchte Verlängerung nicht stattzufinden, weil der Beweis der von dem Gesetze verlangten Thätigkeit des Schürfers mangelt.

Aus diesem Grunde allein kann jedoch die Ausfertigung einer neuen Schurfbewilligung nicht verweigert werden, in soferne hierum ein besonderes Ansuchen gestellt wird.

Zu der Erläuterung des §. 30 des allgemeinen Berggesetzes.

Um sich mittelst eines solchen Hoffnungsschlages ein weiteres Feld zu sichern, muss:

a) eine bereits erworbene Schurfbewilligung für dieses weitere Terrain nachgewiesen, oder eine solche gleichzeitig erbeten werden;

b) muss das Gesuch den Vorschriften des §. 15 allg. B.-G. vollständig entsprechen;

c) die genaue Anzeige von der Lage dieses Freischurfes mittelst einer Mappe gemacht, und

d) derselbe senkrecht über sich am Tage durch Setzung eines Schurfzeichens kenntlich gemacht werden.

Aus den §§. 30, 31, 33 folgt ferner, dass bereits erworbene Freischurf-Kreise durch später anmeldende Freischürfer in keiner Weise beeinträchtigt, daher auch mit den Schurfkreisen der letzteren nicht überlagert werden dürfen.

Kommen diessfalls Beschwerden älterer Freischürfer gegen jüngere vor, so hat die Bergbehörde letztere, entweder schriftlich, oder, wenn es ohne Beschwerde der Partei geschehen kann, durch persönliche Vorladung einzuvernehmen, ob sie die Richtigkeit der Einsprache anerkennen, und dieselbe durch Abänderung ihrer Standorte des Schurfzeichens zu beheben bereit seien.

Lässt sich weder auf diesem Wege, noch durch eine mit beiden Theilen abzuhaltende Tagsatzung eine Verständigung im gütlichen Wege erzielen, und beharren beide Theile auf ihrer Forderung und Weigerung, so ist der Markscheider zur Aufnahme und Mappirung der streitigen Schurfkreise abzuordnen.

Ergibt sich aus dieser Aufnahme die Ueberlagerung des ältern Schurfkreises, so hat die Bergbehörde das Erkenntniss wegen Uebersetzung des jüngern Schurfzeichens eigentlich der neuerlichen Wahl des Schurfkreises (§. 32 allg. B.-G.) — zu fällen.

Sollte der jüngere Schurfbau selbst in den Kreis des ältern Freischürfers fallen, so wäre derselbe als unbefugt zu erklären, in der Vormerkung zu löschen, und die Entfernung des Schurfzeichens durch die zustehende politische Behörde zu veranlassen.

Die hier angeordneten Verhandlungen können nur in Beziehung auf den Versuch der gütlichen Beilegung auch bei den Bergkommissariaten stattfinden. Die Abordnung des Markscheiders und die Entscheidung über dessen Operat obliegt der Berghauptmannschaft.

Zu der Erläuterung des §. 31 des allgemeinen Berggesetzes.

Aus dem §. 31. ergibt sich nachstehende Folgerung:

Dem Freischürfer ist es zwar im Sinne dieses §. gestattet, innerhalb seines Schurfkreises ausser dem angemeldeten und mit dem Schurfzeichen ausgestatteten Schurfbaue — mehrere solche Arbeiten zu beginnen; allein solche Baue geniessen nicht die

Vorrechte eines Freischurfes, und der Besitzer derselben muss es sich gefallen lassen, dass derlei Baue, wenn ein benachbarter Freischürfer früher ein verleihungswürdiges Objekt aufschliesst und um die Verleihung ansucht, von den Grubenmassen des Nachbars überlagert werden können, in soferne diese Nebenbaue nicht in das vorbehaltene Feld des ersten Freischürfers fallen (§§. 36, 37 allg. B.-G.); dieser muss in einem solchen Falle seinen nicht geschützten Bau dem neuen Bergwerks-Eigenthümer ohne Entschädigung überlassen, in so ferne ein solcher Bau nicht die Eigenschaft eines Hilfsbaues zum angemeldeten Freischurfe hat. (§. 175 allg. B.-G.)

Da das Gesetz aber einem Freischürfer nicht verbietet, auch innerhalb seines Schurfkreises oder in einer solchen Nähe zu demselben einen zweiten Freischurf anzumelden und vorschriftsmässig zu bezeichnen; dass dessen neuer Schurfkreis seinen ältern theilweise deckt, so ist der Freischürfer, in sofern die im §. 25 erörterten Rechte der Nachbarschürfer dadurch nicht verletzt werden, in die Lage gesetzt, auch für etwaige Neben-Schurfbaue die volle gesetzliche Sicherstellung zu bewerkstelligen, wogegen er selbstverständlich für diesen zweiten oder dritten Freischurf alle Verpflichtungen eines jeden Freischürfers zu erfüllen hat.

Zu der Erläuterung der §§. 35 und 37 des allgemeinen Berggesetzes.

Schürfer, welche einen Schurfbau bis zu dessen Verleihungswürdigkeit aufgeschlossen und um die Verleihung nachgesucht haben, können ihr beehrtes Grubenfeld — in soferne ältere Verleihungen nicht im Wege stehen — auch über die Gränzen ihres Schurfgebietes und innerhalb desselben auch über ihren Freischurf-Kreis, ja sogar in den Freischurf-Kreis eines Dritten hinein lagern, in soweit diesem nur jene Fläche unberührt bleibt, welche ihm nach Vorschrift der §§. 34, 36 und 37 allg. B.-G. zur Deckung seines Freischurfes vorbehalten bleiben muss.

Befinden sich innerhalb des auf diese Weise angesprochenen Grubenfeldes fremde Schurfbaue, denen die gesetzliche Eigenschaft von Freischürfen nicht zusteht, so fallen diese dem neuen

Verleihungswerber durch die Verleihung ohne jeder Entschädigungsverpflichtung zu, und die Bergbehörde hat solche allgemeine Schürfer zur Abtretung ihrer angefangenen Schurfbaue zu verhalten. Die dabei befindlichen Werkzeuge, Grundstücke, Gebäude, Maschinen u. d. gl. bleiben jedoch Eigenthum der Schürfer.

Zu der Erläuterung des §. 38 des allgemeinen Berggesetzes.

Angemeldete und bestätigte Freischürfe können, ausser der in dem §§. 30 und 31 erörterten Zulässigkeit der Uebertragung, nur dann von dem ursprünglichen Erwerber an einen Dritten abgetreten werden, wenn diesem gleichzeitig auch die Schurfbewilligung über das Gebiet, in welchem der fragliche Freischurf liegt, übertragen wird, oder wenn der Uebernehmer bereits selbst eine noch gültige Schurfbewilligung über dasselbe Gebiet besitzt, oder endlich, wenn er gleichzeitig mit der Uebertragungs-Anmeldung um die Ausfertigung einer Schurfbewilligung über eine beliebige Fläche, in welcher der abgetretene Freischurf gelegen ist, ansucht.

Im ersten Falle ist die Uebertragung der Schurfbewilligung und des Freischurfes im Schurf- und Freischurf-Vormerkbuche zu vollziehen. Besitzt der ursprüngliche Schürfer auf Grundlage der abgetretenen Schurfbewilligung in dem betreffenden Schurfgebiete noch mehrere nicht abgetretene Freischürfe, so ist derselbe aufzufordern, binnen einer festzusetzenden Frist für diese um eine neue Schurfbewilligung anzusuchen, widrigenfalls die im §. 10, Absatz 7 und 8 vorgesehenen Folgen eintreten haben.

In den beiden andern Fällen ist der übertragene Freischurf von der ursprünglichen Schurfbewilligung abzuschreiben, und bei der betreffenden ältern oder neuern Schurfbewilligung des mittelbaren Erwerbers vorzumerken. Die entsprechende Vormerkung hat auch im Freischurf-Buche zu geschehen.

Zu der Erläuterung der §. 36, 37, 47, 52 des allgemeinen Berggesetzes.

Kommen die Ansprüche weder mit den Rechten anderer jüngerer Verleihungswerber, noch mit jenen der Freischürfer in Berührung, so spricht das Gesetz die Grundsätze zweifellos aus, nach welchen die Bergbehörden vorzugehen haben, und dieselben werden sich nur in Beziehung auf den zweiten Absatz des §. 47 allg. B.-G. gegenwärtig halten, dass es hiebei auf die Lage der aufgeschlossenen Lagerstätte ankomme, in wieferne dem Verlangen einer mehreren Massenzutheilung entsprochen werden könne, da immerhin der Grundsatz aufrecht erhalten werden muss, dass nur der wahrscheinliche Inhalt vorbehaltener abbauwürdiger Mineralien das Object eines Grubenmasses bilde.

Ist nämlich mit dem zur Verleihung vorgerichteten Aufschlusse die Lagerstätte so weit entblösst, dass sich ihr Anhalten nach dem Streichen und nach dem Verfläichen als wahrscheinlich ergibt, so stellt sich überdiess letzteres unter einem geringen Fallwinkel gegen den Horizont dar. Befindet sich der Aufschlagspunkt in der Mächtigkeit der Lagerstätte und ist das Feld gegen alle Seiten frei; so sind alle Bedingungen vorhanden, um im Sinne des §. 47 allg. B.-G. aus diesem Aufschlagspunkte 4fache oder 4 Doppelmassen ausmessen zu können, wobei derselbe am Zusammenstosse dieser Massen zu liegen kommt.

Befinden sich jedoch spätere Verleihungswerber oder Freischürfer in der Nähe des älteren Verleihungswerbers, dessen Massenlagerung in die Freischurfkreise der ersteren eingreift, so tritt der Fall ein, dass dem jüngern Verleihungswerber und dem hiezu noch nicht befähigten Freischürfer sein vorbehaltenes Feld nach §. 36 allg. B.-G. vorerst ausgemessen werden muss, in soferne zwischen den Betheiligten ein anderes Uebereinkommen nicht zu Stande kam, was die Bergbehörde jedesmal vorläufig in Antrag bringen und versuchen muss.

Hiebei kann der blosse Freischürfer auf eine andere Art der Ausmessung seines Vorbehaltsfeldes nicht Anspruch machen, als sie ihm die §§. 36 und 37 allg. B.-G. mit Rücksicht auf den §. 34 allg. B.-G. einräumen, er ist aber darum nicht gehindert, wenn dessen Aufschluss in der Folge verleihungs-

würdig wird, und noch freies Feld vorhanden ist, aus seinem Aufschlusse ausgedehntere und selbst anders gelagerte Grubenmasse, ja in gleicher Weise wie der oben erwähnte Verleihungswerber auch über seinen Freischurf-Kreis, und in jenen eines dritten noch nicht zur Verleihung befähigten Freischürfers zur Verleihung zu begehren.

Bei dem, mit dem ältern Verleihungswerber in Berührung tretenden Freischürfer, welcher ebenfalls — jedoch später — sein Verleihungsgesuch überreicht hat, ist jedoch das Verhältniss ein anderes. Ein solcher kann nämlich in der Richtung gegen die Lage der Grubenmassen des ältern Bewerbers hin, aus dem Standorte seines Freischurfs-Zeichens kein grösseres Feld in Anspruch nehmen, als ihm der §. 37 mit Rücksicht auf den §. 34 allg. B.-G. einräumt d. i. die halbe Länge seines gewählten einfachen Grubenmasses; nach allen andern Richtungen aber, selbst über seinen Schurfkreis hinaus und in jenen anderer Freischürfer oder noch jüngerer Verleihungswerber kann er unter dem oberwähnten Vorbehalte der gesetzlichen Ansprüche derselben, sein begehrtes Grubenfeld beliebig lagern.

Zeigt es sich bei der vorläufigen Ausmessung der Lage des von dem ältern Verleihungswerber begehrten Feldes, dass selbes in keinen der benachbarten Freischurf-Kreise eingreift, so entfällt die Nothwendigkeit einer Zumessung der vorbehaltenen Massen für die nachbarlichen Freischürfer oder jüngere Verleihungswerber.

Es kann zwar ein Verleihungsgesuch auch über einen Aufschluss überreicht werden, der durch eine frühere Schurfbewilligung nicht gedeckt ist, was bei einem ganz zufälligen Funde ohne alle Schurfarbeit und in unterirdischen Grubenbauen an der Gränze eines verliehenen Feldes geschehen kann, und im Sinne der §§. 40 und 45 allg. B.-G. zulässig wäre. Begegnen sich jedoch zwei solche Nichtschürfer bei dem Verleihungsbegehren zu verschiedenen Zeiten der Gesuchs-Ueberreichung (§. 52 allg. B.-G.), so kann der Fund des jüngern Bewerbers von dem ältern bei der Massenlagerung überlagert werden, ohne dass dem ersten irgend ein Vorbehaltsfeld zu Gute kommt.

Zu der Erläuterung des §. 93 des allgemeinen Berggesetzes.

Bei der von der Bergbehörde über die Frage zu pflegenden Einvernehmung, ob die Revierstollens-Unternehmung dem allgemeinen Interesse des Bergbau-Betriebes innerhalb des vorgeschlagenen Revierstollens-Gebietes als vortheilhaft anerkannt werde, hat jeder Bergwerks-Besitzer, ohne Rücksicht seines Grubenmassen-Besitzes nur Eine gleichzählende Stimme.

Zu der Erläuterung des §. 140 des allgemeinen Berggesetzes.

Zur Umschreibung eines Kuxscheines im Ganzen, oder in einzelnen Theilen der Kuxe, muss der Berghauptmannschaft stets der alte Kuxschein vorgelegt werden; sollte derselbe in Verlust gerathen sein, so haben die Parteien vorerst die gerichtliche Amortisirung dieser Urkunde zu erwirken und sind von der Bergbehörde darauf zu verweisen.

Zur Uebertragung einer Kuxe an einen neuen Inhaber bedarf es übrigens keiner besondern Urkunde, und es genügt, wenn der alte Kuxschein mit einem vom alten und neuen Inhaber unterfertigten Gesuche vorgelegt und die anzugebende Umschreibung verlangt wird.

Diess kann auch geschehen, wenn beide Theile persönlich bei der Bergbehörde das Umschreibungs-Anlangen anbringen, worüber ein Protokoll aufzunehmen ist.

Die Umschreibungs-Anlangen können auch bei dem Bergkommissariate eingebracht werden, welche dieselben zur Erledigung der Berghauptmannschaft vorzulegen hat.

Nur in dem Falle einer gerichtlichen Einantwortung im Verfolge einer Exekution, eines Konkurs- oder Verlassenschafts-Verfahrens ist von dem neuen Erwerber die gerichtliche Bescheinigung beizubringen.

Für jede übertragene Kuxe ist auf Verlangen der Partei ein neuer Kuxschein auszufertigen, jedoch sind die etwa auf dem alten Kuxscheine vorgeschriebenen ämtlichen oder gerichtlichen Anmerkungen in beglaubigter Weise zu übertragen, die alten Kuxscheine aber mit der Amtsbestätigung der neuen Ausfertigung in der Registratur zu hinterlegen.

Zu der Erläuterung des §. 219 des allgemeinen Berggesetzes.

Zur Einstellung der vierteljährigen Frohnfessionen ist jeder Bergwerks- oder Tagmassen-Besitzer, so wie jener Freischürfer, Hilfs- oder Revierstöllner verpflichtet, denen nach §. 18 die freie Verfügung über gewonnene vorbehaltene Mineralien gestattet wurde.

Die Frohnfession hat jedoch nicht über jedes einzelne Gruben- oder Tagmass oder bei dem Bergwerke befindliche Hüttenwerk gelegt zu werden, sondern ein Bergwerks-Besitzer kann über den ganzen Komplex seiner eigenthümlichen Berg- und Hüttenwerke, in so ferne sie sich in ein und demselben Bergrevier befinden, eine einzige Frohnfession legen.

Ist der Besitz eines Bergwerkes ein gemeinschaftlicher (§. 135 allg. B.-G.), so ist der Bevollmächtigte (§. 188 allg. B.-G.) oder der gewerkschaftliche Direktor (§. 144 allg. B.-G.) zum Erlage der Frohnfession verpflichtet.

In solchen geschlossenen Bergrevieren endlich, wo der Bergwerks-Besitz unter sehr viele kleine Theilnehmer getheilt ist, kann denselben gestattet werden, einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zur Ausstellung einer gemeinschaftlichen Frohnfession über alle dazu gehörige Bergwerks-Theile aufzustellen; in diesem Falle muss jedoch mit allen Denjenigen, welche dieser Bevollmächtigung beitreten, ein Protokoll aufgenommen werden, worin

- a) jeder Berg- oder Hüttenwerks-Antheil einzeln aufzuführen ist, welcher durch den Bevollmächtigten vertreten werden soll;
- b) muss jeder dieser Bevollmächtigung Beitretende die ausdrückliche Erklärung abgeben, dass er zur ungetheilten Hand, (einer für alle, und alle für einen) sowohl für die Richtigkeit als die rechtzeitige Einstellung der Frohnfessionen, sowie für die richtige und rechtzeitige Abfuhr der bemessenen Frohnbeiträge hafte.

Dieses Protokoll ist gerichtsordnungsmässig zu heften, von allen Beitreten und zwei unbefangenen Zeugen zu unterfertigen, sodann aber in der Urkundensammlung der Berghauptmannschaft zu hinterlegen.

Treten in der Folge Veränderungen in der Person der

Besitzer ein, so ist von jedem neuen Erwerber eine Erklärung abzugeben, dass er diesem Uebereinkommen in allen Punkten rechtsverbindlich beitrete. Diese Erklärung ist dem Original-Protokolle beizuheften.

Verweigert er diese Erklärung, so ist er zur selbstständigen Vorlage der Frohnfessionen verpflichtet.

Jene Bergwerks- oder Tagmassen-Besitzer, welche Gold und Silber erzeugen, und selbes in die Aerarial-Einlösung zu geben verpflichtet sind, haben zwar eigene Frohnfessionen nicht zu erlegen, sind jedoch verpflichtet, binnen 14 Tagen nach Schluss des Verwaltungs-(Militair)-Jahres der Bergbehörde nachzuweisen, wie viel Gold und Silber sie im abgelaufenen Jahre erzeugt, und an welche k. k. Einlösungsämter sie dasselbe abgegeben haben.

Wenn ich mir nun schliesslich erlaube auf einige in den Kommentaren zu dem allgemeinen österreichischen Berggesetze anderer Herren Autoren enthaltene, nach meiner unmassgeblichen Meinung unrichtige Ansichten hinzuweisen, so wolle diess ja nicht als eine Unbescheidenheit oder Arroganz angesehen werden, indem es nur in dem Anbetrachte geschieht, dass es principielle Gesetzes-Momente betrifft, und dass ein gegenseitiger Austausch von Ansichten zur richtigen Gesetzes-Interpretirung zu führen, und dem Publikum zu nützen geeignet ist.

Die Nachweisung der in meiner schwachen Leistung obwaltenden Irrthümer werde ich stets mit gebührendem Danke aufnehmen.

In einer jener Kommentare ist die Ansicht ausgesprochen: dass die sämmtlichen bis zum Jahre 1848 rücksichtlich der Israeliten bestandenen beschränkten politischen Zustände, welche mittelst der Reichsverfassung vom 4. März 1849 und des kais. Patentes vom 31. Dezember 1851 behoben waren, durch das kaiserliche Patent vom 2. October 1853 wieder eingetreten, dass daher die Israeliten z. B. zu dem Aufenthalte in Bergorten nicht berechtigt seien.

Diese Behauptung dürfte von darum nicht richtig sein, weil dieses letztere kaiserl. Patent *nur die Besitzfähigkeit* der Israeliten auf den vor dem Jahre 1848 bestandenen Zustand zurückgeführt, somit die anderweitige, in dem kaiserl. Patente vom

31. Dezember 1851 gegründete Gleichberechtigung unberührt gelassen hat.

In demselben Komentare begegnen wir der Behauptung: dass Kuxe, indem sie nur ein Nutzeigenthum und kein Eigenthum auf die Substanz des Bergwerkes repräsentiren, und im §. 7 die Befähigung unbewegliches Eigenthum zu besitzen, nur zur Erwerbung und zum Besitze von Bergwerken selbst, als gleichfalls unbeweglichen Sachen, gefordert werde, von Israeliten gekauft und besessen werden dürfen.

Zur Widerlegung dieser, den §§. 7, 109, 138, 140, 141 widersprechenden Behauptung beziehe ich mich auf meine Erläuterungen zu §. 7, wo nämlich erörtert ist, dass Israeliten zum Besitze von Bergwerks-Kuxen nicht berechtigt sind.

Ein anderer Verstoss gegen den Grundsatz des Berggesetzes ist von demselben Herrn Kommentaristen begangen, dass er nämlich unter die Bezeichnung *Mineralkohle*, ohne Rücksicht auf den §. 34 sowohl die Stein- als auch Braunkohle subsummirt hat.

Ich berufe mich in dieser Beziehung zur Vermeidung einer Wiederholung, auf meine Erläuterungen zu §. 47.

In einem andern Komentare findet sich dieselbe Nichtunterscheidung der Steinkohle von der Braunkohle, rücksichtlich der aus dem §. 34 blos für die erstere fließenden Bevorzugung; dann auch die irrige Behauptung, dass der Grund-Eigenthümer *verpflichtet* sei, dem Bergbau-Unternehmer bei andauerndem Bau die nöthige Grundoberfläche *eigenthümlich* zu überlassen.

Zur Widerlegung dieser Behauptung berufe ich mich auf meine bei den §§. 100, 103 gegebenen Erläuterungen.

Derselbe Herr Kommentarist dürfte ferner mit seiner Ansicht irren: dass nämlich gegen schuldige Direktoren, Werk-

führer oder Arbeiter nur Geldstrafen, jedoch keine Entziehung der Bergbauberechtigung verhängt werden könne.

Diese Behauptung widerspricht nicht nur den von der Bevollmächtigung handelnden Grundsätzen des 22. Hauptstückes des allg. bürgerl. G.-B., sondern auch speziell den §§. 144, 146, 188, 229, 240, 241, 243, 244 des allg. Berg-Gesetzes.

Durch die in nicht verlässliche Hände gegebene Vollmacht können die Mandanten in mancherlei Schäden und Nachtheile versetzt werden. Das allgemeine bürgerliche Gesetz hat eine Ausnahme nicht gestellt, weil der Bevollmächtigte den Vollmachtsgeber repräsentirt, und auch in dem allgemeinen Berg-gesetze ist von diesem Grundsatz nicht abgegangen. Es kann daher dem Mandanten nur selbst anheimgestellt bleiben, bei der Vollmachtsertheilung die nothwendige Vorsicht zu gebrauchen, oder vielleicht mittelst Kautio einigermassen fürzudenken. Eine weitere Vorsicht würde darin bestehen, sich bei der Bergbehörde über den Werksbetrieb zeitweilige Auskünfte zu erbitten, um noch rechtzeitig einer Entziehung — §§. 252, 253 — vorbeugen zu können.

Bei der besagten irrigen Ansicht würden die §§. 240 bis 244 umgangen sein, und lediglich für den selbstleitenden Bergbau-Unternehmer Geltung haben. Jene fragliche Behauptung erscheint auch noch insbesondere nach dem Inhalte des §. 187 als eine unrichtige; indem der Bergbau-Unternehmer für die Beobachtung der Berggesetze selbst dann verantwortlich ist, und ihn die Folgen der Nichtbeobachtung treffen, wenn das Werk verpachtet wäre.

(Siehe auch meine Erläuterung zu §. 187).

Die Herren Bergbau-Unternehmer wollen diese meine Ansicht nicht übersehen und sie mit der gegnerischen einer Prüfung unterziehen.

In demselben besprochenen Komentare finden wir zu §. 5 der die Bergfrohe regelnden hohen Finanz-Ministerialverordnung vom 4. Oktober 1854 nachstehenden Satz aufgestellt:

„Der Abschlag von zwei Prozent stellt sich mit den Kosten der wesentlichen Veränderung des rohen Minerals zum Rohprodukte selten gleich, und daher werden die Bergwerksbesitzer, auf welche doch immer die grössere Besteuerung des Gewerbsmannes überwälzt wird, trachten, das *Mineral gleich an der Grube mit Fünf von Hundert zu verfrohnen etc.*“

Durch diesen hingestellten Satz dürften die Bergwerksbesitzer leicht zu *irrigem* Glauben verleitet werden, als ob ihnen die Wahl frei stände, das Mineral entweder mit fünf *oder* das hieraus gewonnene Rohprodukt mit drei Perzent verfrohnen zu dürfen.

Die Widerlegung dieses Raisonements würde zu weitläufig werden, wesswegen ich mich diessfalls bloss auf meine Erläuterung zu der bei §. 219 eingeschalteten hohen Ministerial-Verordnung vom 4. Oktober 1854 beziehe.

Möge das allgemeine österreichische Berggesetz für den Bergbau des grossen österreichischen Kaiserstaates ein segenreiches sein!

INHALTS-VERZEICHNISS

des

allgemeinen österreichischen Berggesetzes.

Erstes Hauptstück.

Allgemeine Bestimmungen:

	§. bis §.
Begriff des Berggesetzes	1 — 2
Bergregal	3 — 4
Berechtigungen zum Bergbau	5 — 6
Fähigkeit zur Erwerbung derselben	7 — 8
Allgemeines Bergmass und Gewicht	9 — 10
Bildung der Bergreviere	11
Gleichstellung der Staats-Bergwerke	12

Zweites Hauptstück.

Vom Schürfen.

Begriff des Schürfens	13
Bewilligung hiezu	14
Form der Schurfgesuche, Begriff des Schurfgebietes	15
Dauer der Schurfbewilligung	16
Von der Schürfung ausgenommene Plätze	17 — 18
Rechte des Schürfers	19 — 21
Begriff des Freischurfes	22 — 23
Schurfzeichen	24 — 25

Anmeldung bei dem Grund-Eigenthümer	26
Benehmen, wenn derselbe das Schürfen hindert	27—29
Unterirdische Schurfbaue (Hoffnungsschläge)	30
Ausschliesslicher Umkreis des Freischurfes	31
Verrücken der Schurfzeichen	32
Gleichzeitiges Anmelden von Freischürfen	33
Vorbehaltenes Feld für jeden Freischurf	34—37
Uebertragung der Schurfrechte	38
Schurfbücher	39

Drittes Hauptstück.

Vom Verleihen:

Zweck der Verleihung	40
Arten derselben	41

a) Verleihung der Grubenmasse:

Begriff der Grubenmasse und Grubenfelder	42—43
Bedingungen ihrer Verleihung	44
Aufschlagspunkt	45
Grundfläche des Grubenmasses	46
Verleihbare Zahl von Grubenmassen	47—48
Form und Inhalt der Verleihungsgesuche	49
Lagerungskarte	50
Absonderung der Verleihungsgesuche	51
Vorrecht unter mehreren Bewerbern	52—53
Freifahrung	54
Bekanntmachung derselben	55
Beiziehung von Kunstverständigen	56
Entscheidung über die gepflogene Freifahrung	57—62
Ausfertigung der Verleihungsurkunde	63
Verpflockung der Grubenmassen	64—66
Erneuerung der Gränzen derselben	67
Gränzbestimmungen in der Grube	68
Vorbehalt des Rechtsweges bei Grubenfeld-Vermessungen	69
Rechtswirkung der Verleihung und Vermessung gegenüber älterer Rechte im Felde	70

b) Verleihung der Ueberscharen:

Begriff derselben	71
Verfahren bei der Verleihung von Ueberscharen	72—73

c) Verleihung der Tagmassen:

Begriff derselben	76
Form und Inhalt der Tagmassen	77
Bedingung der Zulässigkeit ihrer Verleihung	78—79
Form und Inhalt der Verleihungsgesuche	80
Verfahren hierüber	81—83
Beschränkung der Tagmassenrechte	84

d) Concession der Hilfsbaue:

Begriff derselben	85
Verfahren über Gesuche um derlei Concessionen	86—89

e) Concession der Revierstollen:

Begriff der Revierstollen	90
Grundbedingung dieser Concession	91
Instruirung der Gesuche um dieselbe	92
Abhängigkeit ihrer Bewilligung von der Beistimmung der Reviersgewerken	93
Rechtsverhältniss zwischen diesen und dem Revierstöllner; besondere Begünstigungen des Letzteren	94—95
Bedingungen zur Wiederaufnahme auflässiger Revierstollen	96

Viertes Hauptstück.

Von der Grund- und Wasserüberlassung zu Berg-
wesens-Unternehmungen und dem Ersatze
der Bergschäden:

Allgemeine Verpflichtung hiezu	98
Ausnahmen	99
Zeitliche oder bleibende Grundüberlassung	100
Verfahren hiebei	101—103
Marksteine und Vermessungspflöcke	104

Ueberlassung der Tagwässer	105
Ersatz der Bergschäden bei Neubauten :	
a) innerhalb verliehener Grubenmassen	106
b) innerhalb verliehener Tagmassen	107

Fünftes Hauptstück.

Von dem Bergwerks-Eigenthume und den mit der Bergwerks-Verleihung verbundenen Rechten:

Eintheilung der Bestimmungen hierüber	108
Gegenstand des Bergwerks-Eigenthumes	109
Bücherliche Eintragung der Revierstollens-Rechte	110
der Grubenmasse, Ueberscharen und Hilfsstollen	111
Zusammenschlagung der Grubenmasse	112—113
Verfahren hiebei	114
Zerstückung der Grubenmasse	115—116
Zu Tage liegende Bestandtheile des Bergwerks-Eigenthumes	117—118
Evidenzhaltung der öffentlichen Bücher	119—120
Zugehör der Bergwerke	121
Anzeige jeder Bergwerks-Uebertragung an einen neuen Besitzer	122
Mit der Bergwerks-Verleihung verbundene Rechte :	
a) in Ansehung der vorbehaltenen Mineralien	123
b) in Ansehung der nicht vorbehaltenen Mineralien	124—127
c) in Hinsicht der Benützung der Grubenwässer	128—130
d) in Ansehung der Art und Ausdehnung des Werksbetriebes	131—132
Baubewilligung — Bau-Anzeigen	133

Sechstes Hauptstück.

Von dem gemeinschaftlichen Bergbau-Betriebe und den Gewerkschaften insbesondere:

Miteigenthum an Bergwerken	134
Gränzen der bücherlichen Theilbarkeit des Bergwerks-Eigenthumes	135

Rechtsverhältnisse der Miteigenthümer	136
Gewerkschaften	137
Begriff und Rechtsverhältnisse derselben	138—139
Kuxe	140—142
Allgemeine Bestimmungen in Betreff der Gewerkschaften .	143
Wahl des Directors und der Firma	144
Vollmacht des Directors	145—146
Bekanntmachung derselben	147
Anzeige des Wohnortes oder eines Bevollmächtigten jedes Mitgewerken im Bezirke der Bergbehörde	148
Gewerkentage	149
Einladungen zu denselben	150
Gegenstände der Berathung	151
Vorsitz	152
Stimmfähigkeit	153
Fassung der Beschlüsse	154—155
Führung des Protokolles	156
Einbringung der Zubussen durch den Director	157
a) mittelst Ausschreibung	157
b) durch gerichtliche Aufforderung	158—159
c) durch executive Feilbietung der Antheile des säu- migen Mitgewerken	160—162
Verfahren hiebei	163—166
Heimsagung der Antheile	167
Anwendung dieser Vorschriften auf die bestehenden Ge- werkschaften	168
Berücksichtigung der Hypothekargläubiger hiebei	169

Siebentes Hauptstück.

Von der Bauhafthaltung der Bergbaue und den Bergbau-Fristungen:

Erfordernisse der Bauhafthaltung	170
a) Sicherung gegen Gefahren für Personen und Ei- genthum	171
Strafrechtliche Behandlung bei Unterlassung derselben	172
Vorgehen der Bergbehörde hiebei	173
b) Steter Betrieb:	

1. In Freischürfen und Grubenmassen	174—175
2. In Tagmassen	176
3. In Hilfsbauen und Revierstollen	177
Massregeln hinsichtlich der Beobachtung des steten Betriebes:	
1. in Freischürfen	178—181
2. in Grubenmassen — Fristungen	182—183
Pflicht zur Anlage von Grubenkarten	185
und zur Lieferung statistischer Betriebsnachweisungen	186
Gesetzmässige Verwaltung jedes Bergwerkes	187
Anzeige der hiezu Bevollmächtigten	188—189

Achtes Hauptstück.

Von dem Verhältnisse der Bergbau-Unter-	
nehmer unter sich:	
Gegenseitige Hilfeleistung	190
Bergbau-Dienstbarkeiten	191—192
Entstehung derselben: a) durch Vertrag	193
b) durch Entscheidung der Berg-	
behörde	194
Bestimmung des Entgeldes	195
Verantwortung für Schaden bei Ausübung derselben	196
Wirkung rücksichtlich der Hypothekargläubiger	197
Zusammentreffen auf Durchschlägen	198—199

Neuntes Hauptstück.

Von dem Verhältnisse der Bergwerksbesitzer zu
ihren Beamten und Arbeitern:

Dienstes-Ordnung	200
Dienstes-Aufkündigung	201
Dienstes-Entlassung ohne Aufkündigung	202—203
Gesetzwidrige Verabredungen der Arbeiter	204
Dienst-Austritt ohne Aufkündigung	205
Pflicht des Bergwerks-Besitzers zur Abrechnung mit dem Personale	206
Befreiung der Löhnungen vom Verbot und Execution	207

Ausfertigung der Entlasssscheine	208
Verbot der Aufnahme ohne eines solchen	208
Mannschaftsbuch	209

Zehntes Hauptstück.

Von den Bruderladen:

Pflicht zur Errichtung von Bruderladen	210
Pflicht zum Eintritte in dieselben	211
Bruderladen-Statuten	212—213
Mittlerweilige Vorsorge für die Arbeiter bis zur Errichtung der Bruderlade	214

Eilftes Hauptstück.

Von den Bergwerks-Abgaben:

Massengebühr	215—218
Bergwerks-Frohne	219

Zwölftes Hauptstück.

Von der Oberaufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und dem Verfahren bei denselben:

Pflicht der Oberaufsicht	220
Regelmässiger Umfang derselben	221
Vorgehen bei ausserordentlichen Ereignissen	222
Pflicht zur Anzeige derselben	223
Wirksamkeit der Bergbehörden in Ausübung der Oberaufsicht	224
Bestellung der Bergbehörden	225
Verfahren derselben über Parteigesuche	226
Berechnung der Fristen	227
Wirksamkeit in Straffällen	228—229
Recurs gegen Entscheidungen der Bergbehörden	230—231
Vollzug der Erkenntnisse	232
Geldstrafen	233
Kosten des Verfahrens	234

Dreizehntes Hauptstück.

Von den Strafen gegen die Uebertretung der Vorschriften des Berggesetzes:

Allgemeine Bestimmungen	235
Strafe des unbefugten Bergbaubetriebes	236
„ der unbefugten Mineralien-Verwendung	237
„ der unterlassenen Anzeige mittelbarer Bergwerks- Erwerbungen	238
„ der unterlassenen Aufstellung eines Bevollmächtigten	239
„ der verabsäumten Sicherheitsvorkehrungen beim Bergbau	240
„ der unterlassenen Arbeitsnachweisung bei Freischürfen	241
„ der nicht geleisteten vorgeschriebenen Arbeit bei denselben	242
„ der Unterlassung des gehörigen Betriebes in verlie- henen Bergbauen	243—244
„ der verabsäumten Grubenkarten-Anlage oder Abgabe statistischer Rapporte	245
„ des verbotenen Baues auf Durchschlägen	246
„ der dienstordnungswidrigen Verwendung von Kindern	247
„ der unterlassenen Abrechnung mit dem Arbeitsper- sonale	248
„ der verbotenen Aufnahme von Arbeitern ohne Ab- kehrschein	248
„ der unterlassenen Anzeige von Unglücksfällen	249
„ der Nichtbeachtung besonderer Vorschriften der Berg- behörden	250

Vierzehntes Hauptstück.

Von der Erlöschung, Entziehung und Zurück- legung der Bergbau-Berechtigungen:

Erlöschen der Schurfberechtigungen	251—252
„ der Gruben- und Tagmassen-Verleihung:	
a) durch Entziehung derselben	253
Verfahren hiebei	254—255

Rechtsfolgen der Entziehung	260—262
b) durch Auflassung	263
Verfahren bei bücherlicher Belastung	263—265
Vorsichten bei Löschung eines Bergwerks-Besitzes in Be- ziehung auf öffentliche Sicherheit	266
Vorsichten rücksichtlich der Erhaltung der Betriebsdaten	267

Fünfzehntes Hauptstück.

Von den Pfand- und Vorrechten auf Bergwerke und deren Zugehör in Fällen der Execution und des Concurses:

In Fällen der Execution: der Staatsschatz; die Arbeiterlöhne; die Bruderlad-Forderungen; die Revier-Hilfstollens- oder Bergdienstbarkeits-Gebühren	268
In Fällen des Concurses	269

Sechszehntes Hauptstück.

Uebergangsbestimmungen:

Behandlung der bestehenden besonderen Bergbau-Berechti- gungen	270—273
Errichtung der Revierstatuten	274—275
Behandlung der bestehenden Schurfbaue, Muthungen und Fristungen	276—280
Behandlung der bestehenden Hütten- und anderen Conces- sionen	281
Vermarkung älterer Gruben- und Tagmassen	282
Anwendbarkeit dieses Berggesetzes auf ältere Bergbau-Be- rechtigungen	283
Rechte der Grund-Eigenthümer in Ansehung der früher nicht vorbehaltenen Mineralien	284—285

	Seite der Erläuterungen
Rechte aus früheren Erbstollens-Verleihungen §. 286 . . .	
K. k. Finanz-Ministerium-Verordnung über die Bergwerks- abgaben (Massengebühr und Bergfrohne)	
K. k. Handels-Ministerium-Verordnung über die Errichtung von Hütten- und Hammerwerken	259—265
K. k. Justiz-Ministerium-Verordnung, enthaltend die Voll- zugsvorschriften für die Berggerichts-Behörden	266—268
Einige aus den Vollzugsvorschriften geschöpfte Nachträge und Bemerkungen	269—277
Andeutung einiger in den Erläuterungen anderer Autoren vorkommender unrichtiger Ansichten	278—280
Schlusswort	280

Schneider, Ant.

Erläuterungen über das allgemeine österreichische Berggesetz v. 23 Mai 1854
, mit Beigabe des vollständigen Textes dièses Gesetzes

Prag 1855

Metall. 109 t

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10293348-6